Donnerstag, 17. März 1983 - D ***
…chtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
…ien 36,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, …britannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 64 - 11.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts

Union in der Sache einig. Aber: Welches Amt akzeptiert Strauß?

CSU besteht auf Korrekturen in der Außen- und Deutschlandpolitik

MANFRED SCHELL, Bonn

Die mit großer Übereinstimmung in der Sachpolitik abgeschlossenen vorbereitenden Koalitionsgespräche zwischen CDU und CSU waren auch gestern von der Frage überlagert, wie das Aufgabenfeld für den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß im neuen Bundeskabinett beschaffen sein könnte. Strauß hat von Bundeskanzler Helmut Kohl ein „Angebot" verlangt, ohne damit präzise Wünsche zu verbinden. Nach Informationen der WELT kommen aus der Sicht des Bundeskanzlers – angesichts bereits getroffener personeller Festlegungen – für Strauß nur noch zwei Ressorts in Betracht, die diesen ernsthaft interessieren könnten: das Bundeswirtschaftsministerium oder das Bundesministerium der Verteidigung. In beiden Fällen könnte Strauß zudem Vizekanzler sein.

In Bonn, wo die Delegationen von CDU und CSU gestern zum Abschluß ihre Position in der Außen- und Deutschlandpolitik festlegten, wurde erwartet, daß Kohl seine Überlegungen dem CSU-Vorsitzenden in einem Gespräch unter vier Augen erläutern wird. Vorab hieß es bereits in der CSU-Führung, Strauß habe kein Interesse an der Übernahme des Verteidigungsministeriums, das er bereits in der Zeit von 1956 bis 1962 geleitet hatte. Im Wissen, daß Strauß zur Rückkehr auf diesen Ministerposten wenig Neigung hat, war im Kanzleramt ventiliert worden, seine Kompetenzen auf die Abrüstungsthematik zu erweitern.

Bei dieser Ausgangslage bliebe noch das Bundeswirtschaftsministerium, das bisher von Otto Graf Lambsdorff (FDP) geführt wird. Auch in diesem Zusammenhang war die Rede davon, der Aufgabenbereich des Wirtschaftsministeriums könne durch die Abteilung „Geld und Kredit", die bisher zum Bundesfinanzministerium gehört, erweitert werden. Dies würde bedeuten, daß Strauß auch die Zuständigkeit für einen Teil der Konjunkturpolitik (Kreditaufnahme) erhielte und er der Gesprächspartner der Bundesbank wäre.

Spekulationen in diesem Sinne haben gestern auch die FDP-Führung erreicht. Lambsdorff sagte der WELT, er kenne die Gerüchte.

SEITE 5:
Die Absprachen zwischen CDU und CSU

Äußern wollte er sich nicht dazu. Der FDP-Politiker verwies auf die heute beginnenden Koalitionsgespräche mit der CDU/CSU.

Die Abtretung des Wirtschaftsministeriums an Strauß dürfte, wenn der CSU-Vorsitzende dieses Ressort akzeptieren würde, nicht problemfrei sein. Vor allem die FDP wäre gefordert; für sie ist Graf Lambsdorff inzwischen zur Symbolfigur geworden. Lambsdorff war es auch, der, mehr noch als Genscher, den Kurswechsel zur Union hin gesteuert hat. Eine andere Ausgangslage wäre, auch für Kohl, gegeben, wenn befürchtet werden müßte, daß die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Ermittlungen in der Spendenaffäre tatsächlich Anklage gegen den FDP-Politiker erheben sollte. Konkrete Anzeichen dafür gibt es bisher nicht.

Überlegungen, sich aus den personal- und auch sachpolitischen Zwängen dadurch zu befreien, daß eigens für Strauß ein neues, „zukunftsorientiertes" Ministerium geschaffen werden könne, wurden im Kanzleramt zwar angestellt, aber nicht ernsthaft verfolgt.

In der hitzigen Auftaktphase der Gespräche zwischen CDU und CSU hatten einzelne CSU-Politiker durchblicken lassen, daß es durchaus zu einer Trennung der Unionparteien nach dem Kreuther Vorbild von 1976 kommen könne. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel, soll aber deutlich gemacht haben, daß ein „Kreuth II" mit ihm nicht stattfinden würde. Dieses Instrument sei verbraucht. Es würde kaum jemand verstehen, wenn sich CDU und CSU zwar in der Sache, aber nicht in den Personen einig seien.

In den gestrigen sachpolitischen Beratungen waren sich CDU und CSU darin einig, daß die Deutschlandpolitik vom Ziel zur Wiederherstellung der deutschen Einheit geprägt und im praktischen Alltag mehr als bisher vom Prinzip Leistung gegen Gegenleistung bestimmt sein muß. Ausdrücklich soll in der Koalitionsvereinbarung Bezug auf die entsprechenden Dokumente genommen und so auch Rechtspositionen zur Geltung gebracht werden. In der außenpolitischen Diskussion widersprach Strauß Aussagen, man stehe in der „Kontinuität" der vorhergehenden Regierung. Mit Blick auf die Fehler gerade in der Ostpolitik sagte Strauß, „ich kann verzeihen, mir aber nicht befehlen, ich soll vergessen". Korrekturen verlangte er auch in der Afrikapolitik.

DER KOMMENTAR

Der Auftrag

PETER GILLIES

Trotz der ständigen Versuchung zum kleinen Karo ist die Eindeutigkeit des Wählerauftrags in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik nicht zu übersehen: Der Staat soll einen kräftigen Beitrag zum Aufschwung leisten, seine Finanzen ins Lot bringen und die soziale Sicherung nicht dreimal jährlich „sanieren". Die üppige Mehrheit für nötige Operationen wurde in vollem Bewußtsein ihrer Schmerzhaftigkeit erteilt.

Daß die wirtschaftliche Dynamik erschlaffte, liegt zum guten Teil an den erdrückenden staatlichen Wucherungen. Jede zweite Mark unseres Sozialprodukts geht durch Staatskassen, jede vierte Mark wird nicht durch Leistung, sondern durch öffentliche Zuteilung erworben.

Es spräche dem Wählerauftrag hohn, wenn man jetzt durch Steuer- und Abgabenerhöhungen den Staatsanteil noch weiter erhöhte. Schon der Einstieg der ersten Regierung Kohl/Genscher ließ hier keine Freude aufkommen. Schon die Diskussion über eine höhere Mineralölsteuer oder die „Verewigung" der Ergänzungsabgabe ist klimaschädigend.

Der aufgeblähte und teure öffentliche Dienst gehört gestutzt, die private Initiative ermutigt. Regelungswut und Bürokratismus liegen wie Mehltau über dem keimenden Aufschwung. Die zaghaften Ansätze einer Konsolidierung der Staatsfinanzen sind aus dem Versuchsstadium noch nicht heraus. Wer auch immer Finanzminister wird: Die kaum gebremste Staatsverschuldung liegt wie eine schwere Hypothek auf der Zukunft. Sie will getilgt sein.

Für die Koalition besteht nicht der geringste Anlaß, die Flickschusterei durch bloßes Umfärben fortzusetzen. Der Bürger dürfte die unlesbaren Beipackzettel der Sozialpolitik leid sein, er ist reif für den Klartext. Die drei Säulen der sozialen Sicherung (Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung) stehen zu einer Sanierung an, die diesen Namen verdient.

Gewiß, Sparen ist nicht alles. Aber ohne Sparen ist alles nichts. Von den abgewetzten Visionen, man könne schlechter arbeiten und dabei besser leben, passen siebzehn auf ein Dutzend. Der Bürger hat es erfahren. Er erteilte seinen Auftrag und erwartet zügige Abwicklung.

TAGESSCHAU

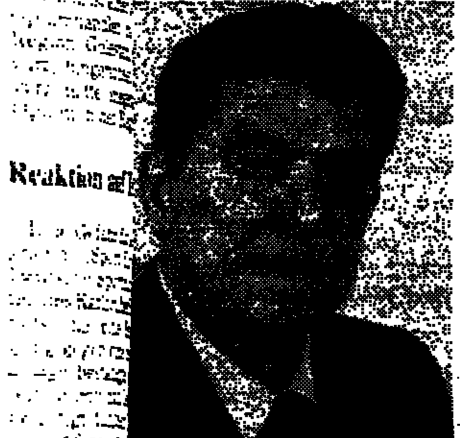
…OLITIK

…onn gegen …pekulationen …ber Renten

dpa, Bonn

…as Bundesarbeitsministerium …len anhaltenden Spekulationen …eine im Herbst drohende Liqui…tskrise in der Rentenversiche…g entgegengetreten und hat be…tigt, daß die Rentenfinanzen …das laufende Jahr 1983 sicher …n. „Die Renten werden wie ver…ochen pünktlich in voller Höhe …gezahlt", versicherte gestern … Parlamentarische Staatssekre… Heinrich Franke (CDU), in ei… vom Arbeitsministerium vor…iteten Erklärung. Allerdings …e es „Handlungsbedarf" für das …r 1984. Die habe die Bundesre…ung auch vor der Wahl nicht …ritten. Die Regierung werde … Konzept entwickeln, das den …chklang der Einkommenent…klung zwischen Rentnern und …eitnehmern sicherstelle. Fran… …eagierte damit auf Äußerungen … Helmut Rohde (SPD) und …nte es unseriös, bei den älteren …schen unbegründete Ängste …ulösen.

ZITAT DES TAGES



Ein dauerhafter Fortschritt in den Ost-West-Beziehungen ist ohne gleichzeitigen Fortschritt im Bereich der Menschenrechte nicht zu verwirklichen

Präsident Ronald Reagan in seiner …schaft an die Jerusalemer interna…ale Konferenz über die Juden in … Sowjetunion.
FOTO: GAMMA/STUDIO X

…ue Chefrabbiner

DW. Jerusalem

…ael hat zwei neue Chefrabbiner. … Kollegium aus Geistlichen und …önlichkeiten des öffentlichen …ens wählte Avraham Shapira … Oberhaupt der europäisch…migen Aschkenasim. Chefrab…r der orientalischen Sephardim …le Mordechai Eliahu. Die Wahl …bei Beobachtern als taktischer …chzug der oppositionellen Ar…erpartei, die auf diese Weise der …onalreligiösen Partei, die die …en Kandidaten unterstützte, …Möglichkeit einer Koalition offe…e. Premierminister Menachem …n wollte die Wahl der beiden …biner verhindern.

…eagan bereit"

dpa, Washington

…r niederländische Ministerprä…nt Ruud Lubbers hat den Ein…k, daß US-Präsident Ronald …an in der Frage der Mittel…kenraketen für Europa „bereit …über eine Zwischenlösung zu …itieren". Nach einem zweistün…n Meinungsaustausch mit Rea… sagte Lubbers, die vom US-…identen vorgeschlagene Null…on bleibe das „zentrale Ziel" …USA und des Westens. Seite 2

…eiskontrollen

rtr, Buenos Aires

…gentinien wird nach Angaben … Wirtschaftsminister Jorge Weh…innerhalb weniger Tage mit der …trolle der Preise von rund 1000 …ieren Unternehmen beginnen. … Gegenzug würden den Unter…nen billige Kredite angeboten, …e Wehbe in einem Interview der …eszeitung „La Nacion". Die be…fenen Unternehmen müßten ih…monatlichen Preiserhöhungen …rhalb von der Regierung festge…er Grenzen halten. Ziel der Kon…en sei die Senkung der Infla…srate auf 160 Prozent in diesem …r (1982: 209 Prozent).

WIRTSCHAFT

Weltbankchef warnt vor Weg in Katastrophe

AP, Düsseldorf

Als ein „Rezept für die Katastrophe" hat der Präsident der Weltbank, Alden W. Clausen, die Verschuldungsprobleme von Staaten der Dritten Welt bezeichnet. Die Rückzahlungen seien höher als die Kredite, die den Entwicklungsländern eingeräumt worden seien, sagte Clausen in einem Interview der „Wirtschaftswoche". Er warnte vor den weitreichenden Folgen der Verschuldung, in die einige Länder der Dritten Welt geraten seien. Da sich viele Regierungen und Banken bei der Vergabe neuer Kredite an Entwicklungsländer zurückhielten, werde zur Zeit das Geld aus der Dritten Welt abgezogen. Die Verschuldungsprobleme der Dritten Welt sind nach Ansicht Clausens jedoch lösbar. Dazu bedürfe es allerdings eines „globalen und beständigen Aufschwungs ohne Inflation". Dann nämlich sei ein Wiederanstieg der Rohstoffpreise sowie eine verbesserte Zahlungsfähigkeit der Entwicklungsländer zu erwarten.

Preise sinken weiter

rtr, Wiesbaden

Die Großhandelspreise in der Bundesrepublik Deutschland sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Februar dieses Jahres weiter gesunken. Sowohl im Vergleich zum Vormonat Januar als auch im Vorjahresvergleich zu Februar 1982 errechneten die Statistiker einen Rückgang der Preise um jeweils 0,8 Prozent. Im Januar dieses Jahres waren die Großhandelspreise um 1 Prozent gegenüber Dezember gefallen.

Bund senkt Renditen

dpa/VWD, Frankfurt

Die Zinsen geben weiter nach. Von heute an senkt das Bundesfinanzministerium die Renditen für seine Daueremissionen. Wie die Deutsche Bundesbank gestern mitteilte, wird für die fünfjährige Bundesobligation mit einem Nominalzins von 6,75 Prozent der Ausgabekurs auf 99,80 (99,20) angehoben. Dadurch ermäßigt sich die Rendite auf 6,80 (6,94) Prozent. Bei den Finanzierungsschätzen des Bundes wird bei einem Jahr der Verkaufszins auf 4,75 (4,90) Prozent und damit die Rendite auf 4,99 (5,15) Prozent herabgesetzt, bei zwei Jahren Laufzeit der Verkaufszins auf 5,25 (5,35) Prozent und die Rendite auf 5,70 (5,82) Prozent.

„Gründermut"

dpa, Krefeld

Trotz Wirtschaftsflaute und Pleitenwelle hat die Industrie- und Handelskammer (IHK) Mittlerer Niederrhein im vergangenen Jahr einen „ungebrochenen Gründermut" registriert. Die Wachstumsraten hätten sich mit 6,2 Prozent vor allem im Dienstleistungsbereich ergeben.

Aktien: Höchststand

DW. Frankfurt

Nach dreitägiger Konsolidierungsphase kam es gestern am deutschen Aktienmarkt zu deutlichen Kursgewinnen. Mit 125,3 (123,6) übertraf der WELT-Aktienindex den höchsten Stand der letzten zwölf Jahre, der am 19. Oktober 1978 (125,0) erreicht worden war. Am Rentenmarkt ergaben sich in Anbetracht der bevorstehenden Zentralbankratssitzung kaum Veränderungen. Dollar-Mittelkurz 2,3867 (2,3766) Mark. Goldpreise je Feinunze 419,00 (434,50) Dollar.

SPORT

Ausgeschieden

DW. Craiova

Der 1. FC Kaiserslautern ist im Viertelfinale des UEFA-Fußball-Pokals ausgeschieden. Er unterlag gestern in Rumänien Universitatea Craiova mit 0:1. Kaiserslautern hatte das Hinspiel 3:2 gewonnen, bei Torgleichheit aus beiden Spielen (3:3) entschieden die auswärts erzielten Tore zugunsten der Rumänen. Seite 18

WETTER

Heiter bis wolkig

DW. Essen

Nach Auflösung von Frühnebel zunächst heiter bis wolkig. Im Tagesverlauf zeitweise Regen. Tagestemperaturen zwischen 9 und 14 Grad, in der Nacht 5 bis null Grad.

FDP dringt auf präzise Festlegungen

Auch Lambsdorff und Adam-Schwaetzer in Verhandlungskommission mit der CDU/CSU

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Freien Demokraten streben an, in der Koalitionsvereinbarung mit der CDU/CSU ihre Positionen in der Rechts- und Innenpolitik sowie beim Umweltschutz präziser festzulegen, als es in der mit der SPD der Fall war. Schon im Vorfeld der Gespräche mit den Unionsparteien hatten führende FDP-Politiker versichert, daß es in der gesamten Innenpolitik – darunter auch beim Paragraphen 218 – mit den Freien Demokraten „keine Rückentwicklung" geben werde.

Allein vier Stunden lang berieten Präsidium und Vorstand der FDP-Bundestagsfraktion gestern über die Forderungen auf innenpolitischem Gebiet. Ohne Namen zu nennen, warnte der Parteivorsitzende Genscher davor, sich jetzt durch „irgendwelche Äußerungen von irgendwelchen Politikern" irritieren zu lassen.

Mit Interesse wurde in Bonn registriert, daß die Verhandlungskommission der FDP um Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer erweitert wurde. Zunächst war beabsichtigt, daß nur Genscher und sein Stellvertreter Wolfgang Mischnick, notfalls unter Hinzuziehung von Beratern, mit CDU und CSU verhandeln sollten. Offiziell wurde zur Begründung der jetzt eingetretenen Änderung darauf verwiesen, daß auch die beiden Unionsparteien jeweils vierköpfige Kommissionen stellten.

Bei der Erörterung der einzelnen Sachgebiete will die FDP-Delegation unter anderem auf Bundesjustizminister Hans Engelhard zurückgreifen. Bei Fragen der Innenpolitik soll der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum an den Verhandlungstisch geholt werden. Beim Thema innerdeutsche Beziehungen will sich die Partei des Rats von Uwe Ronneburger – er war bislang der Vorsitzende des zuständigen Bundestagsausschusses – versichern. Mit Baum und Ronneburger werden zwei Kritiker des Bonner Koalitionswechsels „eingebunden". Bei den Verhandlungen mit der Union im Herbst 1982 hatte es zu Unmut geführt, daß damals auf Baum verzichtet worden war.

Die Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU wurden von FDP-Seite gestern, streng abgeschirmt, im Gästehaus des Auswärtigen Amtes auf dem Bonner Venusberg vorbereitet. Damit wollte die Parteispitze sicherstellen, daß nicht vorzeitig Einzelheiten der Strategie bekannt werden.

Seite 5: Die FDP als Hüter der Marktwirtschaft

Oberster Sowjet rügt Mängel in der Wirtschaft

AP/rtr/DW. Moskau

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR hat die Ministerien und nachgeordneten Dienststellen angewiesen, die Arbeitsdisziplin zu straffen. Speziell erwähnt wurden nach dem Bericht der Nachrichtenagentur Tass die Staatsorgane der Ukraine, die es versäumt hätten, Disziplin und Organisationsgrad in allen Produktions- und Verwaltungsbereichen zu festigen.

Ursache dieser Beschlüsse ist offenbar die Tatsache, daß das Wirtschaftswachstum der Sowjetunion sich im Februar nach einem guten Ergebnis im Vormonat wieder verlangsamt hatte. Gestern teilte das Zentrale Statistische Amt in Moskau mit, daß sich das Wachstum in den ersten zwei Monaten dieses Jahres auf 5,6 Prozent belaufen habe, nach 6,3 Prozent im Januar. Das Amt gab für Februar keine Zahlen bekannt. Statistiken einzelner Industriebetriebe lassen jedoch darauf schließen, daß das Februar-Ergebnis unter dem des Januar lag.

Das relativ hohe Januar-Wachstum war von Beobachtern als ein Zeichen des Erfolgs der Maßnahmen zur Erhöhung der Produktivität und Arbeitsdisziplin von Parteichef Jurij Andropow bewertet worden.

In seinen Beratungen über den Wohnungsbau hat das staatliche Führungsgremium die Sowjets aufgefordert, die Bevölkerung tatkräftiger bei der privaten und genossenschaftlichen Errichtung von Wohnungen zu unterstützen. Vor allem der Landbevölkerung sollen dafür Kredite und Baumaterialien zur Verfügung gestellt werden.

Afghanistan: 12 000 zu Tode gefoltert?

dpa/rtr/AP, Neu-Delhi/Oslo

Die sowjetischen Truppen in Afghanistan haben das strategisch wichtige Panjshir-Tal nordöstlich der Hauptstadt Kabul weitgehend geräumt. Nach Darstellung westlicher Diplomaten in Neu-Delhi ist noch unklar, ob die Sowjets das Tal „befriedet" haben, oder ob sie ihre Truppen an anderer Stelle einsetzen wollen.

Erst vor kurzem war aus Islamabad gemeldet worden, daß die Sowjets in großem Umfang Truppen im Südosten Afghanistans zusammengezogen hätten, um nach der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Neu-Delhi eine neue Offensive gegen den Widerstand zu starten.

Das Panjshir-Tal bietet den Widerstandskämpfern, die von dort Angriffe auf Kabul vorbereiten und die wichtige Fernstraße von der Hauptstadt durch den Salang-Tunnel in die Sowjetunion kontrollieren können, hervorragende Unterschlupfmöglichkeit.

Nach der Schneeschmelze sind starke Verbände moslemischer Widerstandskämpfer über die Bergpässe aus Pakistan in ihre Heimat zurückgekehrt. Beobachter erwarten, daß sich die Kampftätigkeit wieder verstärken wird.

Mindestens 12 000 Menschen sind nach Angaben eines früheren hohen Beamten des afghanischen Innenministeriums seit Beginn der sowjetischen Invasion im Dezember 1979 an den Folgen von Folterungen gestorben. Auf dem internationalen Afghanistan-Hearing in Oslo sagte der Jurist Ayyoub Assil, alle Verhöre seien von sowjetischen Offizieren geleitet worden. Neben Elektroschocks seien den Gefangenen auch zwangsweise Medikamente verabreicht worden.

Revirement in Paris verzögert

AFP/dpa, Paris

Mit einer größeren Regierungsumbildung in Paris, die nach dem schlechten Abschneiden der Linksparteien bei den Gemeindewahlen erwartet wird, ist in den nächsten Tagen offenbar noch nicht zu rechnen. Als Hauptgrund für die Verzögerung nannten französische Regierungskreise wirtschaftspolitische Überlegungen.

Wie in Paris verlautete, habe man „keine Eile". Staatspräsident François Mitterrand will sich in einer Radio- und Fernsehansprache am nächsten Mittwoch direkt an die Bevölkerung wenden.

Er plant eine Straffung des 34 Minister umfassenden Kabinetts, um so einen besseren Zusammenhalt und größere Effizienz zu erreichen. Entgegen ersten Spekulationen wird damit gerechnet, daß Premierminister Mauroy sein Amt behält.

„Nicht mit leeren Händen kommen"

AP, Bonn

CDU und CSU haben den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker aufgefordert, die an seinen angekündigten Besuch in der Bundesrepublik Deutschland geknüpften Erwartungen nicht zu enttäuschen. Honecker dürfe nicht mit leeren Händen kommen.

Der deutschlandpolitische Sprecher der Fraktion, Eduard Lintner, nannte vor allem die Rücknahme der Erhöhung des Zwangsumtausches, die die Besuchsmöglichkeiten in die „DDR" beschränkten. Außerdem sollten eine Reihe von Folgevereinbarungen nach dem Grundlagenvertrag, unter anderem zur Regelung von Umweltfragen, vorangebracht werden. Auch Verbesserungen im Sport und im Besuchsverkehr im grenznahen Bereich könnten erfolgreich erörtert werden.

Differenzen mit den USA bleiben

dpa, Jerusalem

Zwischen Israel und den USA bestehen weiterhin Differenzen über den israelischen Wunsch, auch nach Abzug des größten Teils seiner Truppen aus Libanon mit eigenen Soldaten in Süd-Libanon präsent zu bleiben. Dies wurde gestern bei der Rückkehr Außenministers Yitzhak Shamirs von mehrtägigen Gesprächen mit der US-Regierung deutlich. Bei der Ankunft auf dem Ben-Gurion-Flughafen räumte Shamir ein, daß die Beziehungen zwischen Israel und den USA wegen der Libanon-Krise „gespannt" gewesen seien. Auch jetzt habe Reagan den amerikanischen Wunsch nach einem „baldigen Abzug aller fremden Truppen" aus Libanon betont. Shamir sagte, er wolle dem Kabinett „eine Reihe von kombinierten amerikanisch-israelischen Ideen" vorlegen.

Seite 8: „Neue Ideen"

Dramatische Entwicklung im Schiffbau

Krise bei HDW signalisiert den Niedergang der deutschen Großwerften / Überkapazität

JAN BRECH, Hamburg

Die angekündigten Massenentlassungen bei den Holwaldtswerken-Deutsche Werft AG, werfen ein Schlaglicht auf eine Branche, die seit nunmehr fast acht Jahren um ihre Existenz ringt. Insgesamt muß das Unternehmen, um überleben zu können, gut ein Drittel der Gesamtbelegschaft von zur Zeit knapp 12 000 Personen entlassen. Bedroht sind vor allem die Großwerften an Weser, Elbe und Kieler Förde.

In Bremen ist der Zusammenbruch der AG „Weser" und des Bremer Vulkan und damit der Verlust von fast 8000 Arbeitsplätzen gerade noch verhindert worden. In Kiel und Hamburg werden alle Hilferufe nichts nutzen, um die Mitarbeiterzahl auf dem jetzigen Stand zu halten. Der Beschäftigungsabbau in der Werftindustrie, dem bereits in der Vergangenheit rund 25 000 Arbeitsplätze zum Opfer gefallen sind, beschleunigt sich auf dramatische Weise.

Das Desaster am internationalen Schiffbaumarkt, das eine ganze Branche mit großer Tradition wegzuspülen droht, sind Überkapazitäten, die vor allem durch den völligen Zusammenbruch des Tanker- sowie Großschiffbaus entstanden sind, und ein Subventionswettlauf, der verhindert, daß das Angebot reduziert wird und die Überlebenschance einer Werft sich wieder nach ihrer Leistungsfähigkeit richtet. Die um Werftarbeitsplätze besorgten Regierungen aller Schiffbaunationen verzerren den Wettbewerb in einem Maße, daß auftragswillige und spitzfindige Reeder manches Schiff fast als Geschenk bekommen.

Die deutschen Großwerften, in besseren Zeiten auf Serien- und Großschiffbau ausgerichtet, können in diesem Wettbewerb nicht mithalten. Ihre Kostenstruktur ist trotz erheblicher Kapazitätsschnitte noch immer überdimensioniert, so daß sie im Serienbau gegen die Japaner und vor allem Schwellenländer wie Südkorea keine Chancen mehr haben. Sie müssen sich für ihre Großanlagen um Schiffe bemühen, die die kleineren deutschen Spezialwerften zu günstigeren Konditionen anbieten können.

Bemühungen, die Beschäftigung über Aufträge zu sichern, die mit riesigen Verlusten kalkuliert waren, haben bislang das Schlimmste verhindert; damit ist es nun vorbei. Die Reserven der Großwerften sind aufgebraucht, die staatlichen oder privatwirtschaftlichen Anteilseigner finanziell ausgeblutet.

Die mißliche Lage der Großwerften ist natürlich nicht nur auf externe Faktoren zurückzuführen. Ein guter Teil der Krise ist hausgemacht. Den Nachfrageboom in den frühen siebziger Jahren hat man genutzt, um Kapazitäten für den Großschiffbau in Serie aufzubauen, und den Spezialschiffbau darüber vernachlässigt. Das ohnehin sehr schwierige Ausweichen auf andere Produktionen wurde ernsthaft erst versucht, als diese Märkte bereits besetzt waren.

Keine noch so stattlich bemessene Staatshilfe wird verhindern, daß die Krise der Großwerften weitergeht.

Seite 3: An der Handelsflotte nagt der Rost
Seite 9: Desaster an der Elbe

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zwischen durch

Von Herbert Kremp

Wenn bei Verhandlungen die von beiden Seiten jeweils angestrebten Lösungen einander ausschließen und somit der sprichwörtliche tote Punkt erreicht ist, kommt mit Sicherheit ein kluger Kopf auf die Idee, daß nun eine Zwischenlösung ins Auge zu fassen sei. Dies ist die Lage bei den Genfer Verhandlungen über die atomaren Mittelstrecken-Raketen.

Sowjets und Amerikaner vertreten dort bis jetzt Null-Varianten: Moskau fordert ein amerikanisches Nachrüstungs-Null, Washington ein sowjetisches Vorrüstungs-Null. Der Osten ist im Vorteil, weil der Verhandlungsgegenstand, seine SS 20, da ist. Der Westen ist im Nachteil, weil der Verhandlungsgegenstand, seine Pershing 2 und Cruise Missiles, nicht da ist.

Man fragt sich also, wie unter diesen Umständen die Zwischenlösung aussehen könnte, nach der einige europäische Regierungen, einschließlich der Regierung Kohl, rufen. Da ein offenkundiges Ungleichgewicht zugunsten des faktischen Sowjet-Monopols zu verzeichnen ist, wertet Moskau die westlichen Diskussionen, die sich von der reellen Null-Variante zur „realen" Zwischenlösung hinbewegen, als Signal westlicher Unruhe. Falsch gesehen ist das nicht. Unter dem Druck ihrer Innenpolitik verlangen die nicht-nuklearen Westeuropäer wieder einmal eine „Außenpolitik der Bewegung". Dies ermutigt die Sowjets, ihre Nachrüstungs-Null-Position nun erst recht zu halten.

Die Zwischenlösung lehnt die russische Seite deshalb ab, weil sie eine sowjetische Teil-Reduktion mit westlicher Teil-Nachrüstung verbindet. Darin liegt für den Westen der strategisch-sicherheitspolitische Reiz einer „Zwischenlösung". Sie würde allerdings nur dann etwas „lösen", wenn eine Gleichgewichts-Quantifizierung der beiderseitigen Potentiale erreicht werden könnte. Daran kann Moskau aber nicht interessiert sein, weil auf diese Weise sein konventionelles Übergewicht neutralisiert würde. Aus diesem Grunde sitzt man in Genf zwischen Lösungen, ohne Lösung und Zwischenlösung.

Punkte in Metall

Von Günther Bading

Nach einwöchiger Unterbrechung werden die Tarifverhandlungen für die Metallindustrie heute in Bayern fortgesetzt. Ohne Vorbedingungen einer der beiden Tarifparteien; versteht sich. Man müßte eigentlich unbelastet dort weitermachen können, wo man – beiderseits von Hoffnungen auf einen Abschluß erfüllt – in der vergangenen Woche gestanden hatte.

Noch ist im Metall-Tarifgebiet Bayern alles möglich, trotz oder vielleicht sogar wegen des vorgezogenen Haustarifs bei den Volkswagenwerken mit einem Vierprozent-Abschluß für fünfzehn Monate. Gewerkschaft und Arbeitgeber wissen, daß dies nicht einfach auf die restliche Metallindustrie übertragen werden kann. Auch dann nicht, wenn man der – eigentlich falschen – Zurückrechnung des VW-Ergebnisses auf ein Jahresvolumen von 3,2 Prozent mehr Lohn und Gehalt folgen würde.

Hilfreich könnte der Versuch des bayerischen Bezirksleiters Schleinkofer sein, den VW-Abschluß zum Vergleich mit anderen Lösungsmöglichkeiten zu „instrumentalisieren". Nach der „Schleinkofer-Formel" müßten an Stelle von Prozent und Monaten „Verrechnungspunkte" gesetzt werden. Der VW-Haustarif hätte also dann – viermal fünfzehn – ein Volumen von sechzig solcher „Punkte". Nun gelte es, für die anderen Bereiche der Metallindustrie einen den dortigen Gegebenheiten entsprechenden Umverteilungsschlüssel zu suchen, argumentiert man in München.

Die Sache hat etwas für sich, vor allem, wenn die IG Metall – und so hat es den Anschein – die 60 VW-Punkte zwar als Wunschziel, nicht aber als Bedingung für einen Abschluß betrachtet. Sollten die Arbeitgeber nun noch Abstriche an der erhofften Lohnpause zu Beginn des neuen Tarifvertrags machen, so müßte eigentlich der gesunde Menschenverstand siegen und einen Tarifabschluß ohne Streit, Scheitern und Schlichtung möglich machen.

Berkhans neue Erfahrung

Von Rüdiger Moniac

Karl-Wilhelm Berkhan, der im Frühjahr 1985 eine zehnjährige Amtsperiode als Wehrbeauftragter des Bundestages hinter sich haben wird und sich dann siebzigjährig zur Ruhe setzen möchte, ist in Bonn einer der letzten Amtsträger aus der sozial-liberalen Ära. Um so reizvoller ist es, zu sehen, wie sich der enge Vertraute Helmut Schmidts (zwischen 1969 und 1972 war er auch sein Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium) mit den neuen Bedingungen der „Wende" zurechtfindet. Sein jüngster Jahresbericht über die Wahrung der Rechtsordnung in der Bundeswehr und die Innere Führung, das läßt sich ohne Wenn und Aber feststellen, weist ihn abermals als einen Mann von parteipolitischer Unabhängigkeit aus.

Sein Urteil über die Truppe orientiert sich an Sacherfordernissen. Der Wehrbeauftragte vermeidet es peinlich, dem neuen Mann der Union auf der Hardthöhe mit seinem Report an das Parlament aus parteilichen Gründen die Arbeit schwerer zu machen. Ganz im Gegenteil: Wenn er die Probleme auch nicht beschönigt, so zeichnet er sie jedenfalls mit korrekter Zurückhaltung.

Berkhans Darstellungen über Gleichgültigkeit und Lustlosigkeit unter Soldaten müssen alle, die sich die Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit unter ihren Mitbürgern angelegen sein lassen, aufrütteln. Es gibt Anzeichen nicht nur dafür, daß eine tiefe Unsicherheit über das Berufsverständnis im Militär grassiert, sondern auch, daß breite Bevölkerungskreise angesichts der Klagen über „weltweit ungehemmten Rüstungswettlauf" die Einsicht dafür verlieren, weshalb wir eine Bundeswehr brauchen. Vor diesen geistigen Einbrüchen bei durchaus nicht systemfeindlichen Demokraten verblassen alle anderen Probleme der Truppe.



ZEICHNUNG: MACNELLY / COPYRIGHT „CHICAGO TRIBUNE"

Feindbild Grönland

Von Enno v. Loewenstern

Sollen unsere Kinder lernen, daß die Bundeswehr „als Verteidigungsinstrument des ganzen Volkes verstanden und akzeptiert werden muß"? Nicht in den SPD-regierten Ländern. Dieser Satz, der als letztes Bekenntnis zur wehrhaften Demokratie wie ein einsamer Fels aus der schwammigen Unverbindlichkeit eines Papiers „Friedenserziehung in der Schule" der SPD-Kultusminister ragte, ist gestrichen worden.

Diese Streichung ist ein Programm. Ebenso programmatisch ist die Tatsache, daß die Kultusminister der vier noch von der SPD regierten Länder ihr Papier bereits als Broschüre gedruckt und an die Schulen versandt hatten, noch ehe die Kultusministerkonferenz am gestrigen Mittwoch, wie vorgesehen, einen Beschluß über den Unterricht zum Thema „Friedenssicherung und Bundeswehr" fassen konnte. Nach dieser Broschüre soll in Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Hessen künftig unterrichtet werden; in Ländern also, wo man sich besonders viel darauf zugute hält, im Geiste der „Aufklärung" keine Untertanen, sondern „mündige Bürger" zu erziehen, denen man die Blindheit ihrer Väter und Großväter gegenüber einem verbrecherischen Regime gern vorhält.

Dort soll eine zentrale Frage der Demokratie, nämlich ihre Wehrhaftigkeit, völlig unverbindlich zur „Diskussion" mit „Thesen und Gegenthesen" gestellt werden: „einerseits", daß Verteidigung legitim sei, „andererseits", daß etwa „Feindbilder" zu „unkalkulierbaren Reaktionen führen können". Darum geht es diesen Pädagogen ganz besonders; an anderer Stelle wird noch einmal nachdrücklich vor „gesellschaftlichen Klischees, Vorurteilen und Feindbildern" gewarnt.

So darf niemand überrascht sein, wenn er beim Studium dieser Handreichung keinen Hinweis darauf findet, wofür wir die Bundeswehr überhaupt brauchen. Vielleicht für eine Verteidigung nach allen Azimuten im Sinne de Gaulles, das Risiko einer grönländischen Invasion eingeschlossen? Die Sowjetunion jedenfalls wird nicht erwähnt – oder nur in so äquidistanziertem Ton, als behandle man die Vorgeschichte der Schlacht von Kadesch zwischen Ramses II. von Ägypten und Muwatallis von Chatti 1286 v. Chr.:

„Mögliche Schwerpunkte sind: ... Ost-West-Konflikt in seinen verschiedenen Phasen; kalter Krieg; Machtpolitik der Großmächte, Bedrohtheitsvorstellungen der USA und der Sowjetunion; atomares Patt, Eskalation durch wechselseitige Bedrohung und Abschreckung und ihr Widerspruch zur UNO-Charta; Wandlung der Militärstrategien, Rüstungswettlauf; NATO und Warschauer Pakt."

In denselben Schulen, in denen die Kinder nachdrücklich über die KZs und Kriegsvorbereitungen eines untergegangenen Regimes unterrichtet, in denen sie zum „kritischen Hinterfragen" ihres eigenen demokratischen Rechtsstaats erzogen werden, verschweigt man ihnen taktvoll die KZs und Kriegsvorbereitungen des bestehenden vergleichbaren Systems, die sie unmittelbar bedrohen. Oder wenn, dann läßt man dies allenfalls als Gegenstand eines „problemorientierten Arbeitsprozesses" zu, bei dem die Schüler „die Fähigkeit zur offenen Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen entwickeln", aber natürlich mit der Maßgabe, daß „Klischees" und „Feindbilder" grundsätzlich pfui sind. Nun sollen junge Menschen gewiß lernen, selbständig zu denken. Aber gewisse Grundsätze, etwa das Lernziel, daß der Standpunkt „und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein" keineswegs ins problemorientierte Belieben gestellt, sondern mit Note sechs zu bewerten ist, gelten in jedem zivilisierten Land – das ist es eben, worin Erziehung, „Vermittlung von Werten" fundamental besteht –, in den SPD-regierten Ländern aber gelten sie nur mit Einschränkung.

Das ist, wohlgemerkt, nicht eine Frage unzulänglicher Information, denn buchstäblich jedes Kind kennt den Charakter des Sowjetsystems. Deshalb kann man nicht einmal von Heuchelei sprechen, denn das setzte Heimlichkeit voraus. Wir haben es vielmehr zum ersten Mal in der Geschichte der Pädagogik mit dem Phänomen der Erziehung zum Zynismus, zur flagranten Verlogenheit zu tun: Junge Menschen sollen dazu dressiert werden, einen allgemein bekannten schändlichen und gefahrvollen Sachverhalt zu tabuisieren, wohlfundierte Urteile als „Vorurteile" zu verbellen – angeblich, weil das der „Entspannung" dient, wenn man nicht zu streng über den „Sicherheitspartner" urteilt, in Wirklichkeit, weil tiefinnerliche Beziehungen zum Sozialismus peinlich berührt werden, wenn jemand die Wahrheit über seine Praxis ungeniert ausspricht.


„Bedrohtheitsvorstellungen": Joist Grolle (SPD), Hamburg, Vorsitzender der Kultusminister-Konferenz FOTO: JUPP DARCHINGER

Für die Schüler, die entweder wider besseres Wissen mitmachen oder gar wider Wissen und Willen – denn viele haben bereits erfahren, daß ein klares Bekenntnis zum Recht auf Verteidigung zu schlechteren Noten führen kann –, stellt sich als mögliches Lernziel die Neurotisierung; jeder Psychologe weiß, welche Folgen ein Leben mit der bewußten Unwahrheit haben kann. Zum großen Teil können wir diese Folgen heute schon auf unseren Straßen beobachten. Man sollte die Broschüre unerbittlich zur Debatte stellen, nicht nur den Inhalt, sondern auch den dahinterstehenden Geist. Alles, woran dieser Rechtsstaat seit Jahren krankt, bündelt sich hier wie in einem Brennpunkt.

IM GESPRÄCH Ian MacGregor

Mit 70 hat man noch Träume

Von Wilhelm Furler

Wenn einem Mann im Alter von immerhin siebzig Jahren erneut ein Top-Job in der Wirtschaft angeboten wird, dann muß er außerordentliche Qualitäten haben – jedenfalls in den Augen keines geringeren Arbeitgebers als der britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Die Wahl der konservativen Regierungschefin für die wenig dankbare Aufgabe, den tief in den Verlustzahlen operierenden staatlichen britischen Kohlekonzern zu führen und zu sanieren, ist auf Ian Alexander MacGregor gefallen.


Nach dem Stahl die Kohle sanieren: MacGregor FOTO: CAMERA PRESS

Für Frau Thatcher ist der gebürtige Schotte und Wahlamerikaner eine Art Wunderheiler. Sie hat ihn vor drei Jahren aus den USA herübergeholt, um den ebenfalls staatlichen und maroden Stahlkonzern British Steel wieder auf Vordermann zu bringen. In diesen drei Jahren hat es MacGregor geschafft, den plumpen, von überalterten Anlagen, Überkapazitäten und typisch britischem „Overmanning" gezeichneten Konzern zu einem schlanken, fitten und ernstzunehmenden Wettbewerber am internationalen Stahlmarkt werden zu lassen.

Trotz teilweise heftiger Gegenwehr der Gewerkschaften reduzierte er die Belegschaft von knapp 170 000 auf heute nur noch 85 000 Mitarbeiter, was ihm aus Kreisen der britischen Gewerkschaftsbewegung die Schimpfworte „unbarmherziger Schlächter", „Totengräber" und „Beilschwingender Yankee" einbrachte. Doch das stört den auffallend großen und schweren MacGregor, dem man die schottische Herkunft deutlich ansieht, wenig. Für ihn zählt nur die Herausforderung, mit unbeugsamem Willen den wirtschaftlichen Erfolg zu finden.

MacGregor wird nie müde, auf seine einfache Herkunft und seine enge Beziehung zu Stahl und Kohle von Kindesbeinen an hinzuweisen. Geboren wurde er direkt neben der schottischen Metallhütte von Kenlochleven, wo sein Vater Buchhalter war. In Glasgow studierte er Metallurgie und Bergbau, seine Lehrjahre verbrachte er in der schottischen Stahlindustrie.

1940 ging er für die britische Armee als Beschaffungsoffizier in die Vereinigten Staaten, wo er sich niederließ. Dort lernte er auch seine aus Wales stammende Ehefrau Sybil kennen, mit der er einen Sohn und eine Tochter hat. Bis 1977 führte er den amerikanischen Erz-Bergbaukonzern Amax in Connecticut wieder zum Erfolg. Nach seiner Pensionierung kaufte er sich in das feine New Yorker Bankhaus Lazard Fréres ein, das ihn für mehrere Millionen Mark an die britische Regierung auslieh.

Von seiner Frau, die weiterhin in den USA lebt, soll MacGregor gebeten worden sein, den „Kohle-Job" auszuschlagen und wieder in die USA zurückzukehren. Doch der Erfolgsmann, der von morgens früh bis Mitternacht arbeitet, kann es nicht lassen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hamburger Abendblatt

Zu den Massenentlassungen bei HDW heißt es in der Zeitung:

Die Aufrechnung vergangener Schuld am Niedergang des größten deutschen Werft-Arbeitgebers Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) – so wichtig sie sein mag – hilft den mehr als 4000 Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren sollen, überhaupt nicht. Die Aufgabe des Schiffsneubaus von HDW in Hamburg bedeutet eine dramatische Zeitwende in der Wirtschaftsstruktur der Hansestadt. Es überrascht schon, daß in dieser Notsituation der Erste Bürgermeister Hamburgs, Klaus von Dohnanyi, es in Kenntnis dieser Dinge für richtig erachtet, mit dem Hamburger Staatsopernballett nach New York zu reisen.

Kölner Stadt-Anzeiger

Zu den Opec-Beschlüssen überlegt das Blatt:

Viel hängt jetzt davon ab, ob sich die Opec-Länder an die Beschlüsse halten. Zweifel sind erlaubt. Denn gerade ihre mangelnde Disziplin in Preis- und Mengenfragen angesichts weltweit schrumpfender Ölnachfrage hat ja die Opec erst in die Krise gestürzt. Das soll nun vorbei sein? Offenbar traut auch das Kartell selbst dem Braten nicht, sonst würde es die Länder-Förderquoten wohl nicht geheimhalten.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Die Zeitung kommentiert die Haushaltslage:

Die Probleme sind für die konservativ-liberale Koalition nach der gewonnenen Bundestagswahl wahrlich nicht kleiner geworden. Es sind im Haushalt 1984 mindestens sechs Milliarden Mark zu kürzen, gleichzeitig fehlen den Rentenkassen runde sieben Milliarden Mark. An Vorschlägen, wo gekürzt werden soll, mangelt es nicht. Es mangelt aber auch nicht an Plänen, von neuem an der Steuer- und Abgabenschraube zu drehen, und zwar in der verkehrten Richtung, nämlich nach oben. So müßte sich eigentlich eine erneute Erhöhung der Benzinsteuer verbieten, hatte man sich doch vorgenommen, Deckungslücken nur durch Sparmaßnahmen zu schließen.

Schwäbische Zeitung

Das Leutkirchener Blatt äußert sich zu den Koalitionsgesprächen:

Wer beim Streit zur Sache letztlich entscheiden soll, hat der Wähler vorab geklärt: der Bundeskanzler und christliche Demokrat Helmut Kohl. Er hat den Bürger im Wahlkampf nicht um die absolute Mehrheit für die Union gebeten, er hat sie auch nicht erhalten. Er ist jedoch mit einem guten Ergebnis ausgestattet worden, weit besser als der Kanzlerkandidat Strauß des Jahres 1980.

Lübecker Nachrichten

Zur Schleswig-Holstein-FDP meint das Blatt:

Die schleswig-holsteinische FDP steht in einer Zerreißprobe. Erst liefen ihr fast ein Viertel der Mitglieder weg, dann zwei Drittel der Wähler und jetzt hat sie keinen Vorstand mehr. Angesichts des vernichtenden Votums vom Sonntag macht sich Ratlosigkeit breit ... Denen, die schon immer einen anderen Kurs wollten, wird der führende Kopf der Linksliberalen, der stellvertretende Landesvorsitzende Heiner Bremer, kaum reichen. Nicht ganz zu Unrecht geht unter den Liberalen jetzt jedoch das Wort um: „Wer nun Köpfe rollen lassen will, muß bedenken, daß wir kaum noch Köpfe haben."

Wie Gott in Frankreich, wie ein Dukatenesel in Deutschland

Vorstellungen von Delors über die Stützung des Franc / Von Claus Dertinger

Es ist ein nur zu oft aufgeführtes Possenspiel: Währungspolitiker bestreiten bis zur letzten Minute die Notwendigkeit von Ab- oder Aufwertungen. Das ist verständliche politische Taktik; denn beabsichtigte Wechselkursveränderungen kann man nicht auf dem Marktplatz hinausposaunen. Doch das Stück, mit dem sich Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors jetzt auf der währungspolitischen Bühne präsentiert, ist nicht mehr die übliche Posse, sondern Schmierentheater, von dem man nicht genau weiß, ob es als politisches Kabarett oder als Tragödie oder als mißlungene Mischung aus beiden einzuordnen ist.

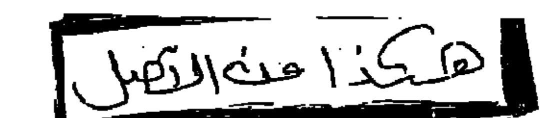
Die Spatzen pfeifen es von allen Dächern, daß Präsident Mitterrand mit seiner sozialistischen Volksbeglückungspolitik den Wert der französischen Währung ausgehöhlt hat. Die französischen Verbraucherpreise sind im letzten Jahr um 11,6 Prozent und damit mehr als doppelt so stark gestiegen wie die deutschen. Im Europäischen Währungssystem (EWS) hat lediglich Italien diese Inflationsrate noch überboten. Ein auf umgerechnet mehr als 33 Milliarden Mark im vorigen Jahr verdreifachtes Leistungsbilanzdefizit ist die Quittung für das Nachlassen der französischen Wettbewerbsfähigkeit im Ausland sowie dafür, daß die Franzosen, von den Versprechungen sozialistischer Traumtänzer verführt, über ihre Verhältnisse gelebt haben.

Alle diese Sünden spiegeln sich in der Wertschätzung des französischen Franc am Devisenmarkt. Der Franc-Kurs wäre in den letzten Wochen längst unter die im EWS vereinbarte Untergrenze gesunken, wenn er nicht mit in die Milliarden gehenden Stützungskäufe der Banque de France und der Bundesbank, mit Zinsmanipulationen der französischen Notenbank und mit großen Krediten, an denen sich die Saudis ebenso wie deutsche Banken beteiligt haben, künstlich hochgehalten worden wäre.

Dennoch stellt sich Delors hin und verkündet mit unverfrorenem Selbstbewußtsein, der Kurs des Franc sei richtig; schuld an der Misere des Franc und an den Spannungen im Europäischen Währungssystem sei nur die Bundesrepublik, die mit dem Feuer spiele, wenn sie Europa nicht mit einer Zinssenkung und Eingriffen am Devisenmarkt rette. Es ist offenbar mit der auch von Sozialisten hochgehaltenen französischen Grandeur nicht vereinbar, daß Paris mit einer dritten Abwertung des Franc in der noch nicht einmal zwei Jahre währenden Ära Mitterrand Fehler eingesteht und ihre Folgen korrigiert.

Die mit der zunehmenden Stärke der deutschen Leistungsbilanz, dem Stabilitätsvorsprung der Bundesrepublik vor den anderen EWS-Partnern und dem bürgerlichen Wahlsieg auf Hochtouren gekommene Spekulation auf eine D-Mark-Aufwertung macht es Delors leicht, den Deutschen den Schwarzen Peter zuzuschieben und sie mit dem erpresserisch anmutenden Hinweis auf ihre Verantwortung für die EG zur Hilfeleistung zu drängen, vor allem durch Aufwertung der D-Mark im EWS, die auch anderen Ländern mit schwachen Währungen – vielleicht – die Schmach einer Abwertung ersparen würde. Sicherlich hat Delors recht, wenn er in dem hohen Wechselkurs der D-Mark das größte Problem für den Franc sieht. Aber das doch nur, weil sich Paris am wenigsten an die Vereinbarung der EWS-Partner gebunden fühlt, eine „auf größere Stabilität gerichtete Politik sowohl für Defizit- als auch für Überflußländer" zu praktizieren, während die Bundesrepublik diesen Idealen am nächsten kommt. Von den Deutschen mit Drohgebärden ein Einlenken zu fordern, bedeutet im Klartext nichts anders, als daß wir mit mehr Inflation die Rechnung für französisches Fehlverhalten begleichen sollen. Ein Verlangen also, das bei aller Hochschätzung von Partnerschaft im EWS nicht dem Geist des Währungsabkommens entspricht.

Die derzeitigen, vor allem von Paris beklagten Spannungen im Europäischen Währungssystem wären rasch zu beseitigen, wenn im EWS das Verursacherprinzip gälte: Jeder räumt den Dreck weg, den er macht, und zwar möglichst rasch. Eine von einem Austerity-Programm begleitete Franc-Abwertung schon vor einiger Zeit hätte vor allem Frankreich selbst einige Opfer erspart: Das Verplempern wertvoller Währungsreserven und hoher Zinsen für Franc-Stützungskredite sowie eine weitere Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Doch das EWS ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern zugleich eine politische Veranstaltung, in der auch andere Prinzipien gelten. Das EWS ist nicht zuletzt eine der wichtigsten Klammern der EG. Deswegen wird wohl auch die Bundesregierung nicht mit leeren Händen dastehen, wenn es darum geht, Paris den Abwertungsbeschluß zu erleichtern.



e Handelsschiffahrt und r Schiffbau befinden sich einer Krise. 3600 Beäftigten der Howaldtsrke – Deutsche Werft .G) droht die Entlassung. ich Angaben des Generates für die britische hiffahrt liegen zur Zeit ltweit nahezu 1700 Hanlsschiffe, darunter mehr 400 Tanker, ohne Aufige in den Häfen. Damit jedes siebte Handelsiff ohne Beschäftigung. hezu ein Viertel der Tanr-Tonnage ist unausgelat. Besonders betroffen Griechenland, aber die ise ist international.



Ein Blick auf die Misere: Eingemottete Tanker und Frachter in der Bucht von Eleusis FOTO: GAMMA/STUDIO X

An der Handelsflotte nagt der Rost

on WILHELM FURLER

eim Landeanflug auf Athen gleitet der Jet über die Bucht von Eleusis. Man glaubt sei- Augen nicht zu trauen, denn unten liegen so viele Schiffe, schicke sich die antike griechi- Flotte an, ihren Seesieg gegen Perser bei Salamis zu wieder- in.

och was da vor sich hindüm-, sind Tanker, Massengutfrach-Stückgutschiffe, 150 bis 170 an Zahl. Sie sind eingemottet. Die ht von Eleusis ist nur einer von r als 20 Ankerplätzen, die von griechischen Regierung, der des daniederliegenden Schifftsmarktes gehorchend, zu die- Zweck freigegeben wurden. s gab im vergangenen Jahr Zei- da wurden pro Tag zehn grieche Schiffe und mehr aufge- Mitte April letzten Jahres wa- es noch etwas mehr als 300. te rosten 745 neue und nicht r ganz neue Schiffe mit zusam- 14,3 Millionen Tonnen Tragfäteit in den mehr als 20 griechien „Abstellplätzen".

emessen an der in aller Welt gemotteten Auflieger-Tonnage das noch gar nichts. Jüngsten ätzungen zufolge dürfte allein Tonnage der weltweit mehr als beschäftigungslos aufgelegten nöl-Tanker im Januar die 80- lionen-Marke überschritten nen.

eutsche Großtanker arten auf Aufträge

atürlich sind auch deutsche ker von der Krise in Mitleidenaft gezogen worden. So warten a vor Wilhelmshaven die bei- Großtanker „Faust" und stfalen" der Veba-Oel mit jels 240 000 Tonnen Tragfähig- seit dem Frühjahr 1982 auf sere Zeiten oder auf Interessen- mit passendem Kaufpreis. Und n seit 16 Monaten dösen ihre len Schwesterschiffe, die Oldorff-Tanker „Niedersachsen" „Schleswig-Holstein", unter Sonne von Dubai. Die vier ßtanker wurden vor knapp n Jahren von den Howaldtswer--Deutsche Werft AG in Kiel aut.

er mit 392 000 Tonnen noch tlich größere Tanker „Bonn" Hapag-Lloyd hat ebenfalls im sischen Golf – weil dort schließlich ab und an noch Öl verladen wird – seit Juli letzten Jahres Warteposition bezogen. Die finanziell arg gebeutelten Eigner suchen schon lange verzweifelt nach einem Käufer für ihren Koloß.

Die Schiffahrtsmisere stellt sich zehn Jahre nach dem Ölpreisschock als unvergleichlich schlimmer und hartnäckiger heraus, als sich dies die meisten Beteiligten zunächst überhaupt vorstellen konnten. Zur Zeit liegen die Tankerraten auf einem zuvor nie gekannten Tiefpunkt. Nachdem Mitte 1979 in einer Art Zwischenhoch noch Raten von Worldscale (WS) 180 angeboten wurden, lagen sie für Tanker von 40 000 bis 70 000 Tonnen Tragfähigkeit Anfang letzten Jahres bei WS 80 und haben sich inzwischen bei WS 90 eingependelt. Worldscale stellt dabei eine international verwendete Ratenform dar. Supertanker von 200 000 bis 300 000 Tonnen Tragfähigkeit, die Anfang letzten Jahres den schon damals längst nicht mehr kostendeckenden Satz von WS 30 erzielten, erhalten jetzt höchstens noch WS 25.

Längst hat die desolate Lage am Tankermarkt auch auf die anderen Schiffahrtsbereiche übergegriffen. Spätestens seitdem etliche Tankerreeder auf der Suche nach Beschäftigung für ihre Öltransporter auf den Markt für trockene Ladung wie Erz, Kohle oder sogar Getreide ausweichen, sind auch die schönen Tage der Massengutschiffahrt dahin. Seit Anfang letzten Jahres sind die Frachtraten in diesem Bereich geradezu kollabiert. Inoffiziellen Schätzungen zufolge sollen inzwischen mindestens 800 Massengutschiffe mit zusammen mehr als 70 Millionen Tonnen Tragfähigkeit ohne Beschäftigung vor der Kette rosten.

Daß die schwere Schiffahrtskrise vor der lange Zeit weitgehend unbehelligten Linienschiffahrt haltmachen würde, war nicht zu erwarten. Neben dem Druck, der sich von der Tanker- und Massengutfahrt mehr und mehr auch auf die konventionelle Stückgut- und Linienschiffahrt fortsetzte, kamen erschwerend der Rückgang des seewärtigen Handelsaufkommens wegen der weltweiten Rezession sowie vor allem das Auftreten von Konkurrenz in bisher nicht erlebtem Umfang hinzu.

Während die westlichen Reeder noch bis vor kurzem keine Gelegenheit ausließen, die „Rote Flotte" der Staatshandelsländer unter Führung der Sowjetunion des massiven Dumpings zu bezichtigen, sind es heute vor allem die sogenannten Außenseiter, die den Liniendiensten und Konferenzen mit billiger Second-hand-Tonnage das Leben versauern.

Der Druck auf die Linien-Reedereien der westlichen Industrieländer hat sich in den letzten Jahren zudem noch wesentlich dadurch verstärkt, daß immer mehr Entwicklungsländer ihren Anteil am Schiffahrts-Kuchen erheblich zu vergrößern suchen. Dabei gehen sie nicht gerade zimperlich vor. Frachtraten-Unterbietung und Ladungslenkung auf die eigenen Schiffe sind für sie höchst probate Mittel.

Werften werden in Mitleidenschaft gezogen

Gerade für die europäischen Reedereien mit ihrer besonderen Kostenstruktur erwachsen hieraus die größten Probleme. Hohe Zinsen, teure (wenn auch meist berechtigte) Auflagen an die Schiffssicherheit durch die Seeberufs-Genossenschaften und vor allem im Vergleich zu anderen Ländern extrem hohe Heuern für Offiziere und Schiffsbesatzungen sind eine Kostenschraube, die empfindlich schmerzt. Nirgendwo auf der Welt werden gegenwärtig höhere Heuern bezahlt als von den skandinavischen Reedereien, dicht gefolgt von den deutschen und den niederländischen. Zwischen Europa und Fernost differieren die Heuern um mehr als 50 Prozent. Und im europäischen Durchschnitt machen diese Kosten mittlerweile gut ein Viertel der Gesamtbetriebskosten (einschließlich Zinsen und Abschreibungen) eines Schiffes aus.

Inzwischen gibt es eigentlich keinen Schiffstyp mehr, der nicht in den Strudel der Schiffahrtskrise gezogen worden wäre: Spezialschiffe für schweres Stückgut ebenso wie Roll-on-/Roll-of-Frachter oder Containerschiffe. Die einst florierende deutsche Reederei DDG „Hansa" mit ihrer Flotte von Schwergut- und Ro/Ro-Schiffen existiert nicht mehr. Und die größte deutsche Reederei Hapag-Lloyd hat sich an den Rand des Abgrunds manövriert.

Einem gerade veröffentlichten Bericht der Londoner Brokerfirma Tilney zufolge sind Containerschiffe von Rezession und Überkapazität heute ebenso betroffen wie jeder andere Schiffahrtsbereich auch. Für die gegenwärtig 1300 Schiffe umfassende Welt-Containerschiff-Flotte mit einer Gesamtkapazität von 1,23 Millionen 20-Fuß-Containern ist nach diesem Bericht wenig Gutes zu erwarten, wenn in den nächsten zwei, drei Jahren mindestens zehn Prozent Kapazität hinzugekommen sein werden. Schon heute, so schätzt Tilney, liegt die Überkapazität im Containerbereich bei 20 Prozent.

Wie es weitergehen soll, weiß so recht niemand. Weil längst auch die Werften durch das Ausbleiben von Aufträgen vor allem großer Schiffe arg in Mitleidenschaft gezogen wurden, wovon etwa die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG oder die beiden Bremer Werften AG „Weser" und Bremer Vulkan ein Lied singen können, versuchen die Regierungen der meisten Industrieländer, durch Werfthilfen an Schiffbaukapazitäten zu retten, was noch zu retten ist.

Aber diese Neubauhilfen, die etwa auch von der Bundesregierung in diesem Jahr wieder vergeben werden, führen – jedenfalls im Moment – gleichzeitig zu einer Vergrößerung der Überkapazitäten auf den meisten Schiffahrtsmärkten. Eine besondere Rolle spielen dabei die im letzten Jahrzehnt wie Pilze aus dem Boden geschossenen Abschreibungsgesellschaften. Sie bieten ihren Zeichnern mit der Schiffsfinanzierung steuerbegünstigte Anlageobjekte an – häufig genug ohne einen Gedanken daran zu verlieren, ob die Schiffe überhaupt kostendeckend zu einer entsprechenden Charter fahren können oder nicht. Heute dürfte bereits jedes zweite neue deutsche Schiff ein Abschreibungsschiff sein.

Natürlich gibt es auch Abschreibungsgesellschaften, die mit ausgesprochener Marktkenntnis vorgehen. So hat etwa die Norddeutsche Vermögens-Anlage in Hamburg in der letzten Zeit den Bau von Spezial-Flüssigkeitstankern finanziert, die langfristig zu sehr guten Konditionen an ausländische Interessenten verchartert werden konnten. Doch dieser Spezialschiffstyp scheint, abgesehen von einigen hochwertigen Mehrzweckfrachtern und Containerschiffen aus speziellen Märkten, der einzige zu sein, mit dem in der westlichen Seeschiffahrt heute noch wirklich Geld zu machen ist.

Wer im Geschäft bleiben will, muß sich in Leipzig zeigen

Von HANS-J. MAHNKE

Schon morgens drängen sich die Menschenmassen hinter den beiden übereinandergeschichteten, gut zwölf Meter hohen M, dem Wahrzeichen der „Muster-Messe" Leipzig, an der Leninstraße, um durch das Nord-Tor auf das Gelände der technischen Ausstellung in der Nähe des Völkerschlachtdenkmals zu kommen. „Viele Leute, aber wenig Kontakte", dieser Stoßseufzer gehört auf den westdeutschen Ständen, die gleich rechts hinter dem Eingang in den Hallen 1, 2 und 3 recht zahlreich vertreten sind, seit einigen Jahren bereits zum Ritual.

Überall dort, wo sich etwas bewegt, wo eine Werkzeugmaschine in Betrieb ist, wo ein Greifer seine Fähigkeiten demonstriert oder Blechhülsen bedruckt werden, scharen sich die Schaulustigen. Jugendliche fragen nach Prospektmaterial. Ab und zu, aber dieses wird immer seltener, kommt heimlich, weil es verboten ist, ein Techniker aus einem „DDR"-Betrieb auf einen Stand, um sich über neue Entwicklungen zu informieren.

Die Zeiten, als die Betriebe ihre Mitarbeiter in Bussen auf die Messe gekarrt haben, sind vorbei, seit Ost-Berlin sein Auslandsgeschäft auf die Außenhandelsgesellschaften konzentriert hat. Dort fallen die Entscheidungen, sitzen Experten, mit denen die Firmen aus der Bundesrepublik ständig in Beziehung stehen. Aber selbst zu den Gesprächen auf der Messe, die offiziell im „Zeichen des weltoffenen Handels und des technischen Fortschritts" steht, bringen sie häufig noch nicht einmal den Werksleiter mit, in dessen Betrieb später die Maschine, über deren Kauf gesprochen wird, eingesetzt werden soll.

Über den letzten Grund für dieses Verhalten wird gerätselt. Berührungsangst meinen einige, andere vermuten, daß der Bedarf in der „DDR" bereits jetzt so hoch ist, daß er nicht gedeckt werden kann. Auf keinen Fall solle er dadurch noch angeregt werden, daß Ingenieuren und Technikern auch noch Neuentwicklungen präsentiert werden.

Die Klage darüber, daß die Zahl der Fachbesucher mangelhaft ist und noch weiter zurückgeht, gehört zu den ständigen Pressegesprächen des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), in denen über die Erfahrungen der westdeutschen Firmen berichtet wird. Verärgert über diesen Trend sind vor allem kleinere und mittlere Unternehmen, die über kein breit gefächertes Angebot verfügen, sondern Spezialitäten feilbieten. Sie beginnen an dem Sinn ihrer Beteiligung zu zweifeln, würden auf Exponate verzichten und sich mit Gesprächskojen begnügen. Denn bei den Standmieten orientiert sich die Leipziger Messeleitung an dem, was international üblich ist, vor allem an Hannover.

Trotzdem: Die Zahl der westdeutschen Aussteller schwankt kaum. Auf der diesjährigen Frühjahrsmesse waren es 780, nur die „DDR" war stärker vertreten. Wer im innerdeutschen Handel im Geschäft bleiben will, muß nach Leipzig kommen. Darauf achten schon die Offiziellen in Ost-Berlin. Um die Bedeutung der Messe zu unterstreichen, darf keiner wegbleiben. Zwar gibt es in Leipzig kaum einmal spontane Käufe, weil dieses einfach nicht in das planwirtschaftliche System paßt. Was in Leipzig unterschrieben wird, ist zumeist lange zuvor ausgehandelt. Aber eine Messe ohne Abschlüsse kann sich nun nirgends sehen lassen. Daher wird entsprechend terminiert. Im Grunde steht die Information, die Pflege der Beziehungen im Mittelpunkt. In diesem Sinne trifft das Wort von der Drehscheibe des Ost-West-Geschäfts zu.

Trotz der Nüchternheit der Kaufleute in Leipzig wird viel orakelt, werden vor allem die Erklärungen von Erich Honecker, des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden, die er auf seinem traditionellen Rundgang zum Messe-Auftakt machte, nach allen Seiten hin ausgedeutet. Sein diesjähriger Hinweis, daß der Handel auch 1983 wachsen werde, deckte sich mit den Hoffnungen und Erwartungen der Aussteller.

Nach der Entwicklung in den vergangenen Monaten sieht der DIHT einen Stimmungsbonus bei den Kaufleuten. Immerhin zog der



Die Leipziger Messe ist für die „DDR" das Schaufenster nach Ost und West FOTO: DPA

innerdeutsche Handel 1982 gegenüber dem Vorjahr von 12,5 auf 14,1 Milliarden Mark, also um 13 Prozent, an. Dabei kletterten die Lieferungen aus der Bundesrepublik um 16 Prozent auf 7,08 Milliarden Mark, die Bezüge aus der „DDR" um zehn Prozent auf 6,99 Milliarden an. Selbst, wenn die Preissteigerungen herausgerechnet werden, hat es einen solchen Sprung seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr gegeben.

Dieses beflügelt nicht nur die Phantasie, sondern auch die Furcht, daß die EG-Partner, die erhebliche Einbußen hinnehmen mußten, den Sonderstatus des innerdeutschen Handels in Frage stellen könnten. In einem Zusatzprotokoll zum EWG-Vertrag hatten sie 1957 anerkannt, daß dieser Handel für die Bundesrepublik eben kein Außenhandel ist. Dadurch können die „DDR"-Waren nicht nur zollfrei hereinkommen – seit Ende der sechziger Jahre gibt es auch noch eine Umsatzsteuer-Präferenz –, sondern die Bundesrepublik gewährt auch noch einen zinslosen Überziehungskredit.

Doch nicht diese Sonderkonditionen haben den innerdeutschen Handel vor allem nach oben gepuscht, sondern positiv wirkte besonders das Abrechnungssystem. Bei einem Kauf in der Bundesrepublik muß die „DDR"-Außenhandelsgesellschaft nicht in harten D-Mark zahlen, sondern der Betrag wird in Mark der „DDR" bei der Staatsbank verbucht. Entsprechend überweist ein westdeutscher Abnehmer seinen Kaufpreis an die Bundesbank. Halten sich Käufe und Verkäufe die Waage, dann gibt es keine Probleme. Der westdeutsche Lieferant erhält seine D-Mark, der aus der „DDR" seine Ost-Mark. Und gibt es Überschüsse, dann ist der Swing als Puffer dazwischen.

Der Nachteil dieses Systems: Wegen des sturen Bilateralismus bestimmt wie bei reinem Tauschhandel der schwächste Partner den Umfang des Handels. Im vergangenen Jahr hat sich Ost-Berlin jedoch besonders um den westdeutschen Markt bemüht, um selber mehr einkaufen zu können, und zwar selbst solche Waren, die es bisher aus anderen Ländern bezogen hat. Aber dort erhält die „DDR" kaum noch Kredit, seitdem der gesamte Ostblock wegen der Zahlungsunfähigkeit Polens und Rumäniens in Verruf geraten ist. Selbst die Mehrzahl der westdeutschen Banken hält sich zurück, obwohl die 3,7 Milliarden Mark, mit denen die „DDR" in der Bundesrepublik in der Kreide steht, nur 15 Prozent der West-Schulden Ost-Berlins sind. Der innerdeutsche Warenaustausch macht jedoch zwei Drittel des West-Handels der „DDR" aus.

Der Bonner Staatssekretär Dieter von Würzen hat jetzt in einem Gespräch mit westdeutschen Bankenvertretern auf der Messe für höhere Kreditlinien geworben, und zwar im Interesse der mittelständischen Wirtschaft. Von der Umlenkung der Handelsströme durch die „DDR" profitieren die Großfirmen, die Anbieter von Eisen und Stahl, von Nichteisen-Metallen, von chemischen Produkten. Sie werden auch leichter mit den Gegengeschäftsforderungen fertig. Sie können die „DDR"-Ware, die sie abnehmen müssen, leichter in ihrem Konzern verwenden oder über ihre Handelsfirmen vertreiben.

Einige mittlere und kleinere Firmen, vor allem Anbieter von Spezialitäten, haben bereits das Interesse am deutsch-deutschen Handel verloren, zumal Ost-Berlin sogar die Investitionen kürzt, um Produkte für den Export frei zu bekommen und weniger importieren zu müssen.

Allerdings muß sich dieser Trend nicht fortsetzen. „Wenn noch mehr in der ‚DDR' gekauft wird, dann steigen auch die Chancen der mittelständischen Firmen, und wir wollen mehr ordern", meinte ein Einkäufer von Konsumgütern aus Hamburg. Er verhandelt jedoch nicht auf der Technischen Messe, sondern in der Innenstadt, dort, wo auf 16 Messehäuser verteilt, die Konsumgüter-Messe stattfindet, leicht im Windschatten selbst der einheimischen Besucher, obwohl die „DDR" dort ihr Angebot präsentiert.

„Das darfste gar nisch sähn", sächselte ein junger Ehemann, der sich mit seiner gerade Angetrauten im zweiten Stock der Mädler-Passage über Auerbachs Keller am Angebot des VEB Töpferhofs Römhild vorbeidrängte. Denn selbst wenn er die Vasen und Töpfe im Geschäft finden würde, der Preis würde ein tiefes Loch in seine Kasse reißen. Ein Eßservice der Standard-Klasse kostet in der Passage einen halben Monatslohn. Schauen, aber nicht kaufen, also auch hier. Nur: Bei den Konsumgütern ordern die Westler.

Inge Donnepp und die Suche nach der „objektiven Wahrheit"

NRW-Justizministerin in Widersprüchen / Was hat sie wo und wann gesagt?

Von WILM HERLYN

„Ich verbürge mich persönlich dafür, daß weder aus meinem Ministerium noch aus dem Bereich der Staatsanwaltschaft etwas herausgekommen ist." Inge Donnepp am 29. November 1982.

„Zweimal sind in der Spendenaffäre der Parteien und in Sachen Flick Indiskretionen aus meinem Haus herausgekommen." Inge Donnepp am 13. März 1983.

Inge Donnepp ist Justizministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, verpflichtet, „den ungestörten Gang der Strafrechtspflege ... zu gewährleisten und zu schützen" (Inge Donnepp über ihr Amt).

Die Sozialdemokratin wird jetzt Mühe haben, vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Düsseldorfer Parlaments, der gestern wiederum hinter verschlossener Tür tagte, diese beiden Zitate in Einklang zu bringen.

Darüber hinaus belastet sie die oppositionelle CDU, „objektiv die Unwahrheit gesagt zu haben". Denn auf die mündliche Anfrage Nr. 183 des CDU-Abgeordneten Hans-Ulrich Klose habe die Ministerin am 27. Januar 1982 vor dem Parlament zwar zugestanden, ihr Haus habe nach Bekanntwerden der Indiskretionen die Essener Staatsanwaltschaft eingeschaltet, und betont: „Ich kann Ihnen nachdrücklich versichern, daß keiner diese Indiskretionen mehr bedauert als ich."

Zugleich aber habe sie – so Vizefraktionschef Otmar Pohl – den Eindruck vermittelt, daß die Informationen über behördeninterne Vorgänge nicht aus ihrem Hause kämen. Laut Plenarprotokoll 9/40, Seite 2192 erklärte Inge Donnepp: „Ich möchte die Staatsanwaltschaft und im übrigen alle Mitarbeiter im Justizbereich gegen ungerechtfertigte Angriffe auch an dieser Stelle ausdrücklich in Schutz nehmen." Pohl folgert, Frau Donnepp hätte – eingedenk der gezielten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in ihrem Haus – nicht versuchen dürfen, den Verdacht lauthals von sich zu weisen, aus dem Justizbereich wären die Indiskretionen gekommen, ein Verdacht, der sich später als wahr erwies.

Nun zieht sich Inge Donnepp auf zwei Erklärungsebenen zurück: Sie habe sich selbst immer diese Indiskretionen „zugerechnet", da diese ja „irgendwo" hergekommen sein müßten. Sie habe das öffentlich nur deswegen nicht so deutlich gesagt, weil sie „nicht danach gefragt" worden sei. Dies wiederum aber wird von allen Journalisten heftig bestritten, die an der von Inge Donnepp selbst einberufenen Pressekonferenz am 29. November 1982 in ihrem Haus teilgenommen haben (WELT vom 30. November 1982). Denn alle bohrenden Fragen drehten sich um ein Thema: Ist das Loch vor allem im Ministerium selbst zu suchen. Soweit die erste Erklärungsebene der Inge Donnepp.

In der zweiten Ebene führt sie zu ihrer Entlastung an, sie habe sich in ihrer persönlichen Bürgschaft am 29. November vergangenen Jahres auf den Zeitraum „Mai 1982 bis heute" bezogen und lediglich auf den Komplex „Vorwurf der Vorteilsgewährung in Sachen Flick-Konzern", nicht aber auf „Verdacht der Steuerhinterziehung in Sachen Parteienspenden". Mit der Nennung dieses Datums jedoch wird nicht nur ein „zeitliches Loch" erkennbar. Denn der Bonner Staatsanwalt Franzbruno Eulencamp recherchierte gegen den Flick-Konzern schon seit Februar 1982. Außerdem erwähnt Inge Donnepp in ihrer Argumentation nicht, daß Eulencamp im Zuge seiner Ermittlungen in Sachen Parteienspenden auch auf den Vorwurf gestoßen war, der Flick-Konzern habe dem damaligen FDP-Schatzmeister des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Otto Graf Lambsdorff, Gelder zufließen lassen. Dies war für ihn erst auslösender Anlaß, gegen den Flick-Konzern zu ermitteln. Bonn gab diese Erkenntnisse auch an das Justizministerium in Düsseldorf – und mußte verwundert feststellen, daß die Unterlagen, kaum dort angekommen, in einem Bericht der in Essen erscheinenden „Neuen Ruhr-Zeitung" erwähnt wurden.

Noch vordergründiger und durchsichtiger scheinen aber die Entlastungsversuche, den Verdacht auf den ehemaligen Donnepp-Staatssekretär Kurt Wöhler zu lenken. Dieser war bis Herbst 1982 im Amt, wurde aber nach der Bonner Wende entlassen: Wöhler war einer von drei verbliebenen FDP-Staatssekretären aus der Ära der sozial-liberalen Koalition in Düsseldorf, die bis 1980 bestand. Den Sinn, den Wöhler gehabt haben könnte, seinen Parteifreund Lambsdorff durch gezielte Indiskretionen zu belasten und dadurch der Möglichkeit einer Vorverurteilung durch die Öffentlichkeit auszusetzen, vermag aber nun niemand mehr einsichtig zu erklären.

Einen zweiten – ebenso untauglichen – Ablenkungsversuch startete Wöhlers Nachfolger Heinrich-Hugo Röver (SPD): Ohne Namen zu nennen, aber mit deutlichem Hinweis auf Lambsdorff sagte er: „Normalerweise hat der Beschuldigte kein Interesse, die Anklagepunkte gegen sich veröffentlichen zu lassen. Aber wenn er damit von sich ablenken und die Last auf neun andere Schultern verteilen kann ..." (Neben Lambsdorff sind neun weitere Politiker in die Ermittlungen einbezogen, d. Red.). Da sprang Inge Donnepp ihrem Staatssekretär freudig bei: „Das ist so, als ob wir früher zu Hause gesagt haben: ‚Ich habe eine Fünf geschrieben, aber neun Mitschüler auch'."

Die Forderungen der CDU, Frau Donnepp müsse zurücktreten, wurden von der SPD zurückgewiesen. Ministerpräsident Rau: „Abwegig."

Vogel verschiebt Revirement – FDP und Grüne verharren in Ratlosigkeit

Von J. NEANDER

Zehn Tage nach der Landtagswahl lichtet sich in Rheinland-Pfalz der Dunst der Wahlauseinandersetzung. Die beiden Großen, CDU und SPD, haben ihre Weichen überraschend rasch neu gestellt. Die beiden Kleinen, die Grünen und die FDP (beide vom Wähler aus dem Parlament gedrängt), verharren in Ratlosigkeit und internem Streit.

Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) präsentierte gestern der CDU-Fraktion und anschließend der Öffentlichkeit sein neues Kabinett. Es ist beinahe das alte. Nur die durch Waldemar Schreckenbergers Fortzug ins Bonner Kanzleramt entstandene Lücke im Justizressort wurde erwartungsgemäß mit Professor Heribert Bickel, dem 57jährigen Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs und des Verfassungsgerichts von Rheinland-Pfalz, geschlossen.

Eine Zeitlang war auch Justiz-Staatssekretär Professor Walter Rudolf für das Ministeramt im Gespräch gewesen. Daß er, obwohl parteilos und mit seinem unverfälschten Ostpreußisch weithin als Landesfremder erkenntlich, als absolut ministrabel galt, spricht für das Ansehen, das er sich in seiner kurzen Mainzer Amtszeit erworben hat. Nun wird allgemein erwartet, daß er seinen neuen Minister in absehbarer Zeit im Amt des Gerichtspräsidenten ablöst.

Daß Vogel das eigentlich ins Auge gefaßte große Kabinetts-Revirement noch einmal verschoben hat, dafür gab es verschiedene Gründe. Für das durch dringende Weinbauprobleme besonders schwierige Amt des Landwirtschaftsministers ist so leicht kein geeigneter Nachfolger zu finden. So ließ Minister Otto Meyer (62) sich, obwohl der große Ruhestandsurlaub mit seiner Frau für den Sommer bereits gebucht war, noch einmal in die Pflicht nehmen. Seine Bedingung – allerhöchstens zwei Jahre – markiert auch den Zeitraum, in dem der Regierungschef die übrigen personellen Veränderungen vorzunehmen gedenkt.

Dazu zählt auch die im Hinblick auf die Zukunft anvisierte Beteiligung der FDP, etwa durch einen Staatssekretärsposten. Nicht etwa die Widerspenstigkeit der CDU-Fraktion, wie gelegentlich laut wurde, sondern die vollkommen unklare Lage innerhalb der FDP zwingt Vogel hier zum Abwarten. Zwar denkt er nicht daran, die Auswahl der Person hier der FDP zu überlassen. Aber er muß natürlich sicher sein, daß der von ihm Gewählte in der eigenen Partei nicht völlig isoliert ist.

Derartige Garantien kann in der FDP aber zur Zeit niemand abgeben. Man ist nach außen um Geschlossenheit bemüht. Alle schimpfen auf Bonn und Genscher. Die Stimmung kann nicht besser charakterisiert werden als durch das in der Wahlnacht von einer Fernsehkamera zufällig eingefangene Bild des weinenden 70jährigen früheren FDP-Finanzministers Hermann Eicher allein im leeren Plenarsaal, das bei vielen Bürgern tiefen Eindruck hinterlassen und ihnen so etwas wie ein Gefühl einer vielleicht doch historischen Wende vermittelt hat.

Landesbericht Rheinland-Pfalz

Der Versuch des Fraktionsvorsitzenden Hans-Otto Scholl, möglichst schnell eine außerparlamentarische Arbeitsgruppe der FDP zu etablieren, scheiterte. Die Entscheidung wurde dem Landesparteitag am 23. April überlassen. Auch eine Sitzung des Landeshauptausschusses am 18. März wurde still und heimlich abgesagt.

Der Landesvorsitzende Hans-Günther Heinz ist noch bis 1984 gewählt. Ein Versuch, ihn schon im April zu stürzen, scheint aussichtslos. Langfristig aber drängen ganz neue Leute wie der Mainzer Wirtschaftsdezernent Brüderle oder die Bezirksvorsitzenden Thomae und Hitschler ins Rampenlicht. Wie so oft in dieser Partei soll jetzt „die Basis" helfen. Aber weiß denn sie Rat? „Man kann ebensogut würfeln", klagt einer der alten Routiniers der Mainzer FDP.

Ähnliche Schwierigkeiten haben die Grünen, mit ihrem enttäuschenden Wahlergebnis bei der Landtagswahl fertig zu werden. Harald Paulitz, einer der drei Landesvorsitzenden, machte öffentlich die starken Linkstendenzen in der Partei verantwortlich. Seine Vorstandskollegen konterten ironisch. Zwischen den Zeilen mußte Paulitz die Aufforderung heraushören, sein Glück doch in einer anderen Partei zu suchen. Aber der Geschmähte ist, wie in Mainz verlautet, zum offenen Kampf bereit. Auch hier wird der Parteitag im April also recht munter werden.

Fast geräuschlos vollzieht sich die Weichenstellung bei der SPD. Nur wenige erfuhren, daß die bis in die Wahlnacht dramatisch erscheinende Auseinandersetzung um die Führung der neuen Fraktion Folgen bis in den menschlichen Bereich hinein gehabt hat. Der 52jährige Werner Klein, der die Fraktion bisher führte und am Montag nach der Wahl dann endgültig auf eine Kampfkandidatur gegen den Landesvorsitzenden Hugo Brandt verzichtete, mußte zeitweilig mit Herzbeschwerden ins Krankenhaus – so hatte ihn das Ganze mitgenommen.

Neubesinnung bei der Kieler FDP

Vertreter der Mitte formieren sich / Wiederwahl Ronneburgers wahrscheinlich

BERND LAMPE, Kiel

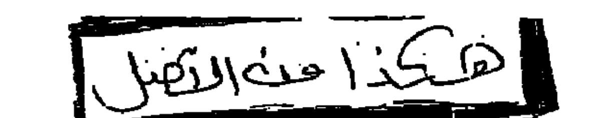
Der „politische Klärungsprozeß", den man sich im Bonner Thomas-Dehler-Haus von der schleswig-holsteinischen FDP schon vor der Bundestagswahl erhofft hatte, ist schneller eingetreten als führende Freie Demokraten in der FDP-Bundeszentrale es erhofft hatten. Die Wende in der bisher linken FDP-Spitze des Landes zeichnet sich bis hin zur Basis jetzt deutich ab.

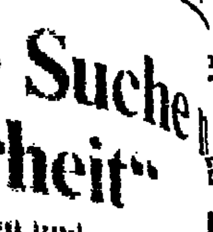
Bei der Wahl zum Bonner Parlament erhielt die FDP des nördlichsten Bundeslandes ein Ergebnis, das unter dem Bundesdurchschnitt lag. Eine Woche später bei der Landtagswahl wurde die Koalitionsaussage der Nord-FDP zu Gunsten der SPD zu einem Fiasko. Die Landes-FDP mußte mit 2,2 Prozent der Stimmen ihre größte Niederlage seit Bestehen der Bundesrepublik hinnehmen.

Mit dem Rücktritt des gesamten Parteivorstandes unmittelbar nach der Landtagswahl erklärte der stellvertretende Parteivorsitzende Heiner Bremer auch seinen Parteiaustritt. Er machte damit den Weg zu einer Neubesinnung der Kieler FDP frei. Der „Stern"-Redakteur und Chefdenker der Landespartei hatte maßgeblich den seit 1970 eingeschlagenen Linkskurs der FDP nördlich der Elbe bestimmt. Als der Landesvorsitzende Uwe Ronneburger vor der Landtagswahl 1979 über die Rückkehr zu einem liberaleren Profil der FDP nachdachte, warf Bremer der Fraktion einen „selbstzerstörerischen Eiertanz" vor und stempelte die FDP zu einer „Partei der Jobsucher" ab. Ronneburger trage die Verantwortung für Ämterhäufung und Machtkonzentration. Der Streit wurde beigelegt, die Mehrheit der Parteitagsdelegierten stand hinter Bremer.

Mit dem Wechsel in Bonn schwand – wenn auch langsam – der Einfluß Bremers auf die schleswig-holsteinische FDP. Bremer, der auch kommunalpolitisch in Pinneberg, vor den Toren Hamburgs, tätig ist, nutzte langschwelende politische und personelle Querelen der örtlichen FDP als Grund für seinen Parteiaustritt. Ein mit Bremer zurückgetretenes Mitglied des Landesvorstandes meinte zu dem unerwarteten Austritt: „Bremer hat sich aus dem Staube gemacht. Nun braucht er keine Verantwortung zu tragen."

Der FDP-Spitzenkandidat bei der Landtagswahl, Neithart Neitzel, meinte indes, die FDP habe nun „sehr viel Zeit", über einen Kurswechsel nachzudenken. „Kurzfristig wird es keine Kurskorrektur geben." Doch die Vertreter eines Kurses der Mitte formierten sich schneller als erwartet für die Neuwahl des FDP-Spitzengremiums am 13. April. Der frühere Bundestagsabgeordnete Zumpfort, der stellvertretende Lübecker Stadtpräsident Halbedel und der Dithmarscher Kreisvorsitzende Tantzen meldeten ihre Kandidatur für den geschäftsführenden Landesvorstand an. Ronneburger dürfte mit ihrer Unterstützung in seinem Amt bestätigt werden.





Die FDP als Hüter der Marktwirtschaft

Die Existenzfrage hat sich der FDP wiederholt gestellt. In diesen Tagen wird sie ihr auf delikate Weise serviert: Weil Kohl die CSU zufriedenstellen müsse, komme er nicht darum herum, Strauß in Bonn ein klassisches Ministerium anzubieten, und da weder das Außen- noch das Finanzministerium verfügbar seien, das Verteidigungsministerium aus Gründen der Zeitgeschichte schwerlich in Frage komme, bleibe eigentlich nur das Wirtschaftsministerium. Das war gestern eine Spekulation unter manchen anderen.

Unabhängig von Personen und tagesaktuellen Konstellationen, soll hier eine These aufgestellt und begründet werden. Die These lautet: Wer der FDP das Bundeswirtschaftsministerium nimmt, bringt sie um. Die Frage ist, ob das gewollt wird oder nicht.

Zunächst muß ein naheliegendes Gegenargument ausgeräumt werden. Die FDP, so kann gesagt werden, besetzt erst seit Dezember 1972 das Bundeswirtschaftsministerium und ist doch vorher kei-

DIE ● ANALYSE

neswegs umgekommen. Das trifft zu; aber es ist nicht aussagekräftig für die Zukunft.

Seit der Staatsgründung 1949 ist die FDP zweimal von außen an die Todesgrenze gestoßen worden, und zweimal hat sie sich selbst an den Rand des Abgrunds manövriert.

1. Im Jahre 1956 brachte der CDU-Abgeordnete Hilbert im Bundestag den Antrag ein, im Wahlrecht das Grabensystem einzuführen. Es sollte nur noch die Hälfte der Bundestagsabgeordneten durch Verhältniswahl, die andere Hälfte durch direkte Wahl bestimmt werden. Für die FDP hätte das die Halbierung der Fraktion bedeutet. Die Freien Demokraten konterten, indem die „Jungtürken" Weyer und Döring in Düsseldorf den CDU-Ministerpräsidenten Arnold stürzten. Die Hilpert-Initiative stand im Zusammenhang mit dem, was die FDP als nationale Aufgabe verstand. Sie hatte sich Konrad Adenauer in der Saarfrage widersetzt. Im Gegenzug zum Düsseldorfer Jungtürken-Aufstand spaltete Adenauer die FDP, zumindest ihre Bundestagsfraktion.

2. Im Jahre 1966 setzte die Regierung der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kiesinger die Einführung des Mehrheitswahlrechts an die Spitze ihres Programms. Nach zeitweiligen Erfolgen der NPD sollte verhindert werden, daß Bonn Weimar werde. Aber ebenso sollte verewigt werden, was durch die Bildung der Koalition aus CDU/CSU und SPD erreicht worden war: Die FDP, die kleine dritte Partei, war aus der Rolle des Kanzlermachers gedrängt worden. Der Anlauf zum Mehrheitswahlrecht scheiterte, nicht zuletzt an Egon Franke und seinen „Kanalarbeitern" in der SPD.

3. In der Opposition rang sich die FDP nach schweren inneren Kämpfen zur neuen Ostpolitik durch, die für sie im Kern Deutschlandpolitik war, also wiederum eine nationale Aufgabe. 1969 machte sie Brandt zum Bundeskanzler und zum Vollstrecker der neuen Ostpolitik. Damit stürzte sich die FDP als Partei in eine Zerreißprobe, die zur Abspaltung der „Nationalliberalen" führte.

4. Im Herbst 1982 vollzog die FDP den Sturz Schmidts, indem sie Kohl im Bundestag die Kanzlermehrheit verschaffte. Maßgebend waren dieses Mal Gründe der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Wieder stürzte die FDP in eine tiefe innere Krise, aber es gab ein Generalthema, das trotz allem einen gemeinsamen Nenner darstellte: die Wirtschaftspolitik des Grafen Lambsdorff.

Zieht man Bilanz, so ergibt sich:

– Zweimal hatte die FDP ihre innere Rechtfertigung aus dem gezogen, was sie als nationale Aufgabe begreift. Aber die Saarfrage ist seit 1955 gelöst, und die Deutschlandpolitik ist auf unabsehbare Zeit auf den Modus vivendi der Ostverträge verwiesen.

– In den fünfziger Jahren hat die FDP Ludwig Erhard stets als einen der Ihren reklamiert. Sie hält sich zugute, Mitbegründer der sozialen Marktwirtschaft zu sein. Daran ist sie nur einmal, zur Zeit des Aufbruchs der sozial-liberalen Koalition in Bonn, irre geworden. Damals verkündete Scheel den Lehrsatz, die „neue deutsche Außenpolitik der Toleranz" bedinge gesellschaftspolitische Reformen im Innern. Maihofer proklamierte das „historische Bündnis zwischen Liberalen und Sozialdemokraten. Flach verkündete in seiner „grünen Bibel" den Unsinn, der Liberalismus müsse sich „aus seiner Klassengebundenheit und damit vom Kapitalismus" befreien. Doch diese Irritation ist überwunden, seit die FDP den Bundeswirtschaftsminister stellt – erst Friedrichs, dann Lambsdorff.

Hier schließt sich der Kreis. Geht man zu Recht davon aus, daß der radikaldemokratische Reformeifer a là Baum nie mehr als Randverzierung der FDP war, so finden die Freien Demokraten fortan ihre Rechtfertigung als dritte Partei nur noch im Wächteramt über die soziale freie Marktwirtschaft. Die Bundestagswahl vom 6. März hat den Beweis erbracht. Die Zweitstimmen, denen die FDP ihren Einzug in den Bundestag verdankt, galten dem Grafen Lambsdorff und seiner Wirtschaftspolitik. Das ist ein Wächteramt rechts von CDU und CSU. Die FDP kann es aber nur ausüben, wenn sie den Bundeswirtschaftsminister stellt. Darum bringt man die FDP um, wenn man ihr das Wirtschaftsministerium nimmt – was zu beweisen war.

Stoltenberg setzt sich mit seinen Vorstellungen durch

CDU und CSU: Neuverschuldung unter die 40-Milliarden-Grenze drücken

MAHNKE/REINERS, Bonn

Über die künftige Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik dürfte es in den heutigen Koalitionsgesprächen zwischen CDU/CSU und FDP zu keinen grundsätzlichen Auseinandersetzungen kommen. Die fast nahtlose Übereinstimmung in Grundfragen, die sich bei den Koalitionsverhandlungen im Herbst gezeigt hatte, sei nur durch den Streit um die Rückzahlbarkeit oder Nichtrückzahlbarkeit der Investitionshilfeabgabe verdeckt worden, hieß es gestern.

Die finanzpolitischen Vorstellungen von Gerhard Stoltenberg, die nicht nur für ein Jahr, sondern für die gesamte Legislaturperiode gelten sollen, wurden in den Gesprächen zwischen CDU und CSU akzeptiert. Auch die FDP plädiert für eine restriktive Ausgabenpolitik und wendet sich gegen Steuer- und Abgabenerhöhungen.

Nach den Plänen Stoltenbergs soll der Bundeshaushalt im nächsten Jahr nur um zwei Prozent auf 258 Milliarden Mark steigen. Die Nettokreditaufnahme soll unter 40 Milliarden gedrückt werden. Um dieses zu erreichen, sind Einsparungen von sechs bis sieben Milliarden Mark notwendig. Die Verbesserung der Haushaltsstruktur soll nach den Vorstellungen Stoltenbergs, die sich mit denen der FDP decken, durch Sparsamkeit auf der Ausgabenseite erreicht werden. Dieses ist ein Eckpunkt der Politik des Finanzministers. Denn die Belastbarkeit der Betriebe und Bürger mit Steuern und Abgaben sei, wie er betonte, erreicht, teilweise sogar bereits überschritten.

Im Finanzministerium sind verschiedene Denkmodelle von den Experten erarbeitet worden, um die notwendigen Beträge durch Kürzungen bei den Transferleistungen zusammenzubringen, die sich der Minister jedoch nur teilweise zu eigen gemacht hat. In den Koalitionsgesprächen dürfte die nochmalige Begrenzung oder Verschiebung der Anpassung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst eine Rolle spielen. Durch eine solche Maßnahme würde nicht nur der Bundeshaushalt entlastet, sondern auch die Etats der Länder und Gemeinden.

Wie verlautet, hat Stoltenberg den Vorschlag aus seinem Haus, eine Ergänzungsabgabe einzuführen und die Investitionshilfeabgabe dafür nur in diesem Jahr zu erheben, nicht aufgegriffen. Durch eine dreiprozentige Ergänzungsabgabe, die nicht rückzahlbar wäre, würden die 2,5 Milliarden Mark zusammenkommen, die von der Bundesregierung zur Förderung des Wohnungsbaus eingesetzt werden.

Um den Streit über die Rückzahlbarkeit der Investitionshilfeabgabe zu beenden, wird auch der Vorschlag erörtert, weitere Befreiungstatbestände auch für betroffene Arbeitnehmer einzuführen und dafür die Abgabe auch noch 1985 zu erheben. Aus verfassungsrechtlichen Gründen dürfte über die Rückzahlbarkeit der Abgabe dieses Jahres kaum noch gesprochen werden.

Die Spitzen der Unionsparteien haben in ihrem Vorbereitungsgespräch sehr rasch auch Übereinstimmung auf anderen Gebieten erzielen können. Dies gilt vor allem für den Ausbau der steuerlichen Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, wofür sich auch die FDP stark macht.

Eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit, für die sich Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) besonders eingesetzt hat, soll „kostenneutral" geregelt werden. Das bedeutet, es soll nur vorzeitig (mit 58) in Rente gehen können, wer bereit ist, versicherungsmathematische Abschläge hinzunehmen. Eine Vorruhestandsregelung, die aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und durch die Tarifpartner finanziert werden sollte, wird wegen der Belastungen für die Unternehmen abgelehnt.

Wenn eine Beitragserhöhung in der Rentenversicherung vermieden werden soll, kann nur über drastische Leistungskürzungen das für 1984 errechnete Sechs-Milliarden-Loch gestopft werden. Denkbar sind eine weitere Verschiebung der für den 1. Juli vorgesehenen Rentenerhöhung auf den 1. Januar 1985; eine nur geringfügige Anpassung zu festen Sätzen als Vorgriff auf eine Angleichung der Rentensteigerung an die Entwicklung des verfügbaren Arbeitnehmereinkommen und die Einführung der Pflicht, vom Krankengeld Rentenversicherungsbeiträge zu zahlen.

Union: Vorrang für den Umweltschutz

CDU und CSU legen ihre Positionen in der Innen- und Rechtspolitik fest

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Positionsbestimmungen von CDU und CSU zur Innen- und Rechtspolitik lassen harte Koalitionsverhandlungen mit der FDP erwarten.

Ausländerpolitik: Die von Bundeskanzler Kohl und dem CSU-Vorsitzenden Strauß geführten Delegationen waren sich darin einig, daß der Ausländeranteil in den nächsten zehn Jahren halbiert werden soll. Zur Zeit leben rund 4,6 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland (1,7 Millionen Türken).

Diese Reduzierung soll durch eine Begrenzung des Nachzugsalters, durch Rückkehrprämien, aber auch durch Hilfen für Industrieansiedlungen in den Herkunftsländern erreicht werden. In der Diskussion über die Einschränkung des Nachzugsalters war von einer Begrenzung vom 6. bis 8. Lebensjahr die Rede. Bundesinnenminister Zimmermann fordert seit längerem, das 6. Lebensjahr als Kriterium zu nehmen, nicht zuletzt im Interesse der ausländischen Kinder und deren spätere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Als Kompromißüberlegung hat Bundesarbeitsminister Blüm in die Debatte gebracht, einen Nachzug von älteren Kindern dann zuzulassen, wenn sie über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Als einziger in der Runde, so hieß es, habe der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht Bedenken geltend gemacht und sie mit humanitären Gesichtspunkten begründet. In der Diskussion, in der sich Bundeskanzler Kohl stark engagierte, war man sich darin einig, daß es keine Ausländergettos und keine „Subkultur" geben dürfe.

Umweltschutz: Er soll absolute Priorität in der nächsten Legislaturperiode haben. Hier erhielt Zimmermann uneingeschränkte Zustimmung für seine Absichten, mit der „DDR" und der CSSR über Maßnahmen zur Luftreinhaltung und des Gewässerschutzes zu verhandeln und auch dafür, die Bestimmungen zur Minderung der Schwefeldioxyd-Belastung über die jetzige Großfeuerungsanlagenverordnung hinaus zu verschärfen. Die Fristen für die Umrüstung von Altanlagen sollen verkürzt werden. Ungeachtet der für 1984 vorgesehenen internationalen Nordseekonferenz will Zimmermann Boote des Bundesgrenzschutzes und eventuell auch Flugzeuge zur Luftüberwachung einsetzen, um Umweltsündern in der Nordsee auf die Spur zu kommen.

Demonstrationsrecht: Durchsetzen will die Union ein Vermummungsverbot und ein Verbot der sogenannten passiven Bewaffnung bei Demonstrationen gemäß der Grundgesetz-Formulierung, daß Demonstrationen „friedlich und ohne Waffen" stattfinden sollen. Außerdem ist an die Wiedereinführung des Straftatbestandes des Landfriedensbruchs gedacht. Das würde bedeuten, daß sich jeder, der sich Aufforderungen widersetzt, ungenehmigte oder von Gewalttätigkeiten begleitete Demonstrationen zu verlassen, strafbar macht.

Paragraph 218: Weder CDU noch CSU sind an einer Neuauflage der Debatte darüber interessiert. Aber beide sind der Auffassung, daß Abtreibungen aus sozialen Gründen nicht mehr von der Krankenkasse finanziert werden sollen.

Stuttgart: Lehrer bald Magister?

XING-HU KUO, Stuttgart

Baden-Württemberg beabsichtigt als erstes Bundesland eine völlige Neuorientierung bei der Gymnasiallehrer-Ausbildung. Wie der Stuttgarter Wissenschafts- und Kunstminister, Professor Helmut Engler (CDU), gestern vor Journalisten mitteilte, hat die Landesregierung sein Haus und das ebenfalls zuständige Kultusministerium beauftragt, „Überlegungen" anzustellen, wie an den Universitäten des Landes künftig statt des Staatsexamens ein für alle Studenten gleichwertiger Abschluß, wie etwa der Magister, eingeführt werden soll. Die beiden Ministerien sollen bis zum Herbst dieses Jahres ein entsprechendes „Modell" erarbeiten.

Durch diese Maßnahme, so Engler weiter, solle erreicht werden, daß das Hochschulstudium „nicht so streng berufsbezogen" ist wie bisher. Vielmehr sollte dieses Studium zu einer „allgemeinen Erlangung eines höheren Bildungsstandes" führen.

Sollte der Plan Stuttgarts realisiert werden, so werde künftig der erziehungswissenschaftliche Teil des Studiums wegfallen. Das Abschlußexamen sei dann die „Voraussetzung für die Aufnahme in den Schuldienst". Die Lehrerqualifikation (Pädagogik, Didaktik) sei erst nachzuholen, wenn der Universitätsabsolvent sich tatsächlich für den Staatsdienst entscheidet.

Durch die neue Form des Studienabschlusses wird den Studenten eine „breitere Chance" im späteren Berufsleben geboten, unterstrich der Minister: „Sie erwarten dann nicht gleich vom ersten Semester an, als Lehrer eingestellt zu werden, und wenn dies nicht klappt, sich als gescheitert zu betrachten."

Engler betonte, daß Baden-Württemberg „sondieren" wird, ob und in welchen anderen Bundesländern die Bereitschaft besteht, ein solches Modell mitzutragen. Einen „Alleingang" des Südwestens könne er sich schon deshalb schwer vorstellen, weil hier auch beamtenrechtliche Fragen tangiert würden. Deshalb sei an eine baldige Realisierung dieser Pläne noch nicht zu denken, betonte Engler.

Der Wissenschaftsminister erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß die Landesregierung beschlossen habe, bis 1990 10 000 Lehrerstellen einzusparen. Bis 1984 sollen die Pädagogischen Hochschulen in Lörrach und Eßlingen, wo derzeit rund 1700 Studierende sich auf den Lehrerberuf vorbereiten, geschlossen werden.

Die Universitäten, Hochschulen und Forschungsstätten in Baden-Württemberg werden nach Angaben Englers jetzt verstärkt die arbeitsmarktpolitischen Bedürfnisse berücksichtigen. Im gesamten Studienangebot finde deshalb eine „Umschichtung" statt. Als erstes Bundesland gibt es seit Anfang dieses Jahres in Stuttgart einen Landesbeauftragten für Technologietransfer, Professor Johann Löhr, teilte Engler weiter mit.

Duarte: Wählen ist besser als Dialog mit Guerrilla

WELT-Gespräch mit dem Ex-Junta-Chef El Salvadors

W. THOMAS, San Salvador

José Napoleon Duarte verteidigt die viel kritisierte Entscheidung der salvadorianischen Regierung, wählen zu lassen, statt zu verhandeln. „Das ist unter den gegebenen Umständen der einzige Weg", meint er. Der für Anfang Dezember geplante Urnengang werde wohl nicht alle Probleme beseitigen, aber er sei „ein wichtiger Teil einer endgültigen Lösung".

Der christdemokratische Führer El Salvadors und frühere Junta-Chef hat in einem Gespräch mit der WELT zu vielen Fragen der Situation seiner Nation Stellung genommen.

„Ich bin nicht gegen Verhandlungen", betonte Duarte. „Ich bin jedoch gegen Verhandlungen, die nichts bringen." Er mißtraut der marxistischen „Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN), die einen Dialog verlangt.

Er sieht sich einig mit dem Papst, der während seines Salvador-Besuches einen „echten Dialog" gefordert und davor gewarnt hat, eine Gesprächsbereitschaft nur aus taktischen Erwägungen zu bekunden. Duarte: „Auch der Papst nannte Bedingungen."

Der christdemokratische Führer glaubt, daß die FMLN mit dem Thema Verhandlungen lediglich die öffentliche Meinung „manipulieren" will. „Die Marxisten sind Meister der Propaganda", erklärte er. „Nachdem sie nun Nicaragua kontrollieren, setzen sie ihre Propaganda-Maschinerie gegen uns ein. Wenn wir kippen, ist dann ein anderes Land an der Reihe, vielleicht Peru."

Gefährliches Macht-Vakuum

Militärisch beurteilt Duarte die Situation nicht so düster wie die Amerikaner. Die Rebellen könnten nach wie vor nicht gewinnen, obgleich sie heute stärker seien als vor einem Jahr. Duarte glaubt, daß die meisten Salvadorianer weiterhin hinter der Regierung stehen. „Eine Revolution läßt sich nicht ohne das Volk durchführen. El Salvador ist nicht Nicaragua. Hier kämpft nicht das gesamte Volk gegen einen Mann."

Duarte weist die Vorwürfe der anderen Seite zurück, in El Salvador sei alles beim alten geblieben seit dem Putsch gegen die rechte Romero-Diktatur im Oktober 1979. „Die bisher erreichten Reformen, besonders die Verteilung des Bodens, haben diese Nation bereits verändert. Es gibt kein Zurück mehr zu den früheren Zeiten." Er könne heute öffentlich Dinge sagen, für die er vor zehn Jahren als Kommunist geschmäht worden sei. „Ich muß zwar immer noch Angst haben, aber ich kann vor dem Krebs der sozialen Ungerechtigkeit warnen." Der Ex-Präsident traut sich nie ohne seine beiden Leibwächter aus dem Haus.

Die neun Monate bis zu den Wahlen könnten „kritisch" sein, konzedierte Duarte. Nicht nur, weil die Guerrilla ihre militärischen Aktivitäten eskalieren werde, sondern auch, weil „ein Macht-Vakuum" existiere. Dies sei „eine schwache Regierung, der ein Kopf und eine klare Konzeption fehlt". Duarte verglich El Salvador mit einem Boot, das ohne einen Kapitän in stürmischer See treibt. „Hoffentlich werden wir diese Zeit heil überstehen."

„Linke hat keine Chancen"

Der christdemokratische Führer glaubt nicht, daß sich demokratisch gesinnte linke Politiker an den Wahlen beteiligen werden. Auch nicht der Sozialdemokrat Guillermo Ungo, sein früherer Vizepräsidentschafts-Kandidat, der heute der FMLN dient. „Ungo steht zu fest im anderen Lager." Die Linke wisse zudem, daß sie „keine Chancen an den Urnen" habe. „In El Salvador gab es schon immer nur zwei große politische Strömungen, die Rechte und die der Mitte." Die Arena-Partei des ehemaligen Geheimdienstmajors Roberto d'Aubuisson repräsentiere heute die rechten Kreise, die Christdemokraten die Mitte.

Den Hinweis, daß wohl jeder Linkspolitiker, der sich an diesen Wahlen beteilige, ein Todeskandidat sei, will Duarte nicht gelten lassen. „Wir leben alle gefährlich", betonte er. „Jeder Politiker setzt sein Leben aufs Spiel."

Nach dem Wahlsieg der deutschen Christdemokraten erwartet Napoleon Duarte nun mehr Verständnis in Bonn „für unsere schwierige Lage". Er hofft auf eine „humanitäre Hilfe" und die baldige Entsendung eines Botschafters.

Was er nicht offen sagt, aber gerne sehen würde: Wenn der nächste Präsident wieder Napoleon Duarte heiße. Die Entscheidung über den christdemokratischen Kandidaten kann schon in den nächsten drei Wochen fallen. Es gibt zwei Bewerber: Außenminister Fidel Chavez Mena (45) und Duarte. Viele Christdemokraten tippen auf Duartes Nominierung. (SAD)

Kissinger greift kühn über alle Konzepte der Abrüstung hinaus

Sein Vorschlag für Raketen mit einem Sprengkopf beeinflußt Entscheidung über MX

TH. KIELINGER, Washington

In zwei Wochen muß eine von Präsident Reagan eingesetzte Sonderkommission mit ihren Vorschlägen hervortreten, wie die neue strategische Atomwaffe der USA, die landgestützte MX, am besten zu stationieren sei.

Bei der MX-Kontroverse geht es immer mehr um die Beantwortung der Frage, wie man eine atomare Streitmacht von morgen einerseits gegen einen potentiellen gegnerischen Angriff unverwundbar macht, wie man aber gleichzeitig verhindert, daß dadurch keine neue Destabilisierung entsteht, eine neue Bedrohung des Gegners durch gewachsene Erstschlagkapazität der eigenen Seite.

In diese Debatte hat sich jetzt Henry Kissinger, der frühere Sicherheitsberater und Außenminister in den Nixon- und Ford-Regierungen mit einem längeren Essay im US-Wochenmagazin „Time" eingeschaltet. Er greift kühn über alle bestehenden Konzepte der Waffen-Dislozierung und Abrüstung hinaus mit einem eigenen Vorschlag, wie er weitreichender nicht gedacht werden kann. Er schlägt vor, die technologische Erfindung der Mehrfachsprengköpfe praktisch zurückzuschrauben, auf alle Waffen dieser Art zu verzichten, und nur noch Raketen mit je einem Sprengkopf *aufzustellen*, diese dann in drastisch verringerter Zahl.

Am provozierendsten klingt Kissinger dort, wo er argumentiert, die USA könnten auch unilateral mit der Umrüstung auf nur noch Einfach-Sprengkopfwaffen vorangehen. Man müßte diese Raketen nur genügend mobil dislozieren und sie in ihrer Zahl ungefähr den vorhandenen Sprengköpfen der Sowjets anpassen.

Selbst, wenn also Moskau nicht auf das neue Abrüstungskonzept einginge, könnten die USA es unabhängig davon zu ihrem offiziellen Verteidigungskonzept erheben, weil die beiden wichtigsten Ziele jeder Nuklearplanung erreicht seien: Unverwundbarkeit der eigenen Seite und Zurücknahme des Potentials, dem Gegner mit einem Erstschlag gefährlich werden zu können und dadurch möglicherweise einen Präventivschlag heraufzubeschwören.

Kissinger geht von zwei Grundsätzen aus:

I. Dank der technologischen Entwicklung haben sich auf den Seiten beider Großmächte Nukleararsenale angesammelt, die nicht mehr, sondern weniger Stabilität bringen.

2. Die Technologie der Mehrfachsprengköpfe hat nicht nur die unter SALT I und II ausgehandelte Stabilität der gemeinsamen Obergrenzen zunichte gemacht, sie bedroht jetzt auch das von der Reagan-Regierung unterbreitete START-Konzept. Bekanntlich hat Reagan im Mai 1982 vorgeschlagen – und seine Unterhändler in Genf gehen danach vor –, nicht mehr Trägersysteme (launchers) zu begrenzen, sondern Sprengköpfe (warheads). Die gegenwärtig bei beiden Großmächten vorhandenen etwa 7500 Sprengköpfe sollen zunächst um ein Drittel reduziert werden, also auf etwa 5000; davon wiederum dürften aber nur maximal 2500 Sprengköpfe auf nicht mehr als 400 landgestützten Raketen disloziert sein.



Henry Kissinger bringt ein neues Element in die Nukleardebatte
FOTO. JUPP DARCHINGER

An dieser Stelle setzt Kissinger seine START-Kritik an. Sie fußt auf der Grundprämisse, daß das Mißverhältnis von Trägerwaffe zu Sprengkopfzahl die Wurzel des Übels darstellt. Die Reaganschen drastischen Reduktionsvorschläge machen das Risiko eines Erstschlags sogar größer statt geringer, argumentiert Kissinger. Dieses Paradox erläutert er mit einem – von anderen Fachleuten bereits angeführten – Zahlenvergleich:

Die gegenwärtig etwa 5500 sowjetischen Sprengköpfe auf landgestützten Raketen bedrohen 1054 landgestützte amerikanische Trägerwaffen (Titan, Minuteman I, Minuteman II). Das entspricht etwa einem Verhältnis von 5:1 und illustriert treffend die Verwundbarkeit der US-landgestützten Interkontinentalwaffen. Unter dem Reagan-START-Plan aber würde das Droh-Verhältnis noch gefährlicher aussehen: 2500 Sprengköpfe wären auf maximal 400 landgestützten Trägerwaffen erlaubt. Das würde der Seite, die versucht wäre, einen Erstschlag zu führen, den Zielvorteil Sprengkopf zu Trägerwaffen im verbesserten Verhältnis von mindestens 6:1 darbieten – also eine weitaus destabilisierendere Proportion als die derzeit vorhandene.

Kissinger folgert: „Je größer die Reduktion, desto geringer wären die Ziele, auf die man sich konzentrieren muß, und desto besser wird, bei den heutigen Mehrfachsprengkopf-Waffen, die Kalkulierbarkeit (eines Erstschlags)." Das heißt: desto hoffnungsvoller kann die zum Erstschlag bereite Seite sein, ihn erfolgreich auszuführen.

Gleiches, schreibt Kissinger, gelte unter dem START-Plan für die seegestützten Systeme. Die verringerte Zahl erlaubter Atom-U-Boote würde, da die Entwicklung der Anti-U-Boot-Technik weitergeht, ein lohnenderes Ziel für einen Erstschlag abgeben als die heute noch gestattete höhere Anzahl. Kissinger: „Abrüstung (wie unter START) erhöht die Verwundbarkeit sowohl unserer land- als auch unserer seegestützten Nuklearstreitmacht – die größte nur denkbare Ironie."

Aus all diesen Sackgassen hilft daher in Kissingers Augen nur der Verzicht auf die Mehrfachsprengkopf-Raketen. Es ist offensichtlich, daß er mit seinem Aufsatz der vermuteten Entscheidung der MX-Kommission vorausgreifen möchte. Mit Sicherheit nämlich wird die von General Scowcroft geleitete Kommission sich nicht hinter den von der Reagan-Regierung empfohlenen Stationierungsplan des „dichten Rudels" stellen. Vielmehr wird sie – ähnlich wie Kissinger es ausmalt – ein kleineres Modell einer Rakete empfehlen, die in größerer Stückzahl mobil zu dislozieren wäre.

Dabei ist interessant, daß Kissinger für die MX als Thema zukünftiger Abrüstungsverhandlungen eine Art Null-Option bereithält: Wenn die Sowjets bereit sind, ihre gesamten schweren 308 Raketen vom Typ SS 18 von 1986 an abzubauen, könnten die USA auf Dislozierung der MX verzichten. Wenn Moskau aber nicht darauf eingeht, sollten die USA die MX bauen – aber mit nur einem Sprengkopf und mobil stationiert, wie Kissinger empfiehlt.

Mitte-Links-Regierung nach 40 Jahren am Ende?

Reichstagswahlen: Konservative auf dem Weg zu Mehrheit

REINER GATERMANN, Helsinki

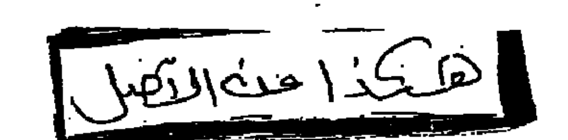
Nach einem temperamentslosen und völlig undramatischen Wahlkampf entscheiden am Sonntag und Montag knapp vier Millionen Finnen über die Verteilung der 200 Sitze des neuen Reichstages in Helsinki. Wenn die Spannung in den letzten Tagen etwas gestiegen ist, dann nicht wegen einer lebhafter geführten politischen Debatte, sondern alleine aufgrund einer Meinungsumfrage. Bestätigt sich ihr Ergebnis, wird es zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Sozialdemokraten und der konservativen Sammlungspartei kommen. Die traditionelle Position der Sozialdemokraten als stärkster Parlamentsfraktion ist in Gefahr, die Demoskopen gaben ihr eine Woche vor der Abstimmung nur noch einen Vorsprung von 0,5 Prozent gegenüber den Konservativen.

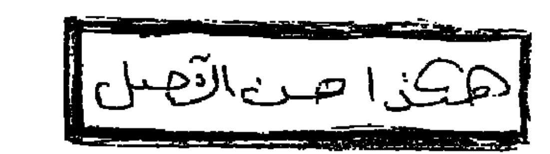
FINNLAND

Es gehört zu den Ausnahmen der finnischen Politik, daß ein Parlament eine volle vierjährige Wahlperiode durchsteht. Diesmal ist es gelungen, es gab auch nur zwei Kabinettsumbildungen; einmal, als Anfang 1982 Ministerpräsident Mauno Koivisto mit überwältigender Mehrheit zum Nachfolger des aus Krankheitsgründen aus seinem Amt ausgeschiedenen Präsidenten Urho Kekkonen gewählt wurde und zum anderen, als Ende vergangenen Jahres der Demokratische Verband für Finnlands Volk (Kommunisten und Volksdemokraten) nach einem Streit um Verteidigungsausgaben und zur Vermeidung einer endgültigen Spaltung der Partei die Koalition verließ. Mit Mauno Koivisto bekam Finnland erstmals ein sozialistisches Staatsoberhaupt. Hatten sich die Sozialdemokraten von seiner weit über die Parteigrenze hinausgehenden Beliebtheit für die jetzige Wahl eine Art Mitterrand-Effekt erhofft, so hatte dieses eventuelle Abfärben von der Präsidentschaft auf die Parlamentswahl den nichtsozialistischen Parteien einige Sorgen bereitet. Heute deutet jedoch alles darauf hin, daß die Koivisto-Wahl eine klare Ausnahme war, jedenfalls gleichen die Ergebnisse der Meinungsumfragen nun wieder weitgehend denen der vorigen Reichstagswahl. Damals hatten die Sozialdemokraten 24 Prozent der Stimmen bekommen, jetzt können sie mit etwa 26,5 Prozent rechnen. Ihre stärksten Widersacher, die Konservativen, können voraussichtlich einen Zuwachs von 21,7 auf 26 Prozent verbuchen, während der Demokratische Verband weiter schrumpfen wird, diesmal von 17,9 auf rund 15 Prozent. Die Zentrumspartei liegt bei rund 18 Prozent (1979: 17,4) und die inzwischen in ihr aufgegangene Liberale Volkspartei bei 1,2 Prozent (3,7). Die Schwedische Volkspartei hält ihre Position mit ungefähr 4,5 Prozent ebenso wie die Landsortepartei des unermüdlichen Protestpolitikers und nunmehrigen Ehrenvorsitzenden Veiko Vennamo (4,6 Prozent). Auf Talfahrt befindet sich der Christliche Verband, der laut Meinungsumfragen von 4,8 auf 2,9 Prozent zurückfällt.

Keine Partei hat sich im Wahlkampf um eine größere Profilierung bemüht. Das Streben zur politischen Mitte ist unübersehbar, bezeichnenderweise hatten Konservative wie Sozialdemokraten dieselbe Parole auf ihren Wahlplakaten: Die Staatsmacht gehört dem Volk. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Kalevi Sorsa sieht in dieser Abstimmung nach der Präsidentenwahl die zweite Etappe der Neuformierung der finnischen Politik. Es deutet heute jedoch nichts darauf hin, daß sie tiefere Spuren hinterläßt. Zwar klopfen die Konservativen mit wachsendem Stimmenanteil immer stärker an die Kabinettstür, doch scheint es äußerst fraglich, ob das bisherige Regierungstrio – neben den Sozialdemokraten das Zentrum und die Schwedische Volkspartei – sie hereinlassen will.

Die Zentrumspartei sieht eine Koalition von Sozialdemokraten bis Konservativen als Ideallösung. Sorsa hat da allerdings Bedenken und wird dieser Koalition kaum zustimmen. Mit zwei Ausnahmen hat Finnland in der Nachkriegszeit im Parlament eine bürgerliche Mehrheit gehabt, in der Regierung sind aber fast immer die Sozialdemokraten dabeigewesen. Auf diese Mitte-Links-Kooperation hat sich die finnische Politik der letzten 40 Jahre gestützt. Sollten am kommenden Montag die Konservativen jedoch stimmenmäßig voll zu den Sozialdemokraten aufschließen oder sie sogar überholen, würde sich allerdings eine neue Situation ergeben. Dann läge es in der Hand des Präsidenten, die Weichen zu stellen.





Briefe an DIE ● WELT

E WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

in düsteres Kapitel

…dkun erhob 1946 die Auslieferung der …ten zum Prinzip"; WELT vom 1. März

…hr geehrte Damen und Herren,
…n den etwa 3000 in Schweden …nierten Angehörigen der …schen Wehrmacht wurden am …November 1945 (nicht 1946) … 2500 in Trelleborg an die So…s ausgeliefert; weitere etwa 500 …te Schweden an Großbritan…aus – in beiden Fällen im …nsatz zum Völkerrecht. Des…war sich die schwedische Öf…ichkeit durchaus bewußt.
…heiten des Bohuslän-Regi…es, zur Bewachung der deut…n Internierten eingeteilt, pro…rten gegen die Auslieferung …ie Sowjets. Aus Protest gegen … völkerrechtswidrigen Befehl …in Offizier dieses Regiments … seinen sofortigen Abschied. …Bewachung der deutschen In…erten wurde darauf der schwe…ien Reichspolizei übertragen. …rigens spielte sich die Überga…er deutschen Wehrmachtsan…rigen an die Sowjets keines… „ohne größeres Aufsehen" …Die Internierten mußten von …Reichspolizisten einzeln mit …lt an Bord der „Kuban" ge…t werden. Dutzende hatten …ft, durch Selbstverstümme…der Auslieferung zu entgehen, …Arme oder Beine gebrochen, …ulsadern aufgeschnitten. Sie …en von Sanitätern auf Bahren … Sowjets übergeben. Sechs …machtsangehörige entgingen …uslieferung: Sie hatten sich …gt.
… „blutige Freitag" von Trelle… gilt in Schweden noch heute …ines der düstersten Kapitel …s Jahrhunderts.

Freundliche Grüße
Hans Otto Lippens,
Hamburg 76

*

…r geehrte Damen und Herren,
… Artikel von R. Gatermann … Veranlassung, hinzuweisen … „Die Verratenen von Jalta", … Schicksal Nikolai Tolstoy …(Verlag Langen-Müller), ge… auf britische Materialien und …mente, geschildert hat.
…urchill und Roosevelt zeich…ir die Vernichtung Millionen …iierter Sowjetbürger verant…ich, die als aktive Kämpfer … den Bolschewismus (Kosa…gimenter u. a.) gegen ihren …n den Sowjets ausgeliefert …en sind. Dazu gehörten auch …nde von Menschen, die nie… sowjetische Staatsangehörige …sen waren, sondern sogar an …cher Seite gegen die Bolsche…n gekämpft hatten.
…Klartext des Buches heißt es: … die Repatriierten bei ihrer …nft erwartete, war den alliier…eamten ebenso klar wie den …lieferten selbst – Hinrich… Folter und in jedem Fall lang…e Zwangsarbeit in den sowjetischen Lagern im Polarkreis. Denn für die Sowjetregierung war jeder Sowjetbürger, der – auch unter den widrigsten Umständen – im Westen gewesen war, ein Verräter und potentieller Feind des Kommunismus – ‚Wir dürfen nicht sentimental sein', hatte der damalige britische Außenminister Anthony Eden gesagt, und deshalb fuhren gewaltsam in Viehwaggons verladene Männer, Frauen und Kinder zur Zwangsarbeit oder in den Tod."

Zum Abschluß noch der Kommentar zu diesem Buche von Alexander Solschenizyn: „Endlich ist die Geschichte des grausamen Verrats, den der Westen an Millionen hilfloser Menschen übte, an den Tag gekommen. Mehr als dreißig Jahre sind seither vergangen, und diese Enthüllungen können keines der Opfer mehr retten, aber sie mögen als Warnung für die Zukunft dienen."

Dr. F. J. Rosenbaum,
Köln 1

*

Verehrte Damen und Herren,
das geschilderte Verbrechen an den 167 Balten überdeckt die Tragödie der 2800 deutschen Flüchtlinge (auch Soldaten) nicht, die nach Ihrem Bericht „ohne größeres Aufsehen" an Bord der bolschewistischen Schiffe gegangen sein sollen. Was auch nicht stimmt, Zeugen berichteten, daß Selbstmordversuche unternommen wurden, z. B. Öffnen der Pulsader. Alles nutzlos; der „neutrale" sozialistische schwedische Staat hielt sich an den Beschluß der Kriegsregierung, die von allen Parlamentsfraktionen getragen war, also von allen Schweden. Mit der Unterstellung Undéns, der sowjetische „Rechtsstaat" garantiere eine menschliche Behandlung der Ausgelieferten, hat er sich selbst willentlich belogen.

Von den 167 Balten hat gewiß keiner überlebt, weshalb es notwendig ist, daß Zeugen der Zeit der Selbstgefälligkeit schwedischer Neutralitätsduselei, sozialistischer Krakehlerei nach Einhaltung der Menschenrechte, Schaffung atomwaffenfreier Zonen etc. dämpfende Selbstfindung verordnet wird.

Rudolf Friedl,
Göttingen

Wie gehabt?

„Moskaus Geist"; WELT vom 1. März

Beim Lesen fällt mir der Bericht des französischen Ministers Sebastiani vom 16. 9. 1831 an die Abgeordneten des damaligen französischen Parlaments ein: „L'ordre règne à Varsovie" (es herrscht die Ordnung in Warschau). Der Bericht beschreibt die blutige Niederschlagung der Polnischen Revolution 1830–31, die mit der Eroberung von Warschau durch die Russen unter Paskiewitsch endete. Alles schon mal dagewesen?!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Otto,
Füssen

Kurzes Gedächtnis

„Leserbrief: Umstrittene Volkszählung"; WELT vom 12. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der WELT vom 4. März wandte ich mich in einem Gastkommentar gegen die Demagogie gegen die Volkszählung am 27. April 1983. Gegen mein Kommentar erschienen in der WELT vom 12. März zwei Leserbriefe, die nicht unwidersprochen bleiben können.

● Herrn Bulls entrüsteter Hinweis, er habe sich neuerlich doch gegen den Volkszählungsboykott ausgesprochen, illustriert nur sein kurzes Gedächtnis. Wurde er nicht im „Stern" vom 3. März 1983 unter der Überschrift „Protestwelle gegen die Volkszählung 83" und im „Spiegel" 8/1983 unter der Überschrift „Der gläserne Bürger" mehrfach als angeblich kompetenter Kronzeuge für die Notwendigkeit des Boykotts zitiert?

Es wäre interessant zu wissen, wann Herr Bull vom Gegner zum Befürworter der Volkszählung geworden ist – sollte dies möglicherweise am Abend des 6. März geschehen sein?

● Herr Jäckels Hinweis vermag mich ebensowenig zu widerlegen: Ich halte nicht jeden sachlichen Einwand gegen Details der Volkszählung für illegitim – aber ich wende mich entschieden dagegen, eine leidenschaftliche ideologische Bewegung gegen ein von allen demokratischen Parteien beschlossenes Gesetz zu starten.

Mit freundlichem Gruß
Prof. Dr. Karl Steinbuch,
Ettlingen

Selbsterkenntnis

„Auf ein Wort"; WELT vom 7. März

Die Selbsterkenntnis des DGB-Bundesvorstands durch Frau Dr. Ursula Engelen-Kefer ist zu begrüßen. Die Gewerkschaft tut hier das einzig Sinnvolle für die Weiterentwicklung der Gesellschaftspolitik.

Die Aufgabe der Gewerkschaft darf es nicht allein sein, um Freizeit und Lohn zu kämpfen, sondern sie muß sich auf ihre vornehmlichen Aufgaben konzentrieren, für das zu sorgen, was sinnvoll ist. Der erste Schritt in dieser Richtung ist getan, indem die Gewerkschaft hier einmal festhält, daß die kleinen und mittleren Betriebe das Rückgrat der Wirtschaft sind.

C. A. Weidlich,
Hamburg 15

Wort des Tages

„Der gesamte politische Tageskampf stellt sich dar als eine endlose Diskussion über die Gerechtigkeit."

Gustav Radbruch, dt. Jurist und Politiker (1878–1949)

…edaktion behält sich das Recht …eserbriefe sinnentsprechend zu … Je kürzer die Zuschrift ist, desto … ist die Möglichkeit der Veröf…fentlichung.

Hussein scheut davor zurück, die Schlüsselrolle zu übernehmen

Jordaniens Herrscher muß sich zwischen der PLO und den USA entscheiden

Von PETER M. RANKE

König Hussein von Jordanien (47) hat in seinem politischen Leben zwei schwere Fehler begangen, meinen westliche Diplomaten in Amman. Einmal habe er sich ungestüm und kämpferisch dem Krieg der Ägypter gegen Israel 1967 angeschlossen und dabei das von seinem Großvater Abdallah 1949 erworbene Westufer des Jordan schmählich verloren. Zum zweiten Mal habe er, diesmal zögernd und abwartend, nicht am Krieg der Ägypter und Syrer von 1973 teilgenommen und dadurch das Westufer nicht zurückgewonnen.

Man kann über diese „Fehlentscheidungen" trefflich streiten. Sicher ist, daß eine Kriegsbeteiligung der Jordanier 1973 die Israelis an dieser dann dritten Front neben Golan und Suez-Kanal in schwere Bedrängnis gebracht hätte. Nicht nur im Westen, auch in Israel betrachtete man daher Husseins militärische Zurückhaltung als politischen Hinweis darauf, daß Jordanien zur friedlichen Koexistenz mit Israel bereit sei.

Ist das auch heute die Politik des Königs? Es kann gut sein, daß Hussein Ben Talal aus dem Geschlecht des Propheten Mohammed in diesen Wochen einen dritten schweren „Fehler" begeht, wenn er sich der Friedensinitiative des amerikanischen Präsidenten Reagan entschuldigend verweigert.

Hussein zweifelt, hat Skrupel, will sich nicht von Washington oder der PLO zu Entschlüssen drängen lassen. Die Erfahrung einer dreißigjährigen Regierungszeit, der längsten eines Monarchen oder Präsidenten in der arabischen Welt, hat ihn gelehrt, daß er als „Schlüsselfigur" am meisten gefährdet ist und daß er und andere sich meist die Finger verbrennen, wenn sie das „Palästina-Problem" anpacken. Deshalb hat König Hussein seit 1967 abgewartet und mit Absicht die unerfüllbare Bedingung gestellt, Israel müsse erst alle besetzten Gebiete aufgeben, ehe er über einen gerechten Frieden verhandeln werde.

Der einst forsche junge König ist ein Zauderer geworden, das Schicksal hat ihn geformt. Sein jüngerer Bruder, Kronprinz Hassan (35), ist ungleich entschlossener und aktiver, auch in Wirtschaft und Politik. Hussein läßt ihn gewähren, denn in Jordanien (2,3 Millionen Einwohner ohne Westufer) geschieht nichts ohne den Willen des Königs und der Armee. Sie und vor allem die Beduinen-Offiziere mit den Stämmen des Ostjordan-Landes bleiben die Stütze des Thrones. Auch wenn die jordanische Bevölkerung heute zu 60 Prozent aus Palästinensern (Ansässigen und Flüchtlingen) besteht, sind die entscheidenen Armee-Posten mit Beduinen besetzt.

Das Verhältnis zu den Palästinensern prägt das Schicksal König Husseins. Seine Familie lebte im Hedschas im heutigen Saudi-Arabien, ehe sie die Herrschaft in der „transjordanischen Provinz von Palästina" erhielt, was der Völkerbund 1922 bestätigte. „Transjordanien" war von der jüdischen Besiedlung durch einen englischen Federstrich ausgenommen worden, aber für viele ist es und bleibt es ein Teil Palästinas. Als König Abdallah dann 1948/49 den arabisch gebliebenen Teil des Mandatgebietes jenseits des Jordan seinem Staat „Transjordanien" gewaltsam angliederte, was damals nur von England und Pakistan völkerrechtlich anerkannt wurde, lud er sich und seinem Enkel die schwere Erbschaft des „Palästina-Problems" auf.

Schon in den fünfziger und sechziger Jahren gab es Wirren und Aufstände unter den arabischen Palästinensern in Ost-Jerusalem, in Hebron und Nablus gegen die Herrschaft König Husseins, der oft



Zauderer aus dem Nahen Osten: Jordaniens König Hussein (47) FOTO: POLY-PRESS

genug seine Beduinen-Truppen einschreiten ließ. Die Palästinenser Westjordaniens (mit jordanischen Pässen) verkörperten die Geschäftswelt und die Landwirtschaft, sie verachteten die angeblich rückständigen Beduinen. Doch dann kam nach dem Juni-Krieg von 1967 der Exodus der Flüchtlinge, und in Jordanien verwischten sich viele Gegensätze zu den Palästinensern. „Jordanien ist Palästina, und Palästina ist Jordanien", hieß es damals amtlich in Amman. Erst als der zaudernde König Hussein im September 1970 den Befehl zur blutigen Zerschlagung des PLO-Staates innerhalb Jordaniens gab, brach der Gegensatz zwischen Palästinensern und Thron von neuem auf.

Seitdem stehen viele Palästinenser in Jordanien unter Polizeibeobachtung, die PLO darf nur bedingt tätig sein. Andererseits rissen die Beziehungen zwischen Jordanien und den Palästinensern in den israelisch besetzten Gebieten nie ab. Die beiden offenen Brücken über den Jordan erlauben einen relativ freien Personen- und Güteraustausch (rund 180 000 Reisende jährlich). Jordanien ist sogar von Gemüse und Obst des Westufers abhängig. Das kleine Reich des Königs entwickelte in den letzten Jahren viel wirtschaftliche Stabilität, gab Zehntausenden von geflüchteten Libanesen und Palästinensern Arbeit und Brot.

In dieser Situation hat die Reagan-Administration auf ihrer Erfolgssuche für den Präsidenten nun König Hussein ausersehen, die „Schlüsselrolle" bei der Konfliktlösung in Nahost zu übernehmen. Hussein drängte sich nicht danach, doch der Reagan-Plan vom 2. September vorigen Jahres sieht nun einmal ein autonomes Gebiet der Palästinenser in den besetzten Gebieten vor, aber in Verbindung mit Jordanien. Kurz: Washington will Hussein die arabische Schutz- und Aufsichtsfunktion über die Palästinenser und über eine Friedensregelung an der israelischen Ostgrenze zurückgeben.

Damit ist die PLO natürlirh nicht einverstanden, wohl aber viele Palästinenser in den besetzten Gebieten. Arafat und die Radikalen der verschiedenen Volksfronten wiesen Reagans Plan als ungenügend zurück und verlangen einen eigenen, unabhängigen PLO-Staat, ehe sie über Verbindungen mit Jordanien und dem ungeliebten König sprechen wollen. König Hussein konterte ebenfalls mit einer Forderung an Washington: Erst sollen die Israelis Libanon räumen, dann sollen sie die Besiedlung in der „West Bank" stoppen.

Dieses Junktim zwischen Libanon-Abzug der Israelis (nicht der Syrer und der PLO) und Reagan-Plan ist von Washington offenbar akzeptiert worden, das außerdem mit einer Waffenhilfe von zwei Milliarden und mit der Zusage winkte, auch über den Status Jerusalems verhandeln zu wollen. Hussein zögert trotzdem, viel lieber tritt er jetzt am Wochenende für den „Friedensplan" des arabischen Gipfels von Fes vom September 1982 in London ein. Die acht Punkte des Planes stammen von König Fahd und Arafat und haben alle arabischen Maximal-Forderungen gegenüber Israel zum Inhalt, ohne Frieden, direkte Anerkennung Israels oder auch nur Verhandlungen anzubieten.

Das Engagement König Husseins für diesen Plan ist ein wichtiger Hinweis darauf, daß der König weiter einer Entscheidung für Reagans Voschläge auszuweichen gedenkt. Hussein hatte den Fes-Plan schon in Moskau und Peking vertreten. Er traut der amerikanischen Nahost-Politik nicht zu, daß sie die Israelis aus den besetzten Gebieten hinauszwingen kann, wenn sie das nicht einmal in Libanon vermag. Außerdem besitzt der König nicht die Zustimmung seines wichtigen Bundesgenossen Saudi-Arabien, eine Extratour mit Washington zu versuchen. Die Saudis halten an ihrem Fahd- beziehungsweise Fes-Plan fest.

Riad hat König Hussein sogar aufgefordert, nicht die proamerikanische Vorreiter-Rolle eines zweiten Sadat zu übernehmen und sich nicht aus der arabischen Solidarität zu entfernen. (SAD)

„Polen-Reise des Papstes ohne Probleme"

dpa/DW. Rom

Erwartungen über eine bevorstehende Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Regierung in Warschau sind vom Primas der katholischen Kirche Polens, Kardinal Jozef Glemp, gedämpft worden. Spekulationen darüber hatte vor allem der italienische Jurist und Historiker Giovanni Barberini angestellt. Bei der Vorstellung seines Buches „Sozialistischer Staat und katholische Kirche in Polen" erklärte er in Anwesenheit Glemps, schon im Mai könne die Aufnahme diplomatischer Beziehungen offiziell angekündigt werden. Von Journalisten auf dem römischen Flughafen darauf angesprochen, sagte der Kardinal: „Die Normalisierung wird dieses Ergebnis haben müssen, aber wohl nicht so rasch, wie von manchen angenommen wird."

Bislang haben Polen und die anderen Staaten des Warschauer Pakts keine diplomatischen Beziehungen zum Vatikan. Die Kontakte zwischen Polen und dem Kirchenstaat werden in Rom von einer „Arbeitsgruppe" der Warschauer Regierung wahrgenommen. Deren Chef, Jerzy Kubelski war gestern – wie meist bei der Ankunft oder bei der Verabschiedung polnischer Kardinäle – auf dem römischen Flughafen. Glemp war am vergangenen Donnerstag in Rom eingetroffen, um mit dem Papst über dessen geplante Polen-Reise zu sprechen. Für sie gibt es nach Glemps Einschätzung „keine Probleme". Er hatte den Papst vom Flughafen abgeholt, als dieser aus Mittelamerika zurückkehrte. Seitdem hatte es eine enge Folge oft langer Begegnungen zwischen Primas und Papst gegeben.

Hernu rehabilitiert hohe Offiziere

AFP, Paris

Der französische Verteidigungsminister Charles Hernu hat zwei hohe Offiziere rehabilitiert, die 1975 beziehungsweise 1976 von seinem Amtsvorgänger in den Ruhestand versetzt worden waren. Sowohl General François Binoche als auch Vizeadmiral Antoine Sanguinetti hatten öffentlich die Verteidigungspolitik der damaligen bürgerlichen Regierung kritisiert. Binoche, einst Chef der französischen Militärregierung in Berlin, hatte insbesondere vor den Deutschen gewarnt, die sich nach seiner Auffassung seit Bismarck nicht verändert hätten. Der General wurde daraufhin umgehend seines Postens enthoben.

Barbie war viermal in den USA

rtr, Washington

Der im Februar von Bolivien nach Frankreich abgeschobene frühere Gestapo-Chef Klaus Barbie hat sich nach Erkenntnissen des amerikanischen Justizministeriums in den Jahren 1969 und 1970 viermal in den USA aufgehalten. Das teilte Allan Ryan, Direktor der Abteilung für spezielle Untersuchungen des Ministeriums, mit, der mit der Prüfung der Beziehungen zwischen Barbie und US-Geheimdienststellen nach dem Zweiten Weltkrieg beauftragt worden ist.

Insbesondere soll die Frage untersucht werden, ob amerikanische Regierungsstellen Barbie, der von 1942 bis 1944 Gestapo-Chef von Lyon war, nach 1945 die Flucht vor den französischen Justizbehörden ermöglicht haben. Ryan kündigte an, er hoffe, die Untersuchung in drei Monaten abschließen zu können. Er werde sich möglicherweise darum bemühen, Barbie befragen zu dürfen, der gegenwärtig in Lyon im Gefängnis einen Prozeß wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit erwartet.

Kurz nach der Abschiebung Barbies nach Frankreich hatte der Detroiter Professor Erhard Dabringhaus erklärt, er habe als Offizier der US-Abwehr im Nachkriegs-Deutschland auf Befehl französischer Dienststellen über den Aufenthaltsort Barbies falsche Informationen gegeben.

Personalien

GEBURTSTAG

…it populären Äußerungen hat …ft Schlagzeilen gemacht, Ham…s Bankier **Alwin Münchmey**…. Zum Beispiel als er forderte, … deutsche Volk wünsche sich …rsame Politiker. Der Bankier, …r der angesehensten Reprä…tanten der deutschen Wirt…aft, feiert am 19. März seinen 75. …urtstag. Münchmeyer, in …mburg geboren, stammt aus …r angesehenen und alteinge…senen hanseatischen Kauf…nnsfamilie. Das Außenhan…shaus Firma Münchmeyer und … dem eine Hamburger Privat…k angeschlossen ist, wurde …8 gegründet. Nach seiner kauf…nnischen Lehre und Auslands…enthalten trat Alwin Münch…yer 1937 als Mitinhaber in die …erliche Firma ein. Nach dem …eiten Weltkrieg begann ein gro… Wiederaufbau der Firma, die … mit Ein- und Ausfuhrhandel … dem Bankgeschäft befaßte und beide Zweige erst 1968 trennte. Das Bankhaus Münchmeyer und Co. und das Bankhaus Schröder Gebrüder, ebenfalls eine Hamburger Privatbank, vereinigten sich 1968 mit dem ebenso angesehenen Offenbacher Bankhaus Hengst. Wirtschaftsexperte Münchmeyer nahm zahlreiche Ämter in Wirtschaftsvereinigungen an und wurde Mitglied in vielen Aufsichtsräten. Er war Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, DIHT, Präsident des Verbandes des privaten Bankgewerbes in Hamburg, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, Vorsitzender des Außenhandelsbeirats beim Bundesminister für Wirtschaft in Bonn, Präsident des Übersee-Clubs für Weltwirtschaft in Hamburg, Mitglied des Rates der Internationalen Handelskammer in Paris und Präsident der Ständigen Konferenz der Handelskammern der EWG-Länder. Münchmeyers Tochter Birgit Breuel ist seit 1978 niedersächsische Ministerin für Wirtschaft und Verkehr.

EHRUNGEN

Schriftkünstler und Typograf Prof. **Georg Trump** (München) wurde mit dem Ullstein-Ring ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung, die der Bundesverband Druck e. V., Wiesbaden, verleiht. Zuletzt wurde dieser Preis dem Berliner Verleger **Axel Springer** (1977) und Dr. **Gerhard Wiebe** (1980), Ehrenpräsident des Bundesverbandes Druck, verliehen.

*

Meeresforscher **Jacques Cousteau** wird in diesem Jahr den „Bruno H. Schubert-Preis" erhalten, der zum ersten Mal vergeben wird. Gestiftet wurde der Preis von dem Frankfurter Generalkonsul **Bruno H. Schubert**. Der Preis, mit insgesamt 80 000 DM dotiert, wird geteilt. Cousteau erhält 40 000 DM.

Moskau nutzt Aeroflot für Spionage

STEINFELD/URBAN, Bonn

Die größte Luftfahrtgesellschaft der Welt, die sowjetische Aeroflot, hat offenbar ein Spionagenetz ausgebaut, dessen Spannbreite weit über Europa hinausreicht. Allein in den letzten 13 Monaten sind fünf Spionagefälle aufgedeckt worden, deren Fäden jeweils bei Aeroflot-Leitern zusammenliefen.

So ist der Vize-Direktor der Aeroflot Handels-Abteilung in Rom, Viktor Pronine, der vor vier Wochen bei der Übernahme von Mikrofilmen verhaftet wurde, kein Einzelfall. Im August 1982 wurde in Genf der Direktor des Schweizer Aeroflot-Büros als Spion enttarnt. Die Madrider Regierung hatte vier Monate zuvor den Direktor der Aeroflot-Spanien, Fedorin Nikolajewitsch und dessen Angestellten Wladimir Tirtischnikow, des Landes verwiesen. Sie hatten versucht, Informationen über die Lieferung amerikanischer Militärgüter sowie über spanische Waffenhersteller zu erlangen. Das Büro der Luftfahrtgesellschaft in Madrid gilt seit Jahren schon als Spionagestützpunkt der Sowjets. Bereits 1980 war der damalige Aeroflot-Direktor für Spanien, Oleg Suranew, der Spionage verdächtigt und ausgewiesen worden. Im Februar 1982 wurde der Indonesien-Leiter der sowjetischen Luftfahrtgesellschaft, Alexander Finenko, in Jakarta verhaftet, nachdem ein indonesischer Oberst gestanden hatte, unter seiner Anleitung Spionage für die UdSSR betrieben zu haben. Finenko ist ein hoher Offizier des militärischen Geheimdienstes GRU, der eng mit dem KGB zusammenarbeitet.

Auch die 1923 ins Leben gerufenen Aeroflot unterstand bis 1948 dem sowjetischen Verteidigungsministerium. Doch nicht nur während des Zweiten Weltkriegs, sondern auch heute noch erfüllt das Unternehmen zwei Aufgaben: den Fracht- und Passagiertransport sowie die Bereitstellung von Flugzeugen und Besatzungen für militärische Zwecke. So können Fluggerät und Personal als Lufttransport-Flotte einen eigenen Truppenteil bilden.

Die Aeroflot ist der sowjetischen Luftwaffe unterstellt und auch ihre Führungsspitze rekrutiert sich aus Militärkreisen. 1957 wurde dem ehemaligen Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte, Luftmarschall Tschigarew, die Leitung des Unternehmens übertragen. Luftmarschall Jewgenij Loginow übernahm 1964 die Führung der Fluggesellschaft und wurde 1970 von Lufthauptmarschall Boris Bugayew abgelöst, der bis heute für die Aeroflot verantwortlich ist. Selbst die Kapitäne werden ursprünglich nicht für den zivilen Flugverkehr ausgebildet: Sie sind ehemalige Luftwaffenpiloten.

Libysche Waffen für algerische Oppositionelle

DW. Algier

Libyen hat, so gutinformierte Kreise, in den vergangenen Wochen rund vier Tonnen Waffen an islamische Integristen in Algerien schmuggeln lassen. An die illegalen Gruppen, die von dem ehemaligen algerischen Ministerpräsidenten Achmed Ben Bella aus Europa gelenkt werden, seien in erster Linie Hand- und Faustfeuerwaffen, Munition sowie Handgranaten geschickt worden.

Ben Bella, von 1962 bis 1965 algerischer Ministerpräsident, stand nach seinem Sturz im Jahre 1965 bis 1980 in seinem Heimatland unter Hausarrest. Seit Beginn vergangenen Jahres unterhält Ben Bella, der sich meist in Paris oder in der Schweiz aufhält, enge Kontakte zu Libyens Staatschef Khadhafi, der das Regime des relativ gemäßigten algerischen Staatspräsidenten Benjedid-schadli stürzen möchte.

Ende Januar hatte die französische Polizei ein illegales Waffenlager in Ben Bellas Villa im Pariser Vorort Mont Morency entdeckt.

Appell Zimmermanns zur Volkszählung

E. N. Bonn

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es nach Darstellung von Innenminister Zimmermann „kaum ein zweites Gesetz", das auf so breiter demokratischer Grundlage entstanden sei wie das Volkszählungsgesetz. Deshalb werde die Bundesregierung sich hier an „Recht und Gesetz halten", erklärte Zimmermann gestern in einem Fernschreiben an die Ministerpräsidenten und Innenminister der Bundesländer, die Fraktionsvorsitzenden der Parteien im Bundestag und den Landtagen sowie die Spitzen von Wirtschafts-, Arbeitnehmer- und Kommunalverbänden.

Nicht näher bezeichneten Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland warf Zimmermann vor, eine „Diffamierungskampagne" gegen das Volkszählungsgesetz zu führen. Er wies darauf hin, daß Verantwortliche in Bund, Ländern und Gemeinden fünf Jahre lang über das Gesetz beraten hätten. Zimmermann appellierte daher an die Mithilfe aller Beteiligten, bei der jetzt beginnenden Aufklärungskampagne für die Bevölkerung dazu beizutragen, daß dieses Gesetz vom Bürger akzeptiert wird. Die Geheimhaltung der Daten sei sichergestellt, betonte er.

USA brachten „neue Ideen" in Gespräche über Libanon ein

Amerikaner wollen sich aktiver in die Sicherung der Nordgrenze Israels einschalten

TH. KIELINGER, Washington

Am letzten Tag der Nahost-Gipfelgespräche in Washington hat die amerikanische Seite „neue Ideen" in die Verhandlungen über den Rückzug der israelischen Truppen aus Libanon eingebracht. Diese Vorschläge scheinen bei den Israelis auf beträchtliches Interesse gestoßen zu sein: Außenminister Shamir sagte bei seiner Verabschiedung nach drei Tagen intensiver Gespräche in Washington, er sei überzeugt, „wir sind einer Lösung nähergekommen". Auch der abreisende libanesische Außenminister Elie Salem äußerte sich verhalten optimistisch.

Grundsätzlich bedeutet der neue amerikanische Vorstoß, daß sich die USA aktiver in die Sicherung des südlichen Libanon gegen terroristische Infiltration einschalten wollen. Eine israelische militärische Präsenz in diesem Gebiet wird von Washington als mit der libanesischen Souveränität nicht vereinbar abgelehnt.

Regierungsbeamte in Washington deuteten die folgenden Umrisse des amerikanischen Plans an:

- Die Amerikaner werden die Ausbildung libanesischer Elite-Einheiten übernehmen, die die Hauptverantwortung für die Sicherung der libanesisch-israelischen Grenze übernehmen sollen. Eingeschlossen in diese Kräfte wären die Truppen des Majors Saad Hadad, eines engen Verbündeten der Israelis.
- Eine noch zu schaffende gemeinsame Militärkommission aus israelischen, libanesischen und amerikanischen Offizieren würde regelmäßig Informationen über das patrouillierte Territorium austauschen und alle Grenzverletzungen und andere denkbare Zwischenfälle ahnden lassen.
- Die derzeit in und um Beirut stationierte internationale Friedenstruppe aus italienischen, französischen und amerikanischen Streitkräften würde erweitert, aber nicht nur der Zahl nach, sondern auch in ihrer Funktion. In Zukunft müßten diese Kräfte mehr zum Süden hin disloziert werden und mögliche Infiltrationsrouten von Syrien und aus dem Norden Libanons unterbinden helfen. Die UNO-Friedenstruppe (UNIFIL) würde den Schutz der Palästinenser-Lager übernehmen.
- Aus der Praxis der gemeinsamen Militärkommission heraus müßte sich eine enge libanesisch-israelische Zusammenarbeit entwickeln, vor allem im Sinne des Austausches von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen.
- Um dieses gesamte Vorschlagspaket „zu versüßen", wären die Amerikaner eventuell bereit, Israel verbesserte Konditionen für die Rückzahlung der empfangenen Militärkredite einzuräumen und mehr auf die israelischen Wünsche zu intensiverer militärischer Kooperation einzugehen.

Regierungsnahe Kreise in Washington warnten allerdings vor zu vorschnellen Hoffnungen, was den Erfolg dieser amerikanischen Ideen angeht. Offen ist vor allem noch die Frage der zukünftigen politischen Beziehungen zwischen Libanon und Israel. Im israelischen Kabinett vertritt Außenminister Shamir zwar die Auffassung, daß sein Eingehen auf amerikanische Vorstellungen für Israel wichtig ist, damit eine Konfrontation zwischen den beiden Ländern vermieden werden kann. Andere Kabinettsmitglieder jedoch, darunter der ehemalige Verteidigungsminister Sharon, verfolgen eine härtere Linie.

Berkhan: Gute Noten für Bundeswehr

Der Wehrbeauftragte bemängelt jedoch „negative Anpasserei" unter den Soldaten

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der Wehrbeauftragte hat mit seinem Jahresbericht 1982 über die Bundeswehr ein Bild gezeichnet, in dem trotz aller negativen Erscheinungen über das Fehlverhalten von Vorgesetzten und Dienststellen sowie sachbedingter Schwierigkeiten die Truppe das Etikett der Normalität erhält.

Karl-Wilhelm Berkhan (SPD) hebt als generell belastendes Problem das Phänomen einer „unter Soldaten verbreiteten Lustlosigkeit und Gleichgültigkeit" hervor, die, wie er vor Journalisten erläuterte, zum einen das Ergebnis „negativer Anpasserei" sei, zum anderen aber auch aus mangelhafter Dienstaufsicht zur Motivation der Soldaten resultiere. Berkhan gab jedoch auch zu bedenken, daß das fehlende Engagement der Soldaten Ausdruck der anhaltenden und teilweise orientierungslosen Debatte in der Gesellschaft über die Bedingungen der Friedenssicherung sei.

Zunehmend hat die Truppe nach Berkhans Bericht auch mit den Problemen der Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Wehrpflichtige erwarten häufiger, daß die Bundeswehr auf ihre Ausbildungssituation Rücksicht nimmt und sie entweder vorzeitig zum Grundwehrdienst einberuft oder sie auch vorzeitig einläßt, damit sie zeitgerecht ein Studium oder einen anderen Ausbildungsgang antreten können. Abiturienten verlieren, wenn die Truppe auf sie nicht eingeht, bis zu zwölf Monaten für die Ausbildung. Für dieses und die folgenden Jahre sei eine „Antragsflut" auf vorzeitige Entlassung zu erwarten, sagte Berkhan. Der Wehrbeauftragte empfiehlt der Bundeswehr, flexibel auf diese Wünsche einzugehen und Grundwehrdienstleistende etwa zur Teilnahme an späteren Großmanövern zur Vollendung der Dienstzeit abermals einzuberufen.

Kritisch werden im Jahresbericht zahlreiche Fälle von Fehlverhalten von Vorgesetzten angemerkt. Sie setzten etwa zur Gewinnung Freiwilliger für die Geldsammlung zugunsten der Kriegsgräberfürsorge ungerechtfertigt ihre Amtsautorität ein; sie griffen zu ehrverletzenden Formen der Anrede und sie biederten sich teilweise kumpelhaft bei Untergebenen an.

Berkhan forderte den Verteidigungsminister auf, dem Disziplinarvorgesetzten zu helfen, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden, die nicht anerkannte Wehrdienstverweigerer in den Einheiten machen.

Auch in der Ausbildung der Offiziere und Unteroffiziere stellte der Wehrbeauftragte Schwächen fest.

Seite 2: Berkhans neue Erfahrung

Wirtschaft der „DDR" weiterhin im Rückstand

FDGB-Vorsitzender Tisch kritisiert den Schlendrian

H. RÜDIGER KARUTZ, Leipzig

Ungeschminkt wie selten zuvor übte „DDR"-Gewerkschaftschef Harry Tisch Kritik am technologischen Rückstand der „DDR"-Industrie, am disziplinlosen Verhalten von Mitarbeitern, dem hohen Krankenstand und der zunehmenden Zahl von Bränden und technischen Ausfällen in der Industrie.

Tischs Abrechnung, im Wortlaut vom FDGB-Blatt „Tribüne" abgedruckt, spiegelt die Unzufriedenheit führender „DDR"-Funktionäre mit dem Tempo der Wirtschaftsentwicklung wider. Tisch verweist besonders auf den technologischen Nachholbedarf der Industrie. „Es muß mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt noch schneller als früher vorangehen", forderte er.

Während Erich Honecker am vergangenen Sonntag zur Messe-Eröffnung auf die alten Vorwürfe von einem „imperialistischen Wirtschaftskrieg" gegen die „DDR" verzichtete, wärmt Tisch sie wieder auf. Um diesen westlichen Aktionen entgegenzuwirken, müßten endlich „generell verkaufsfähige Qualitätsprodukte" hergestellt werden: „Alles, was wir produzieren, sowohl für den eigenen Bedarf als auch für den Export, muß höchste Qualität haben, ja den Weltbestleistungen entsprechen." Nur so könne sich die „DDR" stabile Markpositionen sichern.

Mangelnde Arbeitsmoral

Tisch nimmt Staatskombinate ins Visier, „die an dem bisherigen Sortiment von Konsumgütern eisern festhalten". Auf diese Weise entstünden unverkäufliche „Ladenhüter". Mit der Bemerkung „Laßt uns über einige dieser Dinge hier offen reden" leitete Tisch eine detaillierte Kritik an Interesselosigkeit, Bummelantentum und Fahrlässigkeit in der „DDR"-Wirtschaft ein. Es gebe einen „Kreis von Werktätigen", die durch mehrfaches unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit Ausfallzeiten verursachen. „In fast allen Industriezweigen", klagte Tisch, „sind diese Fehlzeiten 1982 gegenüber dem Vorjahr noch um eine halbe Stunde angestiegen." Tisch berichtet ferner: „Brände und Havarien in Industrie und Landwirtschaft haben erheblich zugenommen."

Unzufrieden zeigt sich der SED-Funktionär auch mit der offenbar zunehmenden Praxis in vielen „DDR"-Betrieben, häufig krank zu feiern. Bei allen Fortschritten sei jedenfalls der Krankenstand „noch zu hoch". Der Gewerkschaftsvorsitzende greift auch den wachsenden Unmut vieler mitteldeutscher Industriearbeiter über das ständig zunehmende Mehrschicht-System mit den damit verbundenen schwierigen Anfahrten zum Betrieb auf: „Den mancherorts auftretenden berechtigten Kritiken der Werktätigen an unzumutbaren Bedingungen des Berufsverkehrs ist nachzugeben und auf Veränderung zu drängen."

Wachsender Leistungsdruck

Den Lohn ihrer nochmals erhöhten Arbeitsanforderungen sollen die Werktätigen nur dann zusätzlich auf ihrem Konto finden, wenn sich ihre Mehrleistung direkt in neuen „wissenschaftlich-technischen Ergebnissen" niederschlägt. Tisch fordert: „Nach den Erfordernissen des Leistungsprinzips muß der Gehaltszuschlag direkt an die Produktionswirksamkeit der wissenschaftlich-technischen Ergebnisse gebunden werden." Er kündigt zugleich einen abermals wachsenden Leistungsdruck und höhere Erwartungen an die Arbeitsproduktivität an. Ein wichtiger Gradmesser für die „sozialistische Rationalisierung" sei, „wieviel Arbeitszeit wie Arbeitsplätze und damit Arbeitskräfte eingespart werden".

Der FDGB-Vorsitzende nimmt auch Anstoß am mangelhaften Einsatz und an der ungenügenden Ausnutzung von Industrie-Robotern. Statt die neuen Anlagen täglich 16 bis 17 Stunden durchgehend zu fahren, habe sich dieser Zeitraum 1982 „nur unwesentlich erhöht". Tisch macht erneut deutlich, daß sich der FDGB nicht als Interessenvertreter der Arbeitnehmer, sondern als verlängerter Arm der Partei betrachtet: Es dürfe „nie aus den Augen verloren werden, daß die politisch-ideologische Arbeit in unserem Wirken einen zentralen Platz einnimmt".

Wo „DDR"-Werktätige am liebsten arbeiteten, reflektiert eine Szene im Leipziger Kabarett „academixer". Auf die Frage, wie er den Satz „Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit" deute, antwortet ein Monteur: „Einsicht ist es, wenn ich nach Belgien auf Montage gehe – notwendig, wenn ich nach Polen fahre."

Vogel: Neues Konzept für Fraktionsspitze

dpa, Bonn

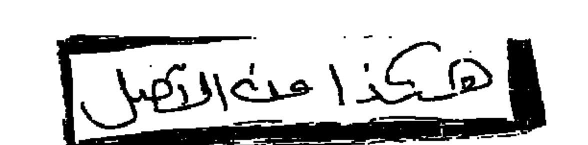
Die SPD-Fraktion im Bundestag will ihre Wirkungskraft als Opposition mit einer in der Spitze verbreiterten Führungsebene, der erstmals konkrete politische Aufgabenbereiche zugeordnet werden sollen, steigern. Der Vorschlag des neugewählten Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel für eine neu formierte Führungsstruktur sieht vor, die Zahl der stellvertretenden Fraktionschefs von bisher fünf auf acht zu erweitern. Sechs von ihnen sollen zugleich den Arbeitskreisen der Fraktion vorsitzen, die erneut für alle Schwerpunktbereiche der Innen- und Außenpolitik gebildet werden. Die neue Fraktionsführung soll am kommenden Dienstag gewählt werden.

Vogel, der Nachfolger Herbert Wehners als Oppositionsführer, unterbreitete gestern sein Konzept dem noch amtierenden alten Fraktionsvorstand. Sein Vorschlag sieht nach Informationen der Nachrichtenagentur dpa folgende gemeinsame Besetzung von Stellvertreterämtern und Vorsitzen der sechs Arbeitskreise vor:

Horst Ehmke, Arbeitskreis I für Außen-, Sicherheits-, Deutschland-, Europa- und Entwicklungspolitik; Jürgen Schmude, Arbeitskreis II für Inneres, Bildung und Sport; Wolfgang Roth, Arbeitskreis III für Wirtschaftspolitik; Anke Fuchs, Arbeitskreis IV für Sozialpolitik; Hans Apel, Arbeitskreis V für Finanzpolitik; Alfred Emmerlich, Arbeitskreis VI für Rechtspolitik. Zwei weitere Vogel-Stellvertreter sollen Volker Hauff mit der Zuständigkeit für die Umweltpolitik und Herta Däubler-Gmelin mit dem Aufgabenbereich Gleichstellung der Frau werden.

Die neue Führungsstruktur, die Vogel nach einer Reihe von Gesprächen mit maßgeblichen Abgeordneten der Fraktion vorschlägt, soll den bisherigen Schwächen in der Organisation der Fraktionsspitze Rechnung tragen.

Bei der Neuwahl der Parlamentarischen Geschäftsführer, die ebenfalls zum geschäftsführenden Fraktionsvorstand gehören, sollen sich weniger Änderungen ergeben. Erneut kandidieren wollen Gerhard Jahn, Jürgen Linde, Helga Timm und Carl Even. Um das frei werdende Geschäftsführer-Amt von Werner Zeitler bewerben sich dem Vernehmen nach Helmuth Becker und Konrad Porzner.



Desaster an der Elbe

…B. – Was alle an der Küste …ußt haben, vor den zahlrei…n Wahlen der letzten Monate …r niemand gesagt hat, wird nun …ere Realität. Bei den Howaldt…ken-Deutsche Werft AG …W) stehen drastische Perso…einschnitte an. In den Betrie… Kiel und Hamburg werden …h einem Vorstandskonzept, …noch der Beratung und Billi…g des Aufsichtsrats bedarf, …aussichtlich mehr als 3500 Mit…eiter ihren Arbeitsplatz verlie… Der größte Teil wird dabei auf …nburg entfallen und die Ar…sprobleme der Stadt verschär…

…er Hamburger Senat hat das …zept denn auch als „skanda… bezeichnet und angedeutet, … Hamburg nicht zustimmen … Über das „timing" der Unter…tung der Aufsichtsratsmitglie… durch den Vorstand, einen Tag …h der Wahl in Schleswig-Hol…n, mag man geteilter Meinung … Der lautstarke Protest Ham…gs freilich nützt wenig. Einmal …lie Hansestadt bei HDW nicht …eilseigner und somit weder im …ernehmerischen Risiko noch …der Entscheidungsfindung im …sichtsrat beteiligt. Zum ande… werden mit lautstarken Prote… die Probleme bei HDW nicht …st.

…m politischen Gerangel ist bei …W schon einmal ein Konzept …heitert. Damals wurde durch …nburg der Plan vereitelt, den …its 1979 noch defizitären …iffsneubau in Hamburg einzu…len. Sollten sich die Streitigkeiten zwischen Kiel und Hamburg nun fortsetzten, an welchen Plätzen am vordringlichsten saniert werden muß, werden sich die Politiker sehr bald den Vorwurf gefallen lassen müssen, den endgültigen Ruin der Werft beschleunigt zu haben. Wenn andererseits nicht schnell und durchgreifend gehandelt wird, erledigt dies die Krise im Schiffbau. An der Erkenntnis, daß HDW eine viel zu große Belegschaft vorhält, kommt niemand herum. Auch daran nicht, daß die überfällige Sanierung Hamburg am stärksten treffen wird.

Riskant

adh. – Die Kartonverpacker von flüssigen Nahrungsmitteln haben eine weitere Hürde genommen: Künftig wird es in der Bundesrepublik kartonverpackten Wein in Ein-Liter-Packungen geben. Sechs deutsche Abfüllunternehmen machen nach – erfolgreichen – Markttests bereits mit. Ihr Argument: Kartonverpackter Wein läßt sich problemlos und wirtschaftlich auch in großen Mengen vermarkten, was natürlich die großen Verbrauchermärkte und Filialketten lockt. Ihnen ist es bisher nicht gelungen, voll in das Weingeschäft einzusteigen. Es wird ihnen sicher nicht gelingen, die Glasflasche für den Wein zu verdrängen. Aber, und darauf zielen die Anbieter, mit dem so angebotenen Landwein als problemloses Getränk sollten sich neue Käuferschichten erschließen lassen. Ein riskantes Spiel, zumindest für die Weinlieferanten. Man erinnere sich: Den meisten deutschen Sektherstellern ist die Entwicklung ihrer Edelbrause zum „problemlosen" Massengetränk gar nicht gut bekommen.

Keine Überraschungen

Von WILHELM FURLER, London

… vom britischen Schatzkanz… Sir Geoffrey Howe dem Un…s vorgelegte Budget für das …jahr 1983/84 wird als eines …technischsten" und damit …auch langweiligsten in die …e Geschichte Großbritan…eingehen. Nicht nur, weil der …en, in dem sich der Schatz…er mit seiner Unmenge einzel…kleiner Maßnahmen bewegt, …unde sehr genau von allen …n vorausgesagt worden war. …ern auch, weil das Budget kei… strategische Überraschun…nthält.

… ist Sir Geoffrey sicherlich … kein Mann, dem Überra…gen liegen. Er hatte schon …niger Zeit durchblicken las…daß dieses Budget eines „für …milie" sein werde. Und daran … sich im wesentlichen auch …en. Von dem Maßnahmen…l wird sich jedermann zu…st etwas angesprochen füh…

…ter dem Budget steckt deut…kennbar die Fortsetzung der …ungspolitik, die Staatsfinan… Ordnung zu halten. Allge…war erwartet worden, daß der …kanzler mindestens zwei …den Pfund oder zum gegen…en Umrechnungskurs 7,2 …den Mark in Steuererleichte…n und Hilfen für die Wirt… stecken würde. Tatsächlich …es netto aber nur etwa 1,8 …den Pfund. Damit kann die …ung die staatliche Kreditauf… sogar noch etwas unter den …fristigen Ansatz drücken.

…z aller Sparsamkeit ist es Sir …ey sicherlich gelungen, so et…ie Weihnachtsstimmung zu …iten. Die vor der Tür stehen…arlamentswahlen, gleich ob …ch im Sommer oder Herbst … Jahres kommen oder ob bis … letztmöglichen Termin im …ahr 1984 abgewartet wird, las…ch aus fast jeder Maßnahme …n. Auch wenn der Schatz…r dies vehement bestreitet.

…erhin gehen wertmäßig zwei …tel seiner Hilfen in die Kür…der Einkommensteuer, und …eniger als ein Drittel wird der …rie zur Verfügung gestellt. … hat Sir Geoffrey erneut klar…cht, wie wenig er von der di… Förderung von Arbeitsplät…ält. Für ihn ist wichtig, daß …ngebenden Faktoren, also In…n, Zinsen und Kosten, in Ord… gebracht werden.

Daß sie seiner Ansicht nach immer noch nicht ganz stimmen, hat er auf seine Weise mit diesem sehr vorsichtigen, weil alles andere als reflationären Budget unterstrichen. Allen Rufen aus der Wirtschaft und etlicher Wirtschaftsforschungsinstitute, doch wenigstens diesmal den Rahmen der staatlichen Kreditaufnahme auszuweiten, hat er erneut widerstanden.

Die Frage ist allerdings, ob dieses Rahmenwerk, verbunden mit ersten Anzeichen für einen wieder einsetzenden Konjunktur-Aufschwung, wirklich ausreicht, die von der Rezession arg gebeutelte britische Wirtschaft mit ihren mehr als drei Millionen Arbeitslosen alleine den Weg zur Prosperität zurückfinden läßt. Beide Oppositions-Parteien, Labour wie Allianz aus Liberalen und Sozialdemokraten, bestreiten dies energisch. Sie haben in den letzten Tagen in ihren sogenannten Alternativ-Budgets Ausgaben-Programme im Wert von bis zu zehn Milliarden Pfund aufgestellt.

Doch solche extrem reflationären Programme sind sicherlich nicht geeignet, die in Großbritannien immer noch tiefsitzende Inflationsmentalität und die weit offene Erwartungshaltung nach Staatshilfen ein und für allemal auszumerzen. Genau sie haben in der Vergangenheit der britischen Wirtschaft am meisten geschadet. Doch zu bezweifeln bleibt, ob die konservative Regierung unter Premierministerin Margaret Thatcher wirklich alles in ihrer Macht stehende unternimmt, die extrem hohe Arbeitslosigkeit und ihre sozialen Auswirkungen zu mildern.

Man darf nicht vergessen, daß Großbritannien allmählich auf eine Zwei-Klassen-Gesellschaft mit einem Nord-Süd-Gefälle zuläuft: Die Bevölkerung mit Arbeitsplätzen vor allem im Süden des Landes, insbesondere im Großraum London, und die ohne Beschäftigung in der nördlichen Region, wo die Arbeitslosenquote nicht selten 20 und 30 Prozent übersteigt.

Auch ein für den hoffentlich bald einsetzenden Konjunkturaufschwung noch so gut präpariertes Umfeld wird an diesem Dilemma in absehbarer Zeit nichts ändern. Denn Margaret Thatcher und ihr Schatzkanzler haben auch diesmal wieder die Gelegenheit ausgelassen, dieser immer noch wachsenden Gruppe Enttäuschter unter die Arme zu greifen.

EG-HAUSHALT / Unterschiedliche Auffassungen über Aufstockung der Einnahmen

Die Bundesrepublik droht in die politische Isolierung zu geraten

WILHELM HADLER, Brüssel

Recht unterschiedlich beurteilen die Außenminister der EG die Planspiele für eine Aufstockung der Einnahmen der Europäischen Gemeinschaft. Wie ein erster Meinungsaustausch über das einschlägige „Grünbuch" der Brüsseler Kommission gezeigt hat, muß die Bundesregierung jedoch schon bald damit rechnen, im Kreis der EG-Partner mehr und mehr in die politische Isolierung zu geraten.

Bonn leugnet bisher in offiziellen Äußerungen jede Notwendigkeit der Gemeinschaft, neue Finanzquellen zu erschließen. Auch die neue Bundesregierung vertritt die Auffassung, daß die gegenwärtigen Einnahmen (Zölle, Agrarabschöpfungen und ein Ein-Prozent-Anteil des Mehrwertsteuer-Aufkommens) genügend dynamisch seien, um die künftigen Aufgaben der EG finanzieren zu können.

Die meisten anderen EG-Regierungen verschließen sich dagegen nicht der Kommissionsthese, wonach die Aufnahme Spaniens und Portugals nur dann ohne Gefährdung des Integrations-„Besitzstandes" möglich ist, wenn der Mehrwertsteuer-Plafonds erhöht wird. Die Frage ist eher, welche zusätzlichen Kriterien vereinbart werden sollten, um eine gerechtere Belastung der einzelnen Mitgliedsstaaten sicherzustellen als in der Vergangenheit.

Die Kommission hat bisher selbst noch keine klaren Optionen getroffen, sondern nur eine Reihe von Alternativen aufgezeigt. Als Möglichkeit wird zum Beispiel genannt, die Beitragsbelastung nach der ökonomischen Leistungsfähigkeit zu differenzieren, was Ländern wie Großbritannien sehr ins Konzept passen würde, für die Bundesrepublik dagegen schwer akzeptabel wäre. Dagegen wäre eine Staffelung nach dem Nutzen, den die einzelnen Mitgliedsländer aus der Agrarpolitik ziehen, für Bonn schon eher diskutabel. Mit Sicherheit würde eine solche Regelung jedoch die Franzosen, Dänen und Holländer auf den Plan rufen.

In der Aussprache im Rat haben sich Italien, Griechenland, Irland, Belgien und Luxemburg bereits ohne Einschränkung für eine Erhöhung der Einnahmen der Gemeinschaft ausgesprochen, während die Niederlande und Dänemark eine Aufstockung von gewissen Bedingungen abhängig machen. Auch Frankreich widerspricht nicht grundsätzlich einer Anhebung der Ein-Prozent-Grenze bei der Mehrwertsteuer. Großbritannien erweist sich schon eher als Bundesgenosse für die Deutschen. Es ist vorwiegend an der Reduzierung des überhöhten eigenen Nettobeitrages interessiert, was kurzfristig nur durch eine bessere Kontrolle der Agrarausgaben möglich ist. Die Verhandlungen über die diesjährigen Agrarpreise lassen indes erkennen, daß die Bereitschaft zur Kosteneinsparung nicht so groß ist.

Die gegenwärtigen Mehrwertsteuer-Einnahmen lassen noch einen Spielraum für Mehrausgaben in Höhe von 2,9 Milliarden Ecu (rund 6,7 Milliarden DM) bei einem Gesamthaushalt von 22,9 Milliarden Ecu (rund 52,6 Milliarden DM). Ein großer Teil dieses Finanzpolsters (knapp drei Milliarden Mark) stammt jedoch aus Einsparungen früherer Haushaltsjahre. Die Entwicklung der Weltmarktpreise wird aller Voraussicht nach bereits 1983 zu wesentlich höheren Ausgaben für Exporterstattungen zwingen. Im ersten Quartal jedenfalls lagen die Zahlungen des Brüsseler Agrarfonds bereits um rund 500 Millionen Ecu (1,15 Milliarden Mark) über den Voranschlägen.

In Brüssel glaubt niemand so recht, daß sich die neue Bundesregierung dem Ruf nach drastischen Kürzungen im Agraretat anschließen wird. Dies gilt um so mehr, als die Bauernverbände in der EG und das Europa-Parlament sogar für noch höhere Agrarpreise eintreten als vorgesehen. Die Kosten einer siebenprozentigen Anhebung des landwirtschaftlichen Stützungsniveaus werden vom zuständigen EG-Kommissar Christopher Tugendhad für das laufende Jahr auf 900 Millionen Ecu (rund zwei Milliarden Mark) und für 1984 sogar auf 2,2 Milliarden Ecu (rund fünf Milliarden Mark) veranschlagt.

Auch viele Bonner Experten sehen vor diesem Hintergrund kaum eine Möglichkeit, der Aufstockung des Finanzplafonds zu entgehen. Es gelte, so hieß es jedoch in informellen Gesprächen, noch eine „gewisse Überzeugungsarbeit zu leisten". Überzeugt werden muß vor allem der Finanzminister. Die EG-Kommission will im Mai formelle Vorschläge vorlegen.

GROSSBRITANNIEN

Das Budget unterstützt konjunkturelle Erholung

WILHELM FURLER, London

In Großbritannien macht sich immer deutlicher eine Tendenz in Richtung konjunktureller Erholung bemerkbar. Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe meinte am Schluß seiner Budget-Rede, die er am Dienstagnachmittag vor dem Unterhaus vortrug, daß seine Maßnahmen eine anhaltende Erholung unterstützen würden. Zusammen mit dem Steuerzahler-freundlichen Budget konnte die Regierung Thatcher weitere Pluspunkte für sich verbuchen.

So ist die Produktion in der herstellenden und verarbeitenden Industrie in Großbritannien im Januar gegenüber Dezember um 2,5 Prozent gestiegen, so stark wie seit Beginn der schweren Rezession nicht mehr. Und die vier großen britischen Geschäftsbanken haben, wie kurz berichtet, den Basis-Ausleihesatz um ein halbes auf 10,5 Prozent gesenkt. Einen weiteren positiven Einflußfaktor stellen die fallenden Ölpreise dar.

Wie erwartet, fiel das Budget ausgesprochen „Familien-freundlich" aus. So wurden die Steuereintrittsschwellen und die Freibeträge um 14 Prozent angehoben. Dieser Satz liegt um immerhin neun Prozent über der gegenwärtigen Inflationsrate in Großbritannien. Ebenfalls deutlich erhöht wurde das Kindergeld, nämlich von 5,85 auf 6,50 Pfund je Kind.

Durch die Steuererleichterungen werden rund 1,75 Millionen Briten aus der Lohn- und Einkommenbesteuerung entlassen. Der britische Ehemann stellt sich im Schnitt um zwei Pfund pro Woche besser. Arbeitslosengelder und Renten werden der Inflation entsprechend erhöht.

Ebenfalls der Inflationsentwicklung angepaßt und damit ungewöhnlich niedrig sind die Anhebungen der indirekten Steuern ausgefallen. Bier wird im Durchschnitt um einen Penny je Pint, Wein um fünf Pence je Flasche, Whisky um 25 Pence teurer. Ähnlich verhält es sich bei Zigaretten. Der Benzinpreis wird um vier Pence je Gallone Super (eine Gallone = 4,54 Liter) angehoben.

An Hilfen für die britische Industrie treten besonders hervor die unerwartete Kürzung des Aufschlags auf den Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung um ein halbes Prozent mit einem Effekt von rund 400 Millionen Pfund in einem vollen Jahr sowie Änderungen in der Besteuerung von Nordseeöl, die der Ölwirtschaft vor allem bei der Entwicklung neuer Felder Vorteile im Wert von bis zu 800 Millionen Pfund bringen werden.

Insgesamt hat das Budget-Paket einen Wert von 1,8 Milliarden Pfund unter Einbeziehung der Erhöhung der indirekten Steuern. Nach Angaben des Schatzkanzlers kann die staatliche Kreditaufnahme für das Finanzjahr 1983/84 auf acht Milliarden Pfund beschränkt werden.

Für das Geldmengenwachstum wird eine Bandbreite von sieben bis zwölf Prozent festgelegt. Das Wirtschaftswachstum soll Ende des Jahres zwei Prozent erreichen. Für die Inflation wird bis zum gleichen Zeitpunkt ein leichter Anstieg von gegenwärtig fünf auf sechs Prozent erwartet.

AUF EIN WORT



„Nichts ist wichtiger als die internationale Koordination der Wirtschaftspolitik. Hier haben, trotz aller Bemühungen, die industriellen Demokratien gefährlich viel an Terrain verloren. Wir brauchen mehr abgestimmte Verhaltensweisen, mehr Solidarität und, wo möglich, im Blick auf die Weltwirtschaftsmacht USA, mehr Führung."

Dr. Kurt A. Körber, Hauni-Werke Körber & Co. KG, Hamburg

FOTO: INTERPRESS

Anzeichen für Konjunkturwende

AP, Bonn

Nach dem neuesten Konjunkturbericht der Westdeutschen Landesbank mehren sich die Anzeichen für eine konjunkturelle Wende. Wohnungsbau, Geschäftsklima und Auftragseingänge wiesen seit vergangenen Herbst nach oben, doch gebe es auch noch Risiken und Sonderfaktoren, die zu berücksichtigen seien. Noch seien die Auftriebskräfte auf sehr wenige Sektoren beschränkt, betont die West-LB im Märzbericht. Ein Fragezeichen sieht der Bericht noch hinter der Investitionskonjunktur. Viele Bestellungen stünden noch in Zusammenhang mit der Investitionsprämie, doch sei auch das befürchtete Auftragsloch nach der Jahreswende ausgeblieben.

STAHLINDUSTRIE

Bonn: Konzerne sollen ihre Konzepte umgehend vorlegen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Eindringlich hat das Bundeswirtschaftsministerium gestern noch einmal die deutschen Stahlunternehmer aufgefordert, endlich Konzepte über ihre Vorstellungen zur Umstrukturierung der deutschen Stahlindustrie vorzulegen. „Bei den äußerst knappen Terminen, die den deutschen Stahlunternehmen nun schon seit 1981 bekannt sind, zeichnet sich allmählich die Gefahr ab, daß Hilfen an die deutschen Stahlunternehmen überhaupt nicht mehr genehmigt oder gezahlt werden können", heißt es in einem Text des Ministeriums.

Der 31. März bleibe der letzte Zeitpunkt, zu dem derartige Anträge bei der EG-Kommission eingereicht werden müssen. Bis zum 15. März seien dem Ministerium von den Unternehmen entweder gar keine oder aber Pläne vorgelegt worden, die den erwarteten Anforderungen nicht entsprechen.

Die anscheinend immer noch von einigen Firmen erwarteten Vorweghilfen – Klöckner hatte einen Antrag über 400 Millionen Mark gestellt – seien nach den EG-Bestimmungen ebenso wie nach der Auffassung der Bundesregierung keinesfalls möglich.

Einige Unternehmen rechneten offenbar damit, daß bereits kurz nach Vorlage eines Konzeptes Hilfen gezahlt werden. Sie übersähen jedoch, daß sowohl die Bundesregierung und die Landesregierung als auch die EG-Kommission in Brüssel nicht von einem zum anderen Tag über die Bewilligung von dreistelligen Millionenbeträgen entscheiden können und dürfen. Das Bundesministerium macht daher noch einmal mit aller Deutlichkeit auf die Gefahren aufmerksam, in die sich die Unternehmen selbst bringen, wenn sie ihre Grobkonzepte jetzt nicht unverzüglich – wie verlautet noch in dieser Woche – in Bonn vorlegen.

DIW-STUDIE

Hoffnung auf Aufschwung in westlichen Ländern zu hoch

dpa/VWD, Berlin

Die Hoffnungen auf einen neuen Wirtschaftsaufschwung in den westlichen Ländern hält das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, derzeit für übertrieben und warnt deshalb in seinem jüngsten Wochenbericht vor zu hochgesteckten Erwartungen. So seien die Hoffnungen, die insbesondere in die wirtschaftliche Entwicklung der USA gesetzt würden, zu groß. Mit einem stürmischen Aufschwung sei dort nicht zu rechnen; das Wirtschaftswachstum werde sich 1983 auf real 2 Prozent belaufen.

Eine leichte Erholung sagt das DIW für Kanada voraus, wo es nach einem Rückgang des Bruttosozialproduktes um fünf Prozent 1982 jetzt wieder ein kleines Plus von einem Prozent geben werde. In Japan stünde einer Wachstumsbeschleunigung die schwache Inlandsnachfrage im Wege, so daß es lediglich ein Plus von 2,5 Prozent – wie schon 1982 – geben werde. In der EG befürchtet das DIW 1983 eine Stagnation wie schon im Vorjahr. Die Wachstumsraten sollen dabei von minus ein Prozent (Niederlande) bis plus 1,5 Prozent (Irland) reichen.

Für die Bundesrepublik hätten sich zuletzt die Anzeichen für eine konjunkturelle „Aufhellung" gemehrt, einen „Aufschwung" stelle dies aber noch nicht dar. Die Konjunkturerholung von 1976 mit damals 5,6 Prozent Zuwachs des Bruttosozialprodukts werde allerdings nicht erreicht werden. Preisbereinigt haben sich die Aufträge aus dem Ausland im Zweimonatsvergleich Dezember 1982/Januar 1983 zum ersten Mal seit der Jahreswende 1981/82 wieder erhöht. Insgesamt könne man deshalb damit rechnen, daß sich die Ausfuhren im ersten Quartal 1983 langsam vom gedrückten Niveau lösen könnten. Andererseits registrierte das DIW auch wieder steigende Importe.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Im Dienst der Schiffahrt

London (rtr) – Im Schatten der Weltpolitik feiert in diesem Monat eine unscheinbare, aber effektiv arbeitende Behörde der Vereinten Nationen (UN) 25jähriges Bestehen: Seit der Gründung 1958 hat sich die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (Imo) darum bemüht, die Weltmeere sicherer und sauberer zu machen. In diesen Jahren hat sie wichtige Resolutionen hervorgebracht, die sich mit besserer Ausbildung der Schiffsbesatzungen, dem Vorgehen gegen Meeresverschmutzung, der Sicherheit des Schiffsverkehrs – auch vor Seeräubern – und der Sicherung gefährlicher Ladungen beschäftigen.

Preisberuhigung hält an

Paris (J. Sch.) – Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich in den westlichen Industriestaaten (OECD) von durchschnittlich 0,1 Prozent im Dezember auf 0,6 Prozent im Januar beschleunigt. Der Preisanstieg der letzten sechs Monate erreichte in der OECD per Januar 2,4 (per Dezember 2,2) Prozent. Jedoch ging die Inflationsrate im Jahresvergleich auf 6,4 (6,5) Prozent weiter zurück. Die Bundesrepublik stand mit einer Inflationsrate von 3,9 Prozent (im Dezember waren es noch 4,6 Prozent) an dritter Stelle unter den großen OECD-Staaten nach Japan mit 2,0 (1,8) und den USA mit 3,8 (3,9) Prozent. Es folgten Großbritannien mit 4,9 (5,4), Kanada mit 8,3 (9,3), Frankreich mit 9,6 (9,7) und Italien mit 16,2 (16,4) Prozent.

Belgien stützt Franc

Brüssel (dpa/VWD) – Die belgische Nationalbank hat seit Anfang Februar bis zum 14. März insgesamt 77,6 Milliarden Franc (gut vier Milliarden Mark) am Devisenmarkt ausgeben müssen, um den unter Druck stehenden belgisch-luxemburgischen Franc zu stützen. Allein in der letzten Woche betrug der Interventionsbedarf netto insgesamt 37,7 Milliarden Franc (knapp zwei Milliarden Mark). Am vergangenen Montag, unmittelbar nach Bekanntgabe der scharfen währungspolitischen Maßnahmen durch das belgisch-luxemburgische Wechselinstitut, konnte die Notenbank jedoch angesichts des deutlichen Kursanstiegs wieder Devisen für 1,3 Milliarden Franc (670 Millionen Mark) zurückkaufen.

U. S. Steel kürzte Bezüge

Washington (Sbt.) – Weil die Geschäfte schlecht gingen, hat Amerikas größter Stahlkonzern, die United States Steel Corp. mit Sitz in Pittsburgh, im vergangenen Jahr den sogenannten Bonus für die Topmanager gestrichen. Nach einer Mitteilung an die Aktionäre verdiente der Vorstandsvorsitzende, David Roderick, nur 586 951 Dollar, gegenüber 821 322 Dollar 1981. Statt 675 630 erhielt der Präsident des Unternehmens, William Roesch, 479 932 Dollar. Insgesamt wurden die Bezüge der 57 Direktoren von 10,2 auf 8,2 Millionen Dollar gekürzt. U. S. Steel erwirtschaftete 1982 einen Rekordverlust. Er betrug 361 Millionen Dollar.

Ausländertarif verteidigt

Bonn/Köln (dpa/VWD) – Der Präsident des Verbandes der Autoversicherer im Huk-Verband, Heinz Sievers, hält an den Überlegungen fest, für Arbeitnehmer aus der Türkei, Griechenland und Jugoslawien höhere Kfz-Prämien einzuführen. In einem Interview der Deutschen Welle erklärte Sievers gestern, ein solcher Srhritt sei juristisch einwandfrei. Jedoch sehe er Probleme bei der politischen Durchsetzung. Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Lieselotte Funcke (FDP), hatte kürzlich den Ausländertarif als diskriminierend zurückgewiesen.

Inflation bei 133 Prozent

Tel Aviv (AP) – Die Inflationsrate in Israel erreichte im Februar den zweithöchsten Stand überhaupt. Wie das Zentrale Statistische Büro am Dienstag in Tel Aviv mitteilte, kletterten die Preise innerhalb der vergangenen zwölf Monate um 133 Prozent. Von Januar auf Februar seien die Verbraucherpreise um 6,1 Prozent gestiegen. Die Behörde führt den starken Preisauftrieb im Februar vor allem auf den 17prozentigen Anstieg der Obst- und Gemüsepreise zurück.

…REINIGTE STAATEN

…intereinbruch im Februar …emste Industrieproduktion

…H.-A. SIEBERT, Washington

… der US-Wirtschaft geht es … aufwärts, auch wenn sich …Anfangstempo verlangsamt …er Grund ist darin zu suchen, …as Wetter Kapriolen schlug – …nuar lag der Frühling in der …im Februar kam es zu schwe…Wintereinbrüchen, die weite … der Vereinigten Staaten …egten. Besonders betroffen …er Industriegürtel im Norden …ordosten.

… so lassen sich die neuesten …tiken der Bundesnotenbank …ashington erklären. Danach … die US-Industrieproduktion …ebruar nur noch um 0,3 Pro… verglichen mit 1,3 Prozent …iert) im Vormonat. Wieder …g zugenommen hat jedoch …usstoß von Autos und Stahl. … der Erholung, die mit 0,2 …nt im Dezember einsetzte, lag …dex immer noch um elf Pro… unter dem Höchststand im …982.

Zum dritten Mal hintereinander hat Amerikas Automobilindustrie im Februar die Erzeugung ausgeweitet. Auf Jahresbasis wurden 6,3 Millionen Personenkraftwagen montiert, gegenüber 5,6 Millionen im Januar. Diese Stückzahl lag leicht über den Verkäufen. Ein erneutes Anhalten der Fließbänder ist aber nicht zu befürchten, weil die Lagerbestände per 1. März bei General Motors von 67 vier Wochen vorher auf 66, bei Ford von 76 auf 71 und bei Chrysler von 81 auf 70 Tage gesunken sind. Nur bei Volkswagen of America sind es immer noch rund 90 Tage.

Die Produktion langlebiger Gebrauchsgüter wuchs in den USA im Februar um zwei (Januar: 4,1; Dezember: 1,3) Prozent. Mit jeweils 0,5 Prozent lag die Herstellung von Konsumwaren, Zwischenprodukten, Baustoffen und industriellen Vormaterialien über dem Durchschnitt. Einzig betriebliche Investitiongüter sind noch im Minus.

LADENDIEBSTAHL / Mitarbeiter und Kunden sind gleichermaßen beteiligt

Der „Klau" kostet rund fünf Milliarden

HANNA GIESKES, Düsseldorf

Ladendiebstahl lohnt sich, zumindest für die Diebe: Nur jeder zehnte wird erwischt, und der Bundesverband der Selbstbedienungswarenhäuser (BdSW), Bonn, schätzt die Verluste, die der „Klau" dem deutschen Einzelhandel im vergangenen Jahr beigebracht hat, auf rund fünf Milliarden Mark. Allerdings vergaß Verbandspräsident Günter Mössner während der BdSW-Jahrestagung nicht den deutlichen Hinweis darauf, daß auch das Personal stiehlt. Neu ist die Erkenntnis nicht. Neu ist aber, daß ein Verband im deutschen Einzelhandel bekennt, „daß wir das auch öffentlich zugeben sollten".

Laut Statistik gehen 30 bis 40 Prozent dieser Verluste, die der Handel nüchtern als „Inventurdifferenz" verbucht, à conto „diebische Kunden". Weitere 30 bis 40 Prozent füllen die Taschen der Mitarbeiter, und 20 bis 30 Prozent verschwinden schon bei der Anlieferung, denn auch Mitarbeiter der Lieferanten klauen. Gerade hier ist aber oft organisatorische Schlamperei im Spiel: Wenn die angelieferte Ware nicht sorgfältig kontrolliert und nachgezählt wird, ist die Versuchung eben groß.

Mitarbeiter-Diebstählen könnte, so das Ergebnis der Jahrestagung, dann wirkungsvoll vorgebeugt werden, wenn die Handelsunternehmen sich entschließen könnten, strikt durchzugreifen und „ohne Ansehen der Person" zu handeln. Fristlose Entlassung sei in jedem Fall geboten, „auch, wenn es sich um einen höheren Angestellten handelt". Im übrigen werde dem Personal das Stehlen oftmals viel zu leicht gemacht.

Am schwierigsten gestaltet sich offenbar der Kampf gegen den „Kundenklau": Eine repräsentative Befragung durch den Verband hat nämlich ergeben, daß 53 Prozent der Bevölkerung Ladendiebstahl als „Kavaliersdelikt" empfinden; rund 35 meinen, daß damit kein Risiko verbunden sei. Allerdings täuschen sie sich über die Höhe der dadurch entstehenden Verluste. Rund 14 Prozent nannten eine Milliarde Mark, die anderen tippten weit niedriger.

Daß sich der Handel tatsächlich fünf gestohlene Milliarden über die Preise auch von seinen ehrlichen Kunden wieder zurückzuholen versucht, sollte, so Mössner, deren Bereitschaft zu schärferen Kontrollen im Laden erhöhen, „denn die Ehrlichen zahlen sonst für die Diebe mit". Keinen Zweifel ließ Mössner auch daran, daß die Mühlen der Justiz zu langsam mahlen: „Strafen haben nämlich nur dann einen Sinn, wenn Verfolgungen ernsthaft drohen"; die Schnelligkeit und Intensität der Strafverfolgung könne aber noch wesentlich verbessert werden.

Letztlich geht es darum, so das Fazit der Tagung, das Risiko der Diebe so hoch zu schrauben, daß sie die Lust verlieren. Denn aus Not, auch dieses wurde deutlich, klaut heute niemand mehr.

FAO

Verwaltungskosten werden gesenkt

dpa/VWD, Rom

Die FAO, Sonderorganisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft, will sparen. Das kündigte ihr Generalsekretär, Edouard Saouma, am Sitz der Organisation in Rom an. Mit 434 Millionen Dollar (rund 1,1 Milliarden Mark) liege der Haushalt für 1984/1985 nur knapp über den Ausgaben von 1982/1983. Die wegen ihres Verwaltungsaufwands häufig kritisierte Organisation wolle die Verwaltungskosten um vier Millionen Dollar senken. Saouma kündigte die Streichung von 40 Planstellen an. Auf diese Weise würden die Personalkosten auf 58 Prozent des ordentlichen Haushalts gesenkt. Sie hätten vor zehn Jahren noch 77 Prozent ausgemacht. Trotz Sparens könne mehr Geld für Entwicklungshilfe im landwirtschaftlichen Bereich ausgegeben werden.

COMECON / Schuldenberg von rund 90 Milliarden Dollar – Rumänien und Polen größte Problemfälle

Der Spielraum für Kreditaufnahmen wird enger

ULRICH B. MARKER, Wien

Die Umschuldungsvereinbarung, die Rumänien mit westlichen Banken für 1983 getroffen hat, bildet nur den Anfang einer Reihe von Problemen, die der Schuldenberg des Comecon im Laufe dieses Jahres für die westliche Finanzwelt noch aufwerfen wird. Als nächstes Land hat Polen bereits um Umschuldungsverhandlungen nachgesucht und dabei auch gleich den Wunsch für einen weiteren Kredit über 3 Mrd. Dollar angemeldet.

Die Schulden des Comecon in westlichen Währungen dürften 1982 nach vorläufigen Schätzungen von rund 80 auf annähernd 90 Mrd. Dollar angewachsen sein. Die Schätzung wird nach Aussage von Finanzexperten diesmal dadurch erschwert, daß einige Comecon-Länder 1982 offensichtlich erstmalig ihre Bankenverbindlichkeiten (die ziemlich genau erfaßbar sind) abgebaut haben und dafür in größerem Umfang Handelskredite und Anleihen bei westlichen Regierungen und internationalen Organisationen aufnahmen. Die Summe der Verbindlichkeiten bei westlichen Banken, die Ende 1981 brutto rund 61 Mrd. Dollar betrug, dürfte sich um 9 Mrd. Dollar verringert haben. Dieses Minus ist ungefähr zur Hälfte auf einen Aufwertungseffekt des Dollars gegenüber den Währungen zurückzuführen, in denen die Kredite aufgenommen wurden.

Zu den Ländern, die ihre Bankkredite (derzeit rund 15 Mrd. Dollar) im Westen abbauten, ohne aber die Gesamtschulden zu verringern, gehört in erster Linie die Sowjetunion, die angesichts ihrer großen Rohstoffreserven weiterhin als kreditwürdig gilt. Die Tschechoslowakei und Bulgarien haben nach Abbau von Bankkrediten ihre Gesamtschulden auf 3,3 und 4,2 Mrd. Dollar eingegrenzt und sind bemüht, ihre Zahlungsverpflichtungen einzuhalten. Als pünktlicher und verläßlicher Schuldner hat sich auch die „DDR" erwiesen. Sie hat 1982 ihre Schuldenlast um 850 Mill. auf rund 9 Mrd. Dollar verringert und keine neuen Kredite aufgenommen. Die Banken rechnen damit, daß Ost-Berlin 1983 auch die rund 4 Mrd. Dollar auslaufender Kredite aus der Mitte der siebziger Jahre vereinbarungsgemäß tilgen wird.

Ebenso wie bei der Tschechoslowakei und Bulgarien ging auch bei der „DDR" die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen zu Lasten der Wirtschaftsentwicklung. Wegen Devisenmangel mußten die Importe aus dem Westen drastisch gedrosselt werden. Das bedeutete nicht nur Einschränkung des Verbrauchs, sondern auch Verzicht auf die Einfuhr westlicher Technologie mit einer Verzögerung von Strukturverbesserungen und verringertem Wirtschaftswachstum.

Die großen Problemfälle bleiben auch 1983 Rumänien und Polen. Rumänien, das bereits durch ausstehende Zinsen für 1981 und Fälligkeiten für 1982 in Schwierigkeiten geraten ist, steht 1983 vor Fälligkeiten in Höhe von 3,43 Mrd. Dollar, davon fast 0,9 Mrd. Dollar Zinsen. Nach dem jüngsten mit westlichen Banken getroffenen Umschuldungsabkommen sollen davon 1983 und 1984 nur 30 und 10 Prozent beglichen werden, der Rest nach einer dreijährigen Zahlungspause in einem Zeitraum von 6½ Jahren. 1984 werden aber bereits weitere 1,8 Mrd. Dollar fällig.

Eine ähnliche Zahlungspause strebt jetzt auch Polen an, das mit rund 25 Mrd. Dollar den größten Anteil am Schuldenberg des Comecon im Westen hat. Nach Umschuldung der Fälligkeiten für 1981 und 1982 stehen nun die Verbindlichkeiten bis 1985 zur Diskussion, die Polen aus eigener Kraft nicht tilgen kann, sondern sogar noch auf weitere Kredite angewiesen ist. Ein „kleiner" Problemfall ist auch Ungarn, das seine Bankverbindlichkeiten im Westen nur geringfügig abbauen konnte und mit rund 8,5 Mrd. Dollar Gesamtschulden ins Jahr 1983 ging.

Für 1983 rechnen die Finanzexperten mit einer geringeren Zunahme der Comecon-Verschuldung. Diese Prognose wird einerseits damit begründet, daß die westlichen Banken immer weniger geneigt sind, die Kreditvergabe gen Osten auszuweiten und daß der früher stark in Anspruch genommene Euromarkt für die Comecon-Länder kaum noch offen sein wird. Andererseits, so wird erklärt, ist ohne nachhaltige weltwirtschaftliche Wende keine Verbesserung der Handels- und Devisenbilanzen im Comecon zu erwarten, so daß sich der Spielraum für weitere Kreditaufnahmen verengen wird.

HANNOVER-MESSE / Über 6000 Anmeldungen

Über allem Mikroelektronik

D. SCHMIDT, Hannover

Ganz im Zeichen innovativer Technologien steht das Angebot der Hannover-Messe '83, die am 13. April ihre Tore öffnet. Die größte Industrieschau der Welt, die von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff eröffnet wird, umfaßt wieder zehn Fachmessen „zur selben Zeit am selben Ort". Nach Angaben der Messeleitung haben sich mehr als 6000 Firmen und Organisationen aus über 40 Ländern zur „Messe der Messen" angemeldet. Frankreich, Großbritannien, Italien, die USA und die Schweiz sind die am stärksten vertretenen ausländischen Nationen. Die Veranstalter rechnen wieder mit mehr als einer halben Million Besuchern aus gut 100 Ländern.

Mit 5525 Direktausstellern, davon rund 1560 aus dem Ausland, wird das gute Ergebnis der vom Angebot her gesehen am ehesten vergleichbaren Messe 1981 noch übertroffen. Ähnliches gilt für die Netto-Standfläche, die mit 406 000 qm ausgewiesen wird. Für die Sonderschauen, darunter das Informationszentrum „Jugend–Technik–Zukunft", stehen gut 25 000 qm zur Verfügung. Im „theroretischen" Teil werden 27 Fachtagungen, Symposien, Seminare und Kongresse stattfinden.

Zu den wichtigsten Themen der Messe gehört die Mikroelektronik. Im Rahmen des neuen Ausstellungskonzepts „Microtronic" werden erstmals die Instrumentarien aufgezeigt, die für die Umsetzung der neuen Schlüsseltechnologie in marktfähige Produkte und damit in industrielle Leistung notwendig sind. Messechef Claus Groth weist auf die enge Verbindung nahezu aller Ausstellungsbereiche zur Mikroelektronik hin. Dazu gehöre die gesamte Informations- und Kommunikationstechnik, die Elektrotechnik und der Maschinen- und Anlagenbau.

Speziell der thematische Schwerpunkt der Hannover-Messe '83, die Fachmesse ASB – Antreiben, Steuern, Bewegen, dürfte die Chancen für den Einsatz der Mikroelektronik sichtbar machen. Die insgesamt zehn Fachmessen werden ergänzt durch drei Angebotsschwerpunkte. Als „Partnerland" nutzt in diesem Jahr Portugal die Hannover-Messe zur Selbstdarstellung.

Importe aus der Schweiz gesunken

AP, Zürich

Die Handelskammer Deutschland-Schweiz sieht viele Anzeichen für eine Belebung der deutschen Wirtschaft und erwartet davon auch Rückwirkungen auf die Schweizer Exporte in den für die Schweiz mit Abstand wichtigsten Auslandsmarkt. In diesem Sinne äußerte sich der Direktor der Handelskammer, Hans-Joachim Meyer-Marsilius bei der Vorlage des Jahresberichtes 1982. Vieles spreche dafür, daß man in Deutschland – ähnlich wie in den USA – auf dem Weg aus der Talsohle ist. Dies werde zweifellos auf die Schweizer Wirtschaft und ihre Exporte nicht ohne Auswirkungen bleiben.

Die schweizerischen Ausfuhren in die Bundesrepublik sind erstmals seit 16 Jahren zurückgegangen, und zwar um 115 Millionen Franken oder 1,2 Prozent auf 9,573 Milliarden Franken. Damit gingen 18,2 Prozent (18,3) der Schweizer Exporte in die Bundesrepublik. Unter den zehn Hauptimportländern der Bundesrepublik nahm die Schweiz wieder Platz sieben ein, nachdem sie 1981 auf den neunten Rang abgerutscht war. Der schweizerische Anteil an den deutschen Importen beträgt weiterhin 3,4 Prozent.

ITALIEN / Sportwagenhersteller

Absatzboom hält weiter an

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienischen Sportwagenhersteller haben keine Absatzsorgen. Sowohl im Inland als auch im Ausland nimmt der Verkauf zu.

Die Sportwagenfirma Maserati in Modena beginnt im Frühjahr dieses Jahres mit dem Export des Modells „2000 Biturbo". Insgesamt soll der Exportanteil im laufenden Jahr 50 Prozent erreichen, während für die kommenden Jahre den Plänen von Maserati-Chef Alejandro De Tomaso zufolge eine „stabile" Ausfuhrquote von 60 Prozent vorgesehen ist. Gegenwärtig beläuft sich die Tagesproduktion des „Biturbo" auf 20 bis 25 Stück, bis Juni sind 30 bis 35 eingeplant. 1982 setzte Maserati 50,5 Milliarden Lire (rund 88,38 Millionen DM) um, 235 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Steigerung geht voll auf das Konto der „billigen" Hausmarke, von der 1982 rund 2000 Stück abgeliefert wurden.

Gut in Fahrt befinden sich auch die beiden Branchenkleinsten: Die Sportwagenfirma De Tomaso Auto, die ihre 100 von 48 Belegschaftsmitgliedern in Handarbeit jährlich zusammengebauten Fahrzeuge ausschließlich im Ausland verkauft, sowie die 1967 aus dem Konkurs der alten *Lamborghini* hervorgegangene Nuova Lamborghini, die sich inzwischen in französischer Unternehmerhand befindet. Im Laufe des Jahres 1983 bringt das Unternehmen, das im vergangenen Jahr rund 100 Countach zum Preis von 200 000 DM pro Stück verkaufte, auch eine „Billigversion" heraus, den Jalpa, von dem zum Preis von 100 000 DM 240 Exemplare abgesetzt werden sollen.

Anders als Maserati, wo Alejandro De Tomaso bewußt die Konkurrenz von Porsche und BMW ins Visier genommen hat und mit preiswerten Sportwagen aus feinem Hause den exklusiven Markt passionierter Marken-Fahrer anzugehen entschlossen ist, hegt Ferrari in Maranello bei Modena dagegen vorerst keine Expansionspläne. Die Produktion liegt bei 2600 Stück im Jahr, der Umsatz erhöhte sich 1982 um rund 30 Prozent auf beinahe 150 Milliarden Lire. Rund 22 Prozent der Produktion wurden im vergangenen Jahr auf dem Binnenmarkt abgesetzt, 35 Prozent in den USA und der Rest in Westeuropa und in Mittelost.

RKW: Bei Beratung wird gespart

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„*Zur Zeit lautet das Hauptproblem der deutschen Industrie: Wie kann ich meine Kosten senken, um meine Anteile am internationalen Markt wenigstens zu halten?*", meint Erich Menzel, Vorstandsvorsitzender des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RKW), Eschborn. Seine These belegt er mit Zahlen: 53 Prozent der Investitionen deutscher Unternehmen seien 1982 in die Rationalisierung geflossen, 28 Prozent in Ersatz- und 19 Prozent in Erweiterungsvorhaben.

Besonders ausgeprägte Ansätze zur Kostensenkung sieht Menzel derzeit in den Verwaltungs- und Dienstleistungsbereichen. Schwerpunkte der Rationalisierung in der Industrie lägen künftig in der Büroautomatisierung in Verbindung mit neuen Kommunikationstechniken, im verstärkten Einsatz computergestützter Entwicklungs- und Fertigungsmethoden und in der Einführung von Industrierobotern und Automatenstraßen.

Die Sparbemühungen sind im vergangenen Jahr auch am RKW selbst nicht spurlos vorübergegangen. Die Zahl der Beratungen, zu 86 Prozent aus Staatsmitteln bezuschußt, ging um 3 Prozent auf 2900 zurück. Insbesondere die kleinen Unternehmen mit Umsätzen bis zu 2,5 Millionen Mark hielten sich zurück. Obwohl sie für ihre Betriebsberatungen (RKW-Durchschnittssatz: 640 DM pro Tag) 75 Prozent Zuschuß in Anspruch nehmen können, ging ihre Nachfrage um fast 11 Prozent zurück. Von der Geldnot der öffentlichen Hände dagegen blieb das RKW weitgehend verschont. Der Haushalt von 54 (56,6) Mill. DM wurde zu 53 (51) Prozent von Bundes- und Landesmitteln getragen.

FRANKREICH / Industrie-Aktivität stabilisiert

Die Arbeitslosigkeit sinkt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Im Unterschied zu den meisten anderen westlichen Industriestaaten ist die Arbeitslosigkeit in Frankreich während der letzten Monate nicht mehr gestiegen. Sie hat sich sogar etwas zurückgebildet, ohne allerdings die 2-Millionen-Schwelle zu unterschreiten.

Nach den jetzt bekanntgegebenen neuen Monatsziffern verminderte sich von Ende Januar auf Ende Februar die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Stellensuchenden auf 2 080 100 (2 130 000). Saisonbereinigt – und das ist aussagefähiger – blieb die Arbeitslosigkeit mit 2 020 100 (2 019 300) praktisch unverändert. Im Jahresvergleich nahm sie nur noch um 3,8 Prozent zu. Das im Vormonat um 9 Prozent gestiegene Stellenangebot schwächte sich auf 112 100 (115 400) ab. Per saldo hat sich damit die Lage am Arbeitsmarkt etwas verschlechtert. Auch kam es zu einem neuen Anstieg der Konkurse. Die jüngste konjunkturelle Unternehmerbefragung der Bank von Frankreich ist etwas günstiger ausgefallen als die von vor einem Monat. Die meisten Unternehmer haben angegeben, daß sie bis Mitte 1983 mit der Stabilisierung ihrer Erzeugung rechnen.

Wie es in dem Bericht der Notenbank heißt, hat sich die industrielle Aktivität nach einer rein technisch bedingten (Wiederaufstockung der Vorräte) Belebung zum Jahresbeginn auf dem Niveau der letzten Monate stabilisiert. Sie sei aber niedriger gewesen als im Februar 1982. Ihre Produktion gesteigert hat praktisch nur die Automobilindustrie. Durchweg erhalten wurde sie in der Investitionsgüter-, Konsumgüter- und Lebensmittelindustrie. Dagegen gab es Einschränkungen bei industriellen Zwischenprodukten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

DAB bleibt bei 3 DM

Dortmund (dpa/VWD) – Die Dortmunder Actien-Brauerei AG (DAB), Dortmund, wird voraussichtlich für das Geschäftsjahr 1982 wieder eine Dividende von 3 DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 32 Mill. DM zahlen. Einen entsprechenden Vorschlag hat jetzt der Vorstand der Brauerei dem Aufsichtsrat unterbreitet. Wie aus einem Zwischenbericht weiter hervorgeht, konnte mit einem Absatz von 2,792 Mill. hl Bier in 1982 wieder das Vorjahresergebnis erreicht werden. Gleichzeitig stieg der Umsatz um 3,3 Prozent auf 354 Mill. DM.

EVA: 10 DM Ausgleich

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die freien Aktionäre der Eisenbahn-Verkehrsmittel AG, Düsseldorf, erhalten für das Geschäftsjahr 1982 (30. 9.) wieder eine Ausgleichszahlung von 10 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM. Das teilte das Unternehmen im Anschluß an die Hauptversammlung mit. Eine Beschlußfassung über die Gewinnverwendung entfiel, nachdem aufgrund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags ein Gewinn von 1,31 Mill. DM an die EVA GmbH abgeführt worden war.

Concordia Chemie zufrieden

Oberhausen (dpa/VWD) – Die frühere Bergbaugesellschaft Concordia Chemie AG, Oberhausen, jetzt mehrheitlich im Besitz der Stollwerk AG, will den Aktionären aus dem Überschuß des Jahres 1982 von 1,7 (2,9) Mill. DM wieder eine Dividende von 5 DM je 100-DM-Aktie zahlen. Wie aus dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht des im Wohnungs-, Grundstücks-, Anlagen- und Fleischhandelsbereich tätigen Unternehmens weiter hervorgeht, hat sich der Gewinn vor EEV-Steuern aufgrund der rückläufigen außerordentlichen Erträge von 6,3 auf 5,5 Mill. DM reduziert. Die zufriedenstellende Geschäftsentwicklung dürfte sich 1983 fortsetzen und eine Dividendenausschüttung in bisheriger Höhe ermöglichen. Die Umsatzerlöse stiegen laut Geschäftsbericht auf 6 (4,7) Mill. DM.

Gallus schreibt schwarz

Viersen (dpa/VWD) – Die Gallus Herrenschuhfabrik H. Vogels GmbH & Co. KG, Viersen, konnte 1982 trotz erheblich verschlechterter Ertragslage noch schwarze Zahlen schreiben. Der Gesamtumsatz lag mit 55 Mill. DM rund 1 Prozent unter Vorjahr, teilte das Unternehmen mit. Umsatzverluste im Inland von gut 4 Prozent wurden durch eine günstige Entwicklung des Exports großenteils aufgefangen, der einen Umsatzanteil von knapp 15 Prozent hat. Die leicht auf 1,2 Mill. DM gestiegenen Investitionen wurden voll aus Eigenmitteln finanziert. Bei den Gallus-Schwesterfirmen in Österreich und Frankreich konnte sogar ein weiteres Wachstum realisiert werden, wodurch die Gallus-Unternehmensgruppe insgesamt wieder auf einen Umsatz von über 100 Mill. DM kam.

Zum Flughafen

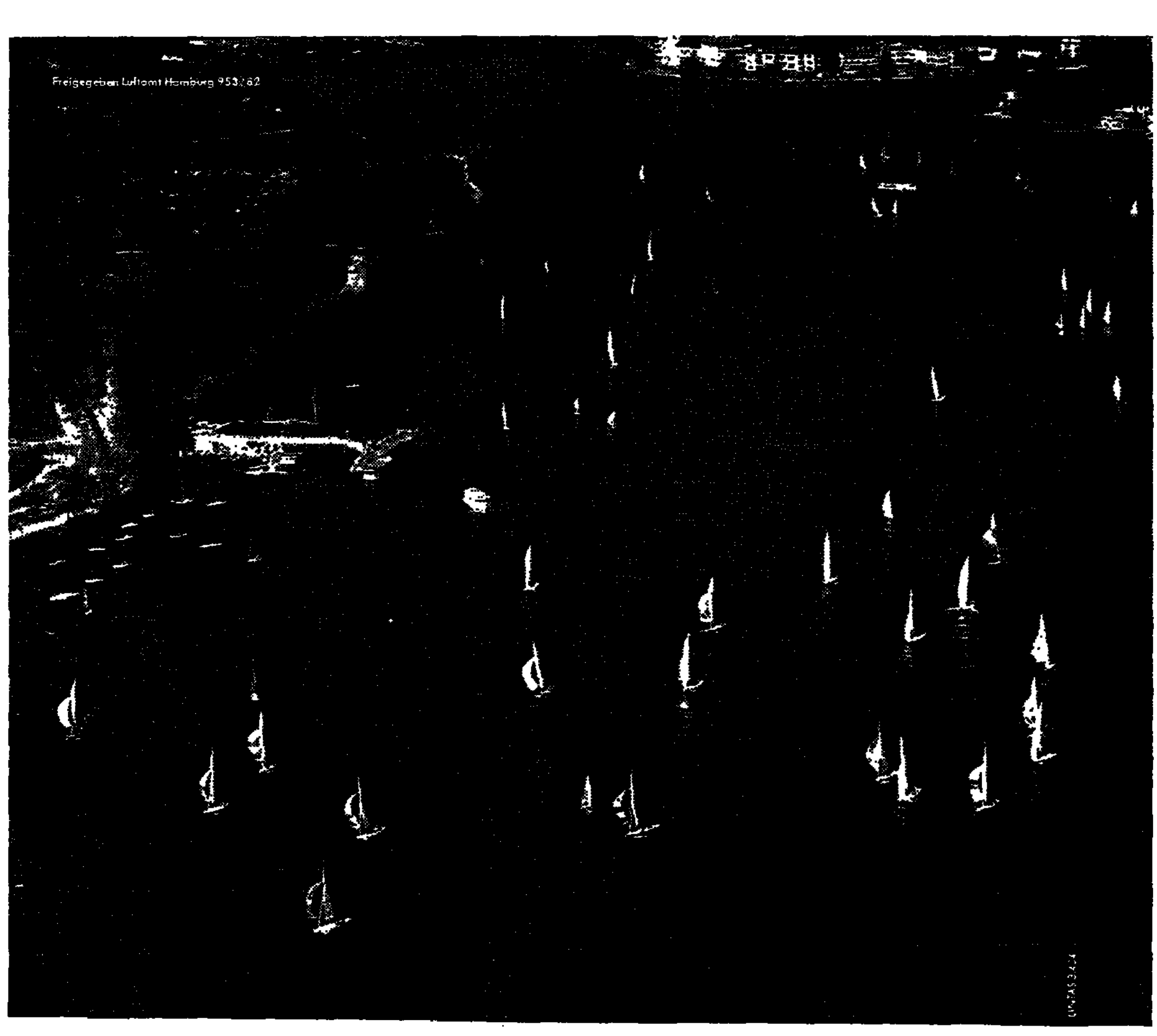
Köln (dpa/VWD) – Der Lufthansa Airport Express wird vom Beginn des Sommerfahrplans (27. März) an auch den Düsseldorfer Flughafen anfahren. Bislang endete er bereits am Düsseldorfer Hauptbahnhof. Das teilte die *Fluggesellschaft* in Köln mit. Ferner können Fluggäste aus Köln und Bonn, die einen internationalen Lufthansa-Flug ab Düsseldorf benutzen wollen, *ohne* Aufpreis mit dem Airport Express anreisen. Dasselbe gilt auch für Passagiere aus dem Raum Düsseldorf, die internationale Flüge der Lufthansa oder ihrer Poolpartner ab Köln/Bonn gebucht haben.

Im Verbund bessere Chancen am Markt

cd. Frankfurt

Die Deutsch-Skandinavische Bank in Frankfurt, Tochter der Skandinaviska Enskilda Banken, Stockholm, berichtet über eine Verbesserung des Ertrags, der ganz überwiegend für Vorsorgemaßnahmen verwendet wird, sowie über eine strukturelle Geschäftsverbesserung. Die Bank, mit einer Tochter in Luxemburg und einer Filiale seit 1982 in Hamburg vertreten sowie neuen Aktivitäten im Leasinggeschäft, hat zwar ihre Bilanzsumme um elf Prozent auf 1,9 Mrd. DM zurückgehen lassen, aber die Kundenkredite um zwei Prozent auf 1,13 Mrd. und die Kundeneinlagen um 42 Prozent auf 248 Mill. DM (alles einschließlich Luxemburg) gesteigert.

Die auf das Skandiviengeschäft spezialisierte Bank ist nach dem Ausscheiden der Bayerischen Landesbank als Aktionär jetzt mehr in den internationalen Verbund der Stockholmer Mutter eingegliedert, wovon sich der Vorstand zusätzliche Marktchancen, besonders auch im Dienstleistungsgeschäft, verspricht.



ÖSTERREICH / Industriebeteiligungen der Creditanstalt-Bankverein stagnierten

Mit Geschäftsentwicklung zufrieden

W. FREISLEBEN, Wien

Die größte und mehrheitlich im Staatseigentum stehende Bank Österreichs, Creditanstalt-Bankverein (CA), konnte im vergangenen Jahr eine Verbesserung im ordentlichen Betriebsergebnis um 30 Prozent erzielen. Allerdings wurde dies durch höhere Rücklagennotierung und verdoppelte Vorsorge für Kredit- und Länderrisiken so weit korrigiert, daß die Bank nur ein um zwei Prozent auf 60,3 Millionen Mark gestiegenes Ergebnis vor Steuern auswies, womit unverändert eine 10prozentige Dividende ausgeschüttet wird. Allein für Länderrisiken wurden mehr als 14 Millionen Mark zurückgestellt.

Die Bilanzsumme wuchs bei 6015 Mitarbeitern um 14 Prozent auf 39,6 Milliarden Mark, das Primärmittelaufkommen um 15,2 Prozent auf über 15 Milliarden Mark und die Spareinlagen allein (unter Marktanteilsgewinn) um 17,6 Prozent auf 4,8 Milliarden Mark. Das Kreditgeschäft litt unter der schwachen Nachfrage der Industrie, so daß sich das gesamte Finanzierungsvolumen nur um 10,1 Prozent auf knapp 23 Milliarden Mark erhöhte.

Besondere Bedeutung genießt bei der Creditanstalt nach wie vor das Auslandsgeschäft, dessen Anteil am Gesamtgeschäft von 42 auf 46 Prozent stieg. Nicht zuletzt deshalb und weil die Bank nach den Worten ihres Generaldirektors Hannes Androsch, des ehemaligen Vizekanzlers und Finanzministers der Republik, als „monetäre Visitenkarte Österreichs" auch „an den Maßstäben internationaler Commerzbanken" gemessen werde, wird derzeit schrittweise das Eigenkapital um insgesamt 600 Millionen Schilling (rund 85 Millionen Mark) durch Ausgabe junger Aktien aufgestockt. Noch im März eröffnet die CA neben der Filiale in London eine weitere in New York. Zur Unterstützung im internationalen Geschäft wurde jetzt ein Beirat aus 16 Persönlichkeiten installiert, dem auch Otto Wolff von Amerongen angehört. Im Inland rechnet Androsch mit einer leichten Rückbildung des Sparzinsniveaus, und als Folge guter Liquidität und anhaltend schwacher Nachfrage mit einer rascheren Rückbildung der Kreditzinsen.

So positiv die Geschäftsentwicklung bei der Creditanstalt war, so schwierig gestaltete sich das Jahr für den bankeigenen Industriekonzern, dessen Umsatz bei 8,25 Milliarden Mark stagnierte. Verluste gab es für den Fahrzeugkonzern Steyr infolge Auftragsmangels im Rüstungsbereich und eine ausgesetzte Abnahmeverpflichtung Nigeriens (infolge Devisenmangels) und Absatzschwierigkeiten im Zweiradsektor. Ebenfalls tief in der Verlustzone: der Gummikonzern Semperit sowie die Glasfabriken Stölzle-Oberglas. Die Unternehmen im Bau-, Maschinenbau- und Chemiebereich dagegen schlossen einigermaßen zufriedenstellend ab.

…COCK / Nach Ertragseinbruch Zuversicht durch Kapitalerhöhungsplan

…ächste Dividende noch nicht in Sicht

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
… 33 zumeist erfolgreichen … muß die Deutsche Babcock …erhausen, ihren etwa 20 000 …ären (darunter Iran mit … Prozent von 250 Mill. DM …kapital) für 1981/82 (30. 9.) …nur erstmals einen dividen…en Abschluß vorlegen. Nur … Auflösung von 389 Mill. DM …gen, gleichbedeutend mit … Halbierung des Eigenkapi…haffte diese Holding eines …ißten deutschen Maschinen…nlagenbaukonzerne noch ei…geglichene Rechnung. Trut…nlägt der Vorstand seinen …ären zur Hauptversamm…m 28. April zugleich die …ung eines genehmigten Ka…von 100 Mill. DM vor.

…e Ermächtigung soll, so kün…orstandsvorsitzender Hans …ldsen an, bis 1984/85 „durch …er mehrere Kapitalerhöhun…anz oder zum Teil ausge…werden. Und das soll zusam…it Rücklagenstärkung aus …ufenden Geschäft das dezi… Eigenkapital bis 1984/85 auf etwa 720 Mill. DM reich…doppeln. Da gleichzeitig bis …aus Vorrats- und Schulden… Abrechnung von Aufträgen …gen Fertigungszeiten) eine …zung der Bilanzsumme um … etwa 0,5 Mrd. DM zu er… sei, werde sich die zusam…schmolzene Eigenkapital… bis 1984/85 auf 21 Prozent …anzsumme verbessern.

…neue Zuversicht hat ihre gu…inde. Denn den „fürchterli…rtragseinbruch" (Ewaldsen) …kte der Babcock-Konzern … Verlusten aus drei Großauf… mit zusammen 1,4 Mrd. DM …swert, die bis 1984/85 abgerechnet werden und für die man mit nun 620 (210) Mill. DM in insgesamt 922 (520) Mill. DM Rückstellungen für Auftragsrisiken ausreichend vorgesorgt zu haben glaubt. Gegenüber dem aus diesen Quellen entstandenen Organschaftsverlust von 505 Mill. DM, den die Holding 1981/82 aus dem Töchterkreis übernehmen mußte, brachten die meisten der 45 Babcock-Produktionsgesellschaften einen Gewinn von etwa 120 Mill. DM.

Vom Ballast der Vergangenheitssünden befreit, soll sich diese Sonnenseite des Babcock-Konzerns auch dank weiterhin über dem Branchendurchschnitt liegender Geschäftsentwicklung bereits 1982/83 wieder in „deutlich schwarzem" Abschluß zeigen. Im Zielkonflikt zwischen Rücklagenstärkung aus dem Ertrag und dem Wunsch nach baldiger Kapitalerhöhung neigt der Vorstand aber offensichtlich dazu, die Rückkehr zur Dividende noch nicht für 1982/83 zu planen.

Das Desaster mit den drei Großaufträgen (je ein Kraftwerksprojekt in Kuwait und Saudi-Arabien, dazu ein libyscher Bauauftrag für Krankenhäuser und Sportstätten) steckt dem Vorstand noch zu tief in den Knochen, um schon wieder Dividendenflagge zu zeigen. Die vielen Gründe für dieses Debakel summiert Ewaldsen vernünftigerweise zu dem Eingeständnis gravierender Managementfehler im eigenen Hause: Man habe zwar in den letzten zehn Jahren mit erfolgreicher Abwicklung von gut einem halben Hundert Großaufträgen (jeweils über 100 Mill. DM und zumeist im Ausland) bewiesen, daß man längst auch dieses Geschäft verstehe. Aber bei diesen drei Projekten habe man eben die länderspezifischen Risiken der Auftragsentwicklung total verkehrt eingeschätzt.

Das Gegensteuern, das 1979 begann und mittlerweile auch bis in den Vorstand hinein zum Auswechseln aller für diese drei Sündenfälle verantwortlichen Manager führte, folgt zwei Grundlinien: Einerseits sorgfältigere Auftragsselektion und Terminplanung der Abwicklungszeiten. Andererseits forcierte Rationalisierung mit Mobilisierung eines „dreistelligen Millionenbetrages" an Kostensenkungspotential zumal im Gemeinkostenbereich.

„Zur eigenen Überraschung" habe man als Resultat dieser Politik strengerer Auftragsselektion mit stärkerer Betonung des „Kleingeschäfts" in den ersten fünf Monaten 1982/83 sogar einen weiteren Anstieg des Auftragseingangs um 14 Prozent (darunter plus 22 Prozent im Inland) erzielt gegenüber nur einprozentigem Plus beim Durchschnitt des deutschen Maschinenbaus, registriert Ewaldsen.

Gruppe Dt. Babcock	1981/82	± %
Umsatz (Mill. DM) [1]	6 344	+ 13,9
Auslandsanteil (%)	56	(60)
Gesamtleistung	7 633	+ 20,0
Auftragseingang	6 722	+ 3,0
Auftragsbestand	11 644	+ 2,9
Beschäftigte (30. 9.) [2]	33 986	+ 2,6
Investitionen	133	+ 17,7
Abschreibungen	88	+ 4,3
AEG-Ergebnis	– 389	(23)
Eigenkapital	350	– 55,7
in % v. Bilanzsumme	7,7	(16,3)

[1] mit 937 (545) Mill. DM Innenumsätzen. [2] davon 6515 (6601) bei Auslandstöchtern.

…LEASING / Höherer Forderungsausfall

…nziel klar verfehlt

D. SCHMIDT, Hannover
…urückhaltung privater und …licher Abnehmer bei der …ffung von Neufahrzeugen …ch in der Leasing-Branche …ne Spuren hinterlassen. Pe… …neider, Geschäftsführer der …hter VAG Leasing GmbH, …chweig, sieht den Grund für … den ursprünglichen Pla… abweichenden Ergebnisse …ur in dem erneut rezessiv …enen Autogeschäft. Auch …istete Gewährung der Inve…zulage habe sich negativ …irkt, weil bisherige Lea…nden in stärkerem Maße …bile kauften.

…angestrebte Ziel der VAG …, den Fahrzeugbestand …f über 100 000 Fahrzeuge …eiten, habe sich deshalb …ealisieren lassen. Statt der …en Steigerung um 10 Pro…urde nur ein Zuwachs um …ahrzeuge oder 3,6 Prozent …gesamt 92 600 Automobile … Dennoch, so Schneider, … die Position am Markt gut …tet werden. Mit einem Marktanteil von über 30 Prozent sei VAG Leasing unverändert Branchenführer.

Zufrieden zeigt sich Schneider mit der Umsatzentwicklung. Der Gesamtumsatz erreichte 874 (738) Mill. DM; das entspricht einem Plus von 18,4 Prozent. Die starke Steigerung sei „auch durch Preissteigerungen beeinflußt" worden. Vom Umsatz entfielen 280 (228) Mill. DM auf Erlöse aus dem Verkauf gebrauchter Fahrzeuge. Der Kundenstamm, dessen Struktur im wesentlichen unverändert blieb, erhöhte sich im Berichtsjahr um 3100 auf knapp 43 000 Leasing-Kunden. Der Anteil privater Leasing-Kunden ist mit 6100 (5700) immer noch sehr gering.

Die Ertragsentwicklung bezeichnet Schneider, ohne konkrete Zahlen zu nennen, als durchaus zufriedenstellend. Sorgen bereite allerdings die große Zahl von Firmenzusammenbrüchen. Dies habe bei VAG Leasing „zu einem erheblich höheren Forderungsausfall und Wertberichtigungsbedarf" geführt.

Länderbank-Ergebnis 1982 ausgeglichen

VWD, Frankfurt

Über eine kräftige Ertragsbesserung bei gleichzeitig verringertem Bilanzvolumen berichtet die Deutsche Länderbank AG, Frankfurt/Berlin, im Geschäftsbericht 1982. 1981 hatte die Dresdner Bank AG als alleiniger Aktionär den entstandenen Jahresfehlbetrag übernommen. 1982 konnte die Bank dagegen ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaften. Die noch zu Beginn des Berichtsjahres vorhandene Inkongruenz zwischen Aktivposten mit Festzinssatz einerseits und Refinanzierungsmitteln andererseits wurde schrittweise abgebaut. In diesem Zusammenhang ermäßigte sich die Bilanzsumme um 530 Mill. auf 3,31 Mrd. DM. Die Forderungen an Kreditinstitute gingen um 149 Mill. auf 2,19 Mrd. DM zurück.

Der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen wurde auf 266 (435) Mill. DM reduziert. Die Kredite an Kunden nahmen auf 1,09 (1,21) Mrd. DM ab. An den Gesamteinlagen von 2,98 Mrd. DM sind Bankeinlagen mit 89,9 (80,9) und Kundeneinlagen mit 10,1 (19,1) Prozent beteiligt. Der Zinsüberschuß belief sich unter Einbeziehung der Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen auf 17,7 (minus 36,1) Mill. DM. Die Zinsmarge hat sich im Jahresverlauf zunehmend gebessert.

…UNE HANNE / Besseres Neugeschäft

…m Zinstrend begünstigt

D. SCHMIDT, Hannover
… Braunschweig-Hannover…ypothekenbank AG hat 1982 …geschäft erneut ausweiten … Nach Angaben des Vor… wurden ingesamt Darlehen …9 (1,27) Mrd. DM zum Ab…gebracht. Davon entfielen …) Mill. DM auf Kommunal…) (567) Mill. DM auf Hypo…credite. Die im Vergleich …orjahr deutlich niedrigeren …ze begünstigten vor allem …erungen im gewerblichen …; dort stieg das Neuvolu…f 201 (110) Mill. DM. Dage…gen die Darlehen für Einfa…äuser weiter auf 57 (67) …M zurück.

…v entwickelte sich die Er…hnung. Zinsüberschuß …inmalerträge nahmen auf …4) Mill. DM zu. Diese Stei… bewirkte zugleich eine Ver…ng des Betriebsergebnisses auf 30,6 (20,3) Mill. DM, das entspricht einem Plus von 50,7 Prozent. Aus dem Jahresüberschuß von 12,6 (10,3) Mill. DM wird die Bank eine unveränderte Dividende von 18 Prozent zahlen. Darüber hinaus sollen die offenen Rücklagen zur Erweiterung des Umlaufspielraums mit 8 (6) Mill. DM dotiert werden (Hauptversammlung am 1. Juni).

Zur Einschätzung der Aussichten im laufenden Jahr verweist der Vorstand auf die weitere Konjunktur- und Zinsentwicklung. Die beiden ersten Monate seien maßgeblich von dem sinkenden Zinstrend begünstigt worden. So habe die Bank Kommunaldarlehen von 368 (50) Mill. DM und Hypothekendarlehen von 103 (52) Mill. DM abgeschlossen. Die Bilanzsumme, die Ende 1982 bei 7,95 Mrd. DM lag, hat mittlerweile die 8-Mrd.-Grenze deutlich überschritten.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergheim: Christa Pütz, Kerpen; **Bitburg:** Nachl. d. Ehefrau Theodor Hank, Maria, geb. Gorges; **Bonn:** Planografik GmbH i. L.; **Köln:** Konrad Heinz Bach, Handel- u. Bauservice; **München:** Nachl. d. Michael Konrad Vogenreiter; „COG" Gaststätten-Holding GmbH; SP Steck- und Pilsgaststätten GmbH; Nachl. d. Dr. med. Heinrich Schaffer; **Neu-Ulm:** Marmara Lebensmittel- u. Textil-Handels GmbH; **Ravensburg:** Günter Beck, Kaufmann; **Wuppertal:** RETAN Schalt- u. Steuergerätebau GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Hannover: Hans-Joachim Kremer, Kaufmann, Inh. d. „Assam"; **München:** José Lopez, Kaufmann, Alleininh. d. Kunstgewerbegeschäfte „Brigitta Bazar", Unterhaching u. Garching; **Ulm (Donau):** Gebr. Schmitt Elektrogerätebau GmbH & Co. KG, Erbach.

Vergleich beantragt: Burgwedel: Dreckspatz Container Service GmbH & Co. KG, Isernhagen 1; Container Service GmbH, Isernhagen 1.

…DWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE / Weiter hohe Investitionen

…gebnis wie in den besten Zeiten

JAN BRECH, Hamburg
…inem Ergebnis, das wieder … besseren Jahre anschließt, … Nordwestdeutsche Kraft… AG (NWK), Hamburg, das …sjahr 1981/82 (30. 9.) been… …wohl der Jahresüberschuß …h das von der Verwaltung …bene Nettoergebnis haben …äftig erhöht und erlauben es …zum ersten Mal seit mehre…ren wieder, neben unverän… …4 Prozent Dividende die …gen mit 25 Mill. DM zu do… Zusätzlich hat NWK alle …hkeiten von Sonderab…ungen genutzt.

…Gründe für die erhebliche …stärkung nennt Vorstands…er Hermann Kremer einmal …nstige Umsatzentwicklung. … von Preisanhebungen er… sich der Umsatz überpro…al zum Stromabsatz um 19 …t auf rund 2,6 Mrd. DM aus. …nderen profitierte NWK von … Erzeugungsstruktur mit den … Anteilen von Kernenergie …ohle.

… der Unternehmenspolitik …es, so betont Krämer, künf… Mittel- und Spitzenlast mit … zu decken und den Grund…eich der Kernenergie zuzu… Bis Ende dieses Jahres werde der Anteil von Kernenergie mit der Inbetriebnahme von Krümmel und der Wiederinbetriebnahme von Brunsbüttel (die gegenwärtige Umrüstung kostet rund 400 Mill. DM) auf die „stolze" Zahl von mehr als 50 Prozent kommen.

Das Endziel, die Grundlast von 60 Prozent durch Kernenergie abzudecken, hofft Krämer Ende 1986 zu erreichen. Dann soll Brokdorf ans Netz gehen. Dieses Kernkraftwerk an der Unterelbe ist zu einem Drittel fertiggestellt. Von den Gesamtkosten von rund 3,2 Mrd. DM sind etwa 850 Mill. DM verbaut.

Zur Absicherung der Importkohlebasis hat sich NWK im Rahmen des Veba-Konzerns an der US-Bergwerksgesellschaft Westmoreland für 30,4 Mill. DM beteiligt. Von der 15 Prozent betragenden Beteiligung der Vebagruppe hält NWK 37,5 Prozent.

Voraussetzung der auf langfristige Preisstabilität ausgerichteten Unternehmenspolitik seien hohe Investitionen, erklärt Krämer. Für die nächsten drei Jahre sind insgesamt 3 Mrd. DM vorgesehen, allein in diesem Jahr sollen 750 Mill. DM aufgewendet werden. Um diesen Finanzbedarf decken zu können, sei einmal der Erhalt einer gesunden Ertragsbasis notwendig, zum anderen eine Kapitalerhöhung erforderlich, die Krämer für 1985 anvisiert.

Zur Entwicklung in diesem Jahr betont Krämer, daß das Ergebnis auf dem hohen Niveau nicht gehalte werden dürfte. Dank der letzten Strompreisanhebung im November 1982 sei die Ertragslage zwar trotz 2,4 Prozent geringeren Stromabsatzes noch stabil, doch werde sich der Ausfall des Kernkraftwerks Brunsbüttel und die auflaufenden Betriebskosten und Abschreibungen auf das Werk Krümmel im Verlauf des Jahres negativ auswirken. Weitere Strompreisanpassungen für dieses Jahr plant NWK nicht.

NWK	1981/82	± %
Stromabg. (Mrd. kWh)	23,1	+ 3,4
Nettoerzeugung	20,6	+ 4,0
dav. Kernenergie (%)	45,5	(44,6)
Kohle	48,6	(49,0)
Gas	4,9	(4,0)
Öl	1,0	(2,4)
Umsatz (Mill. DM)	2557	+ 19,2
Jahresüberschuß	92	+ 37,2
Dividende %	14	(14)
Nettogewinn	141	+ 51,6
in % vom Ums.	5,5	(4,3)
Grundkapital	480	± 0

Haussezug wieder in Fahrt

Im Vordergrund standen Deutsche Bank, Siemens und Daimler

DW. – Auf dem Aktienmarkt war die Konsolidierungsphase nur von kurzer Dauer. Am Mittwoch nahm die Hausse mit teilweise zweistelligen Tagesgewinnen ihren Fortgang. Die Geschäftstätigkeit hat sich unter Teilnahme ausländischer Käufer, inländischer Institutionen sowie der privaten Bankenkundschaft deutlich belebt. Zum Teil ist dies auf die durch den jüngsten Bundesbankbericht verstärkten Konjunkturhoffnungen zurückzuführen, zum anderen dürfte aber auch die anhaltende Währungsspekulation eine Rolle spielen. Die besonders feste Tendenz der Aktien der Deutschen Bank, von Siemens und Daimler läßt auf ein wiedererwachtes Auslandsengagement schließen.

Der auf raschen Kursgewinn eingestellte Teil der Börsianer nimmt sich zunehmend der Optionsscheine an. Hier standen Deutsche-Bank-Optionen eindeutig im Vordergrund. Daß in der gegenwärtig sehr „heißen" Börsensituation auch Papiere mit zweifelhafter Ertragskraft ihre Liebhaber finden, beweist der Anstieg der Deutschen Babcock Stämme um 11 DM. Die Plazierung der RWE-Bezugsrechte bereitet keine Schwierigkeiten; am dritten Notierungstag mußte ihr Wert weiter heraufgesetzt werden.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt erhöhten sich um 6 DM auf 245 DM, Neckermann stiegen um 4 DM auf 50 DM und Stinnes schlossen mit einem Plus von 10 DM auf 510 DM ab. DAT verminderten sich um 5 DM auf 400 DM, Kromschröder gaben um 4 DM auf 196 DM nach und Agrippina Rück sanken um 5 DM auf 600 DM.

Frankfurt: Großbanken hatten überdurchschnittliche Gewinne in Erwartung der guten Abschlüsse, die Ende März veröffentlicht werden. Auch Restquoten konnten sich bei doppelter Plusankündigung bis zu 2 DM verbessern. Ansonsten blieben Hoesch bei Plusankündigung 44,90 DM plus 4,40 DM, Effektenbank 300 DM plus 10 DM, Braubank 360 DM plus 10 DM, Henninger 141 DM plus 9 DM, Pfälzische Hypothekenbank 545 DM minus 10 DM und Frankfurter Hypothekenbank 560 DM plus 8 PM.

Hamburg: VWK Vz. erhöhten sich um 4,10 DM auf 177 DM und HEW lagen um 2 DM auf 124 DM höher. Conti Gummi behaupteten sich und Phoenix Gummi legten 1,50 DM zu. Steingut waren um 4 DM fester. Vereins- und Westbank gingen mit 297 DM plus 1 DM und Hypothekenbank Hamburg mit 488 DM plus 8 DM aus dem Markt.

München: Agrob St. erhöhten sich um 2,30 DM auf 354 DM, Audi NSU stiegen um 20 DM auf 285 DM und Deckel AG befestigten sich um 4,50 DM auf 106,50 DM. Flachglas verminderten sich um 5 DM auf 285 DM und NAK Stoffe fielen um 1,50 DM auf 88 DM.

Berlin: DeTeWe konnten ein Plus von 14 DM und Siemens von 6 DM verzeichnen. Concordia Spinne und DUB-Schultheiss legten je 5 DM, Dt. Hypobank Berlin 4,50 DM und BHF-Bank 3,50 DM zu. Bekula lagen um 1,50 DM und Engelhardt um 1 DM freundlicher. Berthold büßten 5 DM und Rheinmetall 1,20 DM ein.

Nachbörse: freundlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 16. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅛–9⅜	5 –5¼	3¾–4
3 Monate	9⅛–9⅜	5 –5¼	3⅝–3⅞
6 Monate	9⅜–9½	5 –5¼	3⅝–3⅞
12 Monate	9½–9¾	5⅛–5⅜	3¾–4

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 16. 3.: Tagesgeld 5,85–6,00 Prozent; Monatsgeld 5,55–5,65 Prozent; Dreimonatsgeld 5,40–5,50 Prozent.

Privatdiskontsätze am 16. 3.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 16. 3.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 16. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 22,00 Verkauf 26,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 16. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1305,00	1587,65
10 US-Dollar (Indian)**)	918,00	1172,94
5 US-Dollar (Liberty)	393,00	540,14
1 £ Sovereign alt	231,00	283,63
1 £ Sovereign Elizabeth II	233,00	285,89
20 belgische Franken	176,00	232,78
10 Rubel Tscherwonez	244,00	303,97
2 südafrikanische Rand	229,00	281,37
Krüger Rand, neu	1025,00	1203,45
Maple Leaf	1023,00	1201,19
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	239,00	303,97
20 schweiz. Franken „Vreneli"	216,00	272,33
20 franz. Franken „Napoléon"	210,00	265,55
100 österr. Kronen (Neuprägung)	950,00	1141,30
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	238,43
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	129,95
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	438,00	534,49
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,00	137,88

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Die Wochenmitte war von einem ruhigen Geschäftsverlauf gekennzeichnet. Alle Problemregelungen lagen am 16. 3. weiterhin über den unteren Interventionspunkt, wenn auch teilweise Verluste hingenommen werden mußten. Der BFRS gab um 8,9 Pfg., der FF um 35,5 Pfg. und die DKR um 10,5 Pfg. auf 5,115, 35,025 und 27,755 nach. Der US-Dollar konnte sich nach schwächeren Kursen von 2,3820 DM am Vormittag über die amtliche Notierung von 2,3867 bis knapp 2,3900 befestigen. Die bevorstehende Zentralratsitzung beschäftigte den Handel und ließ kein Interesse an Neupositionen aufkommen. US-Dollar in: Amsterdam 2,6505; Brüssel 46,76; Paris 6,8250; Mailand 1419,55; Wien 16,7910; Zürich 2,0553. Pfund/Dollar 1,5071; Pfund/DM 3,597.

Devisenterminmarkt

In der Entwicklung der FF-Termine trat am 16. März eine gewisse Beruhigung ein. Die Abschläge wurden deutlich enger gehandelt, blieben jedoch immer noch extrem hoch.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,87/0,77	2,63/2,53	5,19/4,99
Pfund/Dollar	0,23/0,19	0,48/0,43	0,68/0,63
Pfund/DM	2,5/1,1	5,7/4,3	9,9/8,5
FF/DM	235/219	295/279	372/356

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8,50 (7,21)

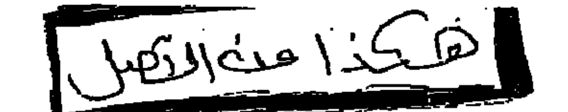
Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,99, 2 Jahre 5,70.

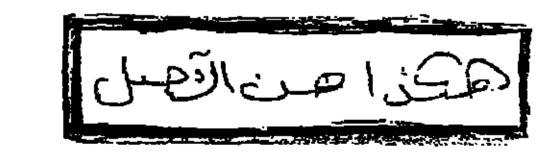
Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,80, Rendite 6,80.

Devisen und Sorten

Optionshandel

Frankfurt: 16. 3.: 539 Optionen, 49 050 (29 300) Aktie[illegible] Kaufoptionen: AEG 6-7,40, 3-6,00, 2-5, BASF 6-8,40, 3-[illegible] Bayer 6-8,20, BMW 6-28, Brewag 6-8,60, BBC 6-18, 3-12, [illegible] Conti 6-8,10, 3-5,80, Deutsche Babcock 6-17, Hoech[illegible] 6-7,90, 3-6,60, Hoesch 6-7, 3-4,50, 2-4, KHD 6-31, Kloeckn[illegible] 6-7, 3-6, 2-2,80, Linde 2-16, Lufthansa 6-10, 2-7, Lufthan[illegible] Vorzüge 3-6,00, Mannesmann 6-11, 3-7, 2-5, MAN 6-10, 2-11, Preussag 3-8, RWE 6-18,50, 2-11,50, Schering 6-31, Siemens 6-22,50, 3-15, Thyssen 6-8, 3-5, 2-4, Veba 6-1[illegible] 3-7, VW 6-18,40, 3-9,90, 2-8,40, Commerzbank 6-13, 3-[illegible] 2-5,70, Deutsche Bank 6-22, 3-17, 2-12,80, Dresdner Ba[illegible] 6-15, 3-12, 2-7,50, Chrysler 6-6,90, Xerox 3-8,60, Phil[illegible] 6-4,10, Royal Dutch 6-6, Elf Aquitaine 6-8,50, Norsk Hyd[illegible] 6-12,50, 3-3,20. Verkaufsoptionen: AEG 3-5, 6-6, BMW 6-[illegible] BBC 3-6, 3-11,40, 6-17,50, Conti 3-4, 6-5,80, Deutsche Ba[illegible] cock 2-6,30, 3-10, 6-14, Deutsche Babcock Vorzüge 3-7[illegible] 6-12,50, Hoesch 3-3, 3-2,40, 6-2,80, Kali + Salz 3-5,40, K[illegible] stadt 2-11,40, Kaufhof 3-9,90, 6-18,40, KHD 6-16, Kloeck[illegible] 2-3,80, 3-4,70, Linde 3-11, Lufthansa 6-7,50, Luftha[illegible] Vorzüge 3-5,50, Mannesmann 6-7,50, Metallgesellsch[illegible] 6-15,10, RWE 2-4,85, Rütgers 6-20, Siemens 3-8, 3-8,30, 6-[illegible] Thyssen 3-3,50, 6-4, Varta 3-7, VW 3-6,90, 6-10, Commer[illegible] bank 2-4, 3-5,80, Dresdner Bank 3-7,80, 6-9,80, Alcan 6-[illegible] Chrysler 3-3,10, IBM 3-11, 6-14,70, Philips 6-3,30, No[illegible] Hydro 3-4,50, 6-5,80.





Renten wenig verändert

Im Mittelpunkt der Rentenmarktdiskussionen stand die bevorstehende Zentralbankratsitzung. Wegen der ungeklärten Währungssituation wird es neuerdings für möglich gehalten, daß die Bundesbank die längst fällige Diskontsenkung noch einmal hinausschieben wird. Nachfrage nach öffentlichen Anleihen bestand für kürzere und mittlere Laufzeiten, hier lagen die Kurse etwas besser. Langläufer blieben unverändert. DM-Auslandsanleihen profitierten von Auslandskäufen. Die Pfandbriefkurse bewegten sich kaum.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Sonderinstitute

	16. 3.	15. 3.
5 DSLB Pf 35	87	87bG
6 dgl. Pf 37	85,5	85,5
7 dgl. Pf 65	95	95
8 dgl. Pf 118	97,5	97,5
5 dgl. KO 36	98	98
5½ dgl. KO 45	97,5	97,5
7 dgl. KO 58	104,5	104,5

	16. 3.	15. 3.
7½ D. GiroKO 101	102,25G	102,25G
10 dgl. KO 125	104,55G	104,35G
9 dgl. KO 179	107,75G	107,5G
9¾ dgl. KO 180	110,4G	109,8
9½ dgl. KO 181	110,25G	110,25G
9 dgl. IS/K	101,05G	101,05G
6 D.Hyp.Brem. Pf 118	85G	85G
7 dgl. Pf 123	98,95G	98,95G
6½ dgl. KO 125	97,15G	97,15G

	16. 3.	15. 3.
8¼ dgl. Pf 174	103,6	103,6
8½ dgl. Pf 175	104	104
9¼ dgl. Pf 178	105,8	105,8
6 dgl. KO 39	84	84
7¾ dgl. KO 170	101	101
9 dgl. KO 180	105	105
6½ Mtl.Hyp. Pf. 100	87,5bG	87,5bG
7½ dgl. Pf 111	98	98
7 dgl. KO 25	95	95

Bankschuldverschreib.

Industrieanleihen

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Anmerkungen: * Zinsen steuerfrei; Pf = Pfandbriefe; KO = Kommunalobligationen; KS = Kommunalschatzanweisungen; IS = Inhaberschuldverschreibungen; RS = Rentenschuldverschreibungen; S = Schuldverschreibungen; (Kurse ohne Gewähr)

Ausländische Aktien

		16. 3.	15. 3.
F	Kawasaki Steel	1,45bG	1,45T
M	Kloof Gold Min.	102,2	107,6
F	Komatsu	5,2	5,
D	KLM	145	147
F	Kubota	3,3T	3,3T
D	Lafarge	–	–
D	Litton Ind.	135	135
F	Lone Star	75T	75T
D	LTV	34,8	34,2
M	M.I.M. Hold.	17,7	17,8
F	Magneti Marelli	1,5	–
D	Marubeni	2,9G	2,9
F	Marudai Food	5,75G	5,75G

		16. 3.	15. 3.
F	US Steel	57	56
M	Vaal Reefs Expl.	230,5	243,5
F	Veitscher Magn.	–	–
D	Vaal-Stork	59	59G
D	Volvo A	127T	126T
D	dgl. Nam B	127bG	126G
F	Warner Commun.	71,5	70
F	Warner Lambert	73,5	77
F	Wells Fargo	67,6	66,5
M	Western Deep L.	121,5	130,2
M	Western Mining	9,05	8,95
F	West.-Utrecht H.	86,5	86
D	Xerox Corp.	95,5	96,5

Die Gesellschafterversammlung der Firma Kögel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Hamburg, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Hamburg unter der Nummer 66 HR B 6156 hat am 25. Oktober 1982 beschlossen, das Stammkapital der Gesellschaft von DM 200 000,– auf DM 50 000,– herabzusetzen.
Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei der Gesellschaft in Hamburg 28, Billhorner Kanalstraße 1, zu melden.

Hamburg, den 11. März 1983

Kögel & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung
gez. Kögel

FINANZANZEIGE

NWK

NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE AG

Wir laden hiermit die Aktionäre unserer Gesellschaft – Inhaber von Stamm- und Vorzugsaktien – zu der

am Mittwoch, dem 11. Mai 1983, 10.00 Uhr

im Congress Centrum Hamburg, Saal 2, Am Dammtor, 2000 Hamburg 36, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

ein.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1981/82 mit den Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 1981/82.
3. Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1981/82.
4. Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1981/82.
5. Beschlußfassung über Satzungsänderungen.
6. Neufestsetzung der Aufsichtsratsvergütung.
7. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
8. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1982/83 und das Rumpfgeschäftsjahr 1983.

Anträge und Wahlvorschläge von Aktionären
Der Vorstand wird etwaige Anträge und Wahlvorschläge von Aktionären gemäß §§ 125ff AktG nur mitteilen, wenn die Aktionärseigenschaft nachgewiesen wird.

Teilnahme an der Hauptversammlung
Zur Teilnahme an der ordentlichen Hauptversammlung sind diejenigen Aktionäre und zur Ausübung des Stimmrechts diejenigen Stammaktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am Donnerstag, dem 5. Mai 1983, bei unserer Gesellschaft in Hamburg oder bei einer der folgenden Banken an den dort genannten Plätzen während der üblichen Geschäftsstunden hinterlegen und dort bis zur Beendigung der ordentlichen Hauptversammlung belassen:

Hamburgische Landesbank – Girozentrale –, Hamburg
Deutsche Bank AG,
Hamburg, Bremen, Frankfurt/Main, Hannover
Dresdner Bank AG,
Hamburg, Frankfurt/Main, Hannover
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin
Berliner Bank AG, Berlin
Berliner Commerzbank AG, Berlin
Bremer Bank, Bremen, Niederlassung der Dresdner Bank AG
Bremer Landesbank, Bremen
Commerzbank AG,
Hamburg, Bremen, Frankfurt/Main, Hannover
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin
Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –, Frankfurt/Main
Conrad Hinrich Donner, Hamburg
Hessische Landesbank – Girozentrale –, Frankfurt/Main
Landesbank Schleswig-Holstein – Girozentrale –, Kiel
Maffei & Co. GmbH, München
Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Hannover
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co., Hamburg, Frankfurt/Main
Vereins- und Westbank AG, Hamburg
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg
Westdeutsche Landesbank Girozentrale, Düsseldorf
sowie
Schweizerischer Bankverein, Basel

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn die Stammaktien und Vorzugsaktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen deutschen Bank bis zur Beendigung der ordentlichen Hauptversammlung gesperrt werden. Die Hinterlegung kann auch bei jedem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank erfolgen. Die von einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank über die Hinterlegung ausgestellte Bescheinigung ist in Urschrift oder beglaubigter Abschrift spätestens am Freitag, dem 6. Mai 1983, unserer Gesellschaft einzureichen.

Hamburg, den 17. März 1983

Nordwestdeutsche Kraftwerke
Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Der ungekürzte Text der Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung erscheint im Bundesanzeiger Nr. 53 vom 17. März 1983.

Herausgeber: ...l Springer, Matthias Walden

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klára Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Warenpreise – Termine

Nach dem scharfen Anstieg am Vortag mußten sowohl Gold als auch Silber am Dienstag an der New Yorker Comex recht deutliche Einbußen hinnehmen. Auch bei Kupfer wurden durchweg rückläufige Notierungen registriert. Bei Kaffee ergaben sich ebenfalls durch die Bank Abschläge. Kakao konnte sich dem schwächeren Trend nicht entziehen.

Getreide und Getreideprodukte

	15. 3.	14. 3.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	320,75	319,50
Mai	331,00	330,50
Juli	341,50	340,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board of	15. 3.	14. 3.
St. Lawrence 1 CW	236,11	236,41
Amber Durum	208,65	215,56
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	117,00	115,90
Mai	119,20	119,60
Juli	122,00	122,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	103,20	103,30
Mai	99,70	100,20
Juli	97,70	98,20
Hafer Chicago (c/bush)	15. 3.	14. 3.
März	152,75	153,00
Mai	157,75	159,00
Juli	163,75	165,00
Mais Chicago (c/bush)		
März	279,00	277,75
Mai	287,00	287,25
Juli	293,75	292,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	15. 3.	14. 3.
März	101,60	101,50
Mai	101,60	101,50
Juli	101,30	107,20
Reis, roh New Orleans ($/cwt)	15. 3.	14. 3.
März	9,58	9,57
Mai	9,25	9,85
Juli	10,03	10,00
Sept.	9,99	9,91
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
März	17,60	17,90
Mai	18,33	18,32
Sept.	18,30	18,30

Genußmittel

	15. 3.	14. 3.
Kaffee		
New York (c/lb)	15. 3.	14. 3.
Terminkontr. März	122,60	123,80
Mai	121,55	123,50
Juli	120,70	122,20
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. März	1740	1788
Mai	1807	1839
Juli	1825	1870
Umsatz	3175	3170
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,58	6,83
Juli	6,81	7,08
Sept.	7,12	7,42
Okt.	7,38	7,62
Jan.	8,05	8,25
Umsatz	8950	9236
Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	15. 3. / 6,41	14. 3. / 6,20
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	15. 3.	14. 3.
Kontr. März	1715–1725	1715–1720
Mai	1747–1749	1755–1757
Juli	1627–1629	1633–1635
Umsatz	2579	3746
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt März	1295–1300	1304–1306
Mai	1315–1316	1317–1318
Juli	1328–1329	1329–1330
Umsatz	3159	1936
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Mai	115,00–115,10	116,95–117,00
Aug.	122,00–122,15	123,85–123,90
Okt.	128,05–128,15	129,75–129,95
Dez.	133,50–134,00	134,00–135,00
März	143,00–143,25	144,50–145,00
Mai	147,00–148,50	147,50–149,00
Umsatz	1835	2630

	15. 3.	14. 3.
Pfeffer		
Singapur (Straits-	15. 3.	14. 3.
Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	[illegible]	[illegible]
weißer Sarawak	[illegible]	[illegible]
weißer Muntok	[illegible]	[illegible]
Orangensaft		
New York (c/lb)	15. 3.	14. 3.
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Sept.	[illegible]	[illegible]
Nov.	[illegible]	[illegible]
Umsatz	[illegible]	[illegible]

Öle, Fette, Tierprodukte

	15. 3.	14. 3.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	15. 3.	14. 3.
Südstaaten fob Werk	[illegible]	[illegible]
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,00	22,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	16,91	[illegible]
Mai	17,18	17,35
Juli	17,55	17,75
Aug.	17,75	17,92
Sept.	17,85	18,10
Okt.	18,00	[illegible]
Dez.	18,22	18,47
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	17,75	17,75
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	16,50	16,63
Choise white hog 4% fr. F	16,05	16,00
Talg		
New York (c/lb)		
top white	15,50	[illegible]
fancy	15,00	[illegible]
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F	13,00	13,00
Schweine		
Chicago (c/lb)		
April	50,70	50,55
Juni	54,10	53,50
Juli	54,75	54,57
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
März	73,42	73,50
Mai	74,40	73,75
Juli	74,50	74,40

	15. 3.	14. 3.
Häute	15. 3.	14. 3.
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Sojabohnen		
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Sojaschrot		
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Leinsaat	15. 3.	14. 3.
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Kokosöl	15. 3.	14. 3.
New York (c/lb) Westküste fob Werk	[illegible]	[illegible]
Erdnußöl	16. 3.	15. 3.
Rotterdam ($/t)	[illegible]	[illegible]
Leinöl		
Rotterdam ($/t)	[illegible]	[illegible]
Palmöl		
Rotterdam ($/t) Sumatra cif	[illegible]	[illegible]
Sojaöl		
Rotterdam (hfl/100 kg) fob Mühle/Werk	[illegible]	[illegible]
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/t) Philippinen cif	[illegible]	[illegible]
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	347,00	351,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	15. 3.	14. 3.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	15. 3.	14. 3.
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Okt.	[illegible]	[illegible]
Dez.	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Kautschuk New York (c/lb)		
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Wolle	15. 3.	14. 3.
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Wolle	15. 3.	14. 3.
Mai	43,22	43,30
Juli	43,90	43,90
Okt.	44,30	44,50
Dez.	45,10	45,10
Umsatz	5000	2250
Wolle	15. 3.	14. 3.
März	[illegible]	550,5–552,0
Mai	[illegible]	565,0–570,0
Juli	[illegible]	588,0–589,5
Umsatz	[illegible]	198
Sisal London ($/t)	15. 3.	14. 3.
[illegible]	570,00	570,00
[illegible]	640,00	640,00
[illegible]	–	–
[illegible]	–	–
Seide	15. 3.	14. 3.
[illegible]	14 170	14 185
[illegible]	14 270	14 300
Kautschuk	15. 3.	14. 3.
[illegible]	75,00–77,00	74,50–77,00
April	74,40–75,50	73,00–73,90
Mai	75,30–75,70	73,60–74,20
Juli-Sept.	77,90–78,00	75,10–76,20

Kautschuk	15. 3.	14. 3.
[illegible]	243,00–244,00	[illegible]
April	[illegible]	249,50–249,50
Mai	[illegible]	[illegible]
Nr. 2 RSS April	[illegible]	[illegible]
Nr. 3 RSS April	237,50–238,50	234,50–235,50
Nr. 4 RSS April	230,00–231,00	227,00–228,00
Tendenz: sehr stetig		
Jute London (£/lgt)	15. 3.	14. 3.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; [illegible]

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	16. 3.	15. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	105,06–105,24	107,58–107,76
drittfolg. Monat	109,20–109,56	111,72–111,90
Zink: Basis London		
laufend. Monat	161,10–161,28	164,34–164,52
drittfolg. Monat	166,50–166,68	169,57–169,93
Produz.-Preis	–	178,56
Reinzinn 99,9%	3468–3502	3500–3534

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	16. 3.	15. 3.
Elektrolytkupfer		
für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	393,46–395,63	396,34–398,51
Blei in Kabeln	112,75–113,75	115,25–116,25
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorsehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen der höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	16. 3.	15. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	325–328	326–330
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	364–367	365–367
MS 63	365–367	366–372

Zinn-Preis Penang

	15. 3.	14. 3.
Straits Zinn ab Werk prompt (Rg. kg)	30,38	30,10

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	16. 3.	15. 3.
Leg. 225	297–298	297–298
Leg. 226	300	300
Leg. 231	338–343	338–343
Leg. 233	353–361	353–361

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	16. 3.	15. 3.
Platin (DM je g)	33,608	34,30
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 000	33 700
Rücknahmepr.	32 300	32 900
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 920	33 750
Rücknahmepr.	31 930	32 740
verarbeitet	34 550	35 420
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 630	33 470
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	844,90	874,00
Rücknahmepr.	815,30	843,40
Verarbeitet	882,40	912,70

Internationale Edelmetalle

	16. 3.	15. 3.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	424,00	436,50
15.00	419,00	434,50
Zürich mittags	421,25–422,25	434,75–435,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	94 000	95 950
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	718,15	743,30
3 Monate	736,10	761,90
6 Monate	754,45	780,75
12 Monate	789,10	816,60
Platin (£-Feinunze)		
London fr. Markt	274,70	274,70
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	66,15	66,15

New Yorker Preise	16. 3.	14. 3.
Gold H & H Ankauf	434,50	[illegible]
Silber H & H Ankauf	1128,00	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	408,00–411,30	400,00–411,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	101,00–103,00	99,00–101,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
März	1106,70	[illegible]
April	1109,00	1144,00
Mai	1120,00	1145,30
Juli	1138,00	1154,00
Sept.	1159,00	1171,70
Dez.	1181,00	1189,40
Jan.	1190,00	1215,00
Umsatz	28000	1224,50
		23000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	16. 3.	14. 3.
März	73,80	[illegible]
April	73,70	[illegible]
Mai	74,60	[illegible]
Juli	76,10	[illegible]
Sept.	77,40	[illegible]
Dez.	79,50	[illegible]
Jan.	79,65	[illegible]
Umsatz	7 000	11 000

Londoner Metallbörse

	16. 3.	15. 3.
Aluminium (£/t)		
Kasse	840,00–841,00	851,00–852,50
3 Monate	867,00–867,50	878,00–879,00
Blei (£/t) Kasse	291,50–292,00	297,00–298,00
3 Monate	303,00–304,00	308,00–308,50
Kupfer		
Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1051,0–1052,0	1059,0–1060,0
3 Monate	1083,5–1084,0	1092,5–1093,5
abends Kasse	–	1083,5–1084,5
3 Monate	–	1086,5–1087,0
(Kupfer Standard)		
Kasse	1033,0–1034,0	1045,5–1046,0
3 Monate	1064,0–1064,5	1076,5–1077,5
Zink (£/t) Kasse	447,00–447,50	454,00–455,00
3 Monate	462,00–462,50	470,00–470,50
Zinn (£/t) Kasse	9015–9017	[illegible]
3 Monate	9035–9037	[illegible]
Quecksilber ($/fl.)	–	325–340
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	[illegible]

Hans Teupel

15. Juni 1901 7. März 1983

Wir haben im Familienkreis Abschied genommen von unserem guten Vater, meinem fürsorglichen und liebevollen Opa, meinem Schwiegervater, Bruder und Schwager

Dr. Elisabeth Teupel
Günter und Monika Renner geb. Teupel
Barbara
Kurt und Lore Teupel geb. Steneberg

Fährhausstraße 28
2 Hamburg 76

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Am 11. März 1983 verstarb im Alter von 74 Jahren Herr

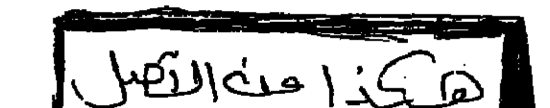
Dr. Wolfgang Krüger-Spitta

Präsident des Rechnungshofs der Freien und Hansestadt Hamburg von 1970–1976

Die Freie und Hansestadt Hamburg verliert mit dem Verstorbenen eine Persönlichkeit, die sich für die Belange dieser Stadt in vorbildlicher Weise eingesetzt hat. Während seiner langjährigen Tätigkeit in verschiedenen Bereichen der hamburgischen Verwaltung und zuletzt als Präsident des Rechnungshofes hat er sich durch seine dynamische und schöpferische Art sowie durch seine großen Sachkenntnisse wesentliche Verdienste um Hamburg erworben.

Senat und Bürgerschaft werden Herrn Dr. Krüger-Spitta ein ehrendes Gedenken bewahren.

Der Präsident der Bürgerschaft Peter Schulz — **Der Präsident des Senats** Dr. Klaus von Dohnanyi



Auto-Leasing

sind die Flüche nicht vergen, die die Auto-Leaser stießen, da scheint dieser rungsmethode schon wie-Sonne. Mag einer symbohalten für die ganze Brango Wieske, Geschäftsfüh-HS Leasing- und Handelsaft Schwaben mbH, Stutteinem Gespräch mit der ann er froh verkünden: Im 1983 hat die Zahl der Leaverträge gegenüber Janum 50 Prozent zugenomrgleicht man den Januar dem von 1981, so betrug achs immerhin noch zehn

schen lag das Tal der Trä-. Im Januar vorigen Jahres Auftragseingang gegenuar 1981 um 35 Prozent egangen. Die Zeit der zwei-Zuwachsraten war vortzt scheint sie wieder ausen zu sein.

las gilt nicht nur für die ngarage, der größte Ford-Das gilt für die ganze – mit den üblichen Unter-. Da ist bei Ford zum Bei-. Sierra. Da sind lebhafte ten der Handelsbetriebe, r und mehr auch den Pri- überzeugen, daß Leasing nen läßt.

bei der Privatkundschaft worden, daß man sein al- im Wert von vielleicht rk besser verkauft, bevor mehr an Wert verliert und eparaturkosten fährt. Man e 5000 Mark an auf den Vertrag und fährt auf

ertragsform halten die Auinzwischen für den Privatreit: kleine Anzahlung, hön, höhere Mietsonderzahdafür kleinere Leasing-

ndividualismus hat sich etzt – bis hin zur Überer geleasten Wagen durch er nach Ablauf der Lea-: (wie es jetzt auch V.A.G. und wie es andere vorher on praktizierten. Doch in wiegenden Zahl der Fälle lie Wagen nach Ablauf der Leasing-Fristen gegen einen neuen zurückgegeben – auch von den Privaten.

Unverändert führt das reine Finanzierungsleasing beim Privatkunden. Hier würde das Leasen eines ganzen Service-Paketes die Kosten so treiben, daß das Leasing für Private ohne Reiz wäre. Anders natürlich beim Leasen von Fahrzeugparks. Hier setzt sich das Angebot von Full-Service immer mehr durch. Steuern, Versicherung, Inspektionen, Reifenwechsel, alles liegt in der Leasing-Rate – und alle zwei bis drei Jahre steht eine neue Flotte vor der Tür.

Nach wie vor dominiert das Produzentenleasing mit über 70 Prozent des Pkw-Leasing-Bestandes von heute schätzungsweise 330 000 Stück. Der Anteil der Privaten daran hat sich auf schätzungsweise rund zehn Prozent gemausert. Zu den Produzenten darf man nicht nur die Leasing-Unternehmen der Fabrikate (Marken) zählen, sondern auch deren Banken-Töchter.

Wie sehr das Auto-Leasing Laufen lernte, geht aus den Zulassungszahlen hervor. 1979 wurden 80 000 Neuzulassungen an Pkw geleast, 1980 waren es schon 100 000 und 1982 gar 150 000 Fahrzeuge. Welche Chancen dem Auto-Leasing theoretisch noch winken, zeigt die Relation des Leasing-Bestandes zu den am 1. Januar 1983 insgesamt zugelassenen Pkw: Es waren 24,036 Millionen.

Interessant ist, daß sich die Fahrleistung der geleasten Pkw erhöht hat. Sie ist inzwischen bei gewerblich genutzten Automobilen bei rund 36 000 Kilometer im Jahr angekommen. Auch die Vertragslaufzeiten haben sich verlängert auf 24 bis 36 Monate.

Die leichten Silberstreifen am Horizont der Wirtschaft lassen auch die Auto-Leaser auf Aufwind hoffen. Dazu trägt natürlich der Rückgang der Zinsen kräftig bei. Aber nicht unterschätzt werden sollte das Investitionsprogramm, das sie Scheiche der Weltwirtschaft mit fallenden Ölpreisen beschert haben. Von hier erwarten die Leaser nachhaltige Impulse für ihr Geschäft.

HANS BAUMANN

GÜTERKRAFTVERKEHRSGESETZ / Nachteile für Lastkraftwagen und Zugmaschinen

Wie die Verhältnisse einen Paragraphen überrollt haben

K.-P. O. **Hamburg**

Angesichts der vielen Vorteile, die das Autoleasing vor allem im gewerblichen Bereich bietet, muß es geradezu unvernünftig und volkswirtschaftlich wenig sinnvoll erscheinen, einzelne Wirtschaftszweige hiervon auszuschließen.

Paragraph 12 des Güterkraftverkehrsgesetzes vom 17. Oktober 1952 nennt nämlich als Voraussetzung für den Einsatz eines Kraftfahrzeuges im Güterfernverkehr: „Das Kraftfahrzeug muß auf den Namen des Unternehmers zugelassen sein und ihm gehören oder von ihm auf Abzahlung gekauft sein."

Das bedeutet, daß im Wege des Leasing genutzte Fahrzeuge nicht im Güterfernverkehr eingesetzt werden dürfen. Auch der Werksverkehr unterliegt nach Paragraph 48 des Güterkraftverkehrsgesetzes bei Fahrzeugen mit einer zulässigen Nutzlast von vier Tonnen und mehr einer solchen Beschränkung.

Auf den deutschen Straßen sind zur Zeit nahezu 1,5 Millionen Lastkraftwagen und Zugmaschinen vorhanden, von denen ein großer Teil im Fernverkehr beziehungsweise im Werkverkehr eingesetzt wird. Die dahinter stehenden Unternehmen können die Vorteile, die die Beschaffung und der Einsatz von Kraftfahrzeugen im Wege des Leasing bietet, nicht nutzen. Der Nachteil, der der Bundesrepublik hier im internationalen Wettbewerb im Speditionsgewerbe entsteht, läßt sich schwer abschätzen. Tatsache ist jedoch, daß von den europäischen Nachbarländern nur Belgien und Italien vergleichbare Beschränkungen kennen. Auch in den Vereinigten Staaten wäre es undenkbar, einzelne Wirtschaftsbereiche solchermaßen zu diskriminieren.

Sicher muß man berücksichtigen, daß die deutsche Gesetzgebung im Jahre 1952 beim Erlaß des Güterkraftverkehrsgesetzes marktordnungspolitische Zielsetzungen verfolgte, die aus damaliger Sicht sicher berechtigt waren. Auch war das Leasinginstrument zu dieser Zeit in Deutschland noch völlig unbekannt: Erst in den 70er Jahren konnte sich die Leasingbranche in Deutschland wirklich etablieren. Wenn heute in vielen anderen Bereichen der Gesetzgebung festzustellen ist, daß unter Berücksichtigung sich ständig wandelnder Verhältnisse auch die Gesetze weiterentwickelt und neuen Situationen angepaßt werden, so stellt sich die Frage, warum nicht auch im Bereich des Güterkraftverkehrs die bestehenden Gesetze zum Vorteil der Volkswirtschaft geändert werden.

Die deutsche Leasingbranche fordert seit Jahren von der Bundesregierung eine Gesetzesänderung im Güterkraftverkehrsbereich, damit nicht nur die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Speditionsunternehmen gestärkt wird, sondern darüber hinaus auch die Benachteiligung des Leasing gegenüber zum Beispiel der Teilzahlungsfinanzierung in diesem Bereich beseitigt wird. Namhafte Verfassungsrechtler sehen in dieser Benachteiligung sogar einen Verstoß gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Die vom Bundesverband der deutschen Leasinggesellschaften ergriffenen Initiativen in Richtung auf eine Gesetzesänderung waren bisher ebenso erfolglos wie das Bemühen, die Diskriminierung des Leasing bei der staatlichen regionalen Wirtschaftsförderung zu beseitigen. Noch immer muß ein Unternehmer, der in einem förderungswürdigen Gebiet ansässig ist und bestimmte Zuschüsse aus Bundesmitteln für Investitionen in Anspruch nehmen möchte, auf den gleichzeitigen Einsatz von Leasing zu Lasten seiner Wettbewerbsfähigkeit verzichten. Lediglich das Bundesland Bayern zeigt hier eine positive Einstellung und läßt Leasing auch bei der Inanspruchnahme von Landesmitteln zu.

Sicher sieht sich der moderne Staat von vielen Seiten Forderungen ausgesetzt; es gibt unzählige Interessengruppen, die ihre Forderungen mehr oder weniger stark artikulieren können. Der Gesetzgeber muß dann immer wieder abwägen, welcher Nutzen beziehungsweise welcher Schaden entsteht, wenn ein bestehendes Gesetz geändert oder ein neues Gesetz geschaffen wird. Die Forderung nach einer leasingfreundlichen Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes ist offenbar in der Vergangenheit nicht laut genug erhoben worden, denn es wäre volkswirtschaftlich sinnvoll, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Spediteure zu unterstützen. Eine Regierung, die sich die Mittelstandsförderung zum Ziel gesetzt hat, sollte die Ernsthaftigkeit ihrer Bemühungen auch in diesem Bereich unter Beweis stellen.

Die Entwicklung des Kraftfahrzeugleasing in den europäischen Nachbarländern und in den USA zeigt, daß insbesondere im Bereich des Transportwesens in der Bundesrepublik ein erheblicher Bedarf an solchen Finanzierungsmöglichkeiten besteht, die ohne Kapitaleinsatz eine liquiditätsschonende und dennoch kostengünstig realisierbare Investition ermöglichen. Es liegt somit allein in den Händen des Gesetzgebers, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der vorhandene Bedarf gedeckt werden kann.

Sieht man einmal von den Vorteilen ab, die der Volkswirtschaft der Bundesrepublik durch eine entsprechende Gesetzesinitiative entstehen würden, so würde man hierdurch auch in den Harmonisierungsbemühungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft einen Schritt weiterkommen. Von einem vereinigten Europa ist man jedoch heute noch so weit entfernt, daß der Anstoß für solche Gesetzesänderungen sicher nicht von außen kommen würde. Die Leasingbranche will auch weiterhin auf diesem Gebiet initiativ sein.

Hochkonjunktur für Autos aus zweiter Hand

Ein interessantes Segment sind Leasing-Fahrzeuge, die in zunehmendem Umfang auf den Gebrauchtwagenmarkt zurückfließen. 1982 waren es erstmals mehr als 100 000 Pkw und Kombi aus ausgelaufenen Leasing-Verträgen.

Diese überwiegend jungen Autos – die Verträge haben Laufzeiten zwischen zwei und vier Jahren – werden, nach Ermittlungen der DAT, zu besonders günstigen Preisen angeboten. Grund: die überdurchschnittlichen Laufleistungen der zu 90 Prozent bisher gewerblich genutzten Leasing-Autos und gewisse Vorbehalte der Gebrauchtwagenkäufer. Diese sind jedoch nicht angebracht. Franz Burkart, Kfz-Sachverständiger in Freiburg mit langjähriger Erfahrung in der Bewertung von Leasing-Autos: „Der technische Zustand unterscheidet sich im Regelfall nicht von vergleichbaren Fahrzeugen aus dem Angebot des Handels. Die Autos werden, der Laufleistung entsprechend, sogar häufiger gewartet als Privatwagen."

Auch beim Kauf von Leasing-Fahrzeugen ist es in jedem Fall empfehlenswert, die Garantieleistungen des Handels in Anspruch zu nehmen, besonders bei Autos mit hoher Laufleistung.

Der Automobilmarkt zeigte 1982 zwei Gesichter: Bei den Neuzulassungen gab es lange Gesichter bei Industrie und Handel: 7,5 Prozent weniger (in Stückzahlen 174 798) neue Pkw und Kombi als 1981 (2,155 zu 2,33 Millionen). Der Gebrauchtwagenhandel zeigte dagegen gute Miene: Die Besitzumschreibungen (die allerdings gut zur Hälfte zwischen Privatleuten abgewickelt werden) stiegen um 5,5 Prozent (in Stückzahlen 270 169) auf das neue Rekordvolumen von 5,153 Millionen Pkw und Kombi. Per Saldo wurden 1982 also 8 Neu- und Gebrauchtwagenkäufe addiert – 95 371 Fahrzeuge mehr verkauft als im Jahr zuvor. Dies ist ein Beweis dafür, daß der Automobilmarkt insgesamt gesehen ein Wachstumsmarkt bleibt.

Aus dieser Marktsituation lassen sich zwei Schlüsse ziehen:

1. Die Absatzschwäche bei Neuwagen wird durch die überdurchschnittliche Nachfrage bei Gebrauchtwagen mehr als ausgeglichen.

2. Gebrauchtwagen sind für Autokäufer heute eine echte Alternative zu Neuwagen.

Dies läßt sich sogar in Zahlen ausdrücken. Nach einer Untersuchung der Deutschen Automobil Treuhand GmbH (DAT) „wanderten" 1982 nicht weniger als 189 000 Käufer vom Neu- zum Gebrauchtwagenkauf und änderten damit ihr bisheriges Kaufverhalten. In den vergangenen Jahren war dies genau umgekehrt: Der Neuwagenmarkt profitierte vom „Aufsteigeverhalten" der Gebrauchtwagenkäufer.

Die DAT-Marktforschung zeigt auch die Gründe für diese „Entscheidungs-Verschiebungen" von Neu- zu Gebrauchtwagen auf:

- Das „Image" des Gebrauchtwagens hat sich gewandelt. Wagen aus zweiter (oder dritter) Hand gelten durchaus nicht mehr als Wagen zweiter Wahl.
- Bei insgesamt sinkendem Realeinkommen bietet der Gebrauchtwagenmarkt vielen Käufern die Möglichkeit, beim notwendigen Wagenwechsel nicht „absteigen" zu müssen, sondern sogar „mehr Auto" erwerben zu können.
- Die Qualität der Gebrauchtwagen ist insgesamt gestiegen. Dies gilt besonders für Fahrzeuge vom Neuwagenhandel, deren Käufer in der Regel durch umfangreiche Garantieleistungen zusätzlich abgesichert sind.
- Immer mehr Autofahrer versuchen, die relativ hohen Wertverluste in den ersten zwei Jahren durch den Kauf relativ junger Gebrauchtwagen zu vermeiden.
- Die überdurchschnittlichen Wertverluste – sprich günstigen Preise – für Mittelklasseautos ab 1,5 Liter Hubraum in den vergangenen drei Jahren erleichterten Käufern die Entscheidung zu mehr Leistung, Raumangebot und Komfort bei allerdings höheren Betriebskosten.

Zu diesen überwiegend wirtschaftlich geprägten Kaufmotiven kommen auch soziologische Veränderungen: Dies sind besonders die Führerschein-Neulinge der geburtenstarken Jahrgänge 1964 bis 1968 – jeweils mehr als 850 000 potentielle Käufer, die sich zunächst überwiegend auf dem Gebrauchtwagenmarkt umsehen, und es ist der nach wie vor wachsende Zweitwagenmarkt. Beide Käufergruppen zusammen haben bereits 1982 dafür gesorgt, daß der Markt in der Hubraumklasse bis 1,2 Liter und der Preisklasse bis 5000 Mark eng wurde: Das Angebot konnte die Nachfrage nicht mehr voll erfüllen.

Dennoch: Der Gebrauchtwagenmarkt wird auch 1983 florieren. Gesucht sind nicht nur preiswerte „Einsteiger-Autos", sondern auch jüngere Mittelklasse-Fahrzeuge. Hier wird Qualität gesucht und auch bezahlt. Der Anstieg des durchschnittlichen Gebrauchtwagen-Kaufpreises auf 7200 Mark im Jahr 1982 (1981: 6800 Mark) ist wesentlich darauf zurückzuführen. Für das Frühjahrsgeschäft 1983 werden erstmals auch große Stückzahlen von Kompaktautos der Jahrgänge 1979 und 1980 im Gebrauchtwagenmarkt erscheinen. Die Verkäufer dieser Autos können sich freuen, denn die Wertverluste ihrer Autos halten sich in erfreulichen Grenzen.

Das gute Gebrauchtwagengeschäft läßt jedoch auch, so paradox dies klingen mag, den Neuwagenhandel wieder hoffen. Denn der Gebrauchtwagenmarkt schöpfte – mit einer Phasenverzögerung von zwei bis vier Jahren – aus dem Neuwagenverkauf. Und: Gebrauchtwagen sind zwar eine gute Alternative zu Neuwagen, aber sie werden im Durchschnitt nur halb so lang gefahren, sind also keine Dauerlösung.

FRANZ KLAUS

EMLÖSUNGEN FÜR DEN FUHRPARK / Die Dienstleistungsangebote im gewerblichen Auto-Leasing

Miete wird zum festen Bestandteil der Kostenkalkulation

U. S. **Braunschweig**

ernehmerische Entscheizelne Fahrzeuge oder den ihrpark zu leasen statt zu it zunächst den wesentliil, daß Mittel freigesetzt andere, betrieblich not-Investitionen genutzt önnen. Die Leasingraten ie Vertragsdauer monatbleibend und bilden ei Bestandteil der Kostenn. Damit ist eine erheblierung des administratiandes verbunden. Soll waltungsarbeit weiter werden, kann der Leaer bei Abschluß seines rtrages auf zusätzliche tungspakete zurückgrei-

Unternehmer kennt den r bei einem Verkehrsunn zukommt. Er muß mit rechnungen in Kosteneten und sich mit dem verursacher und dessen ung auseinandersetzen. andere Aufgaben wernanspruchnahme der an- Dienstleistungen auf nggeber übertragen.

Wie solche Dienstleistungspakete aussehen, soll hier am Beispiel des V·A·G-Leasingangebots gezeigt werden. Die Volkswagen-Tochter aus Braunschweig bietet drei Varianten an:

1. Die Übernahme der Kosten für Wartung und Verschleißreparaturen. Wesentlicher Vorteil ist, daß der Kunde seine Fahrzeuge an jeder der rund 3400 V·A·G-Vertragswerkstätten warten lassen kann. Der nächstgelegene Betrieb dieser flächendeckenden Organisation liegt „nur um die Ecke". Die Leasingraten für Wartung und Verschleißreparaturen bleiben für die gesamte Vertragsdauer konstant, ohne Rücksicht auf die tatsächliche Kostenentwicklung. Zusätzlich erhält er einen Ausweis für den V·A·G-Leasing Europa-Service, gegen dessen Vorlage die vereinbarten Leistungen in 14 weiteren europäischen Ländern bargeldlos in Anspruch genommen werden kann.

2. Die Übernahme der Kosten für Kfz-Steuer, Kfz-Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von zwei Millionen Mark pauschal, Kfz-Vollkaskoversicherung mit 650 Mark Selbstbeteiligung, wobei abweichende Deckungssummen und Selbstbeteiligungen möglich sind. Außerdem ist in diesem Angebot die Fahrzeugschaden-Abwicklung enthalten; Verauslagung unfallbedingter Reparaturkosten am Leasing-Fahrzeug, die von der V·A·G-Leasing GmbH – unabhängig von der Verschuldungsfrage – bezahlt werden.

Bei diesem Dienstleistungsangebot hat sich die V·A·G-Leasing an den Erfordernissen des Marktes orientiert und bietet heute dem Kunden bereits eine individuelle Ein- und Weiterstufung in der Kfz-Haftpflicht- und -Vollkaskoversicherung an.

3. Die Übernahme der Kosten für Reifenersatz einschließlich Montage und Auswuchten. Gegen Vorlage der Gutscheine werden die Reifen von den V·A·G-Partnern kostenlos ersetzt.

Insbesondere durch diese Dienstleistungen neben dem eigentlichen Fahrzeug-Leasing erhält der gewerbliche Kunde einen auf seine Bedürfnisse zugeschnittenen „Kompaktvertrag" und damit mehr als nur eine Finanzierungsalternative.

In der Bundesrepublik Deutschland sind heute insgesamt rund 280 000 Fahrzeuge geleast. Als Branchenführer kann die V·A·G-Leasing GmbH einen Marktanteil von über 30 Prozent vorzeigen. Besonders die neuen Nutzfahrzeuge aus dem LT-Programm versprechen eine Erweiterung des Marktpotentials, denn das Verhältnis zwischen geleasten Personenwagen und Nutzfahrzeugen beträgt heute noch etwa 70 zu 30 Prozent.

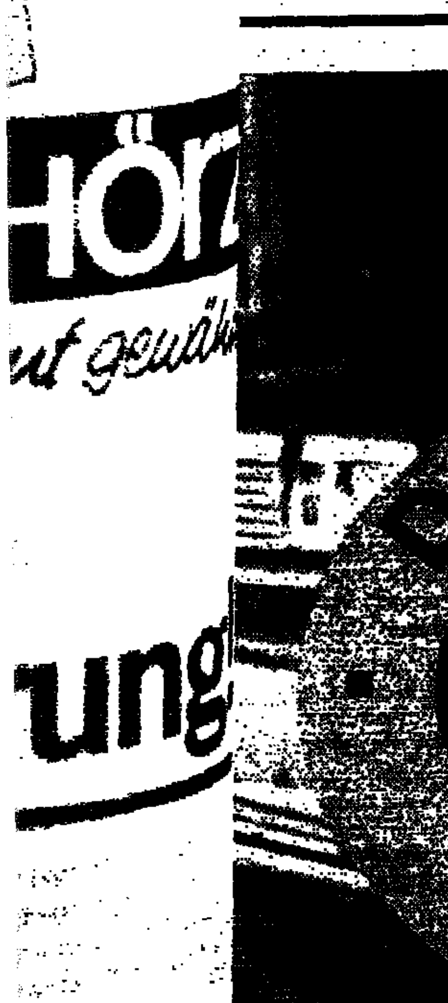
Eine stärkere Durchdringung des Marktes setzt ein zeitgerechtes Angebot, individuelle Leasing-Vertragsarten und marktgerechte Dienstleistungsangebote voraus. „Die Entlastung des Unternehmers von den umfangreichen Fuhrparkproblemen und die erreichte Kostentransparenz durch die heute von den Leasinggebern angebotenen kompletten Betriebskostenabrechnungen und -analysen sind ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung", meint die V·A·G zu ihren Serviceangeboten.

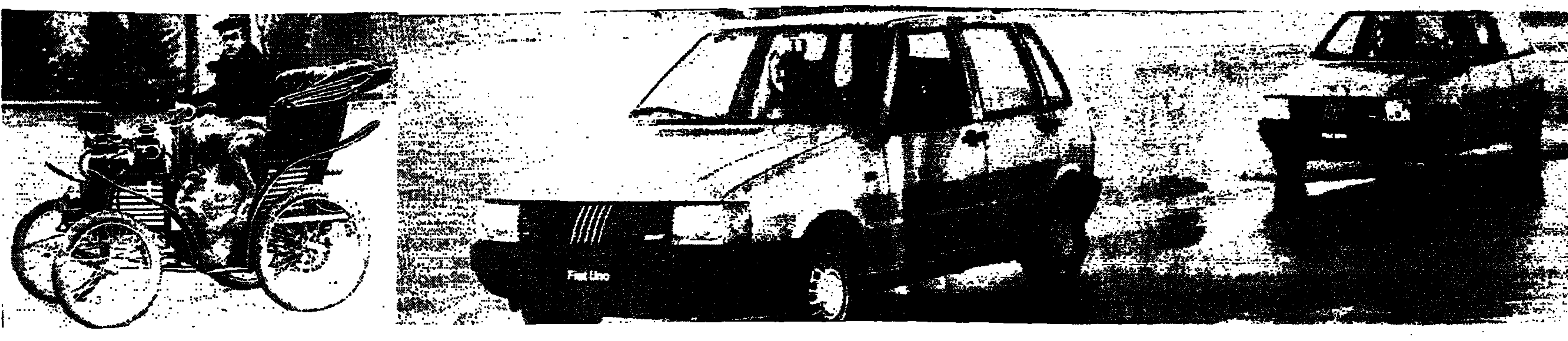
Die „Betriebskostenabrechnung" wendet sich an Kunden mit Fahrzeugflotten. Aber auch Unternehmen, die ihre Fahrzeuge nicht geleast haben, können von dieser Dienstleistung Gebrauch machen. Anstelle des Unternehmens rechnet die Leasing-Gesellschaft die monatlich entstandenen Betriebskosten ab. Dadurch wird dem Unternehmen erheblicher Verwaltungsaufwand erspart.

Die Betriebskosten umfassen grundsätzlich die Kraftstoffkosten, die auf Wunsch des Kunden um die Kosten für Wagenpflege, Parkgebühren und Kleinteile sowie Öl und Schmierstoffe ergänzt werden können. Zusätzlich kann eine Abrechnung für privat gefahrene Kilometer erfolgen.

Neben der Abrechnung der Betriebskosten werden dem Kunden Auswertungen über Verbrauch und Kosten seines Fuhrparks zur Verfügung gestellt. Diese Analysen geben wertvolle Hinweise auf eine wirtschaftliche Nutzung des Fuhrparks.

Insgesamt haben die erwähnten Dienstleistungsangebote eine Entlastung von der Verwaltungsarbeit eines Unternehmens oder Gewerbebetriebes zum Ziel. Auch die bessere Überschaubarkeit innerbetrieblicher Abläufe ist daher ein wichtiges Kriterium für die Entscheidung zum Autoleasing.





Im Gründungsjahr von Fiat lief der erste Wagen unter der Typenbezeichnung 3,5 HP „Duc vis-à-vis" mit Polsterbank und Notsitz vom Band. Mit 4,2 PS nahm sich die Leistung bescheiden aus. Das jüngste Produkt aus Turin hat mehr als zehnmal soviel Pferdestärken wie der HP. Es ist der Uno. FOTOS: DIE WELT

DAS PORTRÄT / In loser Folge stellt der WELT-Report Auto-Leasing Fahrzeughersteller vor – heute:

Fiat – mehr als nur ein Automobil-Konzern

Ho. Heilbronn

Fiat wurde 1899 in Turin als Fabbrica Italiana Automobili Torino gegründet. Noch im gleichen Jahr wurde der erste Wagen vorgestellt: ein 3,5 HP „Duc vis-à-vis" mit Polsterbank und Notsitz, der 4,2 PS leistete. Bald darauf gab es neben dem Personenwagenbau bereits andere Produktionszweige. Der erste Lastkraftwagen entstand 1903, vier Jahre später der erste Dieselmotor, 1908 das erste Flugzeugtriebwerk, 1915 das erste Flugzeug, 1916 der damals stärkste Schiffsdiesel der Welt und 1918 der erste Straßenbahntriebwagen.

Die Fiat S.p.A. dehnte ihre Aktivitäten frühzeitig auf das Ausland aus. 1907 entstand die Austro-Fiat in Österreich, 1909 wurde die Fiat Motor Company in den USA gegründet, 1915 bauten die japanischen Kawasaki-Werften in Fiat-Lizenz Dieselmotoren für Unterseeboote, 1921 begann die Zusammenarbeit mit Polen, 1922 wurde die deutsche Fiat-Niederlassung gegründet. Beispiele für Technologie-Export sind Frankreich (Simca, später Chrysler), Spanien, Argentinien, Brasilien, die Türkei und die Sowjetunion. Der Export von Know-how und technologisch hochwertigen Produkten ist charakteristisch für viele Gesellschaften der Fiat-Gruppe.

Heute umfaßt die Fiat-Gruppe elf Unternehmensbereiche: Automobile, Nutzfahrzeuge, Ackerschlepper, Baumaschinen, Eisen und Stahl, Zulieferteile, Energiewesen, Werkzeugmaschinen und Fertigungssysteme, Eisenbahnmaterial und -systeme, Ingenieurwesen und Landschaftsplanung sowie Tourismus und Verkehr. Alle sind – unter dem Dach der Fiat S.p.A. als Holding – als selbständige Unternehmen tätig.

Der Automobilbereich ist nach wie vor der größte Geschäftszweig und erzielt knapp die Hälfte des gesamten Konzernumsatzes. Im Laufe von mehr als acht Jahrzehnten hat Fiat über 32 Millionen Automobile und 300 verschiedene Modelle hergestellt. Von neun Modellen – vom Fiat 500 bis zum Ritmo – wurden jeweils mehr als eine Million Fahrzeuge produziert, vom Fiat 127 allein über fünf Millionen Stück. Heute laufen mehr als 15 Millionen Fiat-Wagen in der Welt, davon über zehn Millionen in Italien.

Neues Produkt-Programm

Zum Fiat-Automobilbereich gehören neben Fiat die Marken Lancia, Autobianchi, Abarth und Ferrari sowie Lizenzmodelle in Europa und Übersee. Die Fiat Auto S. p. A. hat Produktions- und Montagewerke sowie verbundene Gesellschaften und Lizenznehmer in vielen Ländern der Erde: zum Beispiel in Brasilien, in der Türkei, Ägypten, Marokko, Indien, Indonesien, Malaysia, Thailand, Sambia, Südafrika oder Kolumbien. 12 000 Vertragswerkstätten in über 150 Ländern sorgen für weltweiten Service.

Mit einem völlig neuen Produktprogramm, Milliardeninvestitionen, modernen Managementmethoden und forcierter Automation gelang es dem Konzern, ab 1980 seine Produktivität entscheidend zu verbessern. Die Resultate übertrafen alle Erwartungen. Die Produktivität wuchs 1981 um 20 Prozent, die Exporte stiegen um acht Prozent, und die Fiat-Marktanteile erhöhten sich in den meisten westeuropäischen Ländern. Der Wiederaufstieg von Fiat fand weit über Italiens Grenzen hinaus Aufmerksamkeit.

Fiat gehörte zu den ersten Automobilherstellern, die sich konsequent die Vorteile der Roboter zunutze machten. In den Fiat-Karosseriewerken sind gegenwärtig 250 Roboter beim Schweißen der Karosserien eingesetzt. In den nächsten zwei Jahren wird sich ihre Zahl auf 450 erhöhen. Im Werk Rivalta arbeitet inzwischen der erste Roboter der zweiten Generation. Er wurde im Fiat-Forschungszentrum Orbassano entwickelt und kann mit Hilfe einer Fernsehkamera und eines Computers Werkstükke orten und die Bearbeitung bestimmen. Der erste Arbeitsgang, bei dem dieser neue „sehende" Roboter eingesetzt wird, ist die automatische Befestigung von Türscharnieren.

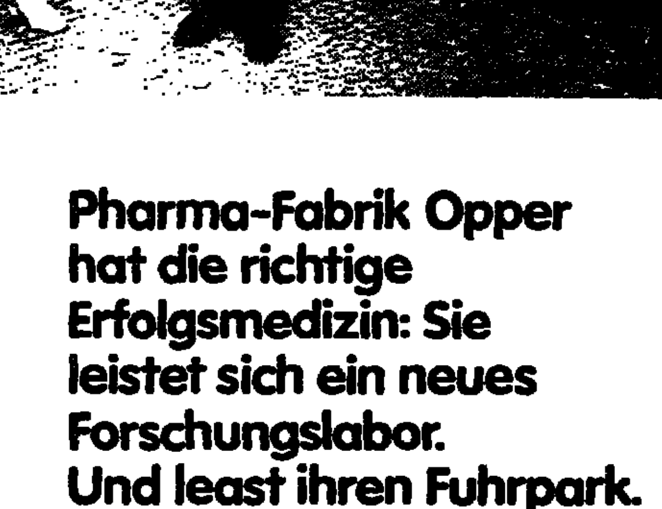
Fiat verfügt heute weltweit über eine der fortschrittlichsten Automobiltechnologien. Die Philosophie des Unternehmens ist, durch immer modernere Automationssysteme eine maximale Flexibilität der Produktionsanlagen zu erreichen. Die Automation ermöglicht eine bessere Arbeitsorganisation, wirtschaftlichere Produktionszyklen, höhere Produktqualität und somit ein verbessertes Preis-Leistungs-Verhältnis. Die Hauptrolle in diesem Entwicklungsprozeß spielt der Roboter.

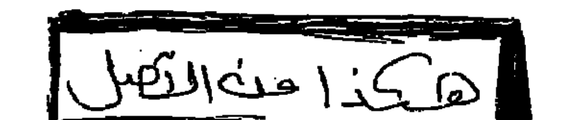
1982 produzierte Fiat in den italienischen Werken 1,134 Millionen Personenwagen. Der Marktanteil in Europa lag bei über 13 Prozent. In der Bundesrepublik Deutschland konnte die Fiat Automobil AG, Heilbronn, im vergangenen Jahr als einziger der großen Importeure die Zahl der neu zugelassenen Personenwagen praktisch auf dem Vorjahresstand halten und ihre Spitzenposition mit nunmehr deutlichem Abstand behaupten.

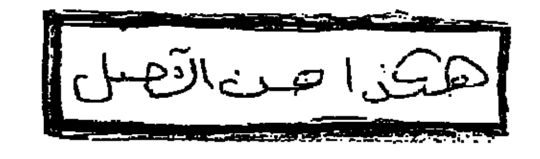
Mit 93 688 erstmals zugelassenen Fiat- und Lancia-Fahrzeugen verfehlte das Heilbronner Unternehmen das entsprechende Vorjahresergebnis von 94 449 Einheiten lediglich um 0,8 Prozent. Der Marktanteil in der Bundesrepublik stieg im gleichen Zeitraum von 4,1 auf 4,3 Prozent. Am Gesamtimport war die Turiner Marke mit 18,1 Prozent (1981: 16,3 Prozent) beteiligt. Deutschland ist für Fiat der größte Exportmarkt, der rund zehn Prozent der Automobilproduktion aufnimmt.

Gemeinsame Interessen

Seit 1980 nimmt die Deutsche Fiat GmbH die gemeinsamen Interessen der Fiat-Gruppe in der Bundesrepublik Deutschland wahr. Sie ist mit Geschäftsführungsaufgaben, Beratung, Koordination und Dienstleistungen aller Art für insgesamt 16 Gesellschaften betraut. Eine davon ist die Fiat Kredit Bank GmbH, die seit 1929 im Finanzierungsgeschäft tätig ist. Sie steht den Konzerngesellschaften, deren Vertragshändlern und Kunden mit Darlehen zur Finanzierung von Personenwagen, Lastkraftwagen, Baumaschinen, Landmaschinen, Gabelstaplern und sonstigen Produkten zur Verfügung. Darüber hinaus betreibt sie das Leasing-Geschäft für alle Konzernprodukte. Das Geschäftsvolumen im Jahr 1982 betrug 1,57 Milliarden Mark, die Bilanzsumme belief sich auf rund 440 Millionen Mark.









Auch die Leasing-Branche hofft, daß ihre Halde in Bewegung gerät

ZSTRATEGIEN / Es kommt nicht nur auf die Monatsmiete an

ivat-Leasing: Mit forschen ferten aus der Flaute?

HOENAICH, Frankfurt

erfinderisch macht und hte Beispiele die guten derben, das hat sich im en Jahr deutlich auf nobilmarkt gezeigt. Die tung der Konsumenten en sieben Prozent weni- als 1981 zugelassen – hat heblichen Wettbewerbs- ng geführt. Um den ei- atz anzukurbeln, so muß Eindruck gewinnen, ist Herstellern und Händ- u jedes Mittel recht, das Erfolg versprechen zählen die Gewährung errabatten, die Inzah- e von Gebrauchtwagen hten Preisen, das Ange- ders günstiger, da sub- ter Zinskonditionen für nkredite und nicht zu- ing-Sonderangebote mit herausgestellten niedri- smieten.

lie auf den ersten Blick len Leasing-Angebote ße Besorgnis, weil sie derten wirtschaftlichen eiten in vielen Haushal- t zu werden scheinen. Realeinkommen und Lebenshaltungskosten finanziellen Spielraum ungen eingeengt; Zukunftserwartungen erscheinen, we- „Notgroschen" anzugrei- zu immer noch relativ sen Bankkredite aufzu- lie das Haushaltsbudget und Zinsen zusammen- – weitaus stärker bela- Leasing-Rate.

es für viele logisch sein, n Leasing-Fahrzeug um- und darauf zu hoffen, einhalb oder zwei Jah- der Vertrag ausläuft, die ke überwunden ist und er besser aussieht. Der ive Einsatz von Leasing nent der Absatzförde- esentlich dazu beigetra- Automobilhersteller und nd auch die im Automo- tätigen institutionellen esellschaften 1982 einen ng-Boom mit Zuwachs- 20 Prozent und mehr ten.

ß sich angesichts dieser n Nachfrageausweitung fig die Frage stellen, ob r das Privatleasing gel- undsätze und Gesetzmä- über Nacht geändert ha- e doch immer die Über- ertreten, daß das Leasen einer Kreditfinanzie- rell den Vorteil hat, daß e Leasing-Nehmer über liche Miete lediglich den nen Gebrauch und Wert- Autos während der Ver- eit und nicht den vollen ngswert „tilgt".

gibt es nicht

nsatz zum gewerblichen l-Leasing wird beim Pri- vom Kunden bei Ver- luß eine Mietsonderzah- ngt. Die Rechnung geht r dann richtig auf, wenn chliche Marktwert des s bei Vertragsbeendi- lich über dem kalkulier- vert liegt: Der Kunde er- e für die Mietsonderzah- ebrachten liquiden Mittel nd kann sie erneut für schlußvertrag einsetzen. kein Eigentum an dem erwirbt, bietet lediglich urerlöschance dem Mieter sgleich dafür, daß er nicht mit einem Bankkredit ar- Autokäufer Eigentümer rauchtwagens ist. Außer- de nie ein Hehl daraus daß einige betriebswirt- e Vorteile des Leasing m Unternehmer, nicht je- em Privatmann zugute

easing war und ist aus der seriösen Leasing-Gesell- e interessante und in vie- n günstige Beschaffungs- e für Privatleute, jedoch mer die beste Lösung. In der jüngsten Hausse der Leasing-Sonderangebote steckt die Gefahr, daß bei den Konsumenten unrealistische Vorstellungen über die Möglichkeiten des Privatleasing geweckt werden und daß eine herbe Ernüchterung folgt, wenn die als besonders günstig abgeschlossenen Verträge erst einmal auslaufen.

Kalkulatorische Wunder gibt es nicht. Letztendlich wird der Leasing-Nehmer die Zeche bezahlen müssen, wenn er sich lediglich durch eine niedrige monatliche Leasinggebühr verführen läßt.

Dabei ist es keineswegs eine Geheimwissenschaft und von jedem Interessenten nachvollziehbar, wie beim Privatleasing gerechnet wird. Es gibt sechs Einflußgrößen, die die Kalkulation beim üblichen Finanzierungsleasing bestimmen:

1. Der Anschaffungswert des Fahrzeuges: Er ergibt sich aus dem Angebotspreis des Händlers einschließlich Mehrwertsteuer, ergänzt um Kosten für zusätzliches Zubehör, Zulassung und Überführung.

2. Die Laufzeit des Vertrages: Es werden derzeit vor allem Verträge mit 24 oder 36 Monaten Laufzeit angeboten, wobei hier auch die jährliche Kilometerleistung eine Rolle spielt.

Was Kunden wissen müssen

3. Die Mietsonderzahlung: Mit der Mietsonderzahlung bei Vertragsbeginn von üblicherweise 20 bis 30 Prozent des Anschaffungswertes gleicht die Leasing-Gesellschaft das beim privaten Leasingnehmer höhere und schlechter einzuschätzende Bonitätsrisiko aus. Für die Mietsonderzahlung kann der Erlös eines Gebrauchtwagens eingesetzt werden.

4. Der Restwert: Er stellt den Wert dar, den das Auto bei Vertragsbeendigung beim Verkauf mindestens erlösen soll. Er sollte seriöserweise so vorab kalkuliert werden, daß eine Mehrerlöschance besteht. Diese kommt dann dem Mieter bei Abschluß eines neuen Vertrages zu 100 Prozent (ansonsten 75 Prozent) zugute; sie soll wünschenswerterweise eine Größenordnung nahe der geleisteten Mietsonderzahlung erreichen. Wird ein zu hoch angesetzter Restwert nicht realisiert, muß der Mieter bei Vertragsende nachzahlen. Bietet ein Kfz-Händler die feste Rücknahme am Ende der Vertragslaufzeit an, wird er den Restwert so kalkulieren müssen, daß er seine Verkaufskosten decken und einen Gewinn erzielen kann.

5. Der Mietfaktor: Dieser Multiplikator, der von jeder Leasing-Gesellschaft aufgrund ihrer betriebswirtschaftlichen Ausgangsdaten und für jede Vertragsvariante individuell ermittelt wird, enthält einen Ersatz für ihre bei Beschaffung und Verwaltung von Fahrzeugen entstehenden Kosten sowie ihren Gewinn.

6. Die Monatsmiete: Die monatliche Miete errechnet sich aus dem Anschaffungswert abzüglich des Restwertes, verteilt über die Laufzeit des Vertrages und multipliziert mit dem jeweiligen Mietfaktor.

Diese Erläuterungen zeigen, daß vor allem durch Veränderungen von Mietsonderzahlung und Restwert die Monatsmiete gravierend beeinflußt werden kann. Wer mit einer besonders günstigen Miete argumentiert, erhöht die Mietsonderzahlung und/oder den Restwert. Der Kunde zahlt somit aber einen Teil der monatlichen Mieten bereits bar vorab über die Mietsonderzahlung und läuft ein erhebliches Risiko, daß der geplante Verkaufserlös bei Vertragsende auf dem Gebrauchtwagenmarkt nicht zu erreichen ist.

Vorsicht ist also geboten, wenn mit einer besonders niedrigen Monatsmiete geworben wird. Aufmerksamkeit verdienen auch Verträge mit kurzen Laufzeiten von 18 Monaten, bei denen die Ansetzung eines hohen Restwertes für das dann ja noch fast neue Fahrzeug (der Durchschnittsbürger fährt heute pro Jahr etwa 12 000 Kilometer, in 18 Monaten also 18 000 Kilometer) auf den ersten Blick einleuchten mag. Trotzdem weiß jeder Autofahrer, daß der Wert eines Autos im ersten Jahr nach der Zulassung weit überproportional sinkt und sich der jährliche Wertverzehr danach erheblich verlangsamt. Bekannt ist jedem auch die Tatsache, daß Sonderausstattungen und aufwendiges Zubehör, die den Anschaffungspreis leicht um 1000 Mark und mehr herauftreiben, beim späteren Verkauf nicht oder nur in ganz geringem Umfang erstattet werden.

Wer sich regelmäßig nur ein bißchen über den Gebrauchtwagenmarkt informiert, kann verfolgen, welche Fahrzeuge hier besonders gefragt sind und daher gute Verkaufschancen bieten. Das sind, alle Marktschwankungen einbezogen, in der Regel die auch als Neuwagen erfolgreichen in- und ausländischen Autos, die sich durch solide Konstruktion, sparsamen Benzinverbrauch, und vertretbare Wartungs- und Ersatzteilkosten auszeichnen. Sie sollten daher für den privaten Leasing-Nehmer nicht nur unter Restwertaspekten, sondern auch wegen der regelmäßigen Unterhaltungskosten die Favoriten sein.

Zwei Beispiele aus der Praxis zeigen, welche Auswirkungen eine Manipulation der Kalkulationsfaktor hat. Ausgewählt haben wir einen Opel Kadett J mit 1,2 l Hubraum und 60 PS, der heute 12 635 Mark (einschließlich Mehrwertsteuer) kostet. Die Laufzeit des Leasingvertrages beträgt in beiden Beispielen 36 Monate bei einer kalkulierten Gesamtfahrleistung von 36 000 Kilometer. Zur Einschätzung des Gebrauchtwagen-Marktwertes wurden die Schwacke-Liste und andere Marktübersichten zu Rate gezogen. Sie weisen derzeit für einen dreijährigen Kadett J mit sogar 57 000 Kilometer auf dem Buckel einen Preis von 7800 Mark aus.

Kalkulierte Risiken

Beispiel 1: Die Mietsonderzahlung wird mit 5690 Mark oder 45 Prozent des Anschaffungswertes angesetzt, der Restwert mit 5050 Mark. Das ergibt eine monatliche Miete von 94 Mark. Bei Vertragsbeendigung verbleibt dem Leasing-Nehmer, der einen neuen Wagen mieten will, ein Erlös aus dem Verkauf von 2750 Mark (7800 Mark ./. 5050 Mark), so daß ihm zur Aufbringung der erneuten Mietsonderzahlung (wiederum 5690 Mark) immer noch 2940 Mark fehlen.

Beispiel 2: Die Mietsonderzahlung ist mit 3790 Mark oder 30 Prozent des Anschaffungswertes angesetzt, der Restwert mit 4000 Mark. Das ergibt eine monatliche Miete von 177 Mark. Bei Vertragsbeendigung verbleibt dem Mieter ein Erlös von 3800 Mark (7800 Mark ./. 4000 Mark), so daß die neue Mietsonderzahlung voll abgedeckt ist. Selbst wenn er keinen neuen Vertrag abschließt, erhält er 2850 Mark oder 75 Prozent seiner ursprünglich eingesetzten Mietsonderzahlung bar zurück.

Anhand dieser Beispiele mag jeder selbst beurteilen, was von extrem niedrigen Monatsmieten zu halten ist und welche Risiken dahinterstecken. Es ist eine individuelle Entscheidung des privaten Leasing-Nehmers, welche Vertragsvariante er unter den vielfältigen Möglichkeiten für sich selbst auswählt. Er sollte jedoch immer in der Lage sein, die Konsequenzen vorab und in vollem Umfang zu übersehen.

Die gegenwärtigen Auswüchse im Wettbewerb, die auch bereits die Wettbewerbsschützer auf den Plan gerufen haben, bedrohen nach Ansicht von Branchenkennern die an sich nützliche und sinnvolle Institution des Privatleasing. Seriöse Leasing-Gesellschaften werden daher auch zu Lasten einer Marktanteilseinbuße an ihrer Politik festhalten, dem privaten Leasing-Nehmer vernünftige und faire Konditionen anzubieten.

FINANZIERUNGSALTERNATIVE / Kaufen was im Wert steigt, mieten was im Wert sinkt

Fahrzeugnutzung und Vermögensbildung

DW. Bonn

Fahrzeugleasing verzeichnet in den letzten Jahren große Zuwachsraten. Mit zur Zeit rund 300 000 Fahrzeugen wird etwa jedes 18. gewerblich eingesetzte Kraftfahrzeug (Pkw, Lkw, Zugmaschinen und Busse) im Wege des Leasing genutzt. Hinzu kommen bisher lediglich rund 30 000 „Private". Diese Leasingfahrzeuge machen nur etwa ein Prozent des gesamten Fahrzeugbestandes aus.

Ein Blick auf die Verhältnisse in den USA läßt die Relation verhältnismäßig bescheiden erscheinen; dort nämlich werden heute bereits etwa drei Prozent des gesamten Fahrzeugbestandes im Wege des Leasing genutzt. Die zweistelligen Zuwachsraten in der Bundesrepublik, die das Fahrzeugleasing in den vergangenen Jahren aufzuweisen hatte, sind aus dieser Blickrichtung heraus durch einen deutlichen Nachholbedarf erklärbar.

Automobil-Leasing bedeutet, ein Fahrzeug gegen eine *feste* monatliche Gebühr langfristig nutzen, ohne es zu kaufen. Während sich Leasing bei Investitions-Entscheidungen im gewerblichen Bereich einen festen Platz erobert hat, gewinnt das sogenannte Privat-Leasing erst in jüngster Vergangenheit an Bedeutung.

Diese Tatsache ist im Zusammenhang mit einer veränderten Einstellung zum Auto zu sehen, einer Entwicklung, die mit den „Ölkrisen" der siebziger Jahre begann und ihren Niederschlag in einer Abkehr von dem Besitzstanddenken findet.

Immer mehr private Autokäufer sehen in ihrem Fahrzeug nicht mehr das Prestigeobjekt, das man kaufen muß. Bedingt durch seinen hohen Wertverzehr verliert das Auto mehr und mehr sein Gewicht als Teil des Privatvermögens und wird zu einem reinen Nutzungsobjekt, dessen Funktion im Vordergrund steht. Ein Prestigeobjekt muß man besitzen, ein Leasing-Fahrzeug dagegen kann man nutzen. Leasing ist also die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß die Nutzung eines Fahrzeuges wichtiger ist als sein Eigentum.

Privat-Leasing sollte für nüchtern kalkulierende Autofahrer vor allem dann eine Alternative sein, wenn sie ihr neues Auto zum Großteil oder ganz durch Kredite finanzieren müssen oder aus anderen Motiven ihre Geldmittel nicht in einem Auto festlegen wollen.

Mit Leasing kann man bei niedriger, monatlicher Belastung ein neues Auto fahren und gleichzeitig – im Vergleich zur Kreditfinanzierung – noch Liquidität dazugewinnen, denn der Leasing-Nehmer zahlt nur den Wertverlust des Fahrzeuges durch die laufende Nutzung. Er zahlt seinen Wagen während er ihn nutzt, nicht im voraus, weil der bei Vertragsende zu erwartende Gebrauchtwagenwert von Anfang an bei der Kalkulation der Mieten berücksichtigt wird. In Höhe dieses Gebrauchtwagenwertes werden Geldmittel freigesetzt.

Leasing-Mieten sind fest vereinbarte Zahlungen, ohne das Risiko einer Erhöhung während der Laufzeit des Vertrages. Das Zinsrisiko trägt allein der Leasing-Geber. Dadurch werden die Fahrzeugkosten für die gesamte Leasingzeit exakt kalkulierbar.

Nach Ablauf der Leasingzeit übernimmt der Leasing-Geber den Verkauf des Gebrauchtwagens. Der Leasing-Nehmer braucht sich darum nicht zu kümmern. Er kann bei Vertragsende und erfolgter Rückgabe des Fahrzeuges sofort in das neue Fahrzeug umsteigen.

Zu Beginn der Vertragszeit ist eine Mietsonderzahlung von etwa 30 Prozent zu leisten. Statt Bargeld kann hierauf auch der vorhandene Gebrauchtwagen des Kunden verrechnet werden. Liegt dessen Wert über der erforderlichen Mietsonderzahlung, so kann die Differenz bar ausgezahlt werden. Durch die Höhe der individuell vereinbarten Mietsonderzahlung läßt sich die monatliche Belastung weiter senken.

Bei der am häufigsten vereinbarten Leasingzeit von 24 Monaten fährt der Leasing-Nehmer immer moderne Fahrzeuge, die sich technisch auf dem neuesten Stand befinden. Bei einer Gesamtlaufleistung von 30 000 Kilometer und der üblichen Jahresgarantie ohne Kilometerbegrenzung können bei normaler Nutzung kaum Verschleißreparaturen anfallen. Selbst Reifenersatz läßt sich unter diesen Bedingungen eventuell vermeiden.

Die durch Leasing ersparten Mittel können für andere Dinge verwendet werden. Der Leasing-Nehmer kann dadurch nach der Maxime handeln: „Kaufen, was im Wert steigt (Eigentumswohnung, Haus), mieten, was im Wert sinkt." Die Alternative heißt also nicht Fahrzeugkauf oder Vermögensbildung, sondern Fahrzeugnutzung und Vermögensbildung.

Winterschlußverkauf für neue Kraftfahrzeuge

H. SCHREIBER, Bonn

In Deutschland ist der Winterschlußverkauf für Autos in vollem Gang. Viele Automobilwerke und Händler, unter anderen Opel, Ford, Renault, VW und Audi, bieten den Kunden zur Zeit eine interessante und preisgünstige Alternative zum Automobilerwerb an.

Das Zauberwort heißt „Privat-Leasing", eine auch in der Bundesrepublik immer populärer werdende Art der preiswerten Fahrzeugnutzung für Private. Der Kunde kauft das Fahrzeug nicht, er mietet es.

Und das ist nun das Besondere am Schlußverkauf, den beispielsweise die VW-Tochter V.A.G. Leasing, Deutschlands größtes Autoleasing-Unternehmen, als Sonderaktion bis zum 31. März 1983 gestartet hat: Nach der Leasing-Zeit, entweder 18 oder 24 Monate, kann der Kunde beim Händler den Wagen zum Restwert kaufen, also zu dem „kalkulierten Gebrauchtwagenwert", so wie er bei Vertragsabschluß zu Anfang vereinbart worden war. Das bedeutet in der Praxis, daß der Wagen in der Leasing-Zeit ohne jeden Pfennig Zinsen finanziert worden ist. Das gilt bei allen V.A.G.-Händlern im Bundesgebiet übrigens für die gesamte Palette der Neuwagen von VW und Audi – vom Käfer bis zum Quattro.

Hier das Beispiel eines V.A.G.-Händlers: Der VW Polo C kostet nach unverbindlicher Preisempfehlung 11 790 Mark; einschließlich 412 Mark Überführungskosten macht das 12 202 Mark.

Der Kunde mietet den Wagen im Leasing-Verfahren für 18 Monate und leistet dafür eine einmalige Sonderzahlung von 4127 Mark. Das sind 35 Prozent der Preisempfehlung, gleichsam als Wertminderung für die eineinhalb Jahre. Dann kommen die Leasingraten von monatlich 98 Mark, das sind 0,833 Prozent der Preisempfehlung, hinzu, macht in 18 Monaten 1764 Mark. Der Kunde hat also nach der Leasingzeit insgesamt 6303 Mark hingeblättert.

So bleiben vom ursprünglichen Angebot von 12 202 Mark nach Abzug der Sonderzahlung und Summe der Leasingraten noch 5899 Mark als Restwert oder „kalkulierter Gebrauchtwagenwert" übrig, für den der Wagen nunmehr gekauft werden kann. Dieses ist jedoch eine Vereinbarung mit dem Händler und hat mit dem eigentlichen Leasingvertrag nichts zu tun.

Mit ihren jetzigen Aktionen zum „Winterschlußverkauf für Autos" rechnen die deutschen Autohändler gerade beim Privatauto-Leasing mit neuer Kundschaft. Und Deutschlands Autofahrer haben die einmalige Möglichkeit, preiswert und ohne Risiko zu einem nagelneuen Fahrzeug zu kommen.

FUSSBALL / Kaiserslautern im UEFA-Cup ausgeschieden – Neuer Plan der Bundesliga-Manager

0:1 – die Abwehr kämpfte gut, der Sturm war schwach

sid/dpa, Craiova

Der 1. FC Kaiserslautern hat im UEFA-Pokal den Einzug in das Halbfinale um acht Minuten verpaßt. Bis zur 82. Minute hielten die Pfälzer bei Universitatea Craiova ein torloses Unentschieden, das ihnen nach dem 3:2-Heimsieg zum Sprung in die Vorschlußrunde gereicht hätte. Aber dann schlugen die Rumänen, die in der Vergangenheit im Europapokal an Düsseldorf, Mönchengladbach und Bayern München gescheitert waren, doch noch zu: Verteidiger Negrila erzielte nach dem fünften Eckball das einzige Tor und ließ sich von den 55 000 Zuschauern feiern. Bei Punkt- und Torgleichheit aus beiden Spielen entschieden die auswärts erzielten Treffer für die Rumänen.

„Paßt auf, daß die sich nicht in unserer Hälfte einnisten", hatte Kaiserslauterns Trainer Rudi Kröner seinen Spielern mit auf den Weg gegeben. Und in den ersten 15 Minuten gelang dieses Vorhaben auch. In diese Phase fiel auch die einzige Torchance der Pfälzer vor der Pause. Wolfgang Wolf hatte sich den Ball erkämpft, sah viel freien Raum vor sich und startete zu einem schnellen Solo. Doch als er nur noch Torwart Lung vor sich glaubte, wurde er von Libero Stefanescu einfach umgetreten. Craiovas Kapitän wurde dafür verwarnt und muß, da es seine zweite gelbe Karte war, im nächsten Europacup-Spiel der Rumänen aussetzen.

Aber nach einer Viertelstunde war es mit der Ausgeglichenheit des Spiel vorbei. Der Tabellenvierte im Kampf um die rumänische Meisterschaft, der zum Weiterkommen unbedingt ein Tor erzielen mußte, wurde immer stärker und drängte Kaiserslautern in die Abwehr. Die Feldüberlegenheit hatte zwei Gründe: Am Ball waren die Gastgeber den Bundesliga-Profis haushoch überlegen, außerdem waren sie schneller, konsequenter in den Zweikämpfen. Trotzdem gab es wenig Aufregung vor dem Tor von Armin Reichel, weil die Abwehrspieler vor ihm sich immer wieder bedingungslos in das Geschehen stürzten. Nur einmal stand Reichel das Glück zur Seite: Libero Melzer hatte den überragenden Spielmacher Ilie Balaci kurz vor dem Strafraum gefoult, und der 58malige Nationalspieler hob den Freistoß an den rechten Torpfosten (27.).

Die Lauterer Bemühungen, sich aus der ständigen Umklammerung zu befreien, waren nur selten von Erfolg gekrönt. Das lag vor allem daran, daß Bongartz und Geye zu wenig Ideen entwickelten. Während die Lauterer Abwehr trotz des 0:1 mit Briegel, Wolf und Dusek die besten Spieler stellte, blieben Mittelfeld und vor allem der Angriff in Rumänien eine gute Leistung schuldig. Beim Sieger überragten Ticleanu und Spielmacher Balaci.

Kaiserslauterns Präsident Udo Sopp, der einen Sieg vorausgesagt hatte, war nach der Niederlage tief enttäuscht: „Die Einnahme aus dem Halbfinale hätten wir dringend benötigt."

*

Craiova: Lung – Stefanescu – Negrila, Ungureanu, Tilihoi – Ticleanu, Donose (46. Bedeanu), Balaci, Geolgau (75. Cirtu) – Crisan, Camataru. – **Kaiserslautern:** Reichel – Melzer – Dusek, Briegel – Wolf, Geye, Brehme, Bongartz – Eilenfeldt, Nilsson (86. Hübner), Allofs. – **Schiedsrichter:** Hackett (England). – **Tor:** 1:0 Negrila (82.). – **Zuschauer:** 55 000 (ausverkauft). – **Gelbe Karten:** Stefanescu (2), Balaci (2/1), beide für das nächste Spiel gesperrt.

Empörung über die „Schwarze Liste" Paul Steiner: Das ist Menschenhandel

DIETER SCHULZ, Bonn

Es sollte alles ganz ruhig unter der Decke gehalten werden, weil die Bundesliga-Manager selbst sehr schnell erkannt hatten, wie leicht ihre neue Idee, das Transfergeschäft besser in den Griff zu bekommen, verpuffen könnte. Auf einer „schwarzen Liste" fanden sich plötzlich 31 Bundesligaspieler (maximal zwei pro Verein) wieder, die damit vor den Abwerbungen der Konkurrenz geschützt werden sollten. Jetzt ist der Geheimplan, der Anfang des Jahres entstanden war, bekanntgeworden. Er hat allgemeines Kopfschütteln ausgelöst.

Und er wirft unangenehme Fragen auf. Zum Beispiel diese: Wie ist die arbeitsrechtliche Absicherung, wird nicht gegen das Grundgesetz verstoßen, in dem die freie Wahl des Arbeitsplatzes garantiert ist? Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft hat sich schon zu Wort gemeldet. Ein Sprecher sagte: „Noch können wir keine Stellungnahme abgeben."

Die Manager dagegen wollen jetzt die Angelegenheit herunterspielen. Werner Faßbender von Fortuna Düsseldorf sagt: „Es handelt sich um eine Empfehlung, und keineswegs um eine klare Maßgabe." Und sein Kollege Helmut Grashoff (Mönchengladbach) ergänzt: „Es sollte wirklich nur eine Bitte sein, wichtige Spieler zu schützen. Eine Bitte, nicht mehr."

In Hamburg macht sich Günter Netzer weiter zum Fürsprecher dieser Abmachung. Netzer meint, der Plan sei unter dem Aspekt zu sehen, daß der Gehaltspoker bei „den oft unseriösen Vertragsverhandlungen beseitigt" werde. Netzer: „Die großen Vereine benötigen die Aufstellung nicht, denn die Ablösesummen für Stars wie Jürgen Milewski und Jürgen Groh kann doch sowieso keiner bezahlen."

Einige Vereine jedenfalls haben bereits reagiert. Der VfB Stuttgart und Fortuna Düsseldorf ließen ihre Kandidaten inzwischen von der Liste streichen. Die Stuttgarter werden in Kürze die Verträge mit Schäfer und Habiger abschließen, während Manfred Bockenfeld bereits einen Zwei-Jahres-Vertrag unterschrieben hat.

Bei den Spielern und deren Managern ist die Liste auf wenig Gegenliebe gestoßen. Holger Klemme, der auch Jürgen Groh betreut, sagt: „Vom arbeitsrechtlichen Mumpitz einmal abgesehen, wird doch das erreicht, was keiner will. Wenn international bekannte Spieler nicht mehr um ihre Verträge, weder beim eigenen noch mit einem anderen Verein, verhandeln können, bleibt ihnen doch nur noch die Möglichkeit, ins Ausland zu gehen. Ich kann mir vorstellen, daß sich jetzt beispielsweise die Italiener die Hände reiben."

Klemme hat aber auch schon schnell erfahren, wie nutzlos das Papier sein kann. Obwohl sein Klient Bum Kun Tscha von Eintracht Frankfurt auf die Liste gesetzt wurde, ist der VfB Stuttgart schon vor drei Wochen an den Nordkoreaner herangetreten, um ihm einen Wechsel schmackhaft zu machen.

Über den Fall, daß sich ein Verein nicht an die Abmachung hält, haben die Manager aber auch schon nachgedacht. Der Verein, der den Spieler verliert, soll die doppelte Ablösesumme fordern können. Diese Sanktion soll jedoch erst in der nächsten Woche auf einer Klausurtagung beschlossen werden. Ähnlicher Ansicht wie Klemme ist auch der Hamburger Spielerberater Gunter Persiehl, der die Interessen von Jürgen Milewski vertritt. Er sagt: „Das ist ein Fall für das Kartellamt. Spieler werden von den Vereinen wie Investitionsgüter abgeschrieben – also sind Preisabsprachen nicht zulässig. Wer auf der Liste steht, kann eigentlich nur noch das Angebot seines Vereins akzeptieren, oder er muß die Bundesliga verlassen." Nationalspieler Jürgen Milewski glaubt den Hintergrund zu kennen: „Das ist ein konzertierter Versuch, das Gehaltsniveau insgesamt zu drücken." Härter formulierte es Paul Steiner, Vorstopper des 1. FC Köln: „Das ist reiner Menschenhandel."

Wie ernst die Sache auch immer zu nehmen ist, für Helmut Grashoff bleibt eine negative Nachwirkung. Das Ziel, so Grashoff, sei es gewesen, sich selbst zu bescheiden und nicht den anderen die Leistungsträger wegzukaufen. Man wollte versuchen, ob so etwas überhaupt funktionieren könne. Nun stellt der Gladbacher Manager resigniert fest: „Die Veröffentlichung der Liste ist ein Indiz fehlender Selbstdisziplin, und deshalb können wir bald unsere Pforten schließen."

Die Liste

München: Reinhold Mathy, Achim Förster – **Hertha BSC:** Jürgen Mohr, Werner Schneider. – **Bielefeld:** Volker Diergardt, Dirk Hupe. – **Bochum:** Markus Cronen, Peter Storck. – **Braunschweig:** Michael Geiger, Manfred Tripbacher. – **Düsseldorf:** Manfred Bockenfeld, Ralf Dusend. – **Frankfurt:** Karl-Heinz Körbel, Bum Kun Tscha. – **Hamburg:** Jürgen Milewski, Jürgen Groh. – **Kaiserslautern:** Wolfgang Wolf. – **Karlsruhe:** Klaus Theis, Uwe Dittus. – **Köln:** Stefan Engels, Paul Steiner. – **Leverkusen:** Manfred Winklhofer, Thomas Zechel. – **Mönchengladbach:** Wilfried Hannes, Uwe Rahn. – **Nürnberg:** Reinhold Hintermaier, Horst Weyrich. – **Schalke:** Volker Abramczik, Wolfram Wuttke. – **Stuttgart:** Dieter Schäfer, Werner Habiger.

SPORT-NACHRICHTEN

Formel-1-Comeback

London (dpa) – Der frühere Weltmeister Alan Jones (Australien) startet sein Comeback in der Formel 1 auf einem Arrows beim „Race of Champions" in Brands Hatch Anfang April. Das Rennen zählt nicht zur Weltmeisterschaft.

PSV Hannover gibt auf

Hannover (sid) – Nachdem der letzte Schlichtungsversuch wegen ausstehender Gehälter zwischen Vorstand und Spielern gescheitert ist, zieht sich der PSV Hannover endgültig aus der Handball-Bundesliga zurück.

Sieg im Riesenslalom

Abetone (sid) – Heidi Wiesler (Staufen) sicherte sich in Abetone den Sieg im Riesenslalom, der zur Ski-Europacup-Wertung zählt.

Agon 08 Pokalsieger

Düsseldorf (sid) – Die Damen von Agon 08 Düsseldorf wurden zum drittenmal nach 1980 und 1981 Deutscher Pokalsieger im Basketball. Nach der 62:63-Hinspiel-Niederlage gewannen die Düsseldorferinnen das Rückspiel gegen den GSV Porz/Hennef mit 86:37. Im Europapokalfinale trifft Agon 08 heute in Maestre (Italien) auf AS Vicenza.

Endgültig abgelehnt

Basel (sid) – Der Protest des Deutschen Handball-Bundes (DHB) gegen die Wertung des Ungarn-Spiels (12:12) bei der B-Weltmeisterschaft in Holland wurde von der Jury des Internationalen Handball-Verbandes (IHF) endgültig abgelehnt. Nach Ansicht des DHB war der 12:12-Ausgleich der Ungarn erst nach Spielschluß gefallen. Durch das Unentschieden hatten sich die deutschen Spieler nicht für die Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles qualifizieren können.

Hans Müller klagt

Stuttgart (sid) – Hans Müller (Inter Mailand) hat seinen früheren Arbeitgeber, den Fußball-Bundesligaklub VfB Stuttgart, beim Arbeitsgericht verklagt. Müller fordert 35 000 Mark Prämienzahlung, die ihm der Verein verweigert.

Stellwag Dritter

Bordeaux (sid) – Peter Stellwag (Reutlingen) belegte beim Internationalen Tischtennis-Turnier in Bordeaux den dritten Platz. Den Turniersieg holte sich der frühere Europameister Jacques Secretin (Frankreich).

Sport in Zahlen . . .

TENNIS

WCT-Turnier in München, erste Runde: Hooper (USA) – Gitlin (USA) 6:2, 6:4, Glickstein (Israel) – Clerc (Argentinien) 6:3, 7:5, Curen (Südafrika) – Kriek (USA) 6:0, 6:1, Elter (Deutschland) – Manson (USA) 7:6, 4:6, 6:4, McNamee (Australien) – Bourne (USA) 6:0, 6:3, Sauer (Südafrika) – Odizor (Nigeria) 7:6, 4:6, 6:4, Taroczy (Ungarn) – Gildemeister (Chile) 6:0, 4:6, 7:5, Denton (USA) – Bedel (Frankreich) 7:5, 7:6.

FUSSBALL

Englischer Pokal, Wiederholungsspiel, Viertelfinale: Sheffield – Burnley 5:0 – 1. Division: Birmingham – Arsenal 2:1, Everton – Southampton 2:0.

STAND • PUNKT

Warum keine Lizenzen?

Bisher ist der Fall einmalig in deutschen Bundesligen: Die Handballspieler des PSV Hannover haben aufgegeben, alle Spiele, die gegen diesen Klub ausgetragen wurden, zählen nicht mehr – was nicht weiter schlimm ist, weil die Hannoveraner ohnehin mit 1:31 Punkten das Tabellenende zierten.

Schlimmer ist die Entwicklung der Möchtegerne, die sich irgendwo Geld leihen, Spieler kaufen und glauben, sie könnten in der Bundesliga das große Geschäft machen. So etwas gibt es nicht nur im Handball, es ist eine allgemeine Gefahr.

Der Geschäftsführer des Deutschen Handball-Bundes hat mit diesen Worten reagiert: „Wir können ja als Amateur-Verband keine Lizenzen erteilen." Aber, bitte schön, warum denn nicht? Dieser Amateur-Verband hat es mit Wirtschaftsunternehmen zu tun. Wenn der PSV Hannover ein braver Amateur-Klub wäre, wo kämen dann die 1,25 Millionen Mark Schulden her, wie könnten sich die Spieler erdreisten, vom Verein insgesamt noch 85 000 Mark an Gehältern zu fordern? Warum schließlich ist dem Klub die Gemeinnützigkeit aberkannt worden?

Auch Lizenzen verhindern keine Pleiten, aber sie gestatten wenigstens die Forderung, vor einer Saison Bürgschaften zu hinterlegen. Amateur-Verband hin, Gemeinnützigkeit her – der Sport muß sich vor Bankrotteuren schützen. que

Zu einem Porträt der Sterbeforscherin Elisabeth Kübler-Ross

Die große Not, den Tod zu akzeptieren

Daß heute auf medizinischen Fachkongressen überhaupt das Thema Sterben Diskussionsthema geworden ist, darf dem unermüdlichen Einsatz von Dr. med. Elisabeth Kübler-Ross gedankt werden. Die gebürtige Schweizerin hat sich in den vergangenen 20 Jahren als Seelenärztin (Fachärztin für Psychiatrie) intensiv wie niemand zuvor mit den psychischen Problemen des Sterbens befaßt und ist dabei auf fast gesetzmäßige Abläufe gestoßen, die heute allgemein anerkannnt sind. Das brachte aber nicht nur akademischen Erkenntniszugewinn, sondern findet zunehmend in der täglichen Aufklärungspraxis praktischen Niederschlag.

Die Forschungen von Kübler-Ross fallen in eine Zeit, die am liebsten den Tod ausklammern würde. Damit möchte man sich nicht auseinandersetzen, eine Verdrängung, von der die Ärzteschaft ebenso betroffen ist wie die Gesellschaft insgesamt. Nur ein Indiz, wie sehr man den Gedanken an den Tod aus dem täglichen Leben zu eliminieren sucht: Zwei Drittel der unheilbar Kranken sterben hierzulande im Spital.

Während nun die Gesellschaft immer weniger bereit ist, den Tod als die natürlichste Sache der Welt zu akzeptieren, haben die Mediziner ebenso ihre liebe Not damit. Sie empfinden ihn als Betriebsunfall, als Negativbestätigung ihrer Bemühungen, jedenfalls häufig nicht als schicksalhaften Schlußpunkt, dem trotz aller naturwissenschaftlichen Höchstleistungen nicht zu entrinnen ist.

Obwohl hierbei das Selbstverständnis der Ärzte besonders betroffen ist, die ja mehr unter dem Anspruch des Heilens und nur sekundär des Helfens (auch beim Sterben helfen!) antreten, darf man die Problematik nicht isoliert vor dem medizinischen Hintergrund betrachten. Tägliche Gespräche in den Kliniken und speziell in der Pathologie mit den Angehörigen von gerade Verstorbenen belegen dies drastisch: „Mußte denn der Opa mit 81 schon sterben, hätte es keine Möglichkeit gegeben, seinen Schlaganfall zu heilen, die Medizin ist doch so fortschrittlich?"

Das Ende der Angst – ARD, 23.00 Uhr

Und der Sterbende selbst? Wie verarbeitet er den Gedanken an das nahende Ende? Frau Dr. Kübler-Ross hat dies herausgefunden: Zunächst wollen Unheilbare die bittere Wahrheit nicht wahrhaben. Dann lehnen sie sich gegen das vermeintlich ungerechte Schicksal auf, zürnen gegen einen unbarmherzigen Gott und finden zunächst im behandelnden Arzt wie auch im gesamten Krankenhauspersonal die Schuldigen. In der dritten Phase, wenn sich das Fortschreiten der Erkrankung nicht mehr verleugnen läßt, bitten viele ihren Gott um eine Gnadenfrist, legen Gelübde ab oder vertrauen sich einem berühmten Modearzt oder Außenseiter an, der Griff nach dem Strohhalm. Schließlich folgt eine Phase der Depression. Der Patient merkt, daß alles Feilschen um ein gütigeres Schicksal vergeblich war, er vereinsamt. Er verschließt sich vor seiner Umwelt, auch vor seiner Familie. Dann endlich nimmt er den Tod an. Hier sollte der intensive Sterbebeistand einsetzen, zu dem heute so wenige fähig sind oder nicht die Zeit aufbringen wollen. Der Sterbende braucht solidarische Zuwendung und konkrete Hilfe ebenso wie Liebe, Wärme und Freundschaft.

Frau Kübler-Ross klagt letztlich den modernen Medizinbetrieb der Unmenschlichkeit an. Diese Kritik wird man wohl akzeptieren müssen, auch wenn sie wahrscheinlich von den meisten weggesteckt wird wie der tägliche Anpfiff vom Chef.

JOCHEN AUMILLER

KRITIK

Die Trägen, die zu Hause liegen

Literarisch, geistesgeschichtlich anspruchsvoll gab sich der zweiteilige ARD-Film „Heimat". WDR-Redakteur Werner Koch, Autor des ersten Teils, bemühte mehrmals Joseph von Eichendorff, ausgerechnet den Dichter des Fernwehs der „schönen Fremde", den poetischen Verächter heimatlicher Behaglichkeit („Die Trägen, die zu Hause liegen, erquicket nicht das Morgenrot"). Dabei fand Koch noch nicht einmal Eichendorffs häufige Nostalgie-Formel „von der alten schönen Zeit", die doch zu seinem Untertitel „Die gute alte Zeit" gepaßt hätte.

Daß auch Experten danebengaloppieren können, bewies Literatur-Papst Marcel Reich-Ranicki: Zwischen Goethe und Thomas Mann habe nur Heine europäischen Rang gehabt. Nun, zumindest gehört auch E. T. A. Hoffmann ganz der europäischen Literatur an, und Eichendorffs Verse – wie etwa das von Koch und Reich-Ranicki nacheinander deklamierte Gedicht – wurden durch Robert Schumanns Liederkreis Opus 39 hinaus in alle Welt getragen. Fragwürdig auch der Versuch, Janaceks Kindesmordtragödie „Jenufa" als Beispiel heimatlichen Musiktheaters zu präsentieren. Erschienen Kochs Gesprächspartner nur mit schlichtem Namen (und ohne Funktion), so wurden die Interpreten der Opernaufführung noch nicht einmal flüchtig erwähnt.

Klaus Ferdinand Siegfried überbot sogar den WDR-Kollegen Koch an Fehlleistungen. Eine Zeile aus dem bereits von Koch malträtierten Nietzsche-Gedicht „Vereinsamt", war das Leitmotiv des zweiten Teils. Nichts erfuhr man darüber, daß Nietzsche – ähnlich wie später Ernst Bloch – „Heimat" nicht geographisch, sondern im existentiellen Sinne als Zustand menschlicher Identität begriff. Ein Partner verfälschte unwidersprochen das Demokraten-Lied „Freiheit, die ich meine" in ein angebliches Nazi-Lied „Heimat, die ich meine". Und Historiker Siegfried machte bei seiner Vertriebenen-Schelte aus den Masuren ein Gebiet, das angeblich niemals deutsch gewesen sei . . .

GISELHER SCHMIDT

Konflikte und Machtkämpfe

Seit dem 6. März sind die Grünen mit 28 Abgeordneten erstmals im Bundestag vertreten. Anlaß für das ZDF, zu versuchen, das politische Spektrum der neuen Partei, ihre führenden Köpfe und Zielvorstellungen zu präsentieren und zu durchleuchten. Konkret kam in der Reportage „Seid realistisch, fordert das Unmögliche . . ." heraus, daß die Wähler der Grünen überwiegend jünger als 30 Jahre, politisch interessiert und noch nicht berufstätig sind. Sie sind gegen die Unregierbarkeit der Bundesrepublik und mehrheitlich im Grunde für eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Klar arbeiteten Olaf Buhl und Dieter Prokop heraus, daß die Partei genauso bunt ist wie die Kleidung vieler ihrer Mitglieder. Da gibt es „utopische Grüne" wie Rudolf Bahro, „sozialistische Grüne" wie das ehemalige K-Gruppen-Mitglied Thomas Ebermann oder „konservative Grüne" wie den Stuttgarter Landtagsabgeordneten Winfried Kretschmann.

Fazit für den Zuschauer: Konflikte und Machtkämpfe über die künftige Richtung scheinen vorprogrammiert. Sie stehen in dem Zwiespalt zwischen Protestbewegung und Parlamentspartei. Aber auch zwischen dem Unterbau der Grünen und ihrer Führung zeichnen sich Spannungen ab. Mitgründerin Petra Kelly, die trotz der erklärten Gleichheit und Gleichberechtigung aller Mitglieder als „Symbolfigur" gilt, bemängelt: „Die Basis geht sehr grausam mit dem Vorstand um."

STEFAN HEYDECK

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Fußball-Europapokal
Viertelfinale-Rückspiele
11.20 Umschau
11.35 Mosaik
12.05 Einander verstehen – miteinander leben
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Gefühls-Sachen
Neue fünfteilige Reihe
1. Teil: Ich hab' so Heimweh . . .
Gespräche über die Heimat
Petra Rossbach und Barbara Benz sprachen mit einer Deutschen, die seit über 20 Jahren auf Mallorca lebt und arbeitet; mit einem chilenischen Ehepaar, das wegen politischer Verfolgung im Heimatland seit sieben Jahren im bundesdeutschen Exil lebt; mit einer Frau aus Pommern als eine von 15 Millionen Heimatvertriebenen aus dem Zweiten Weltkrieg.
17.00 Was geschah mit Adelaide Harris? (3)
17.30 Toni – er hilft siegen
Ein Film über den Zeugwart der *Frankfurter Eintracht.*
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend: Der 7. Sinn
20.18 Einsteiger
Jugendliche, die sich engagieren
21.00 Musikladen
TV-Discotheque-International
Moderation: Manfred Sexauer
Mit Shakin' Stevens, Imagination, Frankie Smith, Al Bano & Romina Power, Gloria Gaynor, René & Renato, Johnny Allen u. a.
21.45 Scheibenwischer
Eine Kabarettsendung von und mit Dieter Hildebrandt
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Ende der Angst
Ein Porträt der Sterbeforscherin Elisabeth Kübler-Ross
24.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Frauen über sich selbst
16.35 *Die Mumins*
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
17.50 4 Hoffmanns und 5 Cupovics
Wozu das alles aufgebaut
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Sherlock Holmes
und Dr. Watson
19.00 heute
19.30 Der große Preis
20.50 Die große Hilfe
21.00 heute-journal
21.20 Kennzeichen D
Warum gibt es in der „DDR" keine Arbeitslosen? Die „DDR"-Volkswirtschaft zahlt einen hohen Preis dafür / Höchste Arbeitslosenzahl und ein erstaunlich niedriger Krankenstand / Aktuelle Meinungsumfrage unter „DDR"-Bürgern *in Leipzig zum Verhältnis Bonn–Ost-Berlin nach der Bundestagswahl /* Die SPD in der Opposition – Erwartungen von Arbeitern in *Nordrhein-Westfalen*
Moderation: Joachim Jauer
22.05 *Das kleine Fernsehspiel*
Dazwischen liegt nur der Atlantik
Film von Alice Leopold
Drei „Besatzungskinder" begeben sich auf die Suche nach ihren Vätern. Noch vor oder kurz nach der Geburt von Alice, Carla und Dorian haben die drei Väter, amerikanische Besatzungssoldaten, ihre deutschen Frauen verlassen und sind mit unbekanntem Ziel in die USA zurückgekehrt.
23.30 Adolf-Grimme-Preis 1983
Bericht von der Verleihung
23.40 heute



Sie treten heute im „Musikladen" (ARD, 21.00 Uhr) auf: das Paar Romina Power & Al Bano

FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Todesfahrt im Regen
Mexik. Spielfilm, 1973
21.30 Filmtip
21.45 Landesspiegel
Wirtschaftsreporter:
Das stille Sterben
Der saure Regen und seine Folgen
22.15 Nachtschalter
23.30 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Arbeiten mit Ton (5)
Flächen und Oberflächen
18.45 Follow me (19 und 20)
19.15 Was tun?!
Ausgesperrt
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Die großen und die kleinen Fluchten (12)
Gloria
US-Spielfilm, 1980
22.10 Kultur kontrovers
22.55 Bigbandsound im Pumpwerk (1)
Mit der NDR-Bigband
23.40 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Wir pfeifen auf den Gurkenkönig
19.15 Hobbythek
20.00 Tagesschau
20.15 Filmstudio
Das Netz
Amerik. Spielfilm, 1947
21.40 Drei aktuell
21.55 Kulturkalender
22.25 Autorenmagazin 6
23.10 Vor vierzig Jahren
Sowj. Wochenschauen, Feb. '43

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
19.00 Die Fabrikanten von Urs Aebersold, Clemens Klopfenstein, Philip Schaad
20.35 Bilderbogen
Der Sturz des Engels
Franz Fühmann im Gespräch
Wilfried F. Schoeller
21.05 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
21.50 Freiplatz
Nur für Rheinland-Pfalz
21.50 Magazin regional Politik
22.20 Zugabe
Nur für das Saarland
21.45 TV-Club-Saar 3

BAYERN

18.15 The Sadrina
18.35 Mantiden
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
Zeit der halben Herzen
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend . . .
Zu Gast: Peter von Zahn
21.45 BR unterwegs
anschließend
Rundschau

Als Kaiser Wilhelm bei den Ruderern aufkreuzte

Kaiser Wilhelm II., der Deutschlands Zukunft auf dem Wasser beschwor, zog die Marineuniform an, bestieg seine Yacht und kreuzte bei der Ruderregatta in Berlin-Grünau auf. Man schrieb das Jahr 1888, der Kaiser kam in offizieller Mission, und die Berliner fühlten sich so wie die Engländer beim Wettrudern zwischen den Universitäten Oxford und Cambridge, das damals schon 59 Jahre alt war. Wilhelm II. überreichte seinen „Kaiserpreis", eine silberne gotische Kanne. Heute steht das gute Stück im Klubhaus des SRV Wannsee.

Von einem anderen deutschen Staatsoberhaupt sind vier Worte in den Annalen des Deutschen Ruder-Verbandes übriggeblieben. Vier Worte, die den Mann selbst zeigen, und die heute oft aus allen möglichen Anlässen zitiert werden. 1957 eröffnete Bundespräsident Theodor Heuss die Ruder-Europameisterschaften in Duisburg mit dem klassisch-einfachen Satz: „Nun siegt mal schön."

Morgen feiert der Deutsche Ruderverband Geburtstag, an dem Ort, an dem er am 18. März 1883 gegründet wurde – im Kölner Gürzenich. Einen Tag später schrieb vor 100 Jahren das Fachblatt „Wassersport": „Es besteht jetzt also der ‚Deutsche Ruderverband'. Die würdigsten und berufensten Vertreter der gesammten deutschen Ruderwelt befinden sich in seinem Ausschuss und repräsentiren würdig die neue Corporation."

Rudern vor 100 Jahren, das war etwas für die besseren Kreise, ein Sport, den die nobelsten englischen Universitäten betrieben – ausschließlich für Männer. Aber in Deutschland erschien im „Wassersport" schon drei Jahre nach der Gründung des Verbandes dieser Aufruf: „Etwas Anmutigeres, wie ein von jungen Damen gerudertes hübsches Boot, kann es wohl kaum geben. In wohlgemessenem graziösen Tempo, in dezenter sportlicher Kleidung, die Wangen geröthet vom schneller pulsirenden Blut, die Augen erglühend im Eifer, so habe ich oft Gelegenheit gehabt, Damen im Skullboot und Canoe zu bewundern. Also ans Werk, meine Damen! Nehmen Sie ihr gutes Recht wahr, fordern Sie in diesem Falle ‚Gleichberechtigung'."

1901 wurde der erste Klub für Damen gegründet, in Berlin-Friedrichshagen. An Olympischen Spielen aber durften Damen erst 1976 in Montreal teilnehmen. Einer der Widersprüche im internationalen Rudersport, die sich auch im DRV niederschlugen. Zum Beispiel gab es verschäfte Amateurbestimmungen: Arbeiter und Handwerker durften nicht einmal Mitglieder von DRV-Vereinen werden. Beim ersten deutschen Olympiastart, 1900 in Paris, war der DRV aus politischen Gründen offiziell nicht vertreten, aber der Verein Germania RR Hamburg gewann Gold im Vierer mit Steuermann . . .

An der Vergabe der Olympischen Spiele 1936 nach Berlin sollen die Ruderer, insbesondere die Vereine des Großberliner Wasserreviers, einen großen Anteil gehabt haben. Ihr Schauspiel von mehr als 600 Ruderbooten beim Olympischen Kongreß 1930 in Berlin soll das Internationale Olympische Komitee (IOC) stark beeindruckt und den Ausschlag zugunsten Berlins verursacht haben. Die Spiele 1936 wurden dann für die deutschen Ruderer zum größten Triumph. Aus den sieben Rennen holten sie fünf Gold-, eine Silber- und eine Bronzemedaille. Gerade diese Zeit aber, in der auch der Deutsche Ruderverband aufgelöst und in den „Deutschen Reichsbund für Leibesübungen" eingegliedert wurde, sieht man heute im Verband mit anderen Augen. In einem Rückblick für das heutige Fachorgan „Rudersport" schreibt der Präsident des DRV, Claus Heß: „Zu leichtfertig ließen sich die Repräsentanten auch unseres Verbandes vor den politischen Karren spannen und lieferten warnende Beispiele für die Zwänge, denen ein politisch okkupierter Sport unterliegt."

Heß steht dem Deutschen Ruderverband nach 17jähriger Amtszeit nicht mehr zur Verfügung. Sein Amtsvorgänger Walter Wülfing übernahm den Vorsitz bei der Wiederbegründung des Deutschen Ruderverbandes 1949 in Wetzlar. In seine Zeit fiel auch die sportliche Blüte der Ruderer aus der Bundesrepublik Deutschland, die 1960 die Olympischen Spiele von Rom und zwei Jahre später die WM von Luzern beherrschten. Es war die Zeit des immer noch weltweit geachteten Trainers Karl Adam, der 1976 starb.

Bei den gesamtdeutschen Ausscheidungen für die Europameisterschaften 1958 in Posen verloren die Boote der „DDR" noch alle Rennen – inzwischen hat sich das sportliche Kräfteverhältnis fast umgekehrt. Eine Tatsache, die der Journalist Moritz von Groddeck, 1960 Mitglied des Gold-Achters, in einem Beitrag für den „Sport-Informations-Dienst" (sid) so bewertet: „Claus Heß hat den Verband nach betriebswirtschaftlichen Regeln geführt. Durch umstrittene Entscheidungen in Personal- und Sachfragen hat er aus einem florierenden Betrieb ein durchschnittliches Unternehmen gemacht, was der DRV in den 100 Jahren seiner Geschichte meistens gewesen ist. Sportliche Konjunktur hatte er rund alle 25 Jahre (1913, 1936, 1962). Danach können die Ruderer vielleicht um das Jahr 1987 mit einem neuen Aufschwung rechnen."

Für den Deutschen Ruderverband galt es aber nicht nur, den Leistungssport zu fördern. Auch der Breiten- und Freizeitsport war und ist ein wichtiger Bestandteil des Ruderns. Die Ruderer nehmen für sich in Anspruch, schon Breitensport betrieben zu haben, als andere Sportarten das Wort noch nicht schreiben konnten.

Das heißt aber nicht, daß die Ruderer sich nichts mehr einfallen ließen. Peter Felten, der im Zuge der „Trimm-Dich-Aktion" beim DRV einen Arbeitskreis Breitensport leitete, äußerte 1973 in Duisburg einmal spontan: „Macht mal was Neues, was noch nie da war, rudert im Dustern." Dies führte zur ersten Flutlicht-Trimmregatta des DRV in Hattingen. Auf einer total ausgeleuchteten 400-Meter-Strecke steuerte Felten einen Achter . . .

ULRICH SCHMIDLA

Musiker mit Macken

A. U. – Ein skurriler Roman ist das, vertrackt wie die Möbius'sche Fläche, die der Geschichte den Namen gab: „Berenice oder Die Möbiusschleife" von Helmut Schinagl in der Nymphenburger Verlagshandlung (312 S., 29,80 Mark). Ein zwiebelartiger Roman, dem der Leser eine Haut nach der anderen abziehen muß, um an den Kern des Erzählten zu kommen.

Es geht um einen kleinen Kurort nahe Linz und um die Mitglieder des unterrmittelmäßigen Kurorchesters: bis auf den Leiter, der für seinen Bruder einspringt, lauter wirklich hirnrissige Typen. Da ist ein Geiger mit pathologischer Freßsucht und seine gleichfalls verfressene Ehefrau; ein Cellist mit einem künstlichen Ohr, das sich zuweilen aus der Verankerung löst und das Weite sucht; ein Fagottist mit hartnäckigen Blähungen, die er sorgfältig den Einsätzen der Tuba anzupassen bemüht ist; ein zweiter Geiger mit krampfartigen Zuckungen, der Folge eines Mißverständnisses, da man ihn beim Einlösen eines harmlosen Schecks auf der Bank für einen Geldräuber hielt, recht unsanft auf die Wache schleppte und damit eben jenen Dauerschock auslöste.

Dann gibt es eine lebhafte junge Dame, die in diesem bresthaften Orchester ebenfalls die Geige streicht, daneben aber von einem Heißhunger auf Männer besessen ist und auch vor den lädierten Kollegen nicht haltmacht. Im Kurpark treibt ein leibhaftiger Kentaur sein Unwesen, und im Schwimmbad tritt der Bademeister in Aktion, den man heimlich den Babykiller nennt, weil er versehentlich einigen Kindern das Genick gebrochen hat. Der (namenlose) Erzähler all dieser absonderlichen Ereignisse weint seiner Frau Berenice nach, während sein Bruder auf einem Dachboden Schuberts „Gasteiner Sinfonie" entdeckt zu haben glaubt.

Das Schicksal straft den kleinen Kurort, der über einem unterirdischen Höhlensystem aufgebaut ist, und läßt ihn in Rauch und Schwefel untergehen. Das sind fast zuviele erschreckliche Begebenheiten auf einen Streich, aber in der tristen deutschen Erzähllandschaft kommt dieser bunte Vogel gerade recht, damit wir wieder an die Melodien der Phantasie glauben.

Eine wissenschaftliche Reihe im Widerstreit: Die „Ullstein Materialien"

Nachwehen der 68er Generation

Das Kapital war nirgends so billig zu haben. Das von Marx. Deshalb mangelte es auch bislang nicht an der Dankbarkeit der Linken gegenüber dem „Kapitalisten", der das finanzierte. Doch nun ist das Ende der Bescheidenheit angebrochen. Der Lektor, der bislang für die „Ullstein Materialien" zuständig war, wurde nämlich im Verlag versetzt. Und darob ist man empört.

In einem „offenen Brief" verkünden 22 Mitarbeiter, Übersetzer, Gutachter der „Materialien", daß sie sich nur wegen dieses einen Lektors „seinerzeit dem Autorenboykott gegen den Springer-Verlag nicht angeschlossen" hätten. Das ist eine höchst verräterische Formulierung. Denn das heißt doch nichts anderes, als daß man die Tür nicht mit Gewalt zugeschlagen hat, weil man den Fuß darin hatte.

Auf diese Weise wurde jedenfalls der Reihe eine Aufmerksamkeit zuteil, die ihr nur bedingt guttut. Wenn man nämlich das Gesamtverzeichnis zur Hand nimmt, entdeckt man ein seltsames Bouquet der „Wissenschaftlichkeit". Es sind inzwischen mehr als dreihundert Bände, solide Werkausgaben von Nietzsche oder Hegel stehen da neben Esoterischem, Obskurem und auch schlicht Albernem.

Der Lektor hat offenbar ein wenig Philosophie und viel Politologie, ein bißchen Anthropologie und viel Psychoanalyse studiert. Vermutlich Mitte der sechziger Jahre in Berlin und Paris. Denn die Moden und pseudowissenschaftlichen Vorlieben der niemmutigen Generation, die sich gern als „68er" stilisiert, bestimmen große Teile des Programms. Dazu gehören beispielsweise die Reduktion der Sozialgeschichte auf eine „Geschichte der Arbeiterbewegung" oder der Hang, die eigenen Mythen als Zerstörung „bürgerlicher Mythen" anzupreisen.

Das war – zugegeben – eine Zeitlang eine marktträchtige Ware. Aber inzwischen haben sich selbst linke Verlage von diesen unfruchtbar gewordenen Plantagen getrennt. Die „Sammlung Luchterhand" ist abgemagert. Die „Reihe Hanser" verschwand. Und selbst die „Edition Suhrkamp" mag nicht mehr als Ideologiezulieferer dienen. Nur die „Ullstein Materialien" waren so „liberal", diese Lücke zu füllen. Wenn es sein mußte, sogar mit Lizenzausgaben von „DDR"-Verlagen.

So wird man in einem dieser Bände, Christopher Caudwells „Studien zu einer sterbenden Kultur", belehrt: „Wie das Beispiel Rußland zeigt, ist der Mensch schon während der Diktatur des Proletariats, bevor noch der klassenlose Staat entstanden ist, freier als zuvor." Getreu Engels wird in anderen Bänden die „Anleitung zum Handeln" gegeben, die helfen soll, diesen hehren Zielen näher zu kommen.

Arthur Rosenberg darf seine Studien über „Demokratie und Klassenkampf" beisteuern, weil er – so H.-U. Wehler in seiner Einleitung – „die Beurteilung der Revolution von 1918 aus dem starren Dualismus von bolschewistisches Regime hier, parlamentarische Republik dort befreit und auf den dritten Weg einer entschlossenen Demokratisierung mit Hilfe der Rätebewegung hingewiesen" hat. Dieselben Intentionen verrät ein Band über „Räte-China", dessen Herausgeber Manfred Hinz bescheiden „uns als an der Entwicklung und der Entwicklbarkeit einer sozialistischen Gesellschaft engagierte Außenstehende" anspricht.

Betrachtet man die anderen Bände, die sich mit China befassen, merkt man, daß es eben nicht um China, sondern unter dem Vorwand China um Themen geht, die für die Linke Integrationscharakter hatten. „Die Chinesin" von Julia Kristeva etwa ist keine Information über die chinesische Wirklichkeit, sondern eine Projektion der ideologischen Bauchschmerzen einer europäischen Feministin auf eine fremde und fremdgebliebene Kultur.

Grundtenor vieler Bände der „Materialien" ist das Philistertum, alle anderen, außer sich selbst, für Philister zu halten. So wird z. B. entdeckt, daß „der Musik selbst sexistische Strukturen innewohnen" (Rieger, „Frau, Musik und Männerherrschaft"), oder Gerd Ueding erläutert zum -zigsten Mal, daß Wilhelm Buschs Humor der „Deformation seines Trieblebens" entstammt („Buschs geheimes Lustrevier").

Vor allem aber bleibt man auf dem hohen Roß der alleinseligmachenden Theorie. So können in der „Geschichte des Sozialismus" die Stalinschen Säuberungen als nebensächlich abgetan und die Zahl der GULag-Opfer schlicht verschwiegen werden. Daß die Geschichte der KP Chinas streng maoistisch interpretiert wird, wundert da schon gar nicht mehr. Beispiele für solche orthodox kommunistische Sehweise ließen sich aus den unterschiedlichsten Bänden zahllos aneinanderreihen.

Aber nicht nur die Inhalte der „Materialien" werfen Fragen auf. Auch die editorischen Schwächen sind offensichtlich. Da gibt es in der Reihe keine einheitliche Transkription aus dem Russischen oder Chinesischen. Da findet man das Inhaltsverzeichnis mal vorn, mal hinten und gelegentlich auch mal in der Mitte, wie beim „Bi-yän-lu", bei dem drei Bände in einem zu völliger Unhandlichkeit „versammelt" wurden. Mal werden ausschweifende wissenschaftliche Apparate, mal nicht die einfachsten Register und Anmerkungen geboten. Manche Lizenzausgaben wurden so rigoros verkleinert, daß die Fußnoten allenfalls mit der Lupe zu lesen sind. Aber dann rühren den Leser wieder Bemerkungen wie: „Die Einleitung will informieren" oder „Zitate werden belegt" („Räte-China").

Statt solche sozialistischen Traktätchen, den soundsovielten Erich Fromm oder Noam Chomsky als Taschenbuch, sollte die Reihe wirkliche Materialien bieten. Beispielsweise zur Geschichte des Judentums. Sind die mehrbändigen Werke von Dubnow, Graetz oder Stern keine Wiederentdeckung wert? Warum muß Poliakovs wichtige „Geschichte des Antisemitismus" mühsam in einem Kleinverlag herauskommen? Warum gibt es Silberners „Sozialisten zur Judenfrage" nicht als Taschenbuch, nicht die umfangreiche englischsprachige Literatur zur Situation der Juden in der SU auf deutsch? Auch eine Reihe über den realen „realen Sozialismus" böte sich an, mit einer Extrarubrik über die „DDR". Und wie wäre es mit den Bekenntnissen ehemaliger Kommunisten von Panait Istrati, M. N. Roy, Chang Kuo-t'ao bis zu den Gegenwärtigen? Warum keine deutsche Taschenbuchversion des „Yearbook on International Communist Affairs" und der anderen Produktionen der Hoover-Institution? Zuschußgeschäfte kann ein Verlag auch mit solchen Büchern machen – aber vielleicht, ausnahmsweise einmal, sogar Geschäfte (vom Profil, das zu gewinnen wäre, ganz zu schweigen).

PETER DITTMAR



Triumphe am Rond Point: Marcel Maréchal als Dylan Thomas in Sidney Michaels' Stück „Dylan" FOTO: B. ENGUERAND

Pariser Theaterbrief: Ionescos und Dylans Welt

Für Beckett einen Sarg

„Ionesco" von Ionesco, „ein autobiographisches Schauspiel in zwei Teilen", so nennt Roger Planchon seine Collage von Ionesco-Texten, eine Verschmelzung der beiden letzten Stücke, „Der Mann mit den Koffern" und „Die Reise zu den Toten", angereichert mit Texten aus seinen Tagebüchern. Planchon wurde in den fünfziger Jahren als Regisseur gleichzeitig wie Ionesco als Autor bekannt; aber damals setzte er sich als Kommunist für die Stücke von Brecht ein: Dessen Theater und Anschauungen bildeten den Gegenpol zu Ionesco. Heute hat er als Direktor des Volkstheaters von Villeurbanne bei Lyon zu Ionesco gefunden.

Zu Anfang des Stückes stehen drei Särge auf der Bühne, und Ionesco, gespielt von Filmschauspieler Jean Carmet, entziffert die Namen von Sartre, Adamov und Beckett. Ionesco und Sartre, die im selben Stadtviertel von Paris lebten, haben sich nicht gekannt; sie hätten Freunde sein können, aber die politischen Zeitumstände haben es nicht gewollt. Sartre und Ionesco haben in diesem Stück gemeinsam, daß sie nach dem Sinn ihres Tuns, dem Wert der Literatur fragen. Der Ionesco der „Tagebücher" und der Sartre der „Wörter" werden zu Brüdern.

Adamow und Beckett wurden vor dreißig Jahren als Autoren des „absurden Theaters" zusammen mit Ionesco entdeckt. Der eine starb, wie Sartre ein politischer Gegner des Dichters, der andere, ein Freund, erhielt den Nobelpreis. Ionesco wurde Mitglied der Académie Française. Und da sie ihr zwar schon zu Lebzeiten, aber doch für die Nachwelt angehören, steht zum Schluß des Stücks auch Ionescos Sarg auf der Bühne. Ionesco liest seinen Namen und die Daten eines Schriftstellers, der einst berühmt war und nun der Vergessenheit angehört.

Jean Carmet, dieser erstaunliche und große Schauspieler, spielt Ionesco, aber er ist nicht Ionesco. Er ist ein kleiner verängstigter Mann, der von dem, was ihm begegnet, von seiner Vergangenheit und von seinem Leben nichts begreift, der die Welt als absurdes Theater erlebt, als hätte er dieses unverständliche Stück, sein Dasein, selbst geschrieben. Er steht da und ist erstaunt und ist von seinem Leben zu Tode überwältigt. Diese Folge von Alpträumen und Phantasmen, diese Mischung aus Ironie und Sentimentalität, politischen Ängsten, menschlichen Schwächen und sprachlichen Ticks, von Planchon, reich an Bildern, als groteske Revue konzipiert, ist Ionescos Welt. Aber die Freunde sehen den Autor *anders, als Planchon ihn hier porträtiert.*

Ionesco stirbt auf der Bühne Planchons seinen eigenen Tod und hinterläßt ein Bild, das nichts von der Liebenswürdigkeit und Weitherzigkeit seines Wesens, seines späten Sinns für die Komik einer Situation, seiner Selbststilisierung als Lebensclown erahnen läßt. Ionesco ist in Wahrheit um so vieles komischer und närrischer als das von Planchon geschaffene Abbild, und doch wirkt Carmet in seinem vergeblichen Kampf gegen die Windmühlenflügel der Ideologien seiner Zeit so bestürzend überzeugend.

Nein, das ist kein Porträt von Ionesco. Aber dieses Bild, das Planchon von Ionesco gibt, wird vielleicht wieder zurückführen *zum eigentlichen Ionesco.* Planchon stellt die richtige Frage nach der Einheit des Werkes unseres Autors. Er gibt zu bedenken, daß seine Sicht von der Welt, wie wir sie aus den frühen „absurden" Stücken kennen, und die spätere Todesverfallenheit in seinen „metaphysischen" Stücken dieselbe Person betreffen.

Zu solchen Fragen gelangt der Amerikaner Sidney Michaels nicht, der sein biographisches Stück über den 1953 verstorbenen englischen Dichter Dylan Thomas schlicht „Dylan" nennt. Dieses Erfolgsstück wird in Paris in Barraults Theater am „Rond Point" (Inszenierung: Jean-Pierre Granval) aufgeführt. In den beiden Hauptrollen sind Marcel Maréchal und Marie-Christine Barrault zu sehen.

Die pikanten Anekdoten aus dem Leben eines der größten Lyriker unseres Jahrhunderts, der in New York an Alkoholvergiftung gestorben ist, sind freilich kaum mehr als eine seichte Karikatur des amerikanischen Lebens. Genauso wird dem Leser von Illustrierten das Intimleben gekrönter Häupter bekannt gemacht. Dennoch wird das Stück Erfolg haben: es bietet eine zügige Inszenierung mit einem abwechslungsreichen Bühnenbild – und zwei Schauspielerstars.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

JOURNAL

Weimarer Chefdirigent blieb im Westen

dpa, **Hamburg**

Der Chefdirigent der Weimarer Oper, Peter Gülke, ist nach einer „Fidelio"-Vorstellung an der Hamburgischen Staatsoper, die er als Dirigent leitete, nicht in die „DDR" zurückgekehrt. Seine Frau und Tochter halten sich noch in Weimar auf. Der 48jährige ist als Musikwissenschaftler und Dirigent gleichermaßen bekannt. Er war von 1976 an Kapellmeister an der Dresdner Staatsoper, wo er auch das Hochschulorchester leitete. Außerdem betreute er Lehraufträge in der Opernschule und der Dirigierklasse. Seit 1981 war er Generalmusikdirektor in seiner Heimatstadt Weimar.

Neun Schinkel-Entwürfe in Hamburg aufgefunden

marb, **Hamburg**

In der Hamburger Staatsbibliothek wurden jetzt neun bislang nicht registrierte Blätter mit Originalentwürfen Karl Friedrich Schinkels für das Hamburger Stadttheater entdeckt. Seine im Winter 1825/26 erarbeiteten Vorschläge erwiesen sich jedoch in der Ausführung als zu kostspielig; der Hamburger Architekt Carl Ludwig Wimmel übernahm eine stark vereinfachende Umgestaltung der Fassade. Nur der halbkreisförmige Zuschauerraum (vier Ränge), Proszenium und Bühne wurden 1826/27 nach Schinkels Entwürfen ausgeführt. *Das Gebäude wurde bei Bombenangriffen im August 1943 zerstört.*

Bischöfe wehren sich gegen „Diplom-Theologen"

dpa, **Limburg**

Die katholischen Bistümer in der Bundesrepublik wollen den neu gegründeten Diplom-Studiengang für katholische Theologie an der Frankfurter Universität nicht anerkennen. Bischof Franz Kamphaus hat beim Verwaltungsgericht Wiesbaden Rechtsmittel gegen „diese einseitige staatliche Einrichtung" eingelegt. Der Diplom-Studiengang war im Dezember 1982 mit Erlaß des hessischen Kultusministers eingerichtet worden und soll im kommenden Wintersemester den Lehrbetrieb aufnehmen. Dagegen vertreten das Bistum Limburg und die Deutsche Bischofskonferenz die Rechtsauffassung, eine solche Einführung könne nur mit Zustimmung der Kirche erfolgen. Gegenwärtig werden im Fachbereich Religionswissenschaften an der Frankfurter Universität Theologiestudenten ausschließlich für das Lehramt ausgebildet.

Sexualwissenschaft soll wieder gelehrt werden

dpa, **Berlin**

Die Wiedererrichtung des vor 50 Jahren von Nazi-Sturmtrupps zerstörten Instituts für Sexualwissenschaft hat die Berliner Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft gefordert. *Damit soll die Tradition* der deutschen Sexualwissenschaft aufgegriffen werden und zugleich die Wiedergutmachung an den Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt und ermordet wurden, begonnen werden. Die Wiedererrichtung des Instituts soll im Rahmen der Freien Universität (FU) und unter Rückgriff auf Personalstellen der FU vorgenommen werden. Einen entsprechenden Antrag brachte die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses am vorigen Donnerstag ein.

New York: Erfolg für Hamburger Opernballett

dpa, **New York**

Mit großem Erfolg begann das Staatsoper-Ballett der Hansestadt Hamburg in der New Yorker „Brooklyn Academy of Music" sein erstes Gastspiel. Das Publikum spendete dem Ensemble und seinem amerikanischen Direktor John Neumeier am Schluß der Aufführung des „Sommernachtstraums" lang anhaltenden Beifall. Bei dem noch bis zum 27. März dauernden Gastspiel, zu dem die Hamburger Truppe von der „Academy of Music" im Rahmen eines Ballett-Festivals eingeladen wurde, stehen unter anderem auch die Choreographien der „Josefslegende" (Musik: Richard Strauss) und der „Matthäus-Passion" auf dem Programm.

Die „Ecole du Louvre" wird hundert Jahre alt

AFP, **Paris**

Die dem Louvre-Museum angegliederte Konservatorenschule „Ecole du Louvre" feiert am 18. März offiziell ihr hundertjähriges Bestehen. Seit ihrer Gründung erfüllt die Schule zwei Aufgaben: Sie bildet die künftigen Museumskonservatoren aus und vermittelt interessierten Laien Erkenntnisse über die alten Kulturen.

Peymann nennt Bochum ein Theaterparadies

dpa, **Bochum**

Einen Zuwachs von rund 10 000 Besuchern kann das Schauspielhaus Bochum gegenüber dem Vorjahr verbuchen. Der nach langen Querelen in der Mehrheits-SPD-Fraktion des Stadtrates vor kurzem für zwei Jahre neu bestätigte Intendant Claus Peymann bezeichnete die Stadt Bochum vor der Presse als ein „Theaterparadies". Der weiteren Entwicklung sehe er trotz drohender neuerlicher Sparzwänge mit Optimismus entgegen, nicht zuletzt im Hinblick darauf, daß sich 35 bis 40 Prozent der Besucher aus Schülern, Studenten und Lehrlingen rekrutierten.

Mailand: L. Falcos Ballett „Leonardos Ruhm"

Amerikanischer Traum

Der Kritiker zur Rechten wurde immer unruhiger. Dann sprang er auf, murmelte: „Welch eine Americanata" und verließ das Teatro Carcano. Es war die Generalprobe des jüngsten Balletts von Louis Falco, Amerikaner italienischer Herkunft, der als Auftragsarbeit für die 500-Jahr-Feier von Leonardo da Vincis Ankunft in Mailand „Leonardos Ruhm" geschaffen hat. Falco genießt längst internationalen guten Ruf. Aber was er sich hier aufgebürdet hat, hätte auch einen Giganten erdrückt.

„Ich würde ‚Leonardos Ruhm' nicht als Ballett bezeichnen. Mein Tanz ist immer auch Theater und war es nie so sehr wie in dieser Choreographie", erklärte Falco ein Konzept, die Zeit von Leonardo bis heute durch die Augen eines Kindes zu sehen, „weil Erwachsene sich mit den Jahren verschließen und die Erfahrung sie kurzsichtig macht. Leonardo aber hat sich Unschuld und Wißbegier bis ins hohe Alter bewahrt." So naiv wie Falcos Ansichten ist auch seine Konzeption: ein amerikanischer Traum von Geschichte und heller Zukunft.

Aber mit Leonardo hat eigentlich nur das großartige Bühnenbild zu tun. Paolo Bregni hat als realen und metaphysischen Raum die Architektur des „Letzten Abendmahls" weiß schimmernd und streng geometrisch um die leere Bühne gestellt. Aus ihr brechen zunächst Masken, darunter Garibaldi und Hitler, zu einem grotesken Tanz hervor. Dann gruppieren sich in Renaissance-Gewändern und Leonardos Farben Christus und die Apostel getreu dem Wandbild in Santa Maria delle Grazie um die Tafel. Die steigt aus dem Boden und versinkt wieder, wird später zum Tisch der Händler, die Christus aus dem Tempel treibt, zum Fließband, zur Bahre, wenn mit Donner und Rauch eine Atomkatastrophe hereinbricht.

Das Kind, Joey, ist seiner Mutter (Luciana Savignano) fortgelaufen und wird zunächst vergeblich von ihr gerufen. Von einem sanften Christus an der Hand gehalten, sieht es dem Geschehen zu, als sei dies ein Film. Da gibt es einen kleinen Pas de deux für Jesus und Maria, da toben Pferde (aus Leonardos verlorengegangenem Fresko der Schlacht von Anghiari), Affen, Vögel; da erscheint hinter dem Atomtod als riesige Projektion eine Rötelzeichnung Leonardos von der Sintflut. Joey und seine Mutter retten sich, indes die Weltkugel (oder ist es der Fußball des Mondial) wieder emporsteigt. Vor ihr tanzen die weißen Menschen der Zukunft – das Corps de Ballet könnte aus einer Broadway-Revue stammen – einen seligen Rock. Choreographisch ist „Leonardos Ruhm" bedeutend und schön. Trotz der ohrenbetäubend dröhnenden Musik, die Giorgio Gaslini mit Ausnahme von entfremdeten Stellen der Matthäus-Passion aus anonymen Quellen zusammengestellt hat. Sie reicht vom Blues über Jazz zum amerikanischen Pop Modern Dance.

Falco hat 26 Tänzer – berühmte und unbekannte – der verschiedensten Techniken und Truppen aus zwei Erdteilen berufen, die unter seiner Führung zu einem imponierenden Corps zusammengewachsen sind. Es gibt alle Ausdrucksformen des modernen Tanzes, dominiert von klassischen Schritten und Sprüngen. Die einzige Tänzerin, Luciana Savignano, tanzt in vielen Rollen und ist so erregend und groß wie immer. Ihretwegen allein lohnt es sich, das Ballett zu sehen, das nach einer Italien-Tournee in Amerika erwartet wird.

MONIKA von ZITZEWITZ

Mainz: Neuerwerbungen des Gutenberg-Museums

Blick in die Werkstatt

Trotz Elektronik, Marx und Daguerre bleibt es bis auf weiteres wohl dabei: „Zwei kleine Dinge aus gegossenem Blei haben die Welt radikal verändert, die Flintenkugel und die Letter im Setzkasten, diese aber mehr." Bernhard Guttmann schrieb diesen Satz in einer Würdigung des Johannes Gensfleisch, genannt Gutenberg; denn jene Letter war seine Erfindung. Er machte sich damit, ohne ihre Tragweite selbst zu ahnen, zum „Vater der Neuzeit". Ihm zu Ehren wurde im Jahr 1900 in seiner Heimatstadt Mainz, die einiges an ihm gutzumachen hatte, das Gutenberg-Museum gegründet, das im letzten Krieg ein Opfer der Bomben wurde. Seine kostbaren Bestände konnten gerettet werden; sie fanden 1962 eine neue Bleibe in einem vorbildlichen – allerdings bereits zu kleinen – Museumsneubau an der alten Stelle. Seither ist das Mainzer „Weltmuseum der Druckkunst" von rund zwei Millionen Menschen aus aller Welt besucht worden.

Zur Zeit zeigt es in einer Sonderausstellung seine Neuerwerbungen des letzten Jahres. Sie halten sich in einem vergleichsweise bescheidenen Rahmen; denn das Museum ist nicht auf Rosen gebettet. Ein herausragendes Stück ist dem kein Kauf, sondern ein Geschenk der Stadt Zagreb. Es sind die „Balladen des Peter Kerempuch" von Miroslav Krleza mit zwanzig Originalgrafiken kroatischer *Künstler in einem bibliophilen* Band von riesigem Format.

Zu den letzten Anschaffungen zählen zehn Lithographien von Daumier, neun Radierungen von Callot, 248 Holzstiche von Fritz Eichenberg zu verschiedenen literarischen Themen, unter anderem von Shakespeare, Swift und Poe, und nicht zuletzt die Illustrationen Eberhard Schlotters zum „Don Quijote" von Cervantes. Neu im Besitz des Museums sind ferner ein Band mit „Luthers Schriften" aus dem Jahr 1555 und das Faksimile des „Codex aureus epternacensis", des Goldenen Evangelienbuches von Echternach aus dem elften Jahrhundert. Diese Erwerbung ist nun keineswegs als Ersatz oder Notbehelf zu verstehen, weil das kostbare Original (in Nürnberg) unerreichbar ist; vielmehr gehört dieser Band gerade, so, wie er ist, als hervorragendes Zeugnis moderner Drucktechnik in dieses Museum, das ja keiln Museum der Buch-, sondern der Druckkunst ist.

Eine Hauptattraktion ist deswegen die rekonstruierte Gutenberg-Werkstatt. Aber das Museum ist nicht nur der Erinnerung an seinen Namenspatron gewidmet; es zeigt in der Tat auch, wie seine Erfindung die Welt verändern konnte. Die gesamte Entwicklung von Schrift, Buch, „Presse" (in jeder Bedeutung) und was dazugehört in Vergangenheit und Gegenwart wird hier dargestellt. Dazu gehören alte und neue Setz- und Druckmaschinen, Handpressen, Handgießmaschinen, Graviermaschinen und Fotosatzmaschinen, Siebdruck-Apparate, alte und neue Maschinen für die Papierherstellung sowie eine Zeitungsdruckerei des 18. Jahrhunderts mit alten *Zeitungen.*

Besonders stolz sind die Mainzer auf ihre Büchersammlung, die sechs Jahrhunderte von den Frühdrucken bis zur Gegenwart umfaßt, darunter kostbare illustrierte Werke mit dem Buchschmuck von Dürer, Jost Ammann oder Holbein, mit Schriftschöpfungen von Morris bis Majakowski.

EO PLUNIEN

Die Saison 1983/84 der Berliner Philharmoniker

Knatsch und Konzerte

Die Jahrespressekonferenz des Berliner Philharmonischen Orchesters mit der Vorschau auf die kommende Saison zeigte sich überschattet von den Auseinandersetzungen der Musiker mit ihrem Intendanten Peter Girth und Herbert von Karajan. Eine kurz vor Beginn der Pressekonferenz an Girth ergangene dienstliche Anweisung des Kultursenators Kewenig, sich nicht zur Vertragsverlängerung *für den Intendanten* und auch nicht zur anstehenden Revision der Verwaltungsordnung für das Orchester zu äußern, verschloß Girth in den brisantesten Fragen den Mund.

Er verlas jedoch ein Fernschreiben Karajans, in dem zum Ausdruck kommt, daß er das Vertrauen des Dirigenten nach wie vor besitze. Karajan habe demnach vom Entscheid des Senats, Girths Vertrag nicht zu verlängern, zwar Kenntnis genommen, sein Einverständnis damit jedoch nicht erklärt. Es ist offensichtlich, daß die Auseinandersetzungen um das Orchester noch längst nicht beendet sind.

Hundert Konzerte wird das Orchester in der kommenden Saison in Berlin geben. Zwölf von ihnen stehen unter der Leitung Karajans, der zusätzlich die Gastspielreisen leiten wird, die außer nach Salzburg, Luzern, Wien und London zwischen dem 17. und 25. Oktober nach Düsseldorf, Frankfurt, Mannheim, Stuttgart und München führen. In Berlin wird Karajan im Rahmen der Festwochen zwei Aufführungen der 9. Sinfonie Beethovens leiten. Erstmalig wird er mit dem jungen jugoslawischen Pianisten Ivo Pogorelich musizieren.

An zwei Festwochen-Abenden (8. und 10. September) spielt Alfred Brendel unter Dennis Russell Davies die fünf Klavierkonzerte Beethovens. Carlo Maria Giulini kehrt mit zwei Programmen zurück, in deren Mittelpunkt Bruckners 8. Sinfonie und Mahlers „Lied von der Erde" stehen.

Meistbeschäftigter Dirigent nach Karajan ist mit acht Konzerten Seiji Ozawa, der u. a. Mendelssohns Oratorium „Elias" leitet. Leipzigs Gewandhaus-Kapellmeister Kurt Masur wird die von ihm erarbeitete Konzert-Neufassung der „Peer Gynt"-Musik Griegs bekanntmachen.

Vier Auftragswerke des Orchesters werden uraufgeführt, unter ihnen Isang Yuns „Symphonie" und ein Viola-Konzert von Detlev Müller-Siemens. Eugen Jochum wird der Alterspräsident der philharmonischen Dirigentenreihe sein. Neben ihm erscheinen am Pult Riccardo Chailly, Mehta, Menuhin, Sinopoli, Barenboim, Tennstedt, Previn und zum ersten Mal als Gast aus Ost-Berlin Hartmut Haenchen, der an der „Komischen Oper" jüngst Reimanns „Lear" herausgebracht hat.

KLAUS GEITEL

Der Gesellschaft verpflichtet: Zum Tode der Schriftstellerin Rebecca West

Ein Zug, beladen mit Sprengstoff

Sie hatte auch als Schriftstellerin immer ein journalistisches Gespür. Ihr Kurzroman „The Return of the Soldier" war 1918 der erste, der sich in England mit einem Thema des Ersten Weltkriegs befaßte. Die Autorin hatte sich überdies offensichtlich mit der Freudschen Psychoanalyse befaßt, die damals gerade erst über die Fachkreise hinausdrang.

Noch deutlicher wird das in ihrem nächsten Roman, „The Judge" (Die Richterin). Hier geht es um die Rolle der Mutter vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Wirklichkeit, in einer Gesellschaft also, die durch die Verteufelung der sexuellen Aufklärung eine doppelte Moral fördert. Auf diese Weise wird jede Mutter zur Richterin, die ihre Kinder für die Sünden der Väter bestraft.

Die Anglo-Irin Rebecca West, die jetzt im Alter von 90 Jahren in London gestorben ist, hieß eigentlich Cecily Isabel Andrews, geb. Fairfield. Das Pseudonym legte sie sich zu, als sie während einer kurzen Phase als Schauspielerin in jungen Jahren einmal die Rolle der Rebecca West in Ibsens „Rosmersholm" übernahm. Die Bühne war jedoch nicht ihre Plattform. Sie wurde eine engagierte Journalistin, zunächst bei „Free Woman", dem Organ der englischen Frauenrechtsbewegung, die vor allem für das Stimmrecht kämpfte.

Als es der Schriftstellerin gelang, sich aus der insularen Beschränkung zu lösen und den Blick auf das ganze Europa zu richten, entstanden ihre Meisterwerke: „Black Lamb and Grey Falcon" ist das Resultat zweier Reisen nach Jugoslawien; „The Meaning of Treason" beschäftigt sich mit der Problematik des politischen Verrats; „A Train of Powder" bündelt noch einmal ihre großen Zeitungsreportagen, darunter ihre berühmten Berichte über die Nürnberger Prozesse. Im vergangenen Jahr veröffentlichte Dame Rebecca unter dem Titel „1900" ihre Erinnerungen.

Wofür sie in ihren Schriften focht, für die Emanzipation, die freie Liebe, die Aufklärung von Tabubereichen, das praktizierte sie konsequent in ihrem persönlichen Leben; ihr uneheliches Kind aus der Verbindung mit H. G. Wells zog sie allein auf.

Es ist bezeichnend, daß Rebecca West nie in den Bannkreis des provokativ antibürgerlichen Bloomsbury-Kreises geriet. Dazu war sie schließlich doch zu sehr der Gesellschaft verpflichtet. Ihre Kulturkritik war nie zersetzend, sondern zielte auf Stellen, die sie für krank hielt und heilen wollte.

ALFRED STARKMANN



Journalistisches Gespür bis zuletzt: Rebecca West (1892–1983) FOTO: CAMERA PRESS

هكذا من الأجل

„Rezepthandel" wird zum Betrug ohne Grenzen

Jetzt gerieten Zahnärzte außerhalb Bochums unter Verdacht

WILM HERLYN, Bochum

In welcher Richtung auch immer die Bochumer Staatsanwaltschaft für Schwerpunktkriminalität recherchiert – fast immer wird sie fündig. Seit vergangenem Herbst ermittelt sie gegen Apotheker und Mediziner – in einem Betrugsskandal, bei dem es um mehr als 1,5 Millionen Mark gehen soll. Jetzt kamen auch Zahnärzte in die Schußlinie. Im Amtszimmer von Oberstaatsanwalt Karl Luchs füllen sich die Ordner.

Bisher hatte er elf Apotheker, 14 Ärzte, 41 Apotheken- und Ärztemitarbeiter sowie mehr als 500 Patienten im Visier. Nach seinen Ermittlungen bat dieser Kreis verschiedene Krankenkassen für Medikamente zur Kasse, die gar nicht den Besitzer wechselten. In aller Regel geht es dabei um Rezepte für teure Medikamente, die zu Lasten der Kassen und der Sozialämter abgerechnet wurden, ohne daß Pillen, Tropfen oder Injektionen jemals verabreicht wurden. Luchs selbst wurde inzwischen vergattert, „den Schnabel zu halten" – das Ausmaß des Schadens ist mittlerweile zu groß.

Denn unterdessen spielt der Bochumer Rezeptskandal sogar in die kommunale Politik hinein. Der zuständige Presse-Staatsanwalt, Johannes Hirsch, bestätigte, daß seine Behörde auch gegen den SPD-Bürgermeister Georg Musolf mitsamt Ehefrau wegen Verdacht des Betruges mit Rezepten ermittelt. Bis zur Klärung der Vorwürfe übt Musolf seine Funktion als Bürgermeister nicht aus.

Ohne Leistung kassiert

Auf neue Verdächtige stieß die Staatsanwaltsrhaft bei ihren Recherchen jetzt auch außerhalb der Stadtgrenzen. Sie ließ zwei Zahnärzte aus Hattingen und Wattenscheid in Untersuchungshaft nehmen. Der Hattinger Zahnmediziner soll bei Krankenkassen für Patienten Paradontose-Behandlungsanträge gestellt haben, die der früher in seiner Praxis tätige Kollege in einem Gutachten für erforderlich erklärte. Der 56jährige soll in 48 Fällen knapp 46 000 Mark, sein 44 Jahre alter Kollege aus Wattenscheid in 22 Fällen etwa 22 000 Mark zu Unrecht bei Krankenkassen kassiert haben. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen außerdem vor, „konservierende Zahnbehandlungen" abgerechnet zu haben – dafür soll der Hattinger Zahnarzt allein unberechtigt 24 000 Mark Honorar bezogen haben –, die sie an ihren Patienten überhaupt nicht vorgenommen hatten. Der Wattenscheider Zahnarzt wurde nach Stellung einer Kaution von 250 000 Mark wieder auf freien Fuß gesetzt.

Auf einen weiteren Fall stieß Staatsanwalt Luchs im benachbarten Oer-Erkenschwick: Dort soll ein Apotheker einem Rentner für die offenbar regelmäßige „Anlieferung" von Rezepten, auf die keine Medikamente ausgegeben wurden, monatlich 400 Mark bezahlt haben. Allein in diesem Fall schätzt die Staatsanwaltschaft den Schaden auf bisher 40 000 Mark.

Aufmerksam war die Justiz auf den Skandal durch einen „reinen Zufall" (Hirsch) geworden. Einer Kasse war aufgefallen, daß ein Bochumer Arzt ein besonders teures Medikament gegen Rückenmarks-Krebs, „Methotrexat 500", sehr häufig verschrieb. Die fünf Ampullen kosten 2445,99 Mark. Diese Rezepte legte der knappschaftsversicherte Frührentner Manfred Wittlinger bei dem Bochumer Apotheker Ullrich Affeldt insgesamt 13mal vor.

Mit dem Mittel werden vor allem leukämiekranke Kinder behandelt. Dem 32jährigen Wittlinger half das Methotrexat 500 überhaupt nicht – weil der angeblich Srhwerkranke es gar nicht brauchte. Affeldt, so der Staatsanwalt, nahm die Rezepte, quittierte sie und reichte sie bei der Kasse ein. Schadenshöhe: 200 000 Mark. Für die kleinen Dienste erhielt Wittlinger Präsente, mal Weinbrand, mal Parfüm, mal preiswerte Medikamente.

EDV soll Abhilfe schaffen

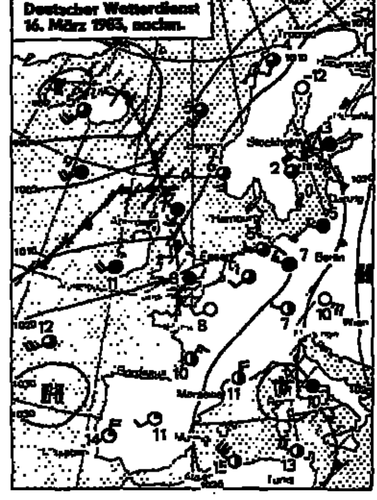
Die Kasse wurde stutzig und meinte, die Indikation sei nicht zu rechtfertigen. Sie verlangte von dem Mediziner 30 000 Mark zurück. Der aber weigerte sich und erklärte, er habe die Rezepte „in der Hektik des Praxisbetriebes" unterschrieben. Der Apotheker, der das Rezept eingelöst habe, sei schuld. Dieser nun aber steht auf dem Standpunkt, er könne nicht überprüfen, was ein Arzt so alles aufschreibe. Der Mediziner erstattete Anzeige und der Fall weitete sich zum „Bochumer Rezepteskandal" aus.

Der zuständige nordrhein-westfälische Gesundheitsminister, Professor Friedhelm Farthmann, ist nun der Ansicht, den Rezeptbetrügereien, wie sie seit einem Jahr in großem Umfang in Bochum aufgedeckt werden, könnte mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitung ein Riegel vorgeschoben werden. Auch Krankenkassenexperten halten computergespeicherte Arzneikostenstatistiken, aus denen jederzeit die Verschreibungen für jeden einzelnen Versicherten abgerufen werden können, für einen aussichtsreichen Weg. Modellversuche sollen in Kürze bei zwei Betriebskrankenkassen anlaufen.

Farthmann glaubt nicht, daß die aufgedeckten Betrügereien nur „typisch für Bochum" seien, es sei zu vermuten, daß ähnliches auch anderswo geschehe. Er rief daher alle Krankenkassen zu „sorgfältigen Prüfungen" auf.

WETTER: Im Norden Regen

Wetterlage: Die Hochdruckbrücke über Mitteleuropa verlagert sich langsam südostwärts, bestimmt das Wetter in der Mitte und im Süden Deutschlands. An ihrer Nordseite greifen atlantische Tiefausläufer auf den Nordwesten und Norden über.



Vorhersage für Donnerstag:

Ganz Deutschland: Gebietsweise länger andauernder Frühnebel. Sonst heiter bis wolkig und zunächst trokken. Im Tagesverlauf im Nordwesten zeitweise Regen. Tageshöchsttemperaturen 9 bis 14 Grad. Tiefsttemperaturen im Norden und Westen um 5, sonst 3 bis null Grad. Überwiegend schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Überwiegend stark bewölkt.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	7°	Kairo	20°
Bonn	4°	Kopenh.	5°
Dresden	3°	Las Palmas	21°
Essen	1°	London	8°
Frankfurt	9°	Madrid	11°
Hamburg	5°	Mailand	8°
List/Sylt	4°	Mallorca	15°
München	7°	Moskau	6°
Stuttgart	8°	Nizza	12°
Algier	15°	Oslo	3°
Amsterdam	6°	Paris	8°
Athen	10°	Prag	9°
Barcelona	15°	Rom	10°
Brüssel	8°	Stockholm	2°
Budapest	11°	Tel Aviv	15°
Bukarest	10°	Tunis	13°
Helsinki	3°	Wien	10°
Istanbul	6°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am **Freitag:** 6.31 Uhr, Untergang: 18.30 Uhr; **Mondaufgang:** 8.18 Uhr, Untergang: 22.53 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

In den Niederlanden werden Stimmen immer lauter, die behaupten, Prinz Claus mache vor allem seine Rolle im Schatten von Königin Beatrix krank.

FOTO: SVEN SIMON

Hollands Königin soll eine Pause machen

ELFRUN JACOB, Den Haag

Volkes Stimme läßt keinen Zweifel: Königin Beatrix soll sich zu ihrem Mann bekennen und den Thron für ihn aufgeben – ganz oder zumindest vorübergehend. Sie möge die Krone ihrer Schwester, Prinzessin Margriet, anvertrauen. Und diese „liebe, bescheidene, herzliche, echte Holländerin" werde als Nachfolgerin oder als Regentin für den Kronprinzen, bis er 18 ist, der Monarchie einen guten Dienst tun. Dieses „Volksempfinden" spürte bei einer Umfrage die Familien-Illustrierte „Panorama" auf.

Jedoch, bei Hofe sieht man die Sache anders. Königin Beatrix denkt weder an Abdanken noch an einen „Urlaub" von der Krone, denn sie regiert gerne. Und regiert gut, wie ihr die meisten Politiker, seriöse Medien und nicht zuletzt das Volk bescheinigen. Drei Jahre nach der Krönung (30. April 1980) stehen 88 Prozent der Holländer hinter der Monarchie – das ist mehr als je zu Zeiten der allseits beliebten Königin Juliana.

Es fiel Beatrix schon schwer genug, die lange Reihe der Staatsbesuche abzusagen und Kopenhagen, Rom mit dem Vatikan und Jakarta vom Programm zu streichen. Natürlich wäre Königin Beatrix „Manns" genug, um allein auf Reisen zu gehen – ohne den gemütskranken Gemahl. Jedoch meinten die Psychiater, Prinz Claus werde noch depressiver, wenn er sich auch da ausgeschaltet fühle.

Kein Programm für Prinz Claus im laufenden Jahr. Das Presseamt des Hofs bestätigte nun auch offiziell, daß Prinzessin Margriet und Ehemann Pieter van Vollenhoven das Repräsentationsprogramm von Prinz Claus voll übernehmen. Damit hatten sie schon im September begonnen, als Claus zum ersten Mal in eine Nervenklinik kam. Claus werde wohl noch viele Monate in der Klinik von Professor Paul Kielholz bleiben müssen.

Ansonsten herrscht Schweigen im Walde über Kielholz' prominenten Patienten. Er golfe, jogge, reite und spaziere – aber alles mit Maßen, so erfährt man, und Königin Beatrix besuche ihn, wann immer sie Zeit habe. Das sei ein oder zweimal die Woche. Dabei benutzt Beatrix eine Sportmaschine der staatlichen Luftfahrtschule, weil das weniger kostspielig ist.

Die Tatsache, daß die Maschine am 17. Hochzeitstag (10. März) bereitstand und daß Beatrix ihren Terminkalender freigehalten hatte, dann aber doch nicht nach Basel flog, ist der jüngste Anlaß für Gerüchte. So wurde der Königin eine Romanze mit dem linksliberalen Politiker Laurens Jan Brinkhorst, einem früheren Kommilitonen, angedichtet. Auf dem „Binnenhof" (Regierungszentrum) stellten Insider die Frage, ob man Prinz Claus nicht einen seinen Fähigkeiten angemessenen Job geben könne. Auch seriöse Medien wie das Wochenblatt „De Tijd" rufen nach einem echten Amt für Claus. Dabei wird aber schnell die Befürchtung laut, jede Aktivität des Prinzen bringe das Risiko einer konstitutionellen Grenzüberschreitung mit sich. Die Tageszeitung „Vrij Nederland" schrieb dazu: „Vor allem seit der Lockheedaffäre sind die Politiker kopfscheu geworden. So büßt Prinz Claus eigentlich für den Fehltritt des Schwiegervaters."

Königin Beatrix läßt sich von alldem nach außen nichts anmerken. Beim Besuch im NATO-Hauptquartier in Brunssum strahlte sie am Dienstag noch mit der Sonne um die Wette. Es gehört wohl zur Höflichkeit der Könige, andere Menschen nicht mit eigenen Problemen und Gram zu belasten. Für Beatrix gilt weiter „keep smiling". Und das war auch ihr Name vor ihrer Thronbesteigung – „Prinzessin Smiling".

Zu wenig Geld für Therapie behinderter Kinder

Rei. Bonn

Die rund 30 sozialpädiatrischen Zentren in der Bundesrepublik, die etwa 30 000 behinderte Kinder ambulant versorgen, sehen ihre Arbeit durch Geldmangel bedroht. Der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft sozialpädiatrischer Zentren, Professor Schlack, erklärte, für die fachübergreifende Behandlung der Kinder zahle die gesetzliche Krankenkasse nur teilweise. Die Finanzmisere lasse die freiwilligen Leistungen anderer öffentlicher oder privater Träger versiegen. Dadurch seien zahlreiche Zentren von der Schließung bedroht. Das bedeute für die Kinder, die in den Zentren nicht nur medizinisch, sondern auch psychiatrisch und pädagogisch betreut würden, den Verlust ihrer Bezugspersonen und zum Teil entwürdigende Bittgänge für die Eltern. Die Schließung der Zentren vernichte außerdem billige, aber wirksame Therapieplätze. Ein Heimplatz für Kinder koste 40 000 Mark im Jahr, ein Platz in einem Zentrum nur 3000.

Familientragödie

dpa, Aachen

Offenbar in geistiger Umnachtung hat in Baesweiler bei Aachen die 34jährige Frau eines Zahnarztes ihre beiden Kinder, zwei Mädchen im Alter von sieben und acht Jahren, umgebracht und dann versucht, sich selbst das Leben zu nehmen. Die Frau, die seit der Geburt ihres zweiten Kindes psychisch krank ist, ist inzwischen außer Lebensgefahr.

Teurer Irrtum

SAD, New York

Teuer kam ein Elektrogeschäft in Elmont bei New York der Irrtum seines Hausdetektives. 83 000 Mark Schadenersatz muß der Inhaber einem Kunden zahlen, der von dem Detektiv beschuldigt worden war, Schrauben im Werte von 33 Pfennig gestohlen zu haben. Der Mann konnte seine Unschuld beweisen.

Neue Heroin-Welle?

DW. München

Deutsche Rauschgiftfahnder befürchten, daß die Bundesrepublik nun mit Heroin aus Italien überschwemmt wird, nachdem man bereits glaubte, den von den Türken beherrschten Heroin-Markt im Griff zu haben. Das sagte gegenüber der Illustrierten „Quick" Klaus Mellenthin, Chef des Rauschgiftdezernates im Stuttgarter Landeskriminalamt.

30 Tote bei Zugunglück

AFP, Neu-Delhi

Mindestens 30 Menschen sind gestern bei einem Zugunglück ums Leben gekommen. Auf dem Bahnhof von Kalkutta stieß ein einfahrender mit einem stehenden Zug zusammen.

Radioaktiver Dunst?

dpa, Washington

Mit dem Zigarettenrauch werden radioaktive Partikel in die Lunge geschleust und dort als möglicherweise krebserregende „heiße Punkte" abgelagert. Dies ist das Ergebnis von Studien, über die der amerikanische Radiochemiker Edward A. Martell vom US-Zentrum für Atmosphärische Forschung in Boulder (Bundesstaat Colorado) berichtet.

Bomber gegen Schmuggelschiff

dpa, Toulon

Ein auf einer Sandbank an der Küste Korsikas aufgelaufenes Schmuggelschiff trotzte gestern noch neuesten Waffensystemen: Französische Marineflieger versuchten vergeblich, es durch Raketen- und Bombenangriffe zu versenken, nachdem die Schmuggler das Schiff verlassen und in Brand gesteckt hatten, um die heiße Ladung zu vernichten.

LEUTE HEUTE

007 ausgetrickst?

Sean Connerys Comeback als Superspion 007 ist ernsthaft gefährdet. Die Anwälte des verstorbenen Bestseller-Autors **Ian Fleming** wollen die Film-Premiere des neuen Bond-Streifens „Never say never again", die für 1. Oktober geplant war, verschieben. Grund: Fleming soll dem Produzenten **Jack Schwartzman** niemals die Filmrechte an diesem Werk verkauft haben.

Tina O. auf Freiersfüßen

Tina Onassis (33), Erbin eines Schiffsimperiums und dreimal geschiedene Ehefrau, soll sich wieder auf Freiersfüßen bewegen. Sie wolle aus der Romanze mit dem 42jährigen amerikanischen Finanzmakler **David Davies** eine Ehe machen, heißt es in ihrer Umgebung. Beide verbrachten jetzt einen Skiurlaub in St. Moritz. Der smarte Amerikaner war auch schon einmal als Heiratskandidat einer Hofdame von Prinzessin **Margaret** im Gespräch.



Polwanderer in Zeitnot

David Hempleman Adams, der 26jährige Engländer, der sich allein auf den Fußmarsch übers Eis zum Nordpol aufgemacht hat, mußte sich nach einer Woche zum Basislager im Norden Kanadas zurückfliegen lassen: Sein Funkgerät war ausgefallen, seine Skier hatten Risse, und sein Schlafsack zog Wasser. Adams gerät dadurch in Zeitnot. Im Mai beginnt das Eis zu tauen.

Pech für Glückspilz

Im vergangenen Jahr wurde sie als „Glückspilz des Jahres" gefeiert: **Anja Heuer** war aus einem Zug gefallen, von ihm überrollt worden und hatte überlebt. Jetzt ermittelt der Staatsanwalt gegen die Schülerin aus Lüneburg. Sie hatte für die nicht verschlossene Waggontür 15 000 Mark Schadenersatz von der Bahn verlangt. Die Bundesbahn nimmt der 16jährigen ihre Geschichte aber nicht ab.

Hinter seriöser Fassade landeten Gangster ihren Millionen-Coup

Amerikaner verkauften von Mainz aus falsche Aktien für 30 Millionen Mark in halb Europa

H. H. KANNENBERG, Mainz

Drei Amerikaner (zwei 46, einer 54 Jahre) landeten mit gefälschten Aktien namhafter US-Firmen den großen Coup: Von einem biederen, 1970 gegründeten Mainzer Kreditvermittlungsbüro aus, das sie im Oktober 1982 dem berufsmüden Besitzer abgekauft hatten, überzogen sie die europäische Bankenwelt mit geschickt hergestellten Industriepapier-„Blüten". Für die wertlosen Nachdrucke kassierten sie gebündeltes Bares – mindestens 30 Millionen Mark, vermutlich jedoch erheblich mehr. Der Fischzug flog auf, als einige der wertlosen Wertpapiere durch Zufall den Weg nach Hause fanden: In den USA wurden sie als Makulatur entlarvt. Kurz danach brauchte die Polizei die drei Glücksritter nur noch einzusammeln – zwei in Paris, einen in Bad Homburg. Sie hatten sich nicht einmal die Mühe gemacht, durch falsche Namen ihre Spur zu verwischen. Karlheinz Hauer, stellvertretender Leiter der Kripo Mainz: „Die fühlten sich sehr sicher!"

Der in Ehren ergraute und in der Branche als „seriös" geltende Mainzer Kreditvermittler (Name wird von der Polizei geschützt, weil „im Zusammenhang mit der ramponierten Firma noch Rechte offenstehen") wollte im Herbst 1982 in den Ruhestand. Er glaubte ans große Glück, als ihm Ende Oktober drei Amerikaner ein lukratives Angebot für das Vermittlungsbüro machten. Hauer: „Die Amis wollten von Anfang an nicht ins Kleinkreditgeschäft einsteigen, die suchten nur ein seriöses Firmenschild für ihre Schwindeleien!" Stammkunden des Büros merkten bald, daß nicht nur der Besitzer, sondern auch der Firmenzweck gewechselt hatte. Wann immer sie vorsprachen, standen sie vor verschlossener Tür. Die Kripo: „Da gab es nach dem Besitzerwechsel keinen Geschäftsbetrieb mehr!" Dafür gab es Verbindungen zu einem Gangsterring, der sich auf das Fälschen amerikanischer Industriepapiere spezialisiert hat. Und es gab den guten Namen des Kreditvermittlungsbüros, der bei Auskunfteien für jede Empfehlung hinreichend bürgte.

Eines der größten Gaunerstücke der letzten Jahre konnte anlaufen. Die drei Amerikaner sparten die Bundesrepublik aus gutem Grund als Operationsfeld aus. Der Mainzer Kripo-Vize Hauer: „Je internationaler die Operationsbasis, desto schwerer die Ermittlungsansätze!"

Die Schweiz und ihre Banken wurden zum Zentrum der Operationen. Daß die mißtrauischen Schweizer „Gnome" (Spitzname eidgenössischer Banker) so blauäugig auf den Aktienschwindel hereinfielen, hatte drei Gründe: 1. Die Papiere waren hervorragend gefälscht. 2. Benutzt wurden nur erstklassige Firmen. 3. Die drei Amerikaner wußten den Eindruck zu wahren, in Mainz stünde ein florierendes Kreditvermittlungsbüro hinter ihnen.

Fünf Monate lang flossen die Millionen. Sie flossen nicht nur aus der Schweiz, sondern auch aus Frankreich, Spanien, Großbritannien und den USA. Hauer: „Möglicherweise sind auch noch andere Länder betroffen. Die Ermittlungen sind erst im Anfangsstadium." Das Mainzer Trio hielt die Geldquellen aber nicht nur durch Verkauf im Fluß. Wenn bei den Banken kein Kaufbedarf bestand, hinterlegten die Amerikaner die Aktien-Blüten und ließen sich dafür Millionen-Kredite geben.

Federführend bei den Ermittlungen sind die Strafverfolgungsbehörden der Schweiz. Sie haben deshalb ein Auslieferungsersuchen an die Bundesrepublik und an Frankreich gestellt. Im Mainzer „Hauptquartier" der Aktienbande wurden mehrere Kubikmeter Unterlagen beschlagnahmt – nach Ansicht der Kripo ein Beweis dafür, daß hinter den drei „Blütenhändlern" eine mit Fachwissen und Technik hervorragend ausgerüstete Organisation steht.

Harte Kritik am Krach nach Noten

AP, Berlin

Besorgt über den Lärm in den Ostberliner Discos, Cafés und Musikgaststätten hat sich das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" gezeigt. Dauerbelästigungen könnten nach Meinung von Medizinern unangenehme Folgen wie Schlaflosigkeit, Streßerscheinungen, erhöhten Blutdurck und steigendes Herzinfarktrisiko nach sich ziehen, meinte das Blatt. Und es wies auf eine Umfrage vom Vorjahr hin: 1175 Leser hätten damals geschrieben, daß ihnen die Musik in manchen Lokalen zu laut sei.

„Wir sind noch immer mit dem Problem konfrontiert", stellte „Neues Deutschland" fest. In den letzten Wochen hätten sich Redakteure des Blattes in Gaststätten, Cafes und Bars zu überzeugen versucht, wie die Forderung nach Musik ohne Lärm erfüllt werde. Einige Lokale wurden lobend erwähnt, andere getadelt – wie zum Beispiel der „Linden-Corso" an der Straße unter den Linden, wo der Lärm, den eine Band in der Bar machte, durch Verstärkung der Baßtöne noch aufdringlicher empfunden wurde als sonst. Den namentlich genannten Leiter vom Dienst habe es nicht gestört, hieß es, daß man an den Tischen das eigene Wort nicht verstehen konnte.

Und weiter heißt es: „Unter Gastlichkeit versteht man hierzulande wohl auch, gesellig zu sein – und dazu gehört das Miteinanderreden. Diesen Wunsch mußte unsere Redakteurin bereits aufgeben, als sie das ‚Biesdorfer Kreuz' im Stadtteil Marzahn noch gar nicht erreicht hatte. Um 22 Uhr war der Krach schon aus 100 Meter Entfernung zu vernehmen."

Schon vor einiger Zeit hatten „DDR"-Zeitungen über die „Diskotheken-Ordnung" des Landes berichtet, deren Paragraph 4, Absatz 4, festlegt, Musik dürfe nur so laut sein, daß sich die Gäste noch normal unterhalten könnten. Das SED-Zentralorgan berichtete, ein Gespräch am runden Tisch mit Kulturfunktionären, Musikern und Gaststättenleitern werde sich nun mit dem Thema beschäftigen.

ZU GUTER LETZT

Hinweis in einem Ausflugslokal bei La Rochelle (Frankreich): „Ausländer, die nicht in französischer Sprache zu bestellen versuchen, erhalten ein Glas Wein gratis."

